

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode**Mittwoch, 30. November 1966****Tagesordnung**

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967

Spezialdebatte

Beratungsgruppe III: Äußeres

Beratungsgruppe XII: Militärische Angelegenheiten

Inhalt**Personalien**

Krankmeldungen (S. 2429)

Ordnungsrufe (S. 2543, S. 2546, S. 2552 und S. 2555)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortung 113 (S. 2429)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlage 242 (S. 2430)

Regierungsvorlagen

255: Landwirtschaftliches Siedlungs-Grundsatzgesetz (S. 2430)

257: EFTA-Durchführungsgesetz-Novelle 1966 (S. 2430)

259: 5. Budgetüberschreitungsgesetz 1966 (S. 2430)

271: 4. EFTA-Durchführungsgesetz (S. 2430)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (204 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe III: Äußeres

Spezialberichterstatter: Gabriele (S. 2430)

Ausschußentschließung, betreffend Diplomatische Akademie (S. 2431) — Annahme (S. 2488)

Redner: Czernetz (S. 2431), Dr. Fiedler (S. 2442), Dr. Scrinzi (S. 2448), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 2455), Horejs (S. 2460), Machunze (S. 2464), Peter (S. 2465), Dr. Kranzlmayr (S. 2469), Dr. Tull (S. 2474), Dipl.-Ing. Tschida (S. 2478), Bundesminister für Auswärtige Angelegen-

heiten Dr. Tončić-Sorinj (S. 2480 und S. 2487) und Dr. Kreisky (S. 2486)

Annahme der Beratungsgruppe III (S. 2488)

Beratungsgruppe XII: Militärische Angelegenheiten

Spezialberichterstatter: Steiner (S. 2488)

Redner: Zeillinger (S. 2489 u. S. 2546), Tödning (S. 2501), Preußler (S. 2506), Marwan-Schlosser (S. 2518), Peter (S. 2522 u. S. 5555), Mayr (S. 2525), Mondl (S. 2530), Dr. van Tongel (S. 2532), Haas (S. 2534), Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader (S. 2536 u. 2557), Melter (S. 2543), Altenburger (S. 2551), Bundeskanzler Dr. Klaus (S. 2556) und Dr. Gorbach (S. 2558)

Entschließungsanträge Preußler, betreffend Vorgänge um Oberst Tomschitz (S. 2510) und betreffend politische Betätigung im Bundesheer (S. 2511) — Ablehnung (S. 2558)

Annahme der Beratungsgruppe XII (S. 2558)

Eingebracht wurden**Anfragen** der Abgeordneten

Horr, Babanitz, Pölz und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Studie der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter zur Neuordnung der Bauwirtschaft (130/J)

Dr. van Tongel, Meißl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Vorgangsweise des Finanzamtes Oberwart bei Umsatzsteuerrevision (131/J)

Sandmeier, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Nimmervoll und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend die innerhalb der Ortsbereiche liegenden Teile von Bundesstraßen (132/J)

Anfragebeantwortung

Eingelangt ist die Antwort

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Mayr und Genossen (113/A. B. zu 128/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 5 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

aufgelegen, unbeanständet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Frühbauer und Dr. Kleiner.

Die seit der gestrigen Sitzung eingelangte Beantwortung der Anfrage 128/J der Abgeordneten Mayr und Genossen an den

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 31. Sitzung vom 28. November 1966 ist in der Kanzlei

2430

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Präsident

Herr Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend die Versetzung von Oberst-Intendant Tomschitz, wurde den Anfragestellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortung wurde auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Die in der gestrigen Sitzung bekanntgegebene eingelangte Regierungsvorlage (242 der Beilagen): Protokoll Nr. 3 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das die Artikel 29, 30 und 34 der Konvention geändert werden, weise ich dem Verfassungsausschuß zu.

Ich gebe bekannt, daß folgende Regierungsvorlagen eingelangt sind:

Bundesgesetz über das landwirtschaftliche Siedlungswesen (Landwirtschaftliches Siedlungs-Grundsatzgesetz) (255 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das EFTA-Durchführungsgesetz abgeändert wird (EFTA-Durchführungsgesetz-Novelle 1966) (257 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem weitere Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1966 genehmigt werden (5. Budgetüberschreitungsgesetz 1966) (259 der Beilagen), und

Bundesgesetz, mit dem die auf bestimmte Einführen aus der Europäischen Freihandels-Assoziation anzuwendenden Zollsätze festgelegt werden (4. EFTA-Durchführungsgesetz) (271 der Beilagen).

Ich werde diese Vorlagen gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der morgigen Sitzung zuweisen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (204 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe III****Kapitel 20: Äußeres**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967.

Wir gelangen nunmehr zur Spezialdebatte über Kapitel 20: Äußeres.

Spezialberichterstatter ist der Abgeordnete Gabriele. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Gabriele: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 20 des Bundesvoranschlages für das Jahr 1967 am 16. November 1966 der Vorberatung unterzogen.

Der vorliegende Entwurf zum Bundesvoranschlag 1967 weist bei Kapitel 20: Äußeres, Ausgaben in der Höhe von 324,634.000 S und

Einnahmen in der Höhe von 13,637.000 S aus. In der Gesamtsumme der Ausgaben von 324,634.000 S ist ein Betrag von 45,401.000 S für Beiträge Österreichs zu internationalen Organisationen enthalten, und zwar im einzelnen zum Budget der Vereinten Nationen, zur technischen Hilfe und zum Sonderfonds der UN, zu den United Nations Emergency Forces (UNEF), zu internationalen Hilfsmaßnahmen, zu UN-Sonderaktionen, zur Internationalen Atomenergiebehörde, zum Europarat, zur Donaukommission und zum Ständigen Schiedshof.

Der für 1967 gegenüber 1966 vermindernde Bedarf bei den einzelnen Beiträgen ist darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1966 infolge der Budgetkürzungen Restbeiträge für das Jahr 1965 bezahlt werden mußten.

Im Jahre 1967 sind daher lediglich Nettoausgaben des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten von 279,233.000 S veranschlagt; mit dieser Summe wird nicht nur der persönliche Aufwand für 1137 Beamte und Vertragsbedienstete, sondern auch der Sachaufwand für 72 effektive Vertretungsbehörden im Ausland und für die Diplomatische Akademie mit zwei Lehrgängen bestritten. Infolge des Kompetenz-Entflechtungsgesetzes sind Ausgaben für kulturelle Zwecke im Ausland nicht mehr beim Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten veranschlagt.

Bei den Ermessenskrediten für Anlagen bei österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland ist die Erhöhung vor allem darauf zurückzuführen, daß voraussichtlich im Jahre 1966 mit dem Neubau des österreichischen Botschaftsgebäudes in Brasilia begonnen werden wird.

Der Unterschied der Gebarung gegenüber 1966 ist bedingt einerseits durch die Erhöhung des Personalaufwandes ab 1966, welche auf die Bezugserhöhungen der Bundesbeamten zurückzuführen ist, und andererseits durch die Erhöhung im Sachaufwand. Diese ergibt sich vor allem durch die im Zusammenhang mit der Professoren- und Tutorenentschädigung entstehenden Mehrausgaben sowie durch Reisekosten, ferner durch die Anschaffung von Mikro- und Makrofilmen für Archivbestände und durch die im Jahre 1967 notwendig werdenen Instandsetzungsarbeiten am Gebäude der Diplomatischen Akademie sowie durch die Einführung von Kursen während der Ferienmonate.

An der Debatte über das Kapitel 20 beteiligten sich außer dem Berichterstatter 13 Abgeordnete. Bundesminister Dr. Tončić nahm zu allen in der Debatte aufgeworfenen Anfragen und Anregungen Stellung.

Bei der Abstimmung am 17. November 1966 hat der Finanz- und Budgetausschuß das

Gabriele

Kapitel 20 des Bundesvoranschlages für das Jahr 1967 unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ferner hat der Ausschuß einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Fiedler, Dr. Hertha Firnberg und Dr. van Tongel, betreffend die Diplomatische Akademie, einstimmig angenommen, der dem Ausschußbericht beigedruckt ist.

Der Ausschuß stellt somit als Ergebnis seiner Beratungen den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 20: Äußeres, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1967 (204 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die Entschließung wird angenommen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Spezialdebatte zu eröffnen.

Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Der Nationalrat ersucht die Bundesregierung, unter Berücksichtigung der Bedeutung der Diplomatischen Akademie deren Rechtsstellung, Aufgabenbereich und Studienordnung durch ein Bundesgesetz zu regeln.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Czernetz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Czernetz** (SPÖ): Hohes Haus! Vor sieben Monaten, zur Zeit der Bildung der gegenwärtigen Regierung, wurde die Absicht ausgedrückt, die großen Fragen der Außenpolitik aus dem Streit über innerösterreichische Auseinandersetzungen auszuklämmern. Es wurde die Absicht kundgetan, daß auch nach der Bildung einer Einparteienregierung, der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei, die gemeinsame Außenpolitik weiter aufrechterhalten werden soll.

Wir Sozialisten haben uns dazu grundsätzlich bereit erklärt. Wir haben freilich klargestellt, daß die Voraussetzung dafür darin besteht, daß Kontakte zwischen der Regierung und der Opposition die rechtzeitige Information der Opposition zu ermöglichen haben, und daß es Bemühungen um Vereinbarungen geben muß, ohne die eine gemeinsame Außenpolitik ja nicht möglich ist.

Wir haben in den letzten Wochen Ereignisse von besonderer außenpolitischer Bedeutung erlebt. Hat es da Bemühungen um eine gemeinsame Außenpolitik gegeben? Es fanden Gespräche zwischen österreichischen Ministern und dem amerikanischen Außenminister Dean Rusk, dem sowjetischen Außenminister Gromyko, dem französischen Außenminister Couve de Murville, und es fanden schließlich außen-

politische diplomatische Gespräche anlässlich des Besuches des sowjetischen Staatspräsidenten Podgorny statt. Es hat wichtige Erklärungen der österreichischen Bundesregierung bei diesem Staatsbesuch des sowjetischen Präsidenten Podgorny gegeben, es hat österreichische Erklärungen bei der Tagung der EFTA und bei der Tagung der OECD gegeben. Gab es da Bemühungen um eine gemeinsame Außenpolitik? Gab es vorherige Information? Gab es vorherige Absprachen?

Hohes Haus! Bis heute sind die Informationen nach diesen Gesprächen, nach diesen Verhandlungen, nach diesen Konferenzen noch nicht gegeben worden, dem Nationalrat nicht als Körperschaft, die zuständig ist, der Opposition im besonderen nicht. Und es gab schon gar kein Einvernehmen mit der Opposition. Die gegenwärtige Regierung hat keinen Versuch gemacht, eine gemeinsame Außenpolitik zu führen.

Ich glaube, daß der zuständige Bundesminister Dr. Tončić wirklich die Intention zur Einrichtung einer gemeinsamen Außenpolitik gehabt hat. Ich glaube, daß dort, wo die Möglichkeit für ihn bestand, also etwa bei der Bestellung der österreichischen Delegation zu den Vereinten Nationen, so wie bisher auch Parlamentarier eingeschlossen wurden, so wie bisher auch Abgeordnete der Opposition die Möglichkeit der Mitarbeit in der österreichischen Delegation bei den Vereinten Nationen gehabt haben. Ich möchte besonders auch bezüglich der parlamentarischen Mitarbeit im Europarat sagen, daß die Zusammenarbeit mit dem Außenminister und mit dem Außenamt weiterhin gut war. Ich glaube, daß auch der Kollege der Freiheitlichen Partei bestätigen wird, daß die Atmosphäre der Zusammenarbeit günstig ist. Ich glaube, daß vor allem die Bundesregierung wissen muß, daß die Abgeordneten des österreichischen Parlaments, die an der Beratenden Versammlung des Europarates teilnehmen — Regierungs- und Oppositionsabgeordnete —, dieses internationale Forum nicht benützen, um innerösterreichische Fragen vor der Weltöffentlichkeit aufzurollen. Aber dort, wo der Herr Bundesminister für Äußeres die Entscheidung offenbar nicht hat, bei den allgemeinen Fragen der Außenpolitik, hat es nicht einmal den Versuch einer gemeinsamen Außenpolitik gegeben.

Um den Titel des Kompetenzgesetzes vom 25. Mai 1966 noch einmal in Erinnerung zu rufen — dieses merkwürdige Gesetzeswerk trägt den Namen: „Bundesgesetz über die Errichtung eines Bundesministeriums für Bauten und Technik und über die Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien“. So nebenbei wird in diesem Bundes-

2432

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Czernetz

gesetz über die Errichtung eines Bundesministeriums für Bauten und Technik bestimmt, daß fünf Ministerien, das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Unterricht, das Bundesministerium für Finanzen, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und vor allem das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie sehr wesentliche außenpolitische Kompetenzen übernommen haben. Von früher hatte das Bundesministerium für Landesverteidigung schon die Kompetenz der Bestellung der Militärattachés bei den österreichischen Auslandsvertretungen, sodaß mit außenpolitischen Fragen, besonders nach dem neuen Bundesgesetz, nicht weniger als sieben Ministerien und zusätzlich das Außenministerium beschäftigt sind.

Das ist eine Hypertrophie der außenpolitischen Kompetenzverteilung. Ich habe mir mit Bedauern früher schon erlaubt, dem Herrn Bundesminister für Äußeres zu sagen, daß leider dieses Kompetenzgesetz für ihn ein Amputationsgesetz gewesen sei, weil man ihm wesentliche Kompetenzen weggenommen und seine Wirkungsmöglichkeit eingeschränkt hat. Das Außenministerium hat die Verantwortung für den diplomatischen Apparat, aber zum Teil gar nicht die Möglichkeit, die ihm unterstehenden Beamten anzuweisen, weil sie von anderen Ministerien angewiesen werden, was im Bereiche des Außenministeriums zu geschehen hat.

Bei jeder Budgetberatung, Hohes Haus, haben alle Parteien Klage über die zu geringen Mittel eingelegt, die dem Außendienst zur Verfügung stehen. Wir haben besonders bei der Budgetberatung im Ausschuß Klage geführt über die ungenügende Dotierung des Außenamtes zur entsprechenden Bezahlung unseres außenpolitischen Apparates und zu einer Schaffung von richtigen Arbeitsbedingungen unserer Vertretungen im Ausland. Diese Klage ist immer geführt worden, aber, Hohes Haus, diesmal müssen wir ja außerdem dem neuen Kompetenzgesetz Rechnung tragen, den Einschränkungen, die dieses Kompetenzgesetz dem Außenministerium und dem Herrn Bundesminister auferlegt. Was bleibt denn dem Herrn Bundesminister für Äußeres von den wichtigen außenpolitischen Kompetenzen noch übrig? Wir stehen heute vor einer grotesken Situation: Wir können bei der Budgetdebatte über das Budgetkapitel Äußeres in diesem Haus den für das wichtigste Kapitel unserer Außenpolitik, nämlich die europäische Integration, verantwortlichen Bundesminister gar nicht sprechen; mit dem Herrn Handelsminister und Vizekanzler werden wir bei der allgemeinen Abwicklung der Handelsdebatte Gelegenheit haben, über die Inte-

gration zu reden. Die Abgeordneten dieses Hohen Hauses, die an den Budgetberatungen im Ausschuß teilgenommen haben, werden mir bestätigen, daß das eine Neutralitätsdebatte mit Gemischtwarenhandel ist. Es wird alles durcheinander besprochen, und man kommt überhaupt nicht zur Beratung jener entscheidenden Punkte des Integrationsproblems, die in das Kapitel Äußeres gehören.

Wir werden also darüber reden. Aber Vorwürfe, die man dabei dem Herrn Bundesminister für Äußeres macht, kann er mit Recht von sich weisen und kann sagen: Das geht ja den Herrn Handelsminister an, der dafür die Kompetenz hat. Hohes Haus! Unter diesen Umständen kann niemand annehmen, daß die Opposition die geringste Veranlassung hat, durch ihre Zustimmung zum Budgetkapitel Äußeres dieser Regierung das Vertrauen auszusprechen.

Wir haben in den letzten Wochen Ereignisse und Entwicklungen erlebt, die die schwierige Lage Österreichs deutlich gezeigt haben. Ich werde nicht über die Probleme Südtirols sprechen, darüber wird mein Parteifreund Horejs seine Ausführungen vor diesem Hohen Hause machen. Ich will von der schwierigen Lage sprechen, die durch eine Reihe von internationalen Gesprächen und Zusammenkünften schlagartig beleuchtet wurde, die das Integrationsproblem in seiner ganzen ernsten Bedeutung uns vor Augen führt. Es ist gar keine Frage, und es wird grundsätzlich nicht bestritten werden können, daß die Kernfrage unserer Außenpolitik die Erhaltung und die Stärkung unserer Existenzgrundlage ist. Aber was ist denn die Existenzgrundlage dieser österreichischen Republik im Herzen Europas, aber gleichzeitig im Grenzbereich zwischen den militärischen Blöcken, die ja immer noch trotz aller leichten Entspannungen bestehen? Die Grundlage unserer Existenz ist unsere Neutralität, und dieser Neutralität haben wir alles unterzuordnen, mit ihr haben wir alle unsere politischen Bestrebungen in Einklang zu bringen.

Schon vor Jahren gab es dieses sehr zweifelhafte, sehr demagogische Schlagwort von dem „Nicht-in-Neutralität-verhungern-wollen“. Hohes Haus! Österreich war bisher immer nur dann am Verhungern, wenn es an Kriegen teilgenommen hat. Die Neutralität hat uns noch nicht zum Verhungern gebracht. Niemand soll damit ein Schreckgespenst aufrichten. Es soll aber nicht geleugnet werden, daß es ernste Probleme und Schwierigkeiten gibt, unsere wirtschaftlichen Interessen mit der Neutralitätspolitik in Einklang zu bringen.

Es ist oft genug gesagt worden, und es genügt, wenn ich es hier nur kurz wiederhole:

Czernetz

Es ist unbestritten, daß alle Parteien dieses Hauses sich darüber im klaren sind, daß wir ein starkes, ein großes wirtschaftliches Interesse haben, zu einem günstigen Abkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu kommen. Es wird grundsätzlich auch nicht bestritten werden können, daß dabei unsere Neutralitätsposition in keiner Weise gefährdet werden darf.

Aber, Hohes Haus, wenn wir uns nur einen Augenblick lang zurückrinnern, wie das Ganze begonnen hat, wie wir uns von allem Anfang an — damals zumindest die beiden großen Parteien, die Parteien der großen Koalition — bei der Bildung der EWG klar gemacht haben, daß Österreich diesem neuen supranationalen Gebilde nicht beitreten kann, weil das mit der Neutralität Österreichs nicht vereinbar ist — es war die gleiche Einstellung, die die Schweiz und Schweden eingenommen haben. Wir haben uns damals, nicht zuletzt in einer offenen Aussprache in diesem Hause, zu der Notlösung der EFTA, der Kleinen Freihandelszone, durchgerungen, und man kann wohl sagen: Wir haben bei der EFTA-Politik nicht draufgezahlt. Österreich hat in Wirklichkeit bei der EFTA-Politik wirtschaftliche Erfolge erzielt und hat die Schwierigkeiten, die durch die Diskriminierung der EWG eingetreten sind, sehr wesentlich für uns mildern können. Aber was damals grundsätzlich gegolten hat, gilt bei der Bestimmung unserer Neutralitätspolitik auch heute. Auch dazu wieder eine allgemeine Feststellung, von der ich annehme, daß sie nicht bestritten werden wird.

Nur wir selbst — das haben die vorigen Regierungen, und das hat auch die gegenwärtige Regierung ausgesprochen —, nur Österreich selbst kann Umfang und Inhalt unserer Neutralitätspolitik bestimmen. Niemand hat uns dabei dreinzureden oder Anordnungen zu treffen, niemanden haben wir zu fragen.

Aber, Hohes Haus, das heißt ja nicht, daß wir großenwahnsinnig werden können. Wir haben zu prüfen, und wir müssen wissen, wie groß unsere Kraft ist, wie weit unsere Möglichkeiten reichen. Wenn wir darauf bestehen, daß nur wir bestimmen, was Umfang und Inhalt der Neutralitätspolitik ist, die unser kleines Österreich treiben kann, dann müssen wir selbst wissen, wie weit wir gehen können.

Ich erinnere daran, daß wir 1961, als der große Plan der Zusammenfassung der EFTA-Länder mit der EWG vertreten wurde, die Verhandlungen, insbesondere Großbritanniens, begannen und die neutralen Staaten den Versuch machten, assoziierte Mitglieder der EWG zu werden, als Vertreter des kleinen Österreich auf internationaler parlamentari-

scher Ebene — damals der Abgeordnete Tončić so wie wir anderen —, im Europarat mit allen Kräften unser Recht auf eine Teilnahme an der großen europäischen Verbindung als Assoziierte vertreten haben.

Hohes Haus! Dieses Assoziationsansuchen, das wir damals gemeinsam mit der Schweiz und mit Schweden im Dezember 1961 gestellt haben, hat nicht zu Verhandlungen geführt. Aber von damals an haben wir uns als Parlamentarier — und es hat die Bundesregierung immer und immer wieder Klarheit über die Haltung der anderen Staaten, über die Haltung der Welt bekommen — bemüht, assoziierte Mitglieder der EWG zu werden. Ich erinnere mich, daß damals führende französische Abgeordnete der Regierungspartei uns im Europarat gesagt haben: Österreich kann nicht Mitglied der EWG werden. Nicht mit der von uns ausgesprochenen Begründung der Neutralitätsschranke, sondern mit der Begründung, daß die EWG auf das sorgfältig hergestellte Gleichgewicht zwischen Frankreich und dem heutigen Deutschland aufgebaut sei. Und wie dieser Abgeordnete der französischen Regierungspartei de Gaulles damals gesagt hat: Wenn 7 Millionen deutschsprechende Österreicher zur EWG dazukommen, wäre dieses Gleichgewicht zwischen Frankreich und dem heutigen, also dem geteilten Deutschland gestört. Darum kann Österreich vom französischen Standpunkt aus nicht zur EWG kommen.

Darf ich aufmerksam machen, Hohes Haus, daß sich dieser Standpunkt damals schon weitgehend gedeckt hat mit dem sowjetischen Standpunkt, der nicht im gleichen Sinne nationalpolitisch aus dem Gleichgewicht der EWG her erklärt war. Aber bei diesem sowjetischen Standpunkt gab es niemals Zweifel, daß die Sowjets eine Zugehörigkeit Österreichs zur EWG, in welcher Form auch immer, als eine Verletzung des Artikels 4 des Staatsvertrages ansehen. Es ist jetzt nicht meine Absicht, mich darüber auseinanderzusetzen, ob das richtig ist oder nicht. Ich will hier daran erinnern, wie der Standpunkt der anderen Mächte war.

Ich werde auch nicht vergessen, wie damals ein hoher amerikanischer Regierungsfunktionär mir in einem Gespräch sagte: Warum bemühen Sie sich denn so um eine Assoziation, genügt Ihnen nicht ein einfacher Vertrag? Wenn Sie mit den Sowjets in Schwierigkeiten kommen, weil Sie den Bogen überspannen, dann können Sie nicht damit rechnen, daß wir Ihnen helfen. Das war nicht eine Bemerkung eines einzelnen amerikanischen Regierungsfunktionärs, sondern es war der vorigen Bundesregierung so wie der jetzigen bekannt, daß das ein amerikanischer Standpunkt war;

2434

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Czernetz

ich weiß nicht, vielleicht auch noch gegenwärtig ist. Ich habe keine offiziellen Äußerungen dazu gehört.

Hohes Haus! Das war der gegenwärtigen Bundesregierung bekannt. Sie ist von Journalisten beider Seiten oder aller Seiten, sie ist von den Parlamentariern, die Besuche im Ausland gemacht haben, sie ist von den Diplomaten anderer Länder und den österreichischen Diplomaten im Ausland ausreichend informiert worden.

Wir haben bei unserem Ansuchen um eine Assoziation zunächst einmal das Warten gelernt. Wir haben gründlich gewartet — von 1961 bis 1964. Wir haben auch noch gewartet und gedrängt nach dem Bruch der Verhandlungen mit Großbritannien, nachdem sich die Schweiz von ihrem Ansuchen zurückgezogen hat und auch Schweden kein Interesse mehr gezeigt hat. Wir haben gewartet und haben gedrängt und haben dann fürs erste Erkundungsgespräche erreicht — exploratory talks —, Erkundungsgespräche auf Beamtenebene, bei denen nicht verhandelt werden konnte, sondern bei denen Österreich erklären konnte, was es will, und die andere Seite nach Rückfragen es zur Kenntnis nehmen konnte.

Dann gab es die ersten Verhandlungsrunden, die zu einem Abschluß gekommen sind.

Wo stehen wir heute? Ich werde die wirtschaftliche Seite jetzt nicht im Detail zu besprechen versuchen. Das ist wirklich ein Fragenkomplex, der mit dem zuständigen Minister für die Integrationsfragen, mit dem Herrn Vizekanzler Dr. Bock, bei der Integrationsdebatte unter Gemischtwaren zu behandeln sein wird, was ich bedauere. Aber wo stehen wir bei der Hauptfrage unserer Außenpolitik jetzt? Was ist denn der Verhandlungsstand nach diesen ersten Gesprächsrunden gewesen?

Auch schon im Ausschuß hat der Herr Vizekanzler aufmerksam gemacht, daß ja mit dem 13. Integrationsbericht, der am 21. Juni dieses Jahres diesem Hause vorgelegt und schließlich dann auch zur Kenntnis genommen wurde, Bericht erstattet worden ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie sich die Mühe nehmen, nachzulesen, was in dem Bericht der Bundesregierung, für den der Herr Vizekanzler verantwortlich ist, über diese entscheidenden außenpolitischen Grundfragen drinnen steht, dann werden Sie, fürchte ich, enttäuscht sein, denn drinnen steht, welchen Standpunkt die österreichische Delegation eingenommen hat. Und dieser Standpunkt hat sich mit dem gedeckt, was schon vorher Beschlüsse der Bundesregierung, auch der vorigen Bundesregierung waren. Aber alles andere ist eigentlich vertraulich behandelt

worden. Was in diesen ersten Verhandlungen von der Europäischen Kommission des Präsidenten Hallstein gesagt wurde, was uns von der EWG entgegengesetzt wurde, darüber haben wir nicht viel in dem 13. Integrationsbericht gefunden. Man muß die ausländischen Zeitschriften lesen, dann kann man einiges darüber erfahren.

Was diesem Hohen Hause nicht mitgeteilt wurde, das hat ein österreichischer Beamter, der dem Außenamt zugehört, in der Schweizer Zeitschrift „Außenwirtschaft“ ausführlich dargelegt. Also Mitglieder des österreichischen Nationalrates haben schon Informationsmöglichkeiten über außenpolitische Nebenfragen, sie müssen nur die Auslands presse oder Auslands literatur zur Hand nehmen, dann kommt man schon ein Stückchen weiter. Und was wir da lesen, ist in höchstem Maße beruhigend. Was wir da über den Standpunkt der EWG-Kommission lesen, hätte uns doch gesagt werden müssen, wir hätten doch gewarnt werden müssen! Dieser Beamte des Außenamtes stellt dort wieder den von uns gemeinsam akzeptierten Standpunkt der österreichischen Unterhändler dar. Nur wir allein bestimmen über Umfang und Inhalt unserer Neutralität, und wir müssen das Recht haben — das ist uns allen geläufig —, daß wir selber entscheiden. Wenn unsere neutralitätsrechtliche oder neutralitätspolitische Situation gefährdet ist, müssen wir das Recht einer Zurückziehung von der EWG haben.

Nun wirft die EWG-Kommission die Frage auf: Wer entscheidet darüber, ob Österreich wirklich aus neutralitätsrechtlichen oder neutralitätspolitischen Gründen Veranlassung hat, sich von der EWG zurückzuziehen? Vielleicht ist das, sagt die EWG, nur ein Vorwand, vielleicht sind es besondere handelspolitische Ideen, und Sie schieben die Neutralität nur vor, um die Gültigkeit von EWG-Beschlüssen nicht anzuerkennen oder sich gar zurückziehen zu können. Es wird verlangt, daß darüber, ob Österreich zu Recht Neutralitätsgründe angeführt hat, ein Schiedsgericht entscheidet. (*Abg. Dr. Gorbach: Hört! Hört!*)

Hohes Haus! Wenn man das annehmen würde, würde die grundlegende Entscheidung dieses Hauses und unserer Regierung über Umfang und Inhalt der Neutralität verloren gehen. Genau das ist etwas, dem wir nicht zustimmen können.

Im 13. Integrationsbericht andeutungsweise, ausführlicher aber im Artikel dieses österreichischen Beamten in einer Schweizer Zeitschrift, wird gesagt, daß die österreichischen Unterhändler das zurückgewiesen haben, aber es wird auch gesagt, daß die EWG darauf besteht, daß Österreich nicht allein entscheiden kann,

Czernetz

wann die Neutralitätsgründe zur Geltung kommen sollen.

Hohes Haus! Ich muß sagen, das ist eine ernste, eine bitterernste Sache. Ich muß auch dazusagen, daß ich es einfach nicht verstehen kann, daß man darüber weder den Außenpolitischen Ausschuß noch den Integrationsausschuß noch das Plenum dieses Hauses informiert hat. Das sind ja Lebensfragen unserer Politik! Und wie sehr diese Fragen in das Praktische hineinspielen, das haben wir doch jetzt in der letzten Zeit erlebt! Wie soll es denn weitergehen? Wir haben die Groteske vor uns, daß man in Österreich Fahnen schwingt und einen Streit über die Frage führt: Hinein oder nicht hinein. Aber sie lassen uns ja gar nicht hinein!

Ist es wirklich allgemein bekannt in unserem Land, hat die Regierung alles in ihrer Kraft Stehende getan, um die Bevölkerung darüber zu informieren, daß das Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission, das der Ministerrat der Sechs seinerzeit gegeben hat, ausgeschöpft ist? Es gibt jetzt kein Verhandlungsmandat, sie können gar nicht verhandeln, sie haben mit dem ersten Verhandlungsmandat nur das Recht gehabt, festzustellen, welche Art von Vertragslösung zwischen der EWG und Österreich möglich ist. Nur das! Das ist also jetzt in irgendeiner Weise geschehen, über die wir nicht ausreichend, nicht am rechten Ort und nicht zur rechten Zeit informiert worden sind.

Jetzt warten wir auf ein neues Mandat, das der Rat der Minister der Sechs der Europäischen Kommission erteilen soll, damit mit uns verhandelt werden kann.

Sie selber, meine Damen und Herren, haben so wie wir alle mit Enttäuschung erlebt, wie ein über das andere Mal die Termine hinausgeschoben worden sind, und auch der letzte Termin ist wieder verschoben worden. Es hat wieder einen Einspruch gegeben, das Mandat ist nicht gegeben worden. Und jetzt zittert man: Vielleicht wird es im Dezember gegeben werden. Aber, Hohes Haus, wenn es im Dezember ein Verhandlungsmandat gibt — das hat auch der Herr Vizekanzler im Budgetausschuß gesagt —, dann wird das ein begrenztes Mandat sein, das der Europäischen Kommission wieder nur die Möglichkeit gibt, festzustellen, wie man Zollfragen regelt, wie man Harmonisierungsfragen regelt, aber die entscheidenden und wesentlichen Fragen: Wie wird man die Probleme institutionell lösen? Welche Möglichkeiten läßt man uns als unabhängiges und neutrales Land, an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft teilzuhaben?, diese Fragen werden nach allem, was man jetzt aus Brüssel hört, nicht im

Mandat der Europäischen Kommission gegeben werden. Aber das sind die Hauptfragen, das sind die Grundfragen des Arrangements, nicht die Zollprozente und nicht die Fragen der wirtschaftlichen Teillösungen.

Hohes Haus! Der Herr Bundesminister Tončić hatte Gelegenheit, anlässlich der letzten Generalversammlung der Vereinten Nationen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko und, soviel ich weiß, zweimal mit dem amerikanischen Außenminister Dean Rusk zu reden. Ich habe es schon im Budgetausschuß gesagt: Diejenigen von uns, die damals Gelegenheit hatten, bei diesen Zusammenkünften nicht mit den Ministern, aber bei Pressezusammenkünften in New York dabei zu sein, haben es genossen, wie der österreichische Minister indirekte Fragen der Presse abzuwimmeln vermochte. Aber hier in diesem Hause sitzen nicht indirekte Journalisten, sondern sitzen die gewählten Volksvertreter dieser österreichischen Republik, die wissen wollen, was bei diesen Gesprächen gesagt wurde.

Wir haben auch über die Gespräche mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Podgorny im Außenpolitischen Ausschuß und im Budgetausschuß nur das gehört, was in den Zeitungen zu lesen war, vielleicht noch zusätzlich eine stärkere Betonung, daß die Gespräche in freundlicher Atmosphäre stattgefunden haben, daß der sowjetische Staatspräsident jovial war, fast väterlich. Man hat uns — und das ist aus der Presse ersichtlich gewesen — einen Handelsvertrag empfohlen, nicht zum erstenmal, und die Sowjets haben ausgedrückt, daß jede andere Bindung Österreichs an die EWG, jede Art von Assoziationsvertrag von ihnen als Verstoß gegen den Artikel 4 des Staatsvertrages angesehen wird.

Hohes Haus! Niemand wird leugnen können, daß das für uns eine sehr unangenehme, eine sehr schwierige Lage ist. (Abg. Dr. Gorbach: Aber das haben sie ja immer behauptet!) Sie haben das immer behauptet, jawohl, sie haben das immer behauptet, Herr Dr. Gorbach, aber gerade daraus hätte man das anwenden sollen, was wir als übereinstimmende Auffassung haben, nämlich Feststellung unter uns, wie weit wir gehen können! Wenn man weiß, daß es Schranken gibt, die wir nicht leicht und ungestraft übersteigen können, dann soll man aus eigenem Entschluß von diesen Schranken wegbleiben. Das hätte uns nie passieren dürfen, daß das mit diesem öffentlichen Eklat uns und der Welt mitgeteilt wird.

Und noch eines: Wir haben neulich privat ein paar Worte gewechselt, ein Kollege der Volkspartei und ich. Hohes Haus! Wir Sozialisten empfinden darüber wahrlich keine

2436

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Czernetz

Schadenfreude, sondern wir haben ernste Sorge. (*Abg. Dr. Hauser: Sie suhlen sich geradezu darin, Herr Abgeordneter Czernetz! — Ruf bei der SPÖ: Warum?*) Wenn Sie sich, Dr. Hauser, abbeuteln, so bleibt es an Ihnen genauso picken, es nützt Ihnen nichts. Worauf es ankommt, das ist, daß wir Politik zu bestimmen haben, aber nicht Vogel-Strauß-Politik zu treiben! (*Beifall bei der SPÖ*).

Wir haben in der Folge ja international und in Österreich die entsprechenden Kommentare lesen und hören können, in Österreich zum Teil an manchen Stellen der Presse den Aufschrei: Ja, wir werden Stellung nehmen, wir werden ihnen unsere Meinung sagen!, und wir haben international sehr, sehr ernste Warnungen bekommen.

Darf ich Sie aufmerksam machen: Ein Blatt vom Range der „Times“ berichtet über ein österreichisches Dilemma, und zwar in der Nummer vom 25. November, und dieser Leitartikel der Londoner „Times“ schließt damit, daß es heißt: Was wahrscheinlich am meisten gefürchtet werden muß, ist nicht eine direkte Bedrohung Österreichs, aber das Risiko, daß ein neuer Punkt der Auseinandersetzungen in Zentraleuropa geschaffen wird, der künftige Regelungen in einer späteren Zeit unmöglich macht, und zwar Regelungen — das ist vorher ausgedrückt — zwischen den Großen, zwischen Amerika und der Sowjetunion! Wir sind in einer sehr gefährlichen und schwierigen Lage. Es handelt sich wahrlich nicht darum, daß man das mit Vergnügen ausspricht, aber ich hielte es für unverantwortlich, es in diesem Parlament nicht offen auszusprechen. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Jungwirth: So eine Regierung soll man ernst nehmen!* — *Abg. Dr. Hauser: Wir nehmen es genauso ernst, meine Herren!* — *Abg. Jungwirth: Das werden wir ja sehen!* — *Abg. Probst: Wir werden nur reden, was Sie gestatten? Wir werden nicht reden, was?*) Hohes Haus! Ich habe mit großem Staunen eine Erklärung ... (*Abg. Lanz, zur ÖVP gewendet: Aber „suhlen“ Sie sich weiter!* — *Abg. Dipl.-Ing. Häammerle: Wir werden ja sehen, ob es den Engländern gelingen wird!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Czernetz!

Abgeordneter **Czernetz** (*fortsetzend*): Ich werde zu England noch ein paar Worte sagen. Ich bleibe aber vorher noch, lieber Herr Kollege, bei Österreich.

Ich kann nur sagen — ich werde mir erlauben, wenn ich dazu Gelegenheit habe, das dem Herrn Vizekanzler bei der Integrationsdebatte noch direkt zu sagen, aber es gehört hier herein —: Er hat nach dem sowjetischen Staatsbesuch ausführlich Stellung genommen,

und er widerspricht der sowjetischen Auffassung und sagt: Das ist sachlich falsch, es ist völkerrechtlich nicht haltbar. Ja, Hohes Haus: Woran denkt man denn da? Ist das nicht eine Bagatellisierung der ernsten Situation, in der wir uns befinden? Wollen wir vielleicht einen Rechtsstreit daraus machen? Gehen wir zum Internationalen Gerichtshof in Den Haag und sagen wir: Was wollen denn die Sowjets? Das dürfen wir ja, das kann uns ja nicht verboten sein!

Hohes Haus! Ich möchte ernsthaft warnen vor dieser tragischen Naivität. Neutralität ist nicht ein Rechtsstand, der auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung gesichert werden kann! Neutralität ist eine politische Funktion, die sich nur stützen kann auf allgemeines Vertrauen! Neutralität kann man nicht jahrelang durch den Internationalen Gerichtshof schleppen und dann damit rechnen, daß man noch Vertrauen genießt, wenn der Streit vorüber ist!

Wir haben es im Europarat vor Jahren gesagt: Mit der Neutralität dürfte es so ähnlich stehen wie mit der Virginität. Je weniger man davon redet und sie vor Gericht behandelt, desto besser. Man soll das nicht vor Gericht bringen. (*Abg. Dr. Mussil: Das schreiben Sie sich hinter die Ohren, Herr Czernetz!*) Bei mir ist es nicht nötig, denn in Wirklichkeit hat ja diese Äußerung, Herr Kollege, nicht der Czernetz, sondern der Herr Vizekanzler Bock gemacht, dessen Wort und dessen Schrift viel wichtiger ist als das Wort eines einfachen Abgeordneten dieses Hauses. Er spricht mit der Autorität der Regierung und redet hier von Rechtsfragen, wo es sich um politische Vertrauensfragen handelt, und er sollte es wissen. (*Abg. Probst: Der Herr Vizekanzler soll die Erklärung im Parlament abgeben, aber nicht in Zeitungen schreiben! Da traut er sich nicht zu reden! Er soll ins Parlament kommen und soll hier Stellung nehmen!* — *Abg. Dr. Hauser: Bei seinem Kapitel!*)

Es hätte — ich darf den Vorwurf nicht unterdrücken — vielleicht der Herr Außenminister, auch wenn das nicht in die Kompetenz des Außenamtes fällt, den Herrn Vizekanzler und Handelsminister beraten müssen, daß er hier ausrutscht, daß wir hier ausgleiten, wenn man diesen Weg beschreitet.

Bei diesen außenpolitischen Fragen, Hohes Haus, kommt es darauf an, zu erkennen, daß man rechtzeitig gemeinsam beraten muß. Mein Vorwurf, unser Vorwurf bei dieser Budgetdebatte zum Kapitel „Äußeres“ soll klar und deutlich ausgesprochen werden: Man hätte das vermeiden müssen, indem man vor diesen außenpolitischen Kontakten, vor

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

2437

Czernetz

diesen Gesprächen als Regierung mit der Opposition geredet, die Standpunkte geklärt, einen gemeinsamen Standpunkt bezogen hätte.

Já — das Argument kenne ich: Die Bundesregierung spricht doch für ganz Österreich, so wie die Regierung Wilson für ganz England spricht. Stimmt. Das ist formal richtig. Es wird nur immer im eigenen Land und im Ausland gefragt, was und wieviel hinter der Regierung steht, und auch wenn es eine Labour-Regierung mit drei Stimmen Mehrheit gegeben hat und jetzt eine mit einer großen Mehrheit gibt, dann können Sie aus der Presse ersehen, wie man in den entscheidenden Fragen, zum Beispiel Verhandlungen Großbritanniens, die mit der EWG verlangt werden, mit den Oppositionsführern spricht. Das wird vereinbart, dort gibt es nämlich in diesen Lebensfragen die gemeinsame Außenpolitik von Regierung und Opposition, eine gemeinsame Außenpolitik, die wir hier vermissen, die versprochen wurde, in dem engen Bereich der unmittelbaren Verfügung des Außenministers in internationalen Organisationen vielleicht exekutiert wird, aber in den großen Fragen der Regierungspolitik nicht zustandegekommen ist.

Wir erleben doch jetzt, Hohes Haus, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland ein ganz eigenartiger Prozeß vollzieht. Die Bundesrepublik ist außenpolitisch durch die französische Obstruktion in der NATO und in der EWG total desorientiert worden. War früher die bundesdeutsche Außenpolitik ursprünglich allein von der CDU und dann von der CDU-FDP-Regierung, später doch auch in Kontakt mit der sozialdemokratischen Opposition in die Richtung geführt, daß die bundesdeutsche Außenpolitik sich auf die Freundschaft und auf das Bündnis mit Frankreich stützt, die westeuropäische Einigung, die Teilnahme an der NATO und das Bündnis mit Amerika, so hat doch Frankreich jetzt die Bundesrepublik in die Lage gebracht, zu wählen zwischen der Freundschaft mit Frankreich und der Freundschaft mit Amerika. Die Bundesrepublik ist ja jetzt total desorientiert und steht vor dem Dilemma, nicht zu wissen, wie und wann sie an die Wünsche der Sowjets ausgeliefert wird. In dieser Lage, nicht nur aus innenpolitischen Schwierigkeiten, in dieser prekären außenpolitischen Situation der Bundesrepublik haben jene Kreise, die vor einem Jahr die große Koalition in Österreich verleumdet haben, die große Koalition in Deutschland hergestellt, weil sie wissen, wie wichtig das außenpolitisch ist. Bei uns in einer Lage, die anders ist, aber nicht weniger prekär, bei uns kann man das alles mit vier, mit fünf Stimmen, wenn man Pech hat, zwei Stimmen Mehrheit machen. Und Sie glauben, dazu wird die Welt

sagen: Natürlich, die Regierung spricht für ganz Österreich? Formal! Aber es ist die Frage, was dahintersteht.

Hohes Haus! Diese Weltpolitik, an der wir als kleiner, bedeutungsloser Staat doch teilnehmen, ist in Wandlung. Wir haben jetzt nicht mehr die Hochspannung wie 1962 in der Kuba-Krise, aber ich glaube, der französische Staatschef General de Gaulle unterliegt gefährlichen Illusionen, wenn er annimmt, daß überhaupt keine Weltkriegsgefahr mehr besteht. Seine ganze Politik der Obstruktion in der NATO und der Obstruktion in der EWG stützt sich auf diese Annahme, und von dorther kommt auch der kühne Gedanke einer antiamerikanischen Politik und das Konzept, wir können in Europa alles unter französischer Führung als dritte Kraft zwischen den Großen machen.

Hohes Haus! Das nukleare Gleichgewicht der beiden Kolosse Amerika und Rußland ist noch immer entscheidend, es ist noch immer die einzige Sicherheit, daß es zu keinem nuklearen Weltkrieg kommt. Die Sicherheit besteht darin, daß man auf beiden Seiten, im Kreml wie im Weißen Hause, weiß, daß ein nuklearer Weltkrieg der Selbstmord der zivilisierten Menschheit wäre. Es ist ein Gleichgewicht des Schreckens, und wir haben bei anderen Gelegenheiten hier schon von den schauerlichen Berechnungen der Buchhalter des Todes gesprochen, die dieses schandbare Wort, den schandbaren Begriff von der over-kill-capacity, der Fähigkeit, mehr als einmal zu töten, erfunden haben. Hohes Haus! Es ändert nichts daran, daß man sagt, die Vereinigten Staaten hätten eine over-kill-capacity von 20 und die Sowjets „bloß“ eine over-kill-capacity von 8, als ob es für die Toten eine Rolle spielte, daß sie noch 7mal oder gar 19mal hätten getötet werden können. Es droht bei diesem Gleichgewicht des Schreckens für alle der Schrecken, wenn es zum Weltkrieg kommt, und daher weiß man in Washington so wie in Moskau die Gefahr zu vermeiden. Es gibt, glaube ich, mehr stillen Vereinbarungen zwischen den Großmächten dieser Welt, als man der Öffentlichkeit mitteilt. (Abg. Dr. Gorbach: Richtig!)

Die Drohung ist nicht nur der Übermut des französischen Nationalismus, sondern die viel größere potentielle Bedrohung des Gleichgewichtes kommt vom kommunistischen China, seiner Theorie des aggressiven Kriegskommunismus, der sich vor allem wendet gegen den konservativen Bourgeois-Kommunismus Moskaus, dem Hohn der chinesischen kommunistischen Führer gegen die russische Staats- und Parteiführung und ihrem Anspruch, die kommunistische Weltbewegung zu führen. Erst in den letzten Tagen kam die Anklage

2438

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Czernetz

Moskaus gegen Peking, daß man in der Chinesischen Volksrepublik bestrebt ist, alle kommunistischen Staaten in einen Krieg gegen Amerika zu treiben, sich selbst als chinesisches Reich draußen zu halten, um dann, wie die chinesische Theorie es sagt, nach 5, 10, 20, 50 Jahren Völkerkrieg als Erbe die Herrschaft über diese Welt, ein neues Steinzeitalter in einer zurückgefallenen Zivilisation, anzutreten. Es ist der Zynismus des Wahnsinns, der heute dieses Gleichgewicht bedroht, und ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir in dem winzig kleinen Österreich, die wir gar keinen Einfluß darauf haben, doch mindestens verstehen sollen, was hier vorgeht! Wir sollen es verstehen, weil wir alles in unserer Kraft Stehende zu tun haben, um die Entstehung neuer Konfliktsherde zu vermeiden.

Das ist die Warnung der Londoner „Times“ an uns gewesen, die das Dilemma der österreichischen Politik darstellt. Kreisky hat einmal bei einer Beratung gemeint, es war die Hauptaufgabe unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg 1945 bis 1953 die Eindämmung, das Containment des Stalinismus. Das ist gelungen. Aber es ist heute wahrscheinlich die Hauptaufgabe die Eindämmung des chinesischen Kriegskommunismus. Hier zeigen sich parallele Interessen der Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten und der übrigen freien Welt. Wir haben gewisse Zeichen der Koexistenz, eine gewisse Milderung der Gegensätze, eine gewisse Annäherung, aber man kommt zu keiner echten Kooperation, man kommt zu dem nicht, was die Welt und die Menschheit braucht: ein Bündnis zwischen Amerika und Rußland, weil wir das Störungselement dieses schauerlichen ostasiatischen Krieges in Vietnam haben.

Aber ich möchte noch eines sagen: Wir in Österreich haben das größte Interesse — gerade als Neutraler zwischen den Blöcken — an einem solchen Bündnis Amerikas mit Rußland und sollen nichts tun, was dort vom kleinen Punkt Österreich aus auch den Großen Schwierigkeiten bereiten kann. Aber wenn man besonders von Frankreich aus sagt: Ja, wir haben in Europa Grund zur Angst vor einem solchen russisch-amerikanischen Condominium, wo kommt Europa hin ?, dann können wir Österreicher sagen: Wir wissen, daß es heute nur zwei Großmächte in der Welt gibt; wir gehören nicht dazu, andere glauben, dazugehören, sind es aber auch nicht, aber sie machen einen großen Krach, ein großes Geschrei, sie machen ihre Extratouren und schaffen Unsicherheit in der Welt, sie glauben, sich die Obstruktion leisten zu können. Aber auch ein Vereintes Europa, ein Vereintes Europa unter französischer Führung, auch ein Vereintes Europa

unter Führung des Generals de Gaulle würde keine militärische Großmacht, nicht die dritte Militärkraft zwischen den Blöcken bilden.

Wir haben es doch sehr deutlich von den Fachleuten gehört: Das europäische Potential auf dem Gebiete der nuklearen Kraft würde bei voller Ausnutzung, bei einer Anstrengung aller europäischer Staaten, einschließlich Großbritanniens und Frankreichs, bis zum äußersten 5 Prozent des nuklearen Potentials der Vereinigten Staaten ausmachen. Damit kann man einen Krieg provozieren, führen werden ihn die anderen, aber untergehen können wir alle.

Man soll diesen Unfug lassen, und wir haben in diesem Lande, in dem kleinen Land, das ja mit zu den Betroffenen gehört, Grund genug, den Großen, die in Wirklichkeit nur „halb so groß“ sind, zu sagen, daß wir es als einen gefährlichen Unfug betrachten, wenn man sich mit diesen Dingen spielt und mit Verbindungsbestrebungen Obstruktion treibt. Die Große Europas, die Große eines Vereinten Europa, das wir anstreben, liegt nicht auf militärischem Gebiet, sondern auf dem Gebiete der Wirtschaft, auf dem Gebiete der Kultur, auf dem Gebiete der politischen Erfahrung, die andere Großmächte vielleicht nicht im gleichen Maße haben, wie sie die Europäer in Jahrhunderten zu sammeln vermochten.

Wir haben keinerlei Einfluß auf den schauerlichen Konflikt im Fernen Osten. Wir haben auch im Europarat keinen Einfluß darauf gehabt, aber trotzdem dazu gesprochen, weil wir der Meinung sind, daß wir in Europa, aber auch wir in Österreich davon betroffen sein können, betroffen darum, weil eine Ausweitung dieses Konflikts ungeahnte Dimensionen annehmen kann, aber auch deswegen, weil der heutige Konflikt doch schon ein Dilemma für die Russen und die Amerikaner bedeutet, weil gerade Vietnam zwischen ihren notwendigen Bündnisbestrebungen liegt.

Wir haben in der Politischen Kommission des Europarates eine Entschließung gefaßt, einen Bericht beschlossen, den wir der gemeinsamen Versammlung des Europarates und des Europäischen Parlaments der EWG im September vorgelegt haben. Wir haben als Europarat klar und deutlich ausgesprochen: Wir Europäer sind, auch wenn das nicht unsere Kompetenz ist, der Meinung, daß es so bald wie möglich zu einer Beendigung aller Feindseligkeiten kommen soll, daß rasch Verhandlungen mit allen an dem ostasiatischen Krieg Beteiligten geführt werden müssen, ohne Ausschließung der einen oder der anderen, und daß man politische, nicht militärische Lösungen suchen muß.

Czernetz

Hohes Haus! Wenn wir auch nichts dazu beitragen können, müssen wir doch wissen, daß es für uns keinen Abschneider, keinen verkürzten Weg gibt. Wir sind von diesen Problemen betroffen. Wenn man uns wieder einmal, wie in der Vergangenheit, sagt, die Europäer sollen doch ihre Probleme allein lösen, und man eine europäische Sicherheitskonferenz vorschlägt, die schon für uns in Frage kommt, dann horchen wir auf, wenn man von sowjetischer Seite meint, man solle eine Sicherheitskonferenz aller europäischen Staaten, natürlich einschließlich der Sowjetunion, aber unter Ausschluß der nichteuropäischen Macht Amerika abhalten. Wir sind keine Anhänger von Besatzungstruppen oder Stützpunkten in fremden Ländern, aber so, wie das militärische, das nukleare Gleichgewicht heute die einzige Sicherung gegen einen nuklearen Krieg ist, so ist dieses militärische Gleichgewicht in Europa, auch das Gleichgewicht zwischen Amerika und der Sowjetunion, die amerikanische Präsenz gegenüber der sowjetischen, die Voraussetzung einer weiteren friedlichen Entwicklung.

Wir sollen hier aussprechen: Abenteuer mit einer Verdrängung Amerikas, ob es von Paris oder Moskau geschieht, dienen nicht dem Frieden, sondern schaffen neue Elemente der Unsicherheit. Wir in Österreich aber haben allen Grund, an einer Verbesserung des Klimas zu wirken, und da liegt unsere Verantwortung in Mitteleuropa! Deshalb, Hohes Haus, sage ich: Neutralität, Neutralität und wieder Neutralität, nicht aus ideologischen Gründen, keine ideologische, sondern die militärische Neutralität, zu der wir uns feierlich verpflichtet haben. Sie ist ein Instrument zur Erhaltung eines verbesserten Klimas und zur weiteren Verbesserung des Klimas. Aber gerade deshalb müssen wir vor einem Spiel mit dieser Neutralität warnen, warnen aus internationalem Verantwortungsgefühl und warnen aus österreichischem Egoismus, weil es Wahnsinn für unser Land und unser Volk wäre. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Integrationspolitik, auf die wir uns eingelassen haben und zu der wir stehen, werden wir mit äußerster Vorsicht fortführen haben. Wir werden sehr sorgfältig prüfen müssen, ob wir uns ein Verlassen der EFTA leisten können, wirtschaftlich und auch politisch. Wir hoffen, daß die Verhandlungen mit der EWG wiederaufgenommen werden können. Wir sind in Wirklichkeit nur unruhig, unangenehm berührt, zeitweise empört über die Art des Hinauszögerns und des Wartenlassens. Der Vertrag, den wir suchen, wird uns aber keinerlei außenpolitische und internationale Schwierigkeiten brin-

gen dürfen, wir werden nicht provozieren dürfen und werden uns nicht provozieren lassen dürfen. Man soll ja nicht mit einem Prozeß vor dem Internationalen Gerichtshof in den Haag spielen. Das wäre gar nicht so lustig, und Österreich hätte dabei gar nichts zu lachen, wir hätten, wie immer der Prozeß ausgeht, alles zu verlieren, nämlich das internationale Vertrauen auf allen Seiten, und darauf kommt es an.

Die österreichische Außenpolitik, besonders im Bereich der Tätigkeit des Herrn Bundesministers, werden wir vorsichtig weiterzuführen haben auf der Linie der Mitwirkung bei den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen. Wir haben uns gerade dort durch eine vorsichtige und geschickte Politik internationales Vertrauen erworben. Es soll hier ausdrücklich gesagt werden, daß unsere österreichische ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen internationales Ansehen genießt, das weit über die Größe und Bedeutung dieses Landes hinausgeht. Hier sehen wir eine Kontinuität der Außenpolitik, die sich von den vergangenen Regierungen über die gegenwärtige weiterhin entwickelt. Man wird gut tun, dabei zu bleiben.

Wir werden unsere vorsichtige, aber sehr aktive Politik im Rahmen Europas und des Europarates fortzusetzen haben.

Hohes Haus! Ich möchte hier nicht unerwähnt lassen, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen in diesem Jahr zweimal deutlich erklärt hat, daß er den Europarat als eine Defacto-Regionalorganisation im Rahmen der Familie der Völker der Vereinten Nationen betrachtet. In diesen Institutionen werden wir mitzuwirken haben mit der Aufgabe, für die Beruhigung, die Verständigung, für das Vertrauen zu wirken und keinen neuen Krisenherd entstehen zu lassen.

Wir Österreicher haben dabei noch die besondere Möglichkeit, eigene Bemühungen, europäische Bemühungen und weltweite Bemühungen vom Westen her zu Kontakten mit dem Osten zu verstärken und zu verbessern. Wir haben in all den schwersten Jahren der Vergangenheit einen verhältnismäßig hohen Anteil am Osthandel gehabt und haben ihn noch; wir haben die Nähe, die Erfahrung und die Kenntnis dieser Länder.

Es ist notwendig gewesen, daß wir im Europarat bei verschiedenen Anlässen in den Ausschüssen, an die sich der Herr Bundesminister noch erinnert — zum Beispiel voriges Jahr im Politischen Ausschuß, in dem der französische Vertreter sehr optimistisch über Ostkontakte und besonders über seine Balkanverbindungen gesprochen hat —, vor Illusionen gewarnt haben. Wir haben es auch

2440

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Czernetz

im Europarat im Plenum getan, und kürzlich hat mein Freund Dr. Kreisky neuerdings sehr deutlich vor Illusionen gewarnt. Wir begrüßen alle Erleichterungen, jeden kleinen Schritt der Liberalisierung. Es lebt sich in diesen Staaten leichter unter einer liberalisierten Diktatur, aber die Diktatur hat nicht aufgehört, die Einparteiherrschaft der Kommunisten zu sein. Wir wären töricht, hätten wir darüber Illusionen. Wenn wir das wissen, haben wir allen Grund, die Möglichkeiten der praktischen Zusammenarbeit auszunützen. Es gibt Möglichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet, Möglichkeiten sind auf kulturellem Gebiet vorhanden. Wir haben jetzt vom Europarat aus mit Zustimmung der Versammlung und der großen politischen Gruppen bereits eine Zusammenarbeit auf Beamtenebene in Fachfragen eingeleitet, die erfolgreich ist.

Es steht jetzt zur Diskussion: Soll man auch Kontakte zwischen Vertretern der politischen Versammlungen, der gesetzgebenden Versammlungen der östlichen Diktaturstaaten und dem Europarat aufnehmen, soll man Minister aus den kommunistischen Staaten einladen? Bisher haben das die beiden größten politischen Gruppen im Europarat, die christlichen Demokraten und die Sozialisten, abgelehnt. Wir glauben nämlich, daß man bei der Einladung von Politikern in westliche politische Gremien notwendigerweise in politische und in ideologische Diskussionen kommt, welche die praktische Zusammenarbeit heute gefährden. Jeder Politiker aus diesen Ländern ist doch verpflichtet, schon zu seiner eigenen Sicherung, im eigenen Land seine politischen Theorien, seine Ideologie zu vertreten. Man kann das nicht einfach unbeantwortet und unwidersprochen lassen.

Ich weiß nicht, ob in Zukunft andere Beschlüsse gefaßt werden, aber das ist die gegenwärtige Lage. Wir selber sind sehr dafür, daß wir alle Möglichkeiten in Österreich ausnützen. Aber, Hohes Haus, es wird langsam Zeit, mit dem lächerlichen „Kinderschreck“ von der Ostansfälligkeit der Sozialisten Schluß zu machen. Damit dient man Österreich nicht. (*Beifall bei der SPÖ.*) Man soll auch an die außenpolitische Wirkung der Volksfrontmärchen und der Legende von der Ostansfälligkeit denken. Das ist nicht wahr; Sie wissen es, es dient Österreich nicht.

Wir sollen alle Möglichkeiten nutzen, um ohne Illusionen zu praktischen Zwecken der Verständigung diese Kontakte auszubauen und zu verstärken. Wir werden uns vor allem sehr darum bemühen müssen, das zu verwirklichen, was wir vor kurzem im Europarat beantragt haben: daß man gegen das Aus-

einandertriften der großen Handelsblöcke in Europa, der EWG und der EFTA, etwas unternimmt. Wir sollten uns keine Illusion machen: In den nächsten Jahren ist mit einem Zusammenschluß nicht zu rechnen.

Ich habe vorhin die Frage bekommen: Was ist mit England? Die neue englische Regierung hat anders, aber doch ähnlich wie die letzte konservative Regierung ausgesprochen: Wir wünschen einen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Man hat erklärt: Wir nehmen auch den Vertrag von Rom, das Verfassungsdokument, an. Verhandeln muß man über verschiedene Dinge, denn er ist nicht einfach anwendbar, denn im Vertrag von Rom ist ja auch die Stimmenverteilung der heutigen Mitglieder enthalten. Bei der Aufnahme eines neuen Mitgliedes muß das ja geändert werden. Man muß also verhandeln.

Leider ist die Antwort aus Frankreich wieder ein Nein gewesen. Der Hauptgrund, der aus Frankreich diesmal kam, war nicht der, daß England nicht europäisch genug ist, daß die Engländer schlecht essen und nicht französische Manieren haben und was es an Nettigkeiten sonst gab, von denen der französische Staatschef 1963 sprach. Jetzt hat es klar und deutlich geheißen: England muß mit Amerika brechen! Wenn England das enge Bündnis mit Amerika hält, ist es für das gegenwärtige Frankreich in der EWG nicht akzeptabel. Ich glaube, da macht die britische Regierung nicht mit. Ich glaube, auch die konservative Opposition wird es nur öffentlich sagen, sie wird wahrscheinlich die amerikanischen Regierungsstellen beruhigen, daß sie es nicht so meint, sondern daß das nur Oppositionshaltung ist; denn für England ist es eine entscheidende Lebensfrage, nicht nur wirtschaftliche Kontakte zu haben, sondern es geht um die Sicherung des großen amerikanischen Verbündeten. Damit spielt man nicht. Die französischen und die englischen Atombomben sind keine Sicherung. Die freien Länder Europas brauchen die Zusammenarbeit mit dem freien Amerika und seine Hilfe.

Aber was wir in Europa in einer Zeit, in der man auf Jahre rechnen muß, brauchen, ist, daß die beiden Handelsgruppen bestehen bleiben. Ich verweise auf die Beruhigungserklärungen: Es wird schon nicht so arg sein, die Handelsströme verlagern sich nicht so. Der Vorsitzende unserer Wirtschaftskommission im Europarat, der holländische Senator Vos, also ein Vertreter eines EWG-Landes, hat letztes Mal deutlich gewarnt: In dem Augenblick, in dem in beiden Wirtschaftsblöcken das Zollniveau Null erreicht ist, wird man erleben, wie die Handelsströme besonders bei wirtschaftlichen Rückschlägen — die Rezessions-

Czernetz

erscheinungen sind schon da — auseinandergehen werden.

Wir wollen im Europarat daher mindestens versuchen, daß man für die EFTA Parallelmaßnahmen ausarbeitet und vorschlägt, die wenigstens den Bestand der Gruppen nicht mit völlig verschiedenen Methoden auseinandergehen läßt.

Wir haben jetzt neue Sorgen, die Sorgen, daß die Kennedy-Runde nicht zum Erfolg führt. Alle Vertröstungen, wenigstens die allgemeinen weltweiten Zollsenkungsverhandlungen im Rahmen des GATT werden eine Erleichterung treffen, das alles ist leider im Nebel, und wir können keine Erfolge in nächster Zeit erwarten. Ich werde mich freuen, wenn ich da unrecht habe, aber ich fürchte, die Lage ist sehr ungünstig.

Hohes Haus! Lassen Sie mich nur noch folgendes sagen: Es ist vielleicht in einer solchen Budgetdebatte über Äußeres Zeit, in unserem Parlament eigentlich auch der Ort, eine kurze, aber ernste grundsätzliche Überlegung über die Funktion unserer Außenpolitik im Laufe der Entwicklung anzustellen. Uns Sozialisten wirft man vor: Ihr lehnt die ganze Geschichte ab, ihr tut so, als ob Österreich erst 1918 zu existieren begonnen hätte! Nein! Ich bin dafür, daß man die Außenpolitik Österreichs in ihrer Entwicklung dort vergleicht, wo sie vergleichbar ist, also nicht das 16. oder 17. Jahrhundert, vergleichbar sind das Ende des 19. und der Anfang des 20. Jahrhunderts. Man muß sehr klar sehen: Die Außenpolitik des alten, großen Österreichs war von den überragenden Interessen der Krone und der herrschenden Schichten bestimmt, die das Gebäude der Donaumonarchie, einen multinationalen Staat, erhalten wollten. Es war eine konservative Linie, aber damit war es in Europa eine Politik der Stabilisierung. Das war es, was man immer als Friedenspolitik bezeichnet hat.

Ich möchte ganz offen sagen: Auch die irrsinnigen Aggressionsakte 1914 hatten ja eine konservative Absicht. Es war ja eine stabilisierende Absicht, wenn auch die Methoden wahnwitzig waren. Schon damals war alles verloren, verloren, weil die Voraussetzungen für den Erfolg der konservativen Friedenspolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht erkannt worden sind. Erfolg hätte diesem konservativen Konzept nur dann beschieden werden können, wenn die Krone und die herrschenden Schichten eine Verständigung mit den Slawen, die eine Mehrheit in der alten Monarchie dargestellt haben, herbeigeführt hätten, die Umwandlung Österreich-Ungarns in eine demokratische Föderation im Donauraum, eine demokratische Innenpolitik und

eine großzügige Sozialreform verwirklicht hätten. Das waren die Ideen des ersten Präsidenten der Zweiten Republik, die Ideen Karl Renner: die Umwandlung Österreich-Ungarns, das, was er einmal als eine „kleine Internationale im Donauraum“ bezeichnet hat.

Ein ähnlicher Weg ist von der britischen Monarchie eingeschlagen worden. Die Monarchie hat sich behauptet, und sie ist schließlich von einer absoluten nicht zu einer konstitutionellen, sondern zu einer parlamentarischen Monarchie geworden.

Wenn also die Voraussetzungen für das Gelingen eines konservativen Konzeptes unserer Außenpolitik in den Zeiten der Monarchie radikale föderalistische, demokratische und soziale Reformen waren, so zeigt uns die Geschichte, daß gerade das nicht geschehen ist. Sie werden sich an das Wort Palackys vor mehr als hundert Jahren erinnern, jenes Alt-Tschechen, der sagte: „Wenn es Österreich nicht gäbe, dann müßte man es erfinden.“ Die konservativen Alt-Tschechen sind zurückgestoßen worden. Anstatt eine föderalistische Monarchie zu schaffen, blieb man beim Dualismus und hat die konservativen Slawen zurückgestoßen. Man hat sie in die nationalrevolutionäre Linie hineingetrieben. Jeder, auch der kleinste demokratische Fortschritt, jede, auch die kleinste Sozialreform mußten hart und bitter erkämpft werden.

Hohes Haus! Es ist in den vergangenen Tagen ein paarmal darüber geredet worden — glauben Sie es mir —: Hier, beim tragischen Nichtverständen und Versagen der Habsburger lagen die geschichtliche Schuld und die Belastung für die Zukunft. Und darum unsere Empörung über die lächerliche Geschichtsklitterung in der Fernsehsendung. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Man hat ja damit nicht einmal der tragischen, aber würdigen Legendengestalt Franz Josephs I. gerecht werden können. Man hat ihn — und das ist ein Unrecht an dieser immerhin bedeutenden geschichtlichen Erscheinung — zu einer Karikatur gemacht, und das gehört nicht zur Traditionspflege, sondern ist läppisch und kindisch und sollte in Wirklichkeit bei denen, die auf Tradition Wert legen, noch empörteren Widerhall finden als bei uns.

Aber für die Außenpolitik der Gegenwart kann man sagen: Wir haben Schwierigkeiten genug, wir sollen nicht neue suchen. Wir können erkennen, daß die Außenpolitik des alten Großösterreich und des Kleinösterreich in der Ersten und in der Zweiten Republik immer wieder das größte Interesse an der Erhaltung, früher des großen Reiches, aber nachher wenigstens des übriggebliebenen Restösterreich war.

2442**Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966****Czernetz**

Hohes Haus! Wir haben mit dem Verlust der Demokratie 1934 und den außenpolitischen Verbindungen mit der Achse Rom—Budapest und dann mit der Achse Rom—Berlin unsere Unabhängigkeit, unsere Eigenstaatlichkeit verloren. Österreich ist damit untergegangen. Wir haben in der Zweiten Republik den Freiheitskampf, den Abwehrkampf gegen die kommunistische Bedrohung nur in der Zusammenarbeit und nur mit einer kühnen Politik demokratischer und sozial fortschrittlicher Reformen durchführen können.

Ich glaube, daß dieser kurze geschichtliche Rückblick uns eine Mahnung gibt, Unabhängigkeit und Neutralität eifersüchtig zu bewachen und zu bewahren, mit einer europäischen und internationalen Kooperation zu verbinden, aber wir lesen auch die Warnung aus unserer Geschichte vor leichtsinniger Gefährdung unserer Errungenschaften. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Die Alleinregierung der ÖVP hat uns in einer kurzen Zeit unter Mißachtung der notwendigen Gebote der Herstellung des Einvernehmens mit der Opposition in außenpolitischen Fragen in zusätzliche Schwierigkeiten geführt. Dafür hat die Alleinregierung die alleinige Verantwortung. (*Abg. Dr. Pittermann: Sehr richtig!*) Nochmals: Es ist nicht Schadenfreude, sondern ernste, bittere Sorge um dieses Österreich, das unser Österreich so wie Ihr Österreich ist! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir stehen hier nicht als Bittsteller, sondern wir mahnen und warnen vor Leichtfertigkeit. Wir sind immer noch erfüllt von der Überzeugung, daß man auf dem Gebiete der internationalen Vertretung dieses Landes, daß man auf dem Gebiete der Außenpolitik diesem Land und diesem Volk so nicht, aber nur dienen kann mit einer gemeinsamen Außenpolitik aller großen demokratischen Kräfte! (*Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich im Einvernehmen mit den Klubobmännern bekanntgeben, daß die Mittagspause heute um eine Stunde gekürzt wird und für die Zeit von 14 bis 15 Uhr festgelegt wird.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Fiedler** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der heutigen Zeit, in der sich durch die eminent rasche Entwicklung der Technik Länder und deren Bewohner auf Stundendistanz — trotz Entfernungen von mehreren tausend Kilometern — näherkommen können, wird immer wieder ein Problem zu realem Nachdenken und ernsten Überlegungen

führen. Ich meine hier das Problem der außenpolitischen Standortbestimmung, nämlich die Frage des Verhältnisses des eigenen Landes zu den Mitgliedern der weltweiten Völkerfamilie. Eine solche Standortbestimmung, die eine wichtige und hochpolitische Frage darstellt, kann aber nie eine einmalige sein, sondern muß auf die Entwicklung der weltpolitischen Situation und die gegebenen Realitäten Bedacht nehmen. Hierbei wird aber dann ein Staat nüchtern und sachlich die notwendigen Folgerungen zu überlegen haben und prüfen müssen, welche Aktionsmöglichkeiten sich daraus ergeben.

Meine Damen und Herren! Dieser Grundsatz gilt sicherlich für die Außenpolitik aller Länder, trotzdem möchte ich sagen, für ein neutrales Land in noch verstärktem Ausmaß.

Die österreichische Politik und insbesondere die Außenpolitik beruhte in der Vergangenheit, beruht in der Gegenwart und wird ebenso in der Zukunft auf dem Grundsatz der immerwährenden Neutralität und der Achtung der damit verbundenen Verpflichtungen beruhen müssen. Grundlage für eine solche Politik ist das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität vom 26. Oktober 1955, dessen Zweipunkte-Inhalt diesem Hohen Hause wohlbekannt ist. Aus diesem Verfassungsgesetz ergibt sich nicht nur, daß sein Wortlaut völlig eindeutig ist und keiner neuen Interpretation bedarf, sondern daß eine solche Interpretation ausschließlich Österreich zukommt und daß die Exekution dieser Verpflichtung ausschließlich dem Nationalrat beziehungsweise der dem Nationalrat verantwortlichen Bundesregierung zusteht. Hier befindet sich mich in Übereinstimmung mit meinem Vorredner.

Es muß der Grundsatz der Regierung eines neutralen Landes sein, in ihrer Außenpolitik nichts zu unternehmen, das ihr die Glaubwürdigkeit nimmt. In den letzten Wochen und Monaten wurde wiederholt von verschiedenen Seiten, sei es in Zeitungsartikeln, sei es in Diskussionen, sei es in Fernsehsendungen, wie beispielsweise der Diskussion der Auslandsjournalisten, die Frage der österreichischen Neutralitätspolitik erörtert. Ich glaube deshalb, wenn ich auch weiß, daß in den vergangenen Jahren über diese Fragen in diesem Hohen Haus gesprochen wurde, einige grundsätzliche Feststellungen treffen zu müssen.

Der Schweizer Völkerrechtslehrer Bindeschelder hat davon gesprochen, daß die Politik eines neutralen Landes „kalkulierbar“ sein muß, für die Drittstaaten nämlich, denen die Neutralität notifiziert wurde und die die Neutralitätserklärung angenommen haben. Erklärter Zweck unserer österreichischen immerwährenden Neutralität ist die dauernde Be-

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

2443

Dr. Fiedler

hauptung der Unabhängigkeit unseres Staates. Die Neutralität wurde somit die Maxime unserer Außenpolitik, die Erhaltung und Sicherung der Unabhängigkeit ihr Ziel. Die Freiwilligkeit unserer Neutralität bedingt deren Auslegung durch das Parlament und die Bundesregierung innerhalb des durch das Völkerrecht gezogenen Rahmens.

Ein entscheidendes Element der immerwährenden Neutralität stellt ihre internationale Glaubhaftigkeit und Berechenbarkeit dar. Der immerwährend Neutralen ist daher schon in Zeiten des Friedens zu Verhaltensweisen verpflichtet, die unter den Begriff der Neutralitätspolitik fallen. In ihrem Sinn muß Österreich alles unterlassen, was die Erhaltung der Neutralität im Konfliktfall gefährden müßte, und alles tun, was ihrer Sicherung dient. Dazu ist wesentlich, daß sich Österreich seine grundsätzliche Entscheidungs- und Handlungsfreiheit im Bereich der staatlichen Willensbildung wahrt.

Die Neutralität bedeutet jedoch keinerlei Einschränkung der weltanschaulichen Meinungsfreiheit und politischen Orientierung. Sie verpflichtet den Staat, nicht aber den einzelnen Staatsbürger. Eine konsequente Neutralitätspolitik unseres Staates, zu der eine umfassende und angemessene Landesverteidigung gehört, gibt der Neutralität erst ihre Glaubwürdigkeit, das heißt das Vertrauen der Völkergemeinschaften in den Willen und die Fähigkeit Österreichs, im Konfliktfalle wirklich neutral zu bleiben. Mit diesem Vertrauensvorschuß erhält unsere immerwährende Neutralität erst jene stabilisierende Wirkung im internationalen Kräftekspiel, die ein wesentlicher Beitrag zum Frieden auf unserer Welt, aber auch wieder der beste Garant für unsere Unabhängigkeit sein wird.

Wenn ich nun weiter versuchen will, die Stellung Österreichs in der Welt — weitab vom Routine-Klischee of fizieller Interpretation — bildhaft darzustellen, erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, einen Vergleich:

Im Wartezimmer eines fleißigen, betriebsamen praktischen Arztes, der im Ruf steht, ein ausgezeichneter Diagnostiker zu sein, drängen sich zahlreiche Patienten, die mehr oder weniger krank sind, die sich aber alleamt nicht recht wohlfühlen. Der Arzt ihres Vertrauens geht nun daran, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten die tieferen Ursachen des Unbehagens zu ergründen. Er bedient sich dabei keiner hochkomplizierten Apparaturen, sondern verläßt sich — nach der probaten Manier erfahrener Ärzte der alten Schule — auf seine eigenen wachen Sinne, die er in jahrelanger Praxis geschärft hat. — Der Erfolg einer solchen

Diagnose ist ein zweifacher: zeitsparend und unbedingt subjektiv richtig.

Die Beziehung Österreichs zur Welt — und da wieder zu den Größen der Welt — ist eine ähnliche. Nicht die anerkannte Kapazität entscheidet, sondern das ehrlich erworbene Vertrauen. Wir erlebten vor zwei Wochen den Staatsbesuch des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Nikolai Wiktorowitsch Podgorny. Wir hatten dabei als kleines Land die willkommene Gelegenheit, einem der höchsten Vertreter jener Signatarmacht, die am Zustandekommen unseres Staatsvertrages primär federführend war, glaubhaft vor Augen zu führen, daß es sich vor elf Jahren wirklich gelohnt hat, einen staats- und machtpolitischen Akt zu setzen, der wesentlich dazu beitrug, Österreich mit der übrigen Welt in jenes Gelegenheitsverhältnis zu bringen, das sich heute — und hier beziehe ich mich auf ausländische Urteile — konstruktiv auswirkt.

Meine Damen und Herren! Gerade die Position Österreichs bei den Vereinten Nationen ist nun vergleichbar mit jener des praktischen Arztes, der den Ruf genießt, ein guter Diagnostiker zu sein. Man weiß in der „Reparaturwerkstätte der Weltpolitik“ sehr wohl, daß diesem Arzt so gut wie nichts zur Verfügung steht, außer seiner Erfahrung, seiner Bemühung und seiner Unermüdlichkeit, im Dienste des politischen Wohlseins der Welt zu wirken.

So, meine Damen und Herren, kann unsere Mitarbeit in der Organisation der Vereinten Nationen gewertet werden. Die Rolle, die unser Land in diesem großen „Weltrat“ spielt, und das Ansehen, das wir bei dessen Mitgliedern haben, gehen weit über unsere territoriale Größe und Bevölkerungszahl hinaus. Da ich persönlich Gelegenheit hatte, am Beginn der diesjährigen XXI. Generalversammlung an den Beratungen der Delegierten teilnehmen zu können, kann ich diesen Umstand aus eigener Feststellung und Wahrnehmung ganz besonders unterstreichen.

Unser Land hat sich seit seiner vor elf Jahren erfolgten Aufnahme als Vollmitglied den Ruf erarbeiten können, ehrlicher Makler im Dienste der Völkerverständigung und des Weltfriedens zu sein. Dies kommt auch durch verschiedene Umstände ganz besonders zum sichtbaren Ausdruck.

Österreich stellt für diese Generalversammlung erstmalig einen der zu wählenden Vizepräsidenten. Im wichtigen Beglaubigungsausschuß, im Fiducial Committee, wurde uns der Vorsitz übertragen. Es ist dies sicherlich keine leichte und einfache Aufgabe, aber zweifellos ist gerade das neutrale Österreich

2444

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dr. Fiedler

geradezu prädestiniert für diese bedeutende Funktion.

Bereits seit längerer Zeit oblag uns die Vorsitzführung im Weltraum-Ausschuß, bei dem bei seinen im vergangenen Sommer in Genf stattgefundenen Beratungen ein beachtliches und weitgehendes Ergebnis erzielt werden konnte. Gerade hier konnte durch unsere positive Vermittlertätigkeit eine Annäherung der Standpunkte der beiden Großmächte gefördert werden, denn es ist immer wieder gelungen, die Weltmächte am Verhandlungstisch zusammenzubringen. Ich werde hierauf noch einmal kurz zurückkommen.

Im Wirtschafts- und Finanzausschuß wurde uns erstmalig die beachtliche Funktion des Berichterstatters übertragen. Auch auf dem Gebiete der Menschenrechte, auf dem Österreich auf eine lange Tradition zurückblicken kann und dem die UN besonderes Augenmerk widmet, hat sich die österreichische Delegation stets an der Ausarbeitung der verschiedenen Konventionen und Deklarationen beteiligt, und es ist, nachdem es bereits lange Jahre in der Menschenrechtskommission vertreten war, dieser Tage neuerdings in dieses Gremium gewählt worden.

Aber nicht nur in den genannten Ausschüssen, sondern ich darf sagen, in allen Ausschüssen, in die wir Delegierte entsenden konnten, wird die aktive und konstruktive Mitarbeit unserer Delegierten äußerst geschätzt und anerkannt.

Hohes Haus! Ich möchte deshalb an dieser Stelle nicht verabsäumen, ein Wort des Dankes und der Anerkennung auszusprechen. Dieser Dank gilt unserem vorzüglichen Mitarbeiterstab im Rahmen unserer österreichischen Vertretung bei den Vereinten Nationen unter Leitung von Botschafter Dr. Kurt Waldheim. (*Beitfall bei der ÖVP.*) Botschafter Dr. Waldheim, der jetzt einer der Vizepräsidenten der Generalversammlung ist, hat sich seit Übernahme der New Yorker Mission vor über zwei Jahren nicht nur hervorragend eingearbeitet und stets größtes diplomatisches Geschick im Interesse Österreichs bewiesen, sondern erfreut sich im gesamten Delegiertenkreis höchster Anerkennung.

Und dies, meine Damen und Herren, ist an diesem einmaligen Treffpunkt der Staaten der Welt von nicht zu unterschätzender Bedeutung für unser Land. Bei Beginn der Generalversammlung waren es 118 Staaten, heute sind es bereits 122, die dem Kreis der Vereinten Nationen angehören, daneben gibt es 6 Staaten, die Beobachter entsenden. In dieser Session werden insgesamt 100 führende Staatsmänner der Welt an der Generalversammlung persönlich teilnehmen beziehungsweise das Wort ergreifen. Unter diesen sind: 1 Staatspräsident,

3 Vizepräsidenten, 3 Regierungschefs, 5 stellvertretende Regierungschefs und 88 Außenminister.

Hierin liegt nun die besondere Bedeutung der Organisation der Vereinten Nationen, nämlich in der gegebenen Möglichkeit, im Rahmen der Generalversammlung miteinander zusammenzutreffen und Gelegenheit zu bekommen, im Interesse des Weltfriedens Kontakt aufzunehmen und über alle Probleme reden zu können. Die persönliche, vielfach ungezwungene Kontaktnahme spielt hiebei die größte Rolle. In diesem Umstand liegt der ganz besondere Wert dieser weltweiten Organisation, der in der Vergangenheit bei der Erledigung der offiziellen Tagesordnungspunkte nicht immer die erwarteten Erfolge beschieden waren.

In zwei wichtigen Fragen aber, mit denen die Vereinten Nationen derzeit befaßt sind, nämlich der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und der friedlichen Nutzung des Weltraumes und der Himmelskörper, dürfte es in allernächster Zeit zum Abschluß internationaler Verträge kommen.

In der ersten Frage bestehen hiebei nicht nur Differenzen zwischen den USA und der UdSSR, die nunmehr weitgehend in bilateralen Verhandlungen und Gesprächen beseitigt werden konnten, sondern auch verschiedene Auffassungen zwischen den Atommächten einerseits und den potentiellen Atommächten der Zukunft, wie etwa Schweden, Indien, die Vereinigte Arabische Republik andererseits, die bloß bei Gegenleistung der Atommächte, wie zum Beispiel einer Nichtangriffsgarantie mit Kernwaffen, ihrerseits bereit sind, auf solche Waffen in Zukunft zu verzichten. Österreich, dem im Staatsvertrag der Besitz von Kernwaffen untersagt ist, hat sich der Auffassung dieser Staaten nicht angeschlossen, sondern ist wiederholt gemeinsam mit anderen Staaten in den UN initiativ für einen vollkommenen Bann der Kernwaffen eingetreten. Anlässlich der diesjährigen Generalversammlung hat sich die Österreichische Delegation in ihren Erklärungen für einen bedingungslosen Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen eingesetzt.

Was die zweite angeschnittene Frage betrifft, so hat sich der österreichische Vorsitzende des Weltraumausschusses durch seine Vermittlungsbemühungen äußerst aktiv für das Zustandekommen eines Weltraumvertrages eingeschaltet. Prinzipielle Einigung über den Vertrag ist bereits erzielt, sodaß einem Abschluß noch während dieser Generalversammlung nichts mehr im Wege stehen sollte.

Von großer Bedeutung für das rasche und wirksame Eingreifen der Vereinten Nationen im Falle lokaler bewaffneter Auseinander-

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1968

2445

Dr. Fiedler

setzungen ist eine Regelung der UN-Friedensoperationen. Österreich stellt gegenwärtig nicht nur ein Polizei- und ein Sanitätskontingent für die Zypernoperation und ist nunmehr auch in der Lage, über Ersuchen der Vereinten Nationen im Bedarfsfall militärische Einheiten für derartige Operationen zu entsenden, sondern hat sich auch im Komitee für Friedensoperationen und in der Generalversammlung selbst, soweit dies in seiner Macht steht, um eine Lösung strittiger Fragen im Hinblick auf die Autorisierung und Finanzierung der Operationen, über die es vor zwei Jahren zu einer der schwersten UN-Krisen kam, stets bemüht.

Großes Interesse findet heuer die Chinedebatte der Generalversammlung, da hiebei neue Vorschläge eingebracht wurden. Eine italienische Anregung geht dahin, durch ein Komitee zunächst die Einstellung Pekings zu den Vereinten Nationen festzustellen und den gesamten Fragenkomplex zu überprüfen. Kanada schlug andererseits vor, beiden chinesischen Staaten die UN-Mitgliedschaft zu ermöglichen, was aber bisher sowohl von Peking wie auch von Taiwan strikte abgelehnt worden ist. Österreich enthielt sich — so wie in den vergangenen Jahren — im Meritum der Frage der Stimme. Wenn Sie die heutigen Morgenzeitungen zur Hand nehmen, werden Sie feststellen, daß gestern in der Generalversammlung die Ablehnung der Aufnahme Chinas neuerdings mit Mehrheit erfolgte.

Für die afrikanischen Staaten steht die gegenwärtige Generalversammlung mehr denn je im Zeichen der Dekolonialisierung. In diesem Zusammenhang hat die Generalversammlung mit überwältigender Mehrheit, darunter Österreich, beschlossen, Südafrika das Mandat über Südwestafrika abzuerkennen, und eine Resolution in der Rhodesienfrage gefaßt, wonach Großbritannien unter anderem mit Gewalt gegen das Smith-Regime vorgehen soll. Österreich enthielt sich zusammen mit anderen westlichen und neutralen Staaten in dieser Frage der Stimme.

Natürlich kostet die Teilnahme an dieser Weltorganisation auch Geld. Österreich hat 0,53 Prozent des UN-Budgets zu tragen und steht damit an 18. Stelle der 122 Mitgliedstaaten. Nehmen Sie den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für 1967 zur Hand, so finden Sie unter dem Kapitel 20, Aufgabenbereich 43, Post 29, einen UN-Beitrag von 14,770.000 \$ ausgeworfen, während eine weitere Post für UN-Technische Hilfe und Sonderfonds der UN 17,431.000 \$ beträgt. In dieser Budgetpost „UN-Technische Hilfe und Sonderfonds der UN“ ist auch jener Beitrag enthalten, der für die Entwicklungshilfe vorgesehen ist.

Dieser Beitrag ist annähernd gleich hoch wie unser UN-Beitrag.

Ich möchte deshalb an dieser Stelle nun mit einigen Worten auf die große Verantwortung zu sprechen kommen, die den industrialisierten Staaten gegenüber den Entwicklungsländern zukommt. Das Problem der Entwicklungsländer ist heute das große soziale Problem und Anliegen internationaler Dimension. Die Leistung von Entwicklungshilfe ist nicht nur ein moralisches Postulat, sondern eine politische Notwendigkeit. Sie dient zum Abbau von Spannungen zwischen den Völkern und damit zur Erhaltung des Weltfriedens.

Aus diesem Grunde wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen vor zwei Jahren die Welthandelskonferenz und nunmehr die Organisation für industrielle Entwicklung ins Leben gerufen. Beide Organisationen sollen mithelfen, eine rasche wirtschaftliche Entwicklung der jüngst entstandenen Staaten zu ermöglichen. Im Rat der Welthandelskonferenz, ihrem wichtigsten Organ, ist Österreich vertreten.

Im Rahmen der Generaldebatte in der diesjährigen Generalversammlung der Vereinten Nationen kam der Herr Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Tončić in seiner Rede auch auf diesen Fragenkomplex zu sprechen. Er sagte: „Die Erfahrung innerhalb der Vereinten Nationen zeigt mit aller Deutlichkeit, daß neutrale Staaten für Entwicklungsländer willkommene Partner darstellen, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Zurverfügungstellung von Experten oder technischer Hilfe, sondern auch bezüglich der ihnen als Zentrum für internationale Konferenzen und Seminare zukommenden Funktion.“ Gleichzeitig wurde von ihm die Einladung ausgesprochen, Wien als Sitz des Sekretariates der UN-Organisation für industrielle Entwicklung ins Auge zu fassen.

Wenige Tage danach konnte ich anlässlich der Generaldebatte im 2. Ausschuß, der für Wirtschafts- und Finanzfragen zuständig ist, im Österreichischen Statement, das vorzutragen ich die Ehre hatte, neuerdings auf den Beschuß der österreichischen Bundesregierung besonders verweisen, Wien als möglichen Sitz für die UN-Organisation für industrielle Entwicklung vorzuschlagen. Allgemein gesehen, erhält Wien immer größere Bedeutung als Tagungsort internationaler Konferenzen. So wurde im Vorjahr die Weltabrüstungskonferenz nach Wien eingeladen, deren Einberufungszeitpunkt allerdings gegenwärtig noch nicht feststeht. Im September 1967 wird die erste Weltraumkonferenz in Wien zusammengetreten. Für 1968 und 1969 ist außer der internationalen Straßenverkehrskonferenz noch die

2446

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dr. Fiedler

Kodifikationskonferenz für internationales Vertragsrecht vorgesehen. Die bevorstehende Abhaltung dieser Staatenkonferenz im großen Rahmen sowie die Bemühungen, weitere internationale Organisationen neben der Internationalen Atomenergiebehörde nach Wien zu bringen, machen es unbedingt notwendig, ein großes, solchen Ansprüchen entsprechendes Konferenzzentrum zu schaffen und für den notwendigen Wohn- und Büraoraum für die internationalen Beamten Vorsorge zu treffen. Eine Arbeitsgruppe auf Ministerebene wird sich demnächst mit diesem Problem zu befassen haben.

Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang auch mehrmals betont, daß es nicht nur für den Fremdenverkehr und das internationale Prestige Österreichs im allgemeinen von Nutzen ist, Wien zu einem internationalen Konferenzzort zu machen, sondern daß diese Politik auch im Interesse unserer Neutralität und Sicherheit gelegen ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Der politische und weltanschauliche Standort Österreichs ist absolut eindeutig. Er befindet sich am neuralgischen Schnittpunkt von Weltanschauungen und Gesellschaftsordnungen, die nur dann mit- und nebeneinander echte Existenzchancen haben, wenn sie bereit sind, Toleranz zu üben. Österreich darf als Meister dieser Toleranz gelten — und das nicht erst seit elf Jahren.

Vergessen wir nicht die europäischen Dimensionen, die das Österreich bis 1918 hatte — vergessen wir auch nicht die formende Kraft, die dieser Staatenstruktur auf jedem Gebiete des völkischen Lebens und Wirkens innewohnte. Was 1918 scheinbar mit der Konkurrenzmasse eines geschlagenen Reiches verloren ging, wurde 1955 wiedererweckt. Die Tradition der Mission erfuhr ihre Fortsetzung, nicht zuletzt in der bekundeten Bereitschaft Österreichs, eine immerwährende Neutralität zu üben. Vergessen wir auch nicht, daß dieser Wille der Zweiten Republik ein freiwilliger und nicht, wie vielfach geglaubt, ein von den Signatarmächten des Staatsvertrages zur Bedingung gemachter war. Allein schon aus dieser Situation heraus wird die heutige Rolle Österreichs verständlich.

Die österreichischen Initiativen sind daher keine konstruierten, sondern aus dem Bewußtsein erwachsen, am neuralgischen Schnittpunkt des alten Kontinents gewisse Nahtstellen anzulegen, das heißt, Nähte, die zu platzen drohen, zu verstärken. Wie geschieht dies? Durch positive Fühlungsnahmen, durch Gespräche, durch Mittleraktionen vor und hinter den Fassaden der politischen Weltbühne in New York. Durch die Bemühung der Auf-

rechterhaltung gut nachbarlicher Beziehungen in engstem Raum, durch die Beseitigung von diskriminierenden Meinungen, die allenfalls gegen die östlichen Nachbarn laut werden könnten, durch kulturelle und wirtschaftliche Kontakte in freien, selbstgewählten Wirtschaftsbeziehungen. Wer darin etwa eine gewisse Ostansfälligkeit zu erkennen glaubt, zeigt selbst an, daß er sich vom gefährlichen Trauma einer ideologischen Verfolgung nicht frei zu machen imstande ist. Österreich ist weder ostansfällig noch westhörig — Österreich ist sich der Ausgewogenheit seines neutral funktionierenden Bewußtseins in allen Konsequenzen bewußt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Neutral ist nicht neutralistisch-bescheiden, aber national-orientiert mit der überlagerten Tendenz, europäisches Format bester Prägung zu repräsentieren. Die unterschiedliche Gesellschaftsordnung, die bei uns vor den Zollschränken hält, ist kein Hindernis, mit den Menschen dieser anderen Ordnung zu fühlen. Es wäre grundfalsch, wollte man Österreich die Rolle einer politischen Caritas zuspielen, die sich darin erschöpft, immer dann auf den Plan zu treten, wenn Notfälle Staatschranken vergessen lassen. Österreichs Bereitschaft zu helfen, ist mehr als die Bereitschaft, mit diversen Medikamenten, die anderswo gerade nicht vorrätig sind, auszuholen. Man hüte sich bei uns endlich davor, die Rolle unseres Gemeinwesens so falsch einzuschätzen! Die Hilfestellung Österreichs ist — wenn wir wieder auf fremde Urteile, Äußerungen und Meinungen zurückgreifen wollen — eine hochpolitische.

Wir sind vielleicht öfter bereit, unsere Wichtigkeit zu unterschätzen. Wir sind sogar bereit, manches zu negieren. Unsere Mission aber, die uns andere und größere zuerkennen, sollten wir wirklich und maßstabgerecht wahrnehmen. Ein wichtiger Schritt dazu ist auf Grund einer Resolution der Vereinten Nationen, die während der XX. Generalversammlung am 21. Dezember 1965 beschlossen worden war, kürzlich in New York getan worden.

Am 4. Oktober trafen Vertreter jener Delegationen, die seinerzeit die Resolution, betreffend die Verbesserung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen europäischen Staaten mit verschiedenem politischem und sozialem System, einbrachten, zu einer Konferenz zusammen. Es waren dies Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Jugoslawien, Österreich, Rumänien, Schweden und Ungarn. Diese Zusammensetzung zeigt, daß hier am Sitzungstisch Nato-Staaten, Staaten des Warschauer Paktes, Neutrale und ein blockfreier Staat zusammentrafen. An den österreichischen Außenminister wurde die Einladung gerichtet,

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

2447

Dr. Fiedler

den Vorsitz in diesem Kreis zu übernehmen. Bundesminister Dr. Tončić konnte diese ehrende Einladung umso mehr annehmen, als in vorbereitenden Gesprächen bereits geklärt worden war, daß die künftige Tätigkeit dieser Neuner-Gruppe keineswegs eine Konkurrenzierung des Europarates bedeuten soll, sondern vielmehr die Absicht besteht, in völligem Einklang mit diesem vorzugehen.

Eine breite Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten soll auf bilateraler Basis durch konkrete Maßnahmen gefördert werden. Aber auch eine Intensivierung der Kontakte europäischer Staaten im Rahmen der UNESCO, der ECE, der FAO und der WHO wurde sehr begrüßt. Die Vertreter der neun Länder hatten es übernommen, ihren Regierungen zu berichten, und es ist noch im Laufe der bis Ende Dezember dauernden UNO-Generalversammlung mit einem weiteren Zusammentreffen in New York, wie mir der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten auf meine diesbezügliche Anfrage im Finanz- und Budgetausschuß erklärte, zu rechnen. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

In der beabsichtigten Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten kann sicherlich ein wesentlicher Beitrag zur politischen Stabilisierung in Europa erfolgen. Für uns Österreicher bedeutet die Übernahme des Vorsitzes in dieser Konferenz eine erneute Bestätigung unserer vermittelnden Tätigkeit zwischen den Völkern. Ich glaube deshalb auch mit Recht darauf verweisen zu können, daß hiedurch wieder einmal bestätigt wurde, daß Österreich durch seine Außenpolitik seit dem Jahre 1945 und insbesondere seit Abschluß des Staatsvertrages zu einem echten Stabilisierungsfaktor in Europa wurde. Denn Österreich will seine Beziehungen zu allen Nachbarstaaten friedlich und freundschaftlich gestalten. Es hat den festen Willen, einen aktiven Beitrag zur Normalisierung und Entspannung der politischen Lage in Mittel- und Südosteuropa unter strenger Berücksichtigung der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Staaten sowie der gegenseitigen Nicht-einmischung in die inneren Verhältnisse der Staaten zu leisten. Wir bekennen uns aus voller Überzeugung zur Zusammenarbeit der Völker Europas und wünschen an dieser Zusammenarbeit unter Beachtung auf unsere Stellung als immerwährend neutraler, unabhängiger Staat teilzunehmen. Möge dadurch in Europa eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden, die geeignet ist, ihren Beitrag zu der Lösung noch offener Probleme zu leisten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun, meine Damen und Herren, zu einem anderen Punkt auf der Nahtstelle: Österreich

und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Wenn auch hierüber ausführlich beim Kapitel Handel zu sprechen sein wird, so seien mir hier einige kurze außenpolitische Feststellungen gestattet, wenngleich mein Vorredner zu diesem Kapitel schon sehr viel für die Debatte beim Kapitel Handel vorweggenommen hat.

Es ist nicht ganz unrichtig, wenn kürzlich in einem Fachartikel behauptet wurde, die USA und die UdSSR hätten zwar formal nichts mit der Assoziation Österreichs zu tun, in gewissem Sinn sei dieser Vertrag aber nicht zuletzt davon abhängig, wieweit sich die Beziehungen der beiden politischen Giganten normalisieren würden. In Brüssel liegt der Schatten dieser beiden Mächte über der Szene — das Fehlen der Vertreter am Verhandlungstisch sei mehr oder weniger nebenschließlich.

Bemühen wir uns, einmal ohne jede Voreingenommenheit die Negierungsgründe der Sowjetunion, wie sie kürzlich von deren Staatspräsidenten Podgorny in seinen Rundfunk- und Fernsehinterviews formuliert wurden, zu analysieren. Ich sage durchaus nichts Neues, wenn ich darauf verweise, daß die Angst vor dem politischen Arrangement Österreichs größer ist als jedes andere Bedenken. Solange es eine deutsche Frage geben wird — und nichts deutet darauf hin, daß diese Frage demnächst gelöst werden kann und wird —, wird die Sowjetunion immer wieder eine Behauptung ins Treffen führen, nämlich die eines theoretisch möglichen Anschlusses Österreichs an die Bundesrepublik Deutschland — und damit ist auch schon auf das Hauptproblem, das die Russen haben, eindeutig hingewiesen. Es ist dies die Sorge, Österreich könnte unter den obwaltenden Umständen via Wirtschaft und Wirtschaftsarrangements ins Fahrwasser der militär- und machtpolitischen Blockbildung geraten.

Österreich hat aber stets und jederzeit bei den Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß es ein Abkommen besonderer Art, das unserem besonderen Status Rechnung trägt, anstrebt. Wir streben eine solche Möglichkeit ausschließlich aus wirtschaftspolitischen Gründen an, um die großen wirtschaftlichen Belastungen vermeiden zu können, die aus einer immer mehr zunehmenden Diskriminierung von fast 50 Prozent unseres Außenhandels erwachsen.

Unsere freiwillig erklärte Neutralität sichert uns die Freiheit zu eigenen Entscheidungen. Eine ausgeglichene, konsolidierte wirtschaftspolitische Position ist nun geradezu die notwendige Voraussetzung für die Sicherung unserer Neutralität. Aus diesem Grund ist auch klar zu folgern, daß wir durch ein

2448**Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966****Dr. Fiedler**

eventuelles Abkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft keineswegs in unserer Handlungsfreiheit im Osthandel gehindert sein wollen. Ein solches Abkommen aber, das man vielfach und berechtigterweise als eine Lebensnotwendigkeit für unsere Wirtschaft bezeichnet, kann und wird für uns nur dann unterzeichnbar sein, wenn die politischen Erfordernisse unserer Souveränität und Neutralitätstrikte und eindeutig gewahrt bleiben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Über die Neutralitätspolitik Österreichs gibt es heute in der ganzen Welt wohl kaum einen Zweifel. Die Stabilität unserer Ansichten und die Bemühungen, mit dazu beizutragen, eine europäische Einigung zu erzielen, sind gleicherweise Fern- und Nahziel unserer Politik.

Nun noch einige kurze Bemerkungen über die Ziffern dieses Budgetkapitels. Seit dem Jahre 1964, also seit drei Jahren, ist der Ausgabenrahmen um 86 Millionen gestiegen, wobei die Steigerung der Nettoausgaben 82 Millionen beträgt. Die Erhöhungen sind allerdings großteils auf die Erhöhung des Personalaufwandes ab 1966 infolge der Bezugserhöhung der Bundesbediensteten und Erhöhungen im Sachaufwand, hier wieder im Zusammenhang mit dem Ausbau der Diplomatischen Akademie, zurückzuführen. Hierdurch ändert sich allerdings nicht viel an jenem Zustand, der in den vergangenen Jahren durch Redner aller im Haus vertretenen Parteien aufgezeigt wurde, nämlich daß unser auswärtiger Dienst mit seinen 1137 Beamten und Vertragsbediensteten sowie dem Sachaufwand für 72 effektive Vertretungsbehörden im Ausland und die Diplomatische Akademie mit sehr bescheidenen Mitteln haushalten muß und im Vergleich mit anderen europäischen Staaten einen wesentlich geringeren perzentuellen Anteil am Gesamtbudget hat.

Abschließend, meine Damen und Herren, ein Wort zum innerösterreichischen Image unserer außenpolitischen Bemühungen: Es gibt kaum ein Ressort, das von der breiten Öffentlichkeit, leider auch von Menschen mit erhöhter Verantwortung, weniger ernst genommen wird als dieses. Dabei befinden sich alle jene, die so denken, in einem — ich möchte fast sagen — beschämenden Irrtum. Denn wer die Achtung zahlloser bedeutender Weltpolitiker gerade vor der österreichischen Außenpolitik kennenlernen durfte, wird verstehen, warum Österreich in der Welt und besonders bei den Vereinten Nationen einen so ausgezeichneten und uns als Land auszeichnenden Ruf genießt.

Meine Fraktion wird den Ansätzen des Kapitels 20 ihre Zustimmung geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi das Wort.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Wenn das Gefühl der Opposition seit dem Anbruch der ÖVP-Alleinregierung im Hinblick auf die Außenpolitik das war — um bei einem Vergleich meines Herrn Vorredners zu bleiben —, daß wir im Arsenambulatorium des Außenministeriums als nicht sehr geschätzte Kassenpatienten mit zunehmendem Unbehagen sitzen, so haben diese Ausführungen durch ihre Unverbindlichkeit, durch die gewisse Eleganz, mit der Sie darüber hinweggegangen sind, was nun wirklich außenpolitisch in Österreich hier und heute ansteht, dieses Gefühl eindeutig verstärkt.

Meine sehr geehrten Herren und Damen! Wir haben nicht sehr viel davon, wenn durchaus achtenswerte und im Grunde genommen selbstverständlich zu bejahende allgemeine Deklamationen zu Prinzipien der Außenpolitik der Hauptsprecher der ÖVP letzten Endes eine Debatte über die aktuellen Probleme der Außenpolitik hinausschiebt. Denn in der Außenpolitik handelt es sich ja darum, daß wir uns auf dem Boden der gegebenen staatlichen Situation — um es einmal so allgemein zu formulieren — mit den Problemen konfrontieren, die nun anstehen. Es sind zweifellos eine ganze Reihe von wichtigsten Problemen, deren Lösung wir in gemeinsamer Anstrengung suchen müssen.

Aber ich betone noch einmal: Wenn schon der Umstand besteht, daß die Opposition dieses Hauses in den letzten sechs Monaten weitgehend darauf angewiesen war, aus- und inländische Presseerzeugnisse heranzuziehen, um sich über wichtigste Fragen österreichischer Außenpolitik zu informieren, so ist diese Überzeugung, daß die ÖVP-Alleinregierung der Auffassung ist, Außenpolitik sei eben auch ihre alleinige Angelegenheit, wirklich berechtigt. Darüber helfen uns auch Befürchtungen, daß man selbstverständlich eine gemeinsame Außenpolitik machen wolle, nicht hinweg. Denn daß wir außenpolitisch als gute Diagnostiker gelten oder, wie jedenfalls der Herr Abgeordnete Fiedler behauptet, den Anschein haben, solche zu sein, enthebt uns ja nicht der Aufgabe, in unseren ureigensten, uns betreffenden Angelegenheiten auch als Therapeuten aufzutreten. Da, muß ich sagen, haben wir in diesen ersten sechs Monaten der ÖVP-Regierung keine gerade sehr erfolgreiche Behandlungsbilanz aufzuweisen.

Es ist richtig, daß sich Österreich eines gewissen Ansehens in den supranationalen

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

2449

Dr. Scrinzi

Gremien erfreut — das bestreite ich nicht —, aber man muß, um dieses Ansehen auf seinen praktischen Gehalt zu reduzieren, die Dinge doch auch ein bißchen kritisch sehen. Wie haben wir es zu werten und wie ist es mit diesem behaupteten Ansehen zu vereinen, daß zum Beispiel die Rede, die der österreichische Außenminister als Sprecher Österreichs am 5. Oktober in der UNO gehalten hat, auch nicht mit einer Zeile zum Beispiel in der führenden Zeitung New Yorks, in der „New York Times“, einen Niederschlag gefunden hat? Das heißt doch, daß aus solchen Faktoren die Dinge in eine richtige Relation gebracht werden müssen.

Es sind nur ein paar Dinge, und diese ganz am Rande, gestreift worden, welche es wohl wert wären, hier im Hause diskutiert zu werden, zum Beispiel die Frage: Wie ist mit unserer Stellung als neutraler Staat vereinbar, aber über diese formale Frage hinaus, welche politischen Konsequenzen hat etwa die Beteiligung Österreichs an militärischen Aktionen der UNO? Das wären Dinge, die in diesem Hause doch vor den Abgeordneten des Hauses einmal in aller Offenheit diskutiert werden sollten. Ich muß sagen, daß es die Rede des Herrn Abgeordneten Czernetz von der SPÖ war, die sehr viel mehr Anhaltspunkte, sehr viel mehr Substanz enthielt, um hier eine außenpolitische Debatte abzuführen. Wir vermissen, was in jedem Parlament eine Selbstverständlichkeit ist, daß hier in diesem Hause und vor der österreichischen Öffentlichkeit einmal die außenpolitische Lage Österreichs und die Konsequenzen, die sich aus dieser Lage ergeben, diskutiert werden mit dem Ziele, diese Außenpolitik auf eine gemeinsame Linie aller hier vertretenen Parteien abzustimmen.

Wir werden uns auf die Dauer nicht mit dem Hinweis auf das Problem der Diskretion in der Außenpolitik abspeisen lassen. Gewiß bestreiten wir nicht, daß es Probleme gibt, die diskret zu behandeln sind. Aber im Hinblick auf ganz bestimmte Aufgaben österreichischer Außenpolitik muß gesagt werden, daß die Indiskretion geradezu als ein sehr wirksames Mittel von anderen Außenministern eingesetzt wird, daß das innenpolitische Barometer sehr wohl dazu ausgenutzt werden kann, außenpolitische Anliegen voranzutreiben. Ich erinnere an das sehr geschickte Spiel, das Italien in der Südtirol-Frage immer wieder im Reflex auf die Reaktion der italienischen Öffentlichkeit auf diese Dinge spielt, auf jene Argumente, die von den italienischen Verhandlern immer wieder unter Hinweis auf die besondere innenpolitische Lage ins Treffen geführt werden. Hier wäre mancher

Plusposten einzusetzen, wenn sich der Herr Außenminister einmal entschließen würde, eine außenpolitische Debatte in diesem Hause abzuführen. Denn daß er dieser Debatte heute aus Anlaß des Budgets nicht entgeht, ist ja eine Verlegenheit. Ich hoffe, daß er diese meine Prognose durch sehr substanzielle Ausführungen widerlegt. Es kommt uns nicht darauf an — wie es in einem Zwischenruf gesagt wurde —, uns hier gewissermaßen in der permanenten Verlegenheit zu suhlen, in der sich die Außenpolitik Österreichs in den letzten Monaten befindet, wobei wir durchaus zugeben, daß die Faktoren, die diese Verlegenheit herbeiführen, nicht ohne weiteres, weder vom österreichischen Außenminister noch von Österreich noch von diesem Hause, manipuliert werden können.

Ich möchte mich deshalb in allen formalen Fragen der Kritik des Herrn Abgeordneten Czernetz anschließen, die er vorgebracht hat. Ich muß allerdings gleich anmerken, Herr Kollege Czernetz, in meritorischen Fragen werden Sie uns zubilligen, daß wir in diesem Haus andere Grundsätze, andere Auffassungen vertreten haben, aber immer bereit waren, uns mit Ihren Argumenten auseinanderzusetzen, und daß wir davon ausgegangen sind und auch heute überzeugt sein wollen im Interesse ganz Österreichs, daß es Ihnen mit diesen Argumenten Ernst ist, daß Sie von Ihrem Standpunkt aus die Probleme wirklich gründlich prüfen.

Wir haben aber nicht überhört, daß Sie, wenn auch, sagen wir, sehr geschickt formuliert und sehr gut in die allgemeine Problematik der weltpolitischen Lage verpackt, doch eine unmißverständliche Rede gegen das Arrangement Österreichs mit der EWG gehalten haben. Ich halte das aber für gut, denn aus der klaren Herausstellung einer Antithese zu dieser Frage mit allen politischen, juridischen und wirtschaftlichen Aspekten wird sich vielleicht in der Diskussion der Weg erarbeiten lassen, der zur Lösung führt. Dabei bleibt eben unbestritten, daß die freiheitliche Opposition in diesem Hause von allem Anfang an eine andere Haltung als die Sozialistische Partei, auch eine andere Haltung als die Koalition eingenommen hat.

Wir machen der ÖVP-Regierung in der Frage der Außenpolitik einen grundsätzlichen Vorwurf, und das ist jener, daß sie zuwenig realistisch ist, daß sie sehr stark von einem Wunschkonzept beherrscht wird, das zu viele ideologische Faktoren enthält. Und wenn irgendwo, so ist in der Außenpolitik eines Landes Ideologie und ganz besonders Parteiideologie fehl am Platz. Ich stimme dem Konzept Ihres ehemaligen Außenministers,

2450

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dr. Scrinzi

des Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky, bei, daß wir bei der Analyse der Weltsituation davon ausgehen müssen, daß diese — Sie haben es ja vor einigen Tagen wiederholt — ideologische Polarisation eingetreten ist. Die Umstände, daß Österreich einen Neutralitätsstatus hat und daß sich, glaube ich, alle Abgeordneten dieses Hauses uneingeschränkt zu dieser Neutralität bekennen, können die Auswirkungen dieser Tatsache nicht wegeskamotieren. Diese besondere und vielleicht weltgeschichtlich einmalige Lage wirkt sich in allem und jedem auch auf unser außenpolitisches Dasein aus.

Ich stimme mit dem Herrn Vorredner, Abgeordneten Czernetz, allerdings in der Interpretation bestimmter gegenwärtiger, aber auch bestimmter historischer Lagen nicht ganz überein. Ich habe auch da und dort in Ihren Ausführungen den Ansatz einer gewissen ideologischen Interpretation gefunden. Es ist vielleicht nur von sehr beschränkter Bedeutung, und deshalb soll es nur angedeutet werden: Ich glaube, man kann das Jahr 1914 nicht so erläutern, wie Sie es getan haben. Man kann Geschichte nicht aus einem geschichtsphilosophischen Aspekt sehen. Man kann die Geschichte höchstens im nachhinein geschichtsphilosophisch interpretieren, an ihrer Realität ändert man aber auch damit nichts. Das wäre aber vielleicht ein Thema, das man einmal unter vier Augen behandeln müßte, nicht so sehr, wie vom Herrn Abgeordneten Fiedler betont wurde, wegen des Nichtvergessens, sondern wegen des Lernens daraus.

Wenn wir das Verhältnis Österreich—EWG einmal im Hinblick auf die Haltung Frankreichs zu dieser Frage betrachten, so müssen wir doch zugeben, daß hier außerordentliche Widersprüche bestehen. Es ist richtig, und ich glaube, hier ist sicherlich eine Seite der französischen Stellung zur EWG-Frage zum Ausdruck gekommen, daß man ein Arrangement oder einen Beitritt Österreichs zur EWG unter dem Blickpunkt gesehen hat, das bedeute die Verstärkung — um bei Ihrer Formulierung zu bleiben — des deutschsprachigen Anteiles in dieser Gemeinschaft um 7 Millionen und das bedeute vom französischen Standpunkt aus eine bedenkliche Verschiebung eines im nationalen Interesse Frankreichs — das Wort hat der Franzose natürlich nicht ausgesprochen — erstrebenswerten Gleichgewichts. Aber umgekehrt: Wo bleibt diese französische Theorie, wenn die französische Haltung im Hinblick auf ein Arrangement Englands mit der EWG herangezogen wird? Wenn wir es nüchtern analysieren, kommt doch wieder ein sehr eng-

herziges und von der Frage eines möglichen deutschen Revanchismus, um dieses Wort hier zu gebrauchen, unabhängiges nationales Ressentiment zum Ausdruck. Denn es ist doch offensichtlich das französische Bestreben, wenn man Ihrer Interpretation folgt, ein Minus von 190 Millionen Amerikanern als Bedingung für ein Arrangement Englands zu fordern.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang werden die Probleme, die sich aus der Verfolgung einer, wie wir glauben, konsequenter Politik Österreichs auf diesem Gebiet ergeben, ein bestimmtes Wunschdenken Frankreichs, das zweifellos von der sehr starken Persönlichkeit des gegenwärtigen Staatspräsidenten beeinflußt wird, wiederum auf den Boden der europäischen Wirklichkeit und auf den Boden der europäischen Zukunft zurückführen. Ich bin im Grunde überzeugt, daß in der französischen Politik genug Realisten vorhanden sind, die erkennen werden, daß sich Frankreich von einer stark historisch bestimmten ideologischen Haltung wird absentieren müssen.

Sehr interessant und zweifellos auch für uns diskussionswürdig waren Ihre Auffassungen zur Entwicklung in dem von Minister Kreisky als Polarisationsstatus interpretierten Raum West—Ost, im besonderen im Hinblick auf die Entwicklung in China. Ich weiß aber nicht, ob nicht auch hier Wunschvorstellungen mit einfließen, ob die Realität, die sich jetzt unserer Analyse darbietet, dahin geht, daß wir als Europäer, als freie Europäer die Dinge allzu optimistisch interpretieren dürfen. Es gäbe auch andere Möglichkeiten der Erklärung oder der Prognose der Entwicklung in diesem Raum als jene, daß gewissermaßen das Schisma auf dem östlichen ideologischen Pol dazu führen werde, daß die UdSSR in das Lager der freien Welt abgedrängt wird. Ich weiß, daß das eine sehr weitverbreitete These und vielleicht sogar weitgehend die derzeitige Hypothese der amerikanischen Außenpolitik ist. Es gibt aber auch andere amerikanische Stimmen. Auch dieses Thema müßten wir einmal hier im Hause diskutieren. Der Grundakkord müßte aber einmal vom Außenminister der derzeitigen Regierung angeschlagen werden. Das dürfen wir wohl erwarten. Wir hoffen, Herr Bundesminister, daß Sie das österreichische Parlament wirklich einmal mit diesen Grundfragen der weltpolitischen Lage konfrontieren — wobei wir Ihnen zweifellos einen großen Überblick, eine intime Kenntnis der Probleme zubilligen wollen — und daß wir hier Gelegenheit haben, eine reale Analyse der Situation zu treffen, nicht, weil uns eine akademische Diskussion

Dr. Scrinzi

vieleicht Gelegenheit gibt, durch außenpolitische Kombinationen und Hypothesen zu glänzen, sondern weil letzten Endes in diesem Raum dann die akuten Probleme und unsere praktische außenpolitische Haltung abgeklärt werden müssen.

Es ist kein Mäsochismus — um ein anderes hier gefallenes Wort zu gebrauchen —, wenn wir als freiheitliche Opposition vor bestimmten Entwicklungen warnen und uns in bestimmten Punkten mit dem derzeitigen Konzept der Regierung nicht einverstanden erklären können. Nach unserer Auffassung hat man seinerzeit einen grundlegenden Fehler gemacht, der nur aus der damals gegebenen innen- oder parteipolitischen Situation erklärt werden kann. Wir stimmen mit Ihrer Auffassung, Herr Czernetz, überein, daß uns juridische Interpretationen unseres Neutralitätsstatus die EWG-Frage nicht lösen werden. Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß es sich dabei um ein eminent politisches, um ein eminent außenpolitisches Thema handelt. Wir wissen, daß man in einer gewissen kurzsichtigen Haltung diesen ganzen Fragenkomplex deshalb aus dem Bereich des Außenministeriums abgezogen hat, weil es sich damals um den Kompetenzbereich eines sozialistischen Außenministers gehandelt hat. Wir halten das ganz ohne Rücksicht darauf, wer jeweils die außenpolitischen Agenden vertritt, für nicht klug. Bestimmte Symptome, die hier schon kritisiert wurden, weisen darauf hin, daß wir uns eine Kompetenzteilung nicht ohne Gefahren leisten können. Die Versicherung, die bestimmt kommen wird, daß man selbstverständlich zwischen Handels- und Außenministerium abstimmen werde, daß man zwischenministerielle Gespräche führen werde, garantiert nicht die notwendige nahtlose Koordinierung dieser Probleme, wie wir sie wünschen.

Wir gehen davon aus, daß die globale Situation so ist, daß es kein Ereignis in der Weltpolitik gibt, das nicht auch seine Auswirkungen auf unsere gegenwärtige Lage haben kann. Diese Lage ist zweifellos durch unsere Neutralität gekennzeichnet, um es einmal von der mehr völkerrechtlichen Seite her zu sehen. Sie ist weiters durch bestimmte geopolitische, durch bestimmte wirtschaftliche Fragen wesentlich determiniert. Zu einem Mißverständnis, das sich zumindest in der Presse eingeschlichen hat und das unter anderem auch dokumentiert wurde in dem schon so viel strapazierten Österreich-Lexikon, das man uns nämlich unterschiebt, wir unterstrichen nicht, wir unterstützten nicht, wir bekannten uns nicht zu dieser Neutralität, richtigzustellen, möchte ich nur folgendes sagen. Wir bekennen uns zu dieser Neutralität

nicht nur als einer Gegebenheit, sondern auch einer Zweckmäßigkeit. Wenn wir seinerzeit die Frage der Freiwilligkeit dieser Neutralität kritisiert haben, so hat der Podgorny-Besuch uns recht gegeben, daß diese Frage kritisch zu prüfen war. Denn der Versuch, sich zu arrogieren, die freiwillig übernommene Neutralität eines souveränen Staates in dieser unmißverständlichen Form zu interpretieren, wie es der russische Staatspräsident am letzten Tag seines Besuches gemacht hat, zeigt doch, daß die Dinge nicht so liegen, wie sie durch Jahre hindurch dargestellt wurden.

Ehe ich nun zu ein paar besonderen Fragen der österreichischen Außenpolitik komme, möchte ich nicht verabsäumen, auch zu sagen und zu bescheinigen, daß uns als Delegierte dieses Hohen Hauses, als welche wir am Europarat und an den Veranstaltungen der UNO teilgenommen haben, eine außerordentlich liebenswürdige und wertvolle Unterstützung durch den diplomatischen Apparat zuteil geworden ist. Es war diese Begegnung auch insofern fruchtbar, als wir mit bestimmten Sorgen dieses Apparates konfrontiert wurden, insbesondere mit den Herren der österreichischen Vertretungen reden konnten über jene Schwierigkeiten, die sich aus der mangelnden Dotierung unserer Auslandsvertretungen, insbesondere auch im Hinblick auf die personelle Dotierung, ergeben haben. Hier wird man von einem gewissen Schematismus abkommen müssen, hier wird man gewisse Differenzen beilegen müssen, die sich abzeichnen. Es kann doch nicht angehen, daß der erste Repräsentant Österreichs etwa in einer Stadt wie New York sein halbes Salär dafür aufwenden muß, um sich eine Hausgehilfin leisten zu können. Hier kann man natürlich nicht mit dem Schema der Zulagen, das bisher gehandhabt wurde, sein Auslangen finden. Ich glaube, der Herr Außenminister wird durchaus zufrieden sein, wenn wir seine Bemühungen, die Dotationen, die wir hier aufwenden, zu verstärken, unterstützen.

Wir werden ihn auch unterstützen bei seinen Bemühungen, die Auslandsvertretungen auszudehnen. Ich glaube, in rund 70 souveränen Staaten — vielleicht irre ich mich um einige — sind wir bisher überhaupt nicht vertreten. Auch hier wird es notwendig sein, daß wir unseren ausländischen Apparat quantitativ vergrößern. Aber auch Strukturprobleme gibt es hier gewissermaßen. Es wird mein Parteifreund Abgeordneter Peter zu diesen Dingen noch einiges sagen, aber ich habe den Eindruck gehabt, daß wir zum Teil keine sehr glückliche Hand bekunden in der Form, wie wir Kontakte im Ausland

2452

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dr. Scrinzi

herstellen, daß diese Kontakte zum Teil einseitig sind, daß diese Kontakte zum Teil allzusehr unter dem Einfluß einer einseitig eingestellten Auslands presse erfolgen.

Wir haben hier recht interessante Erlebnisse gehabt, und ich möchte hier einen gewiß unverdächtigen und, wie ich glaube, sehr erfahrenen Journalisten und Interpreten zitieren — Schlamm —, der in einem sehr, interessanten Artikel davor gewarnt hat, anzunehmen, daß Weltmeinung, daß öffentliche Meinung absolut identisch sei mit der Stellungnahme der Weltpresse, der auf oft sehr einseitige Interessen hingewiesen hat, wie nun hier Weltmeinung manipuliert wird.

Ich glaube, wir müßten zur Strukturverbesserung dieser Beziehungen auch alles tun beziehungsweise alles vermeiden, was emotionelle Momente in diese Beziehungen hineinbringt. Ich kann es mir nicht versagen, hier wiederum auf das schon zitierte Pamphlet zurückzukommen. Wem dient es? Und dient es gerade der österreichischen außenpolitischen Situation, wenn eine hier im Haus vertretene Partei von der ÖVP verleumdet wird, daß sie in das nationalsozialistische Fahrwasser steuere? Wir wissen, daß eine Gruppe von sehr befissenen Leuten — Pressure Groups, wenn Sie wollen —, durchaus mit diesen Ressentiments geschickt operiert; nicht deshalb, weil sie echten Anteil nehmen an den Opfern eines vergangenen Regimes, an den persönlichen Leiden, die viele Menschen zu tragen hatten, sondern weil sie sehr billig Kapital für sehr enge Interessen bestimmter Gruppen aus diesen Ressentiments zu schlagen trachten. Deshalb ist es nicht vertretbar, daß Fernsehfilme gemacht werden, in welchen solche Ressentiments aufgeheizt werden, in welchen in völlig unrealistischer Weise die innenpolitische Lage Österreichs dargestellt wird. Es wird wichtig sein — und ich darf hier den Dr. Polz von den „Oberösterreichischen Nachrichten“ zitieren —, daß wir hier für Aufklärung sorgen, daß wir hier die Dinge beim richtigen Namen nennen und daß wir nicht aus billigen innenpolitischen, parteipolitischen Gründen und Spekulationen für morgen wichtiges Porzellan zerschlagen. Wenn Dr. Polz vor kurzem berichtet hat, daß er in Kenya erleben mußte, daß man sagt: Aha, Sie sind aus Österreich, das ist jenes Land, in dem der Nazismus im Kommen ist!, dann haben Sie die Früchte solcher fahrlässigen und unvertretbaren Manipulationen, die hier gemacht worden sind.

Die Bilanz des ersten Halbjahres der Außenpolitik der ÖVP-Regierung ist nicht sehr ermutigend. Nehmen wir das zur Kenntnis, ohne damit die Schwierigkeiten, denen wir

uns gegenübersehen, herabmindern zu wollen. Ich habe auf einen Teil dieser Probleme ja hingewiesen. Tatsache ist aber, daß wir in der EWG-Frage keinen entscheidenden Schritt weitergekommen sind, daß aber — und das ist unsere Meinung — die Lösung dieses Problems im Interesse der österreichischen Souveränität, im Interesse der österreichischen Neutralität, im Interesse aber auch der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs, die ja deren tragfähiges Fundament ist, notwendig ist

Zweifellos kann man nicht über die russische Haltung zu dieser Frage dadurch hinweggehen, daß man sagt: Wir werden durch irgendeine juridische Instanz den Staatsvertrag und die einschlägigen Artikel interpretieren lassen. Das wird sicher auch notwendig sein, aber das ist nicht der Schlüssel zur Lösung der Frage. Wir Freiheitlichen freilich müssen kritisieren, daß man wertvolle Jahre hat verstreichen lassen. Die Situation in der EWG-Frage war im Anschluß an den Chruschtschow-Besuch günstiger und besser als jetzt im Anschluß an den Podgorny-Besuch. Das aber bedeutet keineswegs, daß Österreich zu einer Kapitulation in dieser Frage verhalten ist. Gerade wenn es so ist, wie von einem Voredner gesagt wurde, daß die Entwicklung im Fernen Osten für die russische Politik von ganz entscheidender Bedeutung sein wird, dann können wir sehr gut jenes Risiko kalkulieren, das wir eingehen, eingehen können und eingehen müssen, wenn wir diese Lebensfrage EWG für Österreich lösen wollen. Aber gewiß sehr realistisch, gewiß nicht mit Deklamationen, sondern in strenger Prüfung der aktuellen politischen Situation.

Wir möchten als zweites anmerken, daß die reelle Substanz in unseren Beziehungen zu den Oststaaten im abgelaufenen Zeitraum der ÖVP-Außenpolitik nicht vermehrt werden konnte. Es ist zweifellos das freundliche Klima — auch ich habe Gelegenheit gehabt, in New York mit einer ganzen Reihe von Delegationen der Oststaaten in Fühlung zu treten — durchaus gegeben. Ich gebe zu, daß wir eine entscheidende Rolle vielleicht spielen können, aber nur dann, wenn wir dabei absolut auf dem Boden unserer Möglichkeiten bleiben.

Zu beklagen ist, daß es insbesondere bei der Regelung einer ganzen Reihe von vermögensrechtlichen Forderungen, die österreichische Staatsbürger haben, nicht möglich war, entscheidend voranzukommen. Das gilt sowohl hinsichtlich jener Forderungen, die wir gegen Staaten des Ostens haben, aber auch in der Sache der vermögensrechtlichen Forderungen, die wir Italien gegenüber haben, in denen wir nicht weitergekommen sind; ich habe die Südtirolfrage vorerst noch ausgeklammert.

Dr. Scrinzi

Ich möchte aber auch eines anmerken: daß bei der Behandlung bestimmter internationaler Fragen in supranationalen Gremien unsere Haltung zum Teil doch von sehr subjektiven Überlegungen beeinflußt wird, subjektiven Überlegungen von Personen, ohne daß vorher eine Abstimmung — ich weiß nicht, ob mit dem Außenministerium, jedenfalls nicht mit diesem Hause — getroffen wurde. Es wurde von meinem Vorredner, dem Herrn Abgeordneten Fiedler, unter anderem auf die beiden Resolutionen verwiesen, die Südafrika und Rhodesien betreffen. Ich möchte Rhodesien aus der Debatte aus ganz bestimmten Überlegungen ausklammern, aber es wäre sehr wünschenswert gewesen, daß, als man in New York von der ursprünglich eingenommenen Haltung zur Südafrika-Resolution abgewichen ist — und diese Haltung wurde in Form eines schriftlichen Exposés den Delegierten vorher ja kundgetan —, der damals anwesende Herr Außenminister die Delegierten ins Bild gesetzt hätte, warum man den österreichischen Standpunkt abgeändert hat. Dabei mögen es durchaus sehr richtige und realistische Überlegungen gewesen sein. Ich habe mir aber von Delegationsteilnehmern sagen lassen, die schon wiederholt als Delegierte bei der UNO waren, daß sich in dieser Richtung die Praxis geändert hat.

Wir haben Grund, doch da und dort Klage zu führen, Herr Minister, daß wir als Delegierte nicht immer jenen Kontakt hatten und nicht jene Aufklärungen erhielten, die notwendig gewesen wären. Uns wurden nicht unwichtige Ereignisse einfach verschwiegen, die sich abgespielt haben, während wir anwesend waren. Es wurden Maßnahmen getroffen, etwa in der Frage der Südtirol-Politik, wo wir vor faits accomplis gestellt wurden, und wir hätten es begrüßt, wenn man uns vorher informiert hätte, nicht weil wir uns arrogieren, als Opposition und als Minderheitspartei Ihre Haltung bestimmen zu können, sondern weil wir uns das Recht anmaßen, wenn wir gemeinsame Außenpolitik machen wollen und wenn es sich bei Ihnen nicht um ein Lippenbekenntnis handelt, informiert zu werden.

Wir sind überzeugt — hier gebe ich dem Abgeordneten Fiedler recht —, daß unser Neutralitätsstatus uns zweifellos eine besondere Aufgabe, die ganz unabhängig von der Größe, von der wirtschaftlichen Potenz unseres Staates und unserer Republik ist, zugewiesen hat. Ich könnte mir vorstellen, daß es sehr zweckmäßige realpolitische Überlegungen waren, die uns veranlaßt haben, in der Sache der Südafrika-Resolution von der neutralen Haltung abzurücken und für diese Resolution zu stimmen,

denn ich glaube, daß Österreich bei der künftigen Entwicklung eine wichtige Aufgabe haben wird. Wir werden nun einmal die Tatsache, daß diese Resolution mit Mehrheit beschlossen wurde, als solche hinnehmen. Vielleicht ist es richtig, daß wir es vermieden haben, bei dieser Gelegenheit unter dem Einfluß von Emotionen in den Gegensatz zu zahlreichen afrikanischen Staaten zu kommen und daß unsere entscheidende Aufgabe in der Stunde kommen wird, wo die einzusetzende Kommission in Aktion treten wird. Ich glaube aber, daß wir in dieser Stunde dann nicht nur vom Standpunkt unserer Neutralität aus, sondern auch von dem unserer nationalen Interessen aus handeln müssen. Wir dürfen nicht übersehen, daß Südafrika der zweitgrößte überseeische Handelspartner ist, den wir haben, und daß wir selbstverständlich ein gutes Verhältnis zu allen afrikanischen Staaten haben wollen, also auch zu Südafrika, ganz abgesehen davon, daß wir der Meinung sind, in Südafrika haben wir gerade in dem früher genannten Polarisationsfeld eine entscheidende Position des freien Westens zu verteidigen.

Wir werden uns mehr — es wäre auch das eine Diskussion im Hause wert — dem Problem des arabischen Raumes widmen müssen, zweifellos auch ein Problem, das mit unerhört viel Dynamit geladen ist. Aber es wird notwendig sein, daß wir uns wiederum aus sehr konkreten wirtschaftlichen österreichischen Interessen diesen Dingen zuwenden.

Zum Thema der Entwicklungshilfe möchte ich nur grundsätzlich erklären, daß auch wir der Auffassung sind: Wir haben uns sowohl aus moralischen wie aus politischen Überlegungen diesem Problem zu stellen, wir haben bei der Lösung der Probleme der Entwicklungsländer aktiv mitzutun, allerdings in Relation zu unseren Möglichkeiten.

Es mag jetzt polemisch erscheinen, wenn ich sage: Ich habe vor kurzem vergeblich appelliert, daß man unseren Südtiroler Brüdern die kleine und verdiente Zulage als Anerkennung für das, was sie als Soldaten im ersten Weltkrieg für dieses gemeinsame Österreich geleistet haben, zusprechen möge, und mußte hören, das gehe nicht, und es gebe außenpolitische Bedenken und so weiter, und so weiter. Ja aber, meine Damen und Herren, was soll das in Relation zu dem Umstand, daß wir fast 2 Milliarden Schilling für Entwicklungshilfe in anderen Ländern aufwenden können? Hier soll man doch auch ein wenig daran denken, daß auch in der Außenpolitik das Hemd immer näher ist als der Rock. Das ist kein Abrücken von unserer Überzeugung, und wir haben das im Hause hier immer wieder und bei jeder Gelegenheit unmißverständlich

2454

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dr. Scrinzi

bekundet, daß wir alle uns auf dem Weg in ein gemeinsames Europa im weitesten Sinne dieses Begriffes bewegen sollen.

Meine Damen und Herren! Nicht als letztes, weil es vielleicht unser geringfügigstes Anliegen der Außenpolitik sei, möchte ich noch auf Südtirol zu sprechen kommen. Ich muß mit Bedauern feststellen, daß es auch in diesem Punkt leider nur sehr bedingt möglich war, zu einer gemeinsamen Politik zu kommen.

Herr Außenminister! Ich kann es mir nicht versagen, hier noch einmal in der Richtung zu appellieren, daß wir, so wie in New York die Vertreter aller dort anwesenden Parteien übereingekommen sind, die Südtirol-Frage im Rahmen eines Dreierteigesgespräches von allen Seiten her zu ventilieren, versuchen, wie es vorher bei Ihrem Vorgänger üblich war, hier zu einer wirklich klaren Koordination kommen. Mögen rein arbeitsmäßige Überlegungen immer wieder dazu geführt haben, daß der gemeinsame Termin nicht gefunden wurde, aber, Herr Außenminister, wir können doch nicht unentwegt als Bittsteller bei Ihrer Tür anklopfen, um dieses uns deziert mit Terminangabe zugesagte Gespräch doch endlich zu führen. Ich glaube, gerade die Frage Südtirol ist die letzte, wo es darauf ankäme und wo es sich eine hier im Haus vertretene Partei leisten könnte, billiges tagespolitisches Kapital daraus zu schlagen. Aber es ist auch jene Frage, wo ein Zusammenspiel nicht nur zu einer zweckmäßigen Rollenverteilung, zur Lösung der Südtirol-Frage führen kann, sondern wo wirklich ein paar grundsätzliche Fragen vorerst abgestimmt werden müssen, wenn Sie nicht Gefahr laufen wollen, daß eine Lösung, die Sie, wenn auch vielleicht mit einer Mehrheit der Südtiroler Volkspartei, treffen, von uns in diesem Hause leidenschaftlich abgelehnt werden wird.

Auch hier haben wir in kleinem Rahmen jene ähnliche Problematik, die wir im Zusammenhang mit der EWG-Frage kurz gestreift haben. Hier ist eine sehr, sehr enge Verflechtung von politischen und formaljuridischen Problemen. Und wir wollen eine akzeptable Lösung in der Südtirol-Frage nicht nur finden, weil wir den Südtirolern helfen wollen, sondern auch, weil wir diesen Zankapfel beseitigen wollen, der das europäische Konzert der Völker und Staaten noch durch Mißtöne belastet; weil wir der Meinung sind, daß eben, wie es in dem bekannten Buch von Professor Hutter heißt, die Südtirol-Frage ein Pfüffstein des europäischen Gewissens ist, des Gewissens aller beteiligten Partner. Wir wollen deshalb diese dauernde und von allen Seiten zu bejahende Lösung. Aber sie kann nicht darin bestehen, daß wir die moralische Verantwor-

tung für eine solche Lösung auf die schwer ringende Südtiroler Volksgruppe und ihre Führung abwälzen, denn diese steht unter einem unerhörten psychologischen Druck. Wir können uns hier nicht nur in die Rolle eines bestellten Anwaltes hineinmanövrieren oder selbst hineinpaktieren, der sagt: Na ja bitte, ich habe in dem Prozeß das Optimum herausgeholt, und jetzt lege ich mein Mandat und meine Vollmacht zurück. Das können wir nicht. Hier sind es Grundsätze des Völkerrechtes. Hier sind es die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, die wir zu verteidigen haben und die nur wir als souveräner Staat verteidigen können.

Wir sagen Ihnen, Herr Außenminister: Wenn nicht in absehbarer Zeit eine Lösung herbeigeführt wird, dann werden wir hier die Stimme für Selbstbestimmung für Südtirol erheben und werden dafür sorgen, daß dieser Ruf nicht verstummt! Es muß endlich von Italien zur Kenntnis genommen werden, daß wir durch die Bereitschaft, dieses Recht nicht zu beanspruchen, eine so ungeheure Vorleistung erbracht haben in der Südtirol-Frage, daß es längst an der Zeit ist, daß Italien hier nach dem Rechten sieht. Italien hat uns unsere Toleranz bisher nicht honoriert.

Ich komme abschließend auch noch einmal auf die Vollversammlung der UNO zu sprechen. Wir haben in gemeinsamer Arbeit eine wirklich tolerante Formulierung gefunden, mit der sich der österreichische Außenminister bemüht hat, Italien zu bescheinigen, daß es an einer einvernehmlichen und im Sinne der Völkerverständigung liegenden Lösung der Südtirol-Frage mit uns zusammenarbeitet. Diese Toleranz wurde aber schlecht honoriert, und ich stelle fest, daß, wenn auch mit einer sehr advokatisch formulierten Erklärung, Herr Piccioni nicht mehr und nicht weniger wiederum vor der Generalversammlung getan hat, als daß er uns gezielen hat, wir versuchten, durch die Forcierung des Terrorismus, durch die mangelnde Bereitschaft, der Gewaltanwendung entgegenzutreten, die Lösung der Südtirol-Frage zu verzögern beziehungsweise nicht im Sinne des UNO-Auftrages, der UNO-Resolution von 1960 und 1961 zu suchen, sondern eben mit den Mitteln der Gewalt. Und hier habe ich es bedauert, daß ihm nicht geantwortet wurde. Denn, meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses, ich glaube, doch hier sagen zu können, daß ein ewiges Sichverbeugen, ein ewiges Beteuern, wie friedlich, wie friedenswillig, wie harmlos, wie verständigungsbereit man sei, nicht immer zielführend ist. Achtung unserer Souveränität, Achtung unserer Würde, in dieser Richtung klares und unmißverständlich Formulieren

Dr. Scrinzi

unseres Standpunktes wird uns hier in manchen Fragen weiter bringen als die ewige Bekundung unseres Wohlverhaltens.

Ich hoffe, Herr Bundesminister für Äußeres, daß dieser letzte Appell, den wir im Sinne einer Zusammenarbeit in dieser Frage im offenen Haus an Sie richten, nun auch jene wirkliche Information, jene wirkliche Koordinierung herbeiführt, die für uns in Zukunft eine unabdingbare Voraussetzung sein wird, wenn gemeinsame Außenpolitik gemacht werden soll.

Meine Damen und Herren! Wenn wir deshalb in letzter Konsequenz auch zu einer Ablehnung des Kapitels Äußeres kommen — wir hätten diesem Kapitel als Akt der Demonstration, daß Außenpolitik unser aller Angelegenheit ist, nicht ungerne zugestimmt —, so deshalb, weil wir nicht immer und ewig im Vorzimmer des Außenministeriums mit der Bitte: Machen wir doch endlich eine gemeinsame Außenpolitik!, stehen wollen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Leitner das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als am 21. Juni in diesem Hohen Hause das letztemal ausführlich über den Stand der Südtiroler Frage gesprochen wurde, schien eine entscheidende österreichisch-italienische Außenministerkonferenz bevorzustehen. Angesichts dieses Umstandes und angesichts der weitgehenden Unkenntnis der österreichischen Öffentlichkeit über den eigentlichen Stand der Verhandlungen hatte sich damals bei den Abgeordneten aller Parteien, aber auch im österreichischen Volk eine gewisse Beunruhigung bemerkbar gemacht. Das völlige Schweigen der für die österreichische Außenpolitik maßgebenden Persönlichkeiten und die umso deutlicheren Berichte der italienischen Presse nährten im Frühsommer die Gerüchte, daß Österreich zu einem Abschluß veranlaßt werden könnte, der eine dauerhafte Befriedung in Südtirol nicht garantiere.

Ich habe damals die österreichische Bundesregierung dringend ersucht, der Einigkeit und Geschlossenheit der Südtirol-Politik in Österreich und der Übereinstimmung dieser Politik mit den Vertretern Tirols nördlich und südlich des Brenners das volle Augenmerk zu schenken. Der Herr Außenminister hat damals erklärt, daß keine Verträge ohne Zustimmung der Südtiroler Volkspartei abgeschlossen werden.

Ich bin froh heute sagen zu können, daß die österreichische Bundesregierung seit dieser Zeit eine gute Verbindung mit allen Parteien,

die in diesem Hohen Hause vertreten sind, gehalten hat. Ebenso wurde die Südtiroler Volkspartei ständig zu den Beratungen herangezogen. So kann wohl gesagt werden, daß die österreichische Südtirol-Politik nicht nur weiterhin das gemeinsame Anliegen aller Parteien und des ganzen österreichischen Volkes ist, sondern daß auch eine gemeinsame Außenpolitik in dieser Frage betrieben wird.

Im Juli fand das letzte österreichisch-italienische Kontaktgespräch statt, und in der Folge wurde die Südtiroler Volkspartei gebeten, zum italienischen Angebot, wie es sich Ende August herauskristallisiert hatte, Stellung zu nehmen.

Wie bekannt ist, hat die Südtiroler Volkspartei am 29. August diesen Vorschlag beraten. Ihre Stellungnahme dazu gibt ihrer demokratischen Reife ein hohes Zeugnis. Sie erklärte nämlich, daß die italienischen Angebote positiv aufzunehmen seien, daß aber verschiedene Klärungen notwendig sind, bevor der rund 60 Personen starke Parteiausschuß der Landesversammlung eine positive Annahme empfehlen kann. Mit der Durchführung dieser Klärungen bei Ministerpräsident Moro wurde Parteibmann Dr. Magnano beauftragt.

Damit sind die Südtiroler Verhandlungen aus der Sphäre des Ungewissen und der Verdächtigungen herausgetreten und haben eine sachliche und konkrete Form angenommen.

Es ist sicher zu bemerken, daß man mit der Publizität dieser Verhandlungen vorsichtig sein muß, daß man aber noch mehr Verantwortung trägt, vor allem deshalb, um die Gespräche und Verhandlungen zwischen den Südtirolern und der italienischen Regierung nicht zu stören und nicht zu gefährden.

Die Besprechungen Dr. Magnanos mit Ministerpräsident Moro haben sich leider hinausgezögert, einmal weil im italienischen Senat eine umfassende Südtirol-Debatte stattgefunden hat und zum anderen auch, weil der Südtiroler Landeshauptmann schwer erkrankte. So kamen diese Gespräche erst am 20. Oktober zustande. Auf die schriftlichen Wünsche der Südtiroler ist bis jetzt noch keine Antwort eingetroffen, obwohl bereits wieder mehr als ein Monat vergangen ist. Allerdings muß objektiverweise festgehalten werden, daß dies kaum die Schuld Roms ist, denn die Überschwemmungskatastrophen im November haben in Italien ein unvorstellbares Ausmaß angenommen und alle Kräfte der italienischen Regierung und ihrer Verwaltungsstellen voll in Anspruch genommen.

Österreich hat seine tätige Hilfsbereitschaft für die Hochwasseroberflächen sofort bewiesen, obwohl ihm selbst von der Natur schwere Wunden geschlagen wurden. In solchen Kata-

2456

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

strophem kommt eine Solidarität der Menschen zum Vorschein, die dem Nachbarn gilt, der in Not geraten ist, die aber auch den unersetzlichen Werten der abendländischen Kultur zugute kommt, welche erhalten werden muß.

Könnten wir nicht versuchen, ein Stück dieser echten und eigentlichen Wesensart, die gerade unsere beiden Völker auszeichnet, auf die Behandlung der Südtiroler Frage zu übertragen? Auch in Südtirol geht es nämlich um das Schicksal von Menschen, auch hier gilt es, die Zukunft dieses Volkes auf Südtiroler Boden, der seine Heimat ist, zu sichern.

Es muß festgestellt werden, daß die große Verzögerung der Verhandlungen sehr viele Gefahren in sich birgt. Das hat sich in den letzten Wochen sehr deutlich gezeigt. Die Führung der Südtiroler Volkspartei ist gewillt, mit Ruhe und Umsicht diese Verhandlungen voranzutreiben, die Bevölkerung wird jedoch in zunehmendem Maße beunruhigt.

Wie Sie alle wissen, hat es in den Sommermonaten in Südtirol wieder Vorfälle gegeben, die zum Tod von fünf Finanzsoldaten geführt haben. Am 25. Juli wurden in Gsies zwei Finanzsoldaten erschossen; die Täter blieben unbekannt. Am 9. September ereignete sich in der Finanzkaserne auf der Steinalm eine schwere Explosion mit drei Toten. (*Abg. Melter: Warum hat sich der Außenminister dann entschuldigt?*) Ich komme gleich darauf zurück.

In diesen Sommerwochen gab es eine größere Anzahl von kleineren Attentaten an der Brennerstrecke in Bozen und in Bruneck. Es kam zu Waffenfunden und zu Schießereien in den Bergen.

Solch ein gewaltsames Vorgehen lehnt das österreichische Volk und die österreichische Regierung entschieden ab. So traurig solche Vorkommnisse sind, so sind sie doch ebenso geheimnisvoll. In allen diesen Fällen ist es weder der italienischen noch der österreichischen Polizei gelungen, auch nur Indizien hinsichtlich der Täter zu finden. Die Italiener behaupten zwar, daß der Südtiroler Flüchtling Richard Kofler zu den Tätern gehört. Dieser ist am 2. Oktober freiwillig nach Italien zurückgekehrt. Ich glaube, es ist wenig glaubwürdig, daß ein Mann, der ein so schweres Verbrechen verübt haben soll, freiwillig aus dem Ausland nach Italien zurückkehrt und sich in die Hände der Polizei begibt, um sich dort schärfsten Verhören zu unterziehen. Dabei wissen wir, daß diese Polizei mit ihren Methoden nicht gerade sehr wählerisch ist.

Noch merkwürdiger wird die Sache, wenn man in der italienischen Presse liest, daß nach Ansicht der zuständigen Sachverständigen die

Explosion im Inneren der Hütte erfolgt ist. Entweder war es ein Unglücksfall, und die gesamte italienische und die Weltöffentlichkeit wurde bewußt von den zuständigen Stellen getäuscht, um Haß und Zorn auf die Südtiroler und damit auch auf uns Österreicher zu lenken, oder die Attentäter hatten Zugang in eine Kaserne, die durch unzählige Sicherheitsmaßnahmen geschützt war. Das wäre aber dann ein Beweis, daß selbst kleine Armeen, wie sie heute in Südtirol stationiert sind, das Innere einer Kaserne nicht zu schützen vermögen. Daher ist es bedauerlich, daß man sich in Italien nicht dazu bereit erklärt hat, hier eine objektive Untersuchung unter Zuziehung ausländischer Experten durchzuführen. Der eine oder der andere Fall muß nämlich zutreffen und wird sich natürlich auf die deutsche und italienische Bevölkerung in negativer Weise auswirken.

Es gibt viele weitere geheimnisvolle Vorfälle. Wir wissen, daß ein Bozener Gasthof mit einem riesigen Aufgebot von Sicherheitsorganen umstellt wurde. Man fand dann dort in einem bestimmten, bereits vorher bekannten Zimmer unter einem Kasten Sprengstoff. Natürlich war der unglückselige Bewohner dieses Zimmers ein Österreicher. Wie man wenig später feststellen mußte, war der Verhaftete aber, rein ethnisch gesehen, ein reinrassiger Italiener, der erst vor wenigen Jahren die österreichische Staatsbürgerschaft erworben hatte. Außerdem war er vollkommen unschuldig.

Bei solchen Waffen- und Sprengstoffunden muß man doch berechtigte Zweifel an ihrer echten Wirklichkeit hegen. Was soll man schließlich denken, wenn fast gleichzeitig in Österreich zwei Männer verhaftet werden — es waren Alois Rainer und Erich Baroch —, die angeblich sehr stark in Südtiroler Terrorangelegenheiten verwickelt sein sollen, die aber gleichzeitig der österreichischen Polizei schon lange als italienische Agenten bekannt waren? Das gleiche gilt für einen angeblichen Kronzeugen, einen gewissen Joosten, der wissen soll, daß die Sprengstoffanschläge österreichischen Ursprungs sind. Er ist unserer Polizei als Betrüger und als italienischer Agent längst bekannt.

Ich brauche nicht mehr hinzuzufügen, daß es noch viele und vielleicht noch merkwürdigere Gerüchte über Personen gibt, die sich im In- und Ausland als Kämpfer für die Südtiroler Freiheit hervortun, gleichzeitig aber bei den Italienern gar nicht ungern gesehen sind. Vielleicht werden diese Zusammenhänge verständlicher, wenn man daran denkt, daß die Aktivität rechtsradikaler Gruppen, von denen man heute sehr viel spricht, keineswegs in

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1968

2457

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Österreich oder in Deutschland ihren Ursprung hat, sondern ausgerechnet bei der neofaschistischen Bewegung in Italien.

Die sogenannte „Italienische Sozialbewegung“, also die Neofaschistische Partei war es, die bereits 1950 die Initiative ergriff, um die europäischen Nationalisten in einer Organisation zusammenzuschließen. Die ersten konkreten Besprechungen in dieser Sache fanden im Frühjahr 1950 in Rom statt, und bereits im Oktober wurde dort über die Gründung einer nationalistischen Internationale positiv entschieden. Die Kontakte zwischen diesen Gruppen West- und Mitteleuropas und Italiens blieben seither sehr eng. Sie waren es auch in bezug auf die Südtiroler Frage. Es scheint, daß hier extreme Gruppen einander sehr gut verstehen, obwohl sie sich eigentlich auf das äußerste bekämpfen müßten, wollen doch die einen die Befreiung und die andern die endgültige Italianisierung dieses Landes. Verstehen sich beide deshalb so gut, weil sie ganz einfach beide das gleiche Ziel haben, nämlich eine Befriedung in Südtirol und normale Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu verhindern? Der Kommunistischen Partei Italiens ist es sogar gelungen, das Südtirol-Problem mit der Oder-Neiße-Linie in Verbindung zu bringen.

Minister Taviani sagte vor dem Senat in Rom:

„Es ist nunmehr außerhalb der Realität, zu versuchen, das Phänomen des neuen Terrorismus in den engen Bereich eines anachronistischen Tiroler Irredentismus zu bringen. Was Österreich betrifft, betone ich“ — so sagte er —, „daß die Bundespolizei in allerletzter Zeit in bezug auf das Problem des Terrorismus größeres Interesse gezeigt hat. Wir werden sehen, ob diesem größeren Interesse und den Erklärungen des guten Willens der Regierung entsprechende Resultate folgen werden.“

Es ist erfreulich, daß Taviani mit diesen Worten anerkennt, daß die wesentlichen Störungen für eine gerechte Lösung der Südtirol-Frage nicht von Tiroler Extremisten ausgehen, und daß er die umfangreichen Bemühungen Österreichs anerkennt, alles zu tun, um in Italien Anschläge zu verhindern.

Aus diesem Grunde ist auch die italienische Verbalnote vom 6. Oktober dieses Jahres schwer verständlich, weil der österreichische Innenminister bereits öfter darüber Klage geführt hat, daß die italienischen Behörden und Sicherheitsdienststellen die österreichischen Behörden von den Vorfällen, die in der Note angeführt sind, überhaupt nicht oder mit großen Verspätungen verständigt haben, sodaß die

Nachforschungen vielfach von vornherein aussichtslos erscheinen.

Österreich hat aber eine erhöhte Grenzüberwachung nicht nur zugesagt, der Innenminister hat diese angeordnet und hält sie trotz hohen Kostenaufwandes weiterhin aufrecht. Die Geländeschwierigkeiten auf beiden Seiten sind aber groß. Es ist gut, daß sich der Kontakt zwischen den Polizeiorganisationen beider Länder in der letzten Zeit verbessert hat.

Immer wenn sich in den letzten Jahren eine Lösung, wenn auch nur eine Minimallösung so wie jetzt wieder, für eine Verbesserung der Selbstverwaltung Südtirols zeigte, machten sich die extremen Kreise, die vor allem in Italien zu suchen sind, bemerkbar und erreichten die Verhinderung einer Vereinbarung. Das ist ihnen bisher immer gelungen, wie ich bereits im Frühjahr von dieser Stelle aus aufzeigen konnte. Es besteht auch diesmal die gleiche und die große Gefahr.

Die Südtiroler Volkspartei wartet auf die Antwort der italienischen Regierung zu diesen Punkten, für die eine Klarstellung verlangt wurde. Und jetzt wird in Italien Nervosität erzeugt und eine intensive Hetze betrieben. Ich nehme an, daß die Gespensterjagd in Rom anlässlich des 4. November nur so zu verstehen ist. Selbst italienische Zeitungen machen sich über die Hysterie, über die Psychose eines Belagerungszustandes in Rom lustig, weil der Südtiroler Terrorist und der so gefürchtete Sprengstoffspezialist Siegfried Graf nach Italien gekommen sei, um Anschläge durchzuführen. Dieser Mann war jedoch zur gleichen Zeit in Innsbruck und ist einer normalen, ganz friedlichen Arbeit als Elektrotechniker nachgegangen. Der italienische Abwehrdienst ist ja sonst sehr gut informiert. Warum hat er denn ausgerechnet hier versagt?

Man muß der österreichischen Zeitung „Die Presse“ recht geben, wenn sie schreibt, daß Polizei und Presse durch die römische Massenpsychose dem Terrorismus zum größten Massenerfolg verholfen haben. Und der „Tagesanzeiger“ in Zürich schreibt, das Mandat, das Moro vom Parlament für die Beilegung der Kontroverse erhalten habe, könnte von dieser verschlechterten Atmosphäre gefährdet werden. Die Unsicherheit wird offenkundig und Schwierigkeiten aktuell.

Mit wem hat man es bei den Anschlägen eigentlich zu tun? Mit Tiroler Patrioten? Mit italienischen Agenten? Mit Faschisten, mit extremen Nationalisten oder vielleicht mit noch ganz anderen Kreisen. Es wäre sehr gut, wenn auch auf italienischer Seite bei polizeilichen Untersuchungen die Aufmerksamkeit nicht nur auf die Südtiroler gerichtet würde, sondern wenn man auch den Interessen jener nach-

2458

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

ginge, die an einer Unruhe in Südtirol großes Interesse haben und die in Italien stark verbreitet sind.

Es ist schade, daß die neofaschistischen Attentäter von Ebensee, die schon in Haft und geständig waren, nach ihrer Freilassung nicht mehr aufzufinden sind. Durch sie hätte man sicher über solche Zusammenhänge mehr erfahren können. Die merkwürdigen Anschläge, die aufgetretene Desorganisation ihrer Bekämpfung in Italien, die Auslösung einer neuen Haßkampagne in der italienischen Presse gegenüber den Südtirolern schaffen Unruhe und geben keine solide Basis für eine gerechte Lösung des Problems. Gerade deshalb ist es notwendig, daß die Südtirol-Frage so rasch als möglich eine großzügige und wirklich befriedigende Lösung findet. Dies nicht nur im Interesse Südtirols, sondern in einem viel umfassenderen europäischen Interesse.

Aus Indiskretionen italienischer Zeitungen wissen wir, daß die Klärungen, welche Magnano anlässlich seines Besuches bei Moro gefordert hat, keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen dürften.

Einige Fragen des sogenannten Paketes sind aber noch offen, und diese sind sicher schwerwiegend. Die Italiener wollen ein Vetorecht im Südtiroler Landtag gegen das Landesbudget. Im Landtag sitzen derzeit 17 Südtiroler 8 Italienern gegenüber. Die Forderung des Vetorechtes widerspricht jedem demokratischen Prinzip und ist für die Südtiroler unannehmbar. Sie können doch nicht auf die Mehrheit dort verzichten, wo sie diese haben.

Die italienische Presse spricht heute viel von der sogenannten italienischen Minderheit in Südtirol. Man kann doch bei einem 56 Millionen-Volk nicht von einer Minderheit der 128.000 Italiener in Südtirol reden, wohl aber von einer Minderheit der 230.000 Südtiroler in Italien.

Italien will weiters einen autonomen Status für die italienisierten Städte Bozen und Meran, wohl deshalb, damit die Südtiroler auch in Zukunft so wie bisher gehindert werden, in diesen Städten Arbeit und Brot zu erhalten. Nur die Italiener sollen also dort wohnen und arbeiten können.

Dazu kommt schließlich neuerdings noch, daß verschiedene italienische Parteien Vereinbarungen in Frage stellen, die bereits längst geklärt schienen. Ich denke hier an die Regelung auf dem Sektor der Stellenbesetzung und an die Lösung der Schulfrage. Von einer Landesautonomie kann bei der Schulfrage nach den bedeutenden Abstrichen, zu denen sich die Südtiroler bekannt haben, nicht mehr gesprochen werden.

Ob die Zusagen im sogenannten Paket ausreichen, um der Südtiroler Volksgruppe für alle Zukunft ihre Existenz zu sichern, muß letztlich die Südtiroler Volkspartei entscheiden.

Die Lösung der Südtirol-Frage ist nicht nur eine Frage des italienischen Gewissens, sie ist auch eine Frage des europäischen Geistes. Die Forderung nach Autonomie ist notwendig und gerecht. Nur so kann den Südtirolern ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur, mit einem Wort ihr Tirolertum gesichert und eine normale Weiterentwicklung der Volksgruppe gewährleistet werden.

Das Selbstbestimmungsrecht ist nicht durchsetzbar. Wir können es fordern, aber es hat derzeit sicher wenig Erfolg. In den Völkerrechtsleitsätzen der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem heißt es aber, daß das Selbstbestimmungsrecht auf dem besten Weg ist, über ein politisches Prinzip und einen Völkerrechtsgrundsatz hinaus zu einer allgemeinen Völkerrechtsnorm zu werden. Durch völkerrechtliche Verträge über eine Gebietsänderung kann das Selbstbestimmungsrecht nicht aufgehoben werden, es sei denn, die betroffene ethnische Gemeinschaft hätte vorher in gehöriger Weise zugestimmt. Das ist aber von Südtiroler Seite nie geschehen.

Wenn schon kein Selbstbestimmungsrecht, so muß der Provinz Bozen wenigstens eine Autonomie in einem möglichst weiten Umfang gewährt werden. Das Paket, welches in Verhandlung steht, ist wirklich nur das Allerwenigste, zu dem die Südtiroler Vertreter im Hinblick auf die derzeitige Situation wahrscheinlich noch zustimmen können. Südtirol muß nämlich mit der eingeschränkten Autonomie große Probleme lösen, damit seine Bevölkerung einen erfolgreichen Weg in die Industriegesellschaft findet.

Die italienische Volksgruppe umfaßte 1918 7000 Personen. Sie umfaßt heute rund 130.000 Personen, also fast das Zwanzigfache. Die deutsche Volksgruppe betrug 1918 235.000 Personen und ist heute immer noch gleich groß. Dabei ist allgemein bekannt, daß die Südtiroler eine sehr hohe Geburtenrate aufweisen. Die 75.000 Umsiedler, von denen nur rund 22.000 zurückgekehrt sind, waren der erste große Aderlaß für das Volkstum.

Heute bahnt sich eine neue Wanderbewegung an, da viele Südtiroler in ihrer Heimat keinen Arbeitsplatz finden, in Österreich und Deutschland jedoch gerne aufgenommen werden. Die Bevölkerungsstruktur der deutschen Volksgruppe ist dementsprechend die der alten Agrargesellschaft, während die italienische Bevölkerung einer hypermodernen, entwickelten Industriegesellschaft entspricht.

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Ich möchte hier nur einige Zahlen bringen, und zwar die Prozente der Erwerbstätigen aus dem Jahre 1961. In der Land- und Forstwirtschaft hat die deutsche Gruppe 44,8 Prozent, die italienische 4,2 Prozent der Erwerbstätigen; in Industrie und Handwerk 20,7 Prozent beziehungsweise 38,8 Prozent. Im Verkehr haben die Deutschen, die Südtiroler nur 1,9 Prozent, die Italiener aber 8,5 Prozent, also das Vierfache. In der öffentlichen Verwaltung haben die Südtiroler nur 3,5 Prozent, die Italiener aber 20,3 Prozent, also das Sechsfache der Erwerbstätigen. Diese Zahlen machen deutlich, daß Italien eine volle Autonomie gewähren sollte.

Die Worte der Witwe Battisti, ein Name, der in Italien sehr geachtet ist, der einen sehr guten Klang hat und sehr bekannt ist, würden den Weg weisen. Sie schreibt: „Das Konzept der Einheitsregion mißachtet das Abkommen Gruber-Degasperi. Dies wird einen ewigen Irridentismus diesseits und jenseits des Brenners mit nationalen Ärgerlichkeiten und internationalen Gefahren zur Folge haben. Aus all dem ergibt sich, daß es für Italien nicht nützlich, sondern notwendig ist, das Gruber-Degasperi-Abkommen unter Ausklammerung des Trentino anzuwenden.“

Der schwierigste Punkt aber bleibt die internationale Verankerung der Verhandlungsresultate. Für die Sicherung der Durchführung der Vereinbarungen hat Österreich als Vertragspartner des Pariser Abkommens nicht nur eine wesentliche Verpflichtung, sondern muß dafür eintreten und ist dafür verantwortlich. Wie Sie wissen, wollte Italien bisher lediglich zugestehen, daß der Internationale Gerichtshof zwecks Auslegung des Pariser Abkommens eingesetzt wird. Wir wissen wohl, daß das größte Problem Südtirols im Artikel 2 dieses Abkommens niedergelegt ist, nach dem Südtirol eine regionale Gesetzgebungs- und Verwaltungsautonomie erhalten soll. Die bisherigen Verhandlungen betrafen auch diese Autonomie.

Ministerpräsident Moro hat am 12. September in der Südtirol-Debatte des italienischen Parlaments erklärt: „Jede Autonomie ist eingefügt in die verfassungsmäßige Ordnung des italienischen Staates, stellt eine seiner Manifestationen dar und gründet ihre Gültigkeit einzigt und allein auf diesem Staat. Die Befugnis einer autonomen Körperschaft ist unmittelbar an die Souveränität des Staates gebunden. Sie geht aus seinen Gesetzen hervor und bezieht aus ihnen ihren juridischen Wert.“

Wir nehmen das zur Kenntnis. Wir sehen aber auch bereits, wie Italien argumentieren würde, wenn der Internationale Gerichtshof als Instrument der internationalen Verankerung

von Österreich einmal angerufen werden sollte. Rom würde erklären, daß der Artikel 2 des Pariser Abkommens über das Ausmaß der Autonomie nichts aussagt und diese daher dem freien Ermessen des italienischen Staates unterliegt. Eine völkerrechtlich verbindliche Norm über den Umfang einer regionalen Autonomie gibt es nicht, und so läge es also an dem freien Ermessen des italienischen Parlaments, eine Erweiterung der Autonomie zu billigen und allenfalls auch wieder einmal einzuschränken.

Warum lehnt es Italien heute ab, das Ergebnis der bilateralen Verhandlungen eindeutig und klar zu verankern? Sind denn jene Kreise dort so einflußreich, die hoffen, daß die vorgesehene Erweiterung der Autonomie doch wieder umgangen werden kann?

Die Frage der Autonomie Südtirols ist keine rein innerstaatliche Angelegenheit Italiens. Die UNO-Resolution 1960 und 1961, die bilateralen Verhandlungen über die Ergebnisse der Neunzehner-Kommission bis zum heutigen Tag beweisen doch das Gegenteil. Von keinem einzigen Punkt bei den Verhandlungen sagt die italienische Regierung: Darüber können wir mit euch Österreichern nicht reden, das geht über das Pariser Abkommen hinaus und ist somit eine rein inneritalienische, innerstaatliche Angelegenheit.

Trotzdem genügt die bloße Festlegung des Internationalen Gerichtshofes als Schiedsinstanz nicht, weil Italien nach Abschluß der Verhandlungen vor dem italienischen Parlament, aber auch allenfalls vor der UNO erklären könnte, daß es die neuen Kompetenzen aus eigener autonomer Entscheidung gibt und die bilateralen Verhandlungen nicht erwähnen müßte, so als hätten sie überhaupt nicht stattgefunden.

Die Zusage von Außenminister Saragat im Mai 1964, das Ergebnis der Verhandlungen einem internationalen Schiedsgericht zu unterstellen, wurde von Italien zurückgenommen. Die Südtiroler hätten diese Verankerung anerkannt, obwohl sie keineswegs ungefährlich war. Wir kennen den italienischen Standpunkt, Italien habe das Pariser Abkommen erfüllt. Nach unserer Auffassung ist der Inhalt des sogenannten Paketes nur eine Detaillierung des Pariser Abkommens, eine Art Durchführungsprotokoll entsprechend den Zielsetzungen dieses Abkommens. Und dies entspricht auch der UNO-Resolution.

Es ist wohl das Selbstverständlichsste auf der Welt, daß wir nach sechsjährigen mühsamen, aber schließlich — so hoffen wir doch — wenigstens positiv verlaufenen Verhandlungen verlangen: ein Dokument, in dem steht, worüber wir verhandelt haben, worauf wir uns

2460

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

geeinigt haben, wozu sich der Partner verpflichtet hat und in welcher Form und wo man gegebenenfalls auf die Erfüllung dieser Verpflichtungen drängen kann. Österreich muß entweder eine klare juristische Verankerung der Verhandlungsergebnisse oder wirksame politische Garantien für die Durchführung dieser Ergebnisse durch Italien verlangen.

Nun macht Italien formalrechtliche Bedenken geltend, die angeblich nicht unmittelbar mit Südtirol zu tun haben. Wenn Italien Bedenken hat, eine juridische Verankerung zu geben, obwohl sie der verantwortliche Außenminister schon einmal zugesagt hat, dann soll es doch andere politische Garantievorschläge machen. Sinnlos wäre es aber, uns mit einer nichtssagenden politischen Garantie abspeisen zu lassen und die internationale Verankerung nur in einer Verschiebung der österreichischen Streitabschlußklärung auf die Zukunft suchen zu wollen. Ohne einen Zeitpunkt für die Durchführung des Paketes festgelegt zu haben, könnte Italien immer wieder erklären, es sei ja gerade bei der Durchführung dabei und Österreich solle nicht ungeduldig werden. Wir könnten dabei leicht in die Situation jenes Haustieres geraten, das ein Bauer mit einer Stange hinter einem Heufuder angehängt hat und das nun fleißig hinter diesem Heufuder herläuft, aber doch nie seinen Hunger stillen kann, nie seinen Bedarf an Nahrung zu decken vermag.

Leider haben wir unsere Erfahrungen. Wenn sich in Rom eine vernünftige Regelung abzeichnete, fanden sich immer wieder viele, die eine solche verhindert haben. Wenn es positive Stimmen gab, gab es sofort viele negative dazu.

Wir können heute zu einer vernünftigen Regelung gelangen — so hoffen wir es wenigstens —, eine Regelung, die verhindert, daß Südtirol ein Unruheherd im Herzen Europas wird. Diese vernünftige Möglichkeit soll nicht neuerdings gefährdet werden, Südtirol soll nicht weiter der Spielball der italienischen Innenpolitik sein.

Die Südtiroler Subkommission des Europarates hat im November 1964 vorgeschlagen, daß sich Österreich und Italien die Methoden der europäischen Streitschlichtungskonvention zunutze machen sollten, wenn sie über den Streitabschluß verhandeln. Damit war eine Schiedskommission gemeint. Die Subkommission des Europarates befindet sich seit zwei Jahren in Wartestellung. Warum bedienen wir uns denn nicht dieses europäischen Instrumentes? Man redet heute in beiden Staaten viel von Europa und erwartet, daß das europäische Konzert in Harmonie ertönt, man weigert sich aber, im konkreten Anlaßfall mit einer bescheidenen Musikprobe zu beginnen.

Wenn Italien die europäische Konvention für friedliche Streitschlichtung voll ratifizieren würde, so wie dies Österreich auch getan hat, könnte dieses Instrument zu einer internationalen Verankerung brauchbar sein, wenn noch einige Zusatzabkommen sicherstellen würden, daß auch das Pariser Abkommen, das bereits vor der Inkrafttretung dieser Konvention beschlossen wurde, hier einbezogen werden kann.

Abschließend möchte ich hier nur noch sagen: Hoffen wir, daß es dem guten Willen der italienischen Regierung und der österreichischen Regierung gelingt, bis zum Frühjahr ein Abkommen zu erreichen, das für Südtirol tragbar ist. Sonst besteht nämlich die Gefahr, daß die Verhandlungen wieder auf Jahre aufgeschoben werden, weil in Italien ja Parlamentswahlen vor der Türe stehen. Wenn ein Abkommen nicht gelingt, hätten diesmal auch wieder jene Kräfte gewonnen, die immer eine vernünftige Regelung erfolgreich verhindert haben.

Wem aber würde das Scheitern der Verhandlungen nützen? Nicht dem Südtiroler Volk, nicht den guten zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Österreich und Italien, nicht der europäischen Völkergemeinschaft und schon gar nicht dem Frieden. Den Nutzen aus einem Scheitern der Verhandlungen würden die Extremisten auf beiden Seiten haben, die damit beweisen könnten, daß der Streit mit friedlichen Mitteln nicht beigelegt werden kann. Neue Unruhe in der Südtiroler Bevölkerung beider Nationen würde den Terrorismus begünstigen. Verstärkte Terror- und Agententätigkeit wird den italienischen Gruppen, welche kein Abkommen wollen, Gelegenheit zum Aufputschen der eigenen Bevölkerung geben. Die Leidtragenden wären auf alle Fälle die Menschen in Südtirol, welche in ihrer Heimat in Frieden arbeiten und nach ihrer völkischen Eigenart gesichert leben wollen.

Als junger Mensch glaube ich an Europa und hoffe daher, daß sich in der Südtirol-Frage jene Kräfte in Italien durchzusetzen vermögen, welche diese Frage im europäischen Geist lösen wollen. Österreich und Tirol haben ihre Bereitschaft in dieser Hinsicht vielfach unter Beweis gestellt. Hoffen wir auf ein gutes Ergebnis zum Nutzen und zum Wohle der Südtiroler Volksgruppe, zum Nutzen beider Nationen und zum Nutzen Europas. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Horejs das Wort.

Abgeordneter Horejs (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Am 6. September dieses Jahres waren es zwanzig Jahre seit dem Abschluß des

Horejs

Pariser Vertrages, der als das Gruber-Degasperi-Abkommen in unsere Diktion einging und in der Folge wegen der Unklarheit seiner Formulierungen zu einer drückenden Hypothek unserer Außenpolitik geworden ist. Während Italien sich auf den Standpunkt stellen konnte, den Vertrag durch die Errichtung der Region Trent-Tiroler Etschland buchstaben- und sinngetreu erfüllt zu haben, mußte Österreich immer wieder auf die ungenügende Vertragserfüllung hinweisen und unsere Forderungen nach einer gerechten und echten Landesautonomie erheben, ohne daß bis heute ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden konnte.

Dem früheren Außenminister Dr. Kreisky kam das Verdienst zu, mit dem Gang zu den Vereinten Nationen in den Jahren 1960 und 1961 das Problem internationalisiert zu haben.

Österreich hat somit durch zwei Resolutionen der UNO ausdrücklich die Legitimation erhalten, Interessen der österreichischen Minderheit in Südtirol zu schützen und zu vertreten. Die Partnerschaft mit Italien aus dem Pariser Vertrag, der ein Annex zum italienischen Friedensvertrag ist, und die beiden UNO-Resolutionen aus 1960 und 1961 verpflichten Österreich nicht nur, Anwalt der Südtiroler zu sein, sondern die Anliegen unserer Minderheit in Italien als ein Anliegen des gesamten österreichischen Volkes zu betrachten.

In Verfolgung dieser Aufgabe hat Außenminister Dr. Kreisky in seinen Verhandlungen mit dem damaligen italienischen Außenminister und jetzigen Staatspräsidenten Saragat einen Abschluß mit einem Paket an Zugeständnissen erreicht, das dem Ziel nach einer Autonomie für Südtirol, wie sie sinngemäß dem Pariser Vertrag entsprechen würde, einigermaßen nahekam.

Die Krönung dieses Abkommens vom Dezember 1964 wäre eine fünfköpfige, mehrheitlich internationale Schiedskommission gewesen, die das Recht gehabt hätte, über die Auslegung und Anwendung aller zwischen den beiden Staaten bestehenden Verträge und Vereinbarungen bezüglich Südtirols zu urteilen. Damit wäre eine echte und wirksame internationale Verankerung erzielt gewesen. Die Vertreter der Südtiroler Volkspartei haben aber im Jänner 1965 wegen der Nächterfüllung einiger—allerdings wesentlicher—Forderungen den Abschluß dieser Vereinbarungen abgelehnt. Durch den Wechsel im italienischen Außenministerium kamen die Verhandlungen vorerst zum Stillstand. Dann wurden die Gespräche durch die Regierung Klaus mit Geheimverhandlungen wieder in Gang gebracht. Über den Inhalt der Gespräche, insbesondere über jene zwischen Bundeskanzler Dr. Klaus und Ministerpräsident Moro, gab es nur Vermutungen.

Hohes Haus! Der Ehrgeiz der ÖVP-Alleinregierung, Dinge, die in der Koalition nicht zustande kamen, nunmehr sozusagen im Handumdrehen zu erledigen, drängte zur Eile. Sicher auch deshalb, weil man zum Abschluß des EWG-Vertrages Italien als notwendigen Partner nicht verstimmen will. In diesen Geheimverhandlungen wurden Formulierungen vereinbart, die unserer Minderheit in Südtirol ein Mehr, aber auch ein Weniger an Kompetenzen zubilligen, aber keine internationale Verankerung enthalten. Mit der Annahme dieser Vereinbarungen wäre Österreich zur Regelung von Meinungsverschiedenheiten aus der Vertragserfüllung in aller Zukunft nur mehr auf den Internationalen Gerichtshof angewiesen, und Österreich gäbe für alle Zeiten die Möglichkeit aus der Hand, unter Berufung auf den Pariser Vertrag die UNO oder den Europarat mit der Südtirolfrage zu befassen.

Der Text dieser Vereinbarungen wurde nun den Südtirolern zur Annahme unterbreitet. Selbst das Mehr an Kompetenzen fand wegen des Fehlens einer wirksamen internationalen Verankerung beim Großteil der Südtiroler bisher keine Zustimmung, weil sie ja eine fast 50jährige leidvolle Erfahrung haben. Die Weigerung der italienischen Unterhändler, eine Schiedskommission als internationale Verankerung in den künftigen Vertragstext aufzunehmen, läßt ja bereits darauf schließen, daß man die Erfüllung des Vertrages nur mit eigener Elle messen will.

Die Regierung Klaus hat es eilig und will, wie man hört, bis spätestens Ostern 1967 zum Abschluß kommen, insbesondere, weil ja auch die EWG-Verhandlungen in ein neues Stadium getreten sind und man Italien nicht gut verstimmen kann. Die Südtiroler Volkspartei hat es in ihrer Entscheidung schwer, weil sie ja auch die ÖVP nicht verstimmen will.

Herrn Dr. Leitner möchte ich sagen, daß wir, die Oppositionsparteien in diesem Hause, bisher von einer gemeinsamen Südtirolpolitik sehr wenig gemerkt haben. Wir Sozialisten sind der Meinung, daß die Südtiroler das Recht haben, darüber zu urteilen, ob sie die Substanz der künftigen Kompetenzen als ausreichend für die erwartete Landesautonomie betrachten beziehungsweise ob die angebotenen Regelungen ihren Bedürfnissen entsprechen. Wir sind aber der Meinung, daß das Problem der internationalen Verankerung primär in die Kompetenz der österreichischen Außenpolitik fällt. Die Verantwortung darüber kann und darf man nicht den Südtirolern aufbürden oder auf sie abschieben.

Hohes Haus! Österreich ist durch zwei UNO-Resolutionen von der Weltöffentlichkeit zum Schutz der Südtiroler Interessen beauf-

2462

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Horejs

tragt. Daraus ergibt sich eine zwingende Mitverantwortung für die jetzt von Rom angebotene Regelung. Unsere Außenpolitik muß deshalb darauf bestehen, daß eine internationale Instanz geschaffen wird, an die sich die Südtiroler wenden können, falls Italien nach ihrer Meinung die Zusagen nicht einhält. Nach den bisherigen Erfahrungen in der Vertragsauslegung über Südtirol müssen wir uns absichern, sonst kann der österreichischen Außenpolitik auch aus den neuen, sicher gut gemeinten Vereinbarungen in der Zukunft wieder eine neue Hypothek erwachsen.

Eine wirksame internationale Verankerung im künftigen Vertrag zu erreichen, kann nicht unmöglich sein. Österreich kann keinesfalls die Meinung des italienischen Ministerpräsidenten Moro teilen, der in der Südtiroldebatte der italienischen Kammer am 15. September dieses Jahres erklärte, daß die Verpflichtungen des Pariser Vertrages von Italien eingehalten wurden, wobei er hinzufügte, daß die Umbildung der Region Trentino-Tiroler Etschland einen freien, souveränen Akt der italienischen Regierung darstelle, nicht jedoch die Erfüllung einer internationalen Verpflichtung.

Bei dieser Südtirol-Debatte im italienischen Parlament waren es wieder die sozialdemokratischen Abgeordneten, insbesondere der Vorsitzende der Neunzehner-Kommission, Paolo Rossi, die für eine erweiterte Autonomie der Südtiroler eingetreten sind und betont haben, daß die Ursachen der Schwierigkeiten in Südtirol in den Fehlern der Vergangenheit und der mangelhaften Erfüllung des Pariser Vertrages zu suchen sind.

Herr Dr. Leitner hat vorhin die Äußerungen der Witwe Battistis, einer italienischen Sozialdemokratin, erwähnt, die ebenfalls der Meinung ist, daß das derzeitige Verhältnis in der Region Trentino-Tiroler Etschland ungünstig ist. Ich möchte darauf hinweisen, daß ihr Mann, der früher sozialdemokratischer Abgeordneter gewesen ist, im ersten Weltkrieg deshalb gehenkt wurde, weil er für die nationalen Rechte der Völker in der Monarchie eingetreten ist. Er ist damals auch dafür eingereten, daß keinesfalls Österreicher, die Südtiroler, zu Italien zugeschlagen werden sollten.

Der ehemalige Außenminister Saragat, der die internationale Verankerung in seinen Vertragstext aufnahm, ist nunmehr an die Spitze der italienischen Republik getreten. Ich glaube kaum, daß es sich eine italienische Regierung leisten kann, das Wort ihres Staatspräsidenten zu verleugnen, dem überdies noch die italienische Verfassung eine gewichtige Mitsprache in der Außenpolitik einräumt.

Österreich kann und darf sich mit der Verweisung an den Internationalen Gerichtshof

nicht zufriedengeben. Der Internationale Gerichtshof ist als Schiedsinstanz völlig ungeeignet, weil er nach rein formaljuristischen Gesichtspunkten urteilt. Die Einschaltung des IGH macht die Südtirol-Frage von einer politisch-internationalen zu einer juridisch völlig inneritalienischen Angelegenheit. Es steht nicht einmal fest, ob das jetzt ausgehandelte „Paket“ eventuell als Zusatz zum Pariser Vertrag judiziabel würde, weil es sich hiebei vorwiegend um politische Fragen handelt, für die der IGH nicht zuständig ist.

Überdies müßte zur Klage beim Internationalen Gerichtshof jeweils die Zustimmung der italienischen Regierung eingeholt werden, da vor diesem Gerichtshof niemand gegen seinen Willen verklagt werden kann. Wenn Österreich sich also über die Nichterfüllung beklagen wollte, müßte es 90 Tage vor einem offiziellen Schritt beim IGH die Regierung in Rom informieren und eine Beilegung der Meinungsverschiedenheiten auf diplomatischem Wege versuchen.

In Rom ist man einverstanden, daß der IGH als alleinige Schiedsinstanz vorgesehen wird. Dort kennt man mit Sicherheit die Grenzen des Gerichtshofes, die dort liegen, wo die fehlende Autonomie Südtirols jede Streitfrage zu einer inneritalienischen Angelegenheit macht. Demnach müßten die Südtiroler bei Anrufung des IGH alle Risiken einer Unzuständigkeitserklärung auf sich nehmen. Nach der Zusammensetzung des IGH ist kaum zu erwarten, daß er für die Schwierigkeiten einer nationalen Minderheit besonderes Verständnis haben wird. Dazu braucht dieser Gerichtshof Jahre, um Entscheidungen zu fällen. Für die Entscheidung in einer Klage gegen Südafrika wegen der Rassenpolitik brauchte er zwei Jahre, um die Klage mit der Begründung abzuweisen, daß der Kläger von der Rassenpolitik nicht betroffen ist.

Hohes Haus! Eine internationale Verankerung des künftigen Abkommens bedeutet keine Schmälerung der italienischen Souveränitätsrechte, denn Italien kann nicht in Abrede stellen, daß die Südtirol-Frage internationalen Charakter hat. Aus der Südtirol-Debatte in der römischen Kammer konnte man entnehmen, daß auch dort die Meinung herrscht, daß es ohne Gewährung einer umfassenden Autonomie unmöglich ist, zu einer gerechten, dauerhaften und friedlichen Lösung zu kommen.

Die Südtiroler waren schlecht beraten, als sie die Kreisky-Saragat-Vereinbarungen vom Dezember 1964 ablehnten. Die Ergebnisse der Geheimdiplomatie der Regierung Klaus müssen vor ihrem Abschluß genauestens darauf geprüft werden, ob nicht wieder durch

Horejs

unklare und unverbindliche Formulierungen nur Scheinlösungen enthalten sind. (*Abg. Kratky: Sehr richtig!*) Italien würde Anerkennung in der Weltöffentlichkeit finden, wenn es für sich nicht das Recht des Stärkeren in Anspruch nimmt, sondern durch die Sicherung des Bestandes der österreichischen Volksgruppe in Südtirol und mit der Garantie für deren wirtschaftliche und soziale Entfaltung den Schutz der Minderheit zu ihrer Aufgabe macht. Ohne ein entsprechendes Maß an Selbstverwaltung erscheint ein ehrliches Bekenntnis der Südtiroler zur italienischen Staatstreue nicht zumutbar. Es liegt im Interesse aller europäischen Demokratien, wenn es zu einer Bereinigung dieses Problems kommt. Ein Vertrag mit Italien müßte aber auch die Möglichkeiten einer Flexibilität für die Zukunft enthalten, die eine Regelung von Problemen, die aus einer noch offenen Zukunft entstehen können, erhoffen lassen. Unsere schnellebige Zeit bringt immer wieder Probleme mit sich, die sich nicht vorhersehen lassen.

Hohes Haus! Die Eile, mit der die ÖVP-Alleinregierung den Abschluß betreibt, erscheint verdächtig. Die Beteuerungen, daß die EWG-Verhandlungen in keinem wie immer gearteten Zusammenhang mit der Lösung der Südtirol-Frage stehen, klingen nicht glaubhaft. Bundeskanzler Dr. Klaus hat kürzlich bei einem Vortrag in München selbst erklärt, daß die Lösung der Südtirol-Frage einen harten, aber echten Prüfstein für die europäischen Einigungsbemühungen darstelle. Die Verhandlungen Wien—Rom und Wien—Brüssel hängen vielleicht nicht formell, aber sicher innerlich zusammen. Ob sich die Pforten der EWG für Österreich tatsächlich öffnen, hängt nicht zuletzt von der Zustimmung des EWG-Partners Italien ab.

Um die Gunst Italiens für die Zustimmung zum EWG-Vertrag zu gewinnen, gäbe es nach unserer Meinung einen besseren Weg als den auf dem Rücken der Südtiroler, nämlich eine entschiedene und rücksichtslose Bekämpfung der Terroristentätigkeit gegen Italien auf österreichischem Boden. Das Mißtrauen Italiens gegen Österreich ist so lange berechtigt, als sich Österreicher auf österreichischem Boden ungestraft rühmen dürfen, Verbrechen in Italien vorbereitet und begangen zu haben, und ungestraft die Verstärkung ihrer verbrecherischen Tätigkeit öffentlich ankündigen dürfen. Es ist so lange berechtigt, als man sich in Österreich ungestraft zum Terror als politischem Mittel bekennen darf und die Justizbehörden demokratische Zeitungen, die sich darüber entrüsten, im Auftrag dieser Terroristen beschlagnahmen lassen. Dieses Mißtrauen ist so lange berechtigt, als sich Dr. Bur-

ger im Fernsehen und in der Presse öffentlich und ungestraft rühmen darf, Verbrechen begangen zu haben und vorzubereiten, und als er angeblich sogar als Universitätsassistent noch immer vom österreichischen Staat aus Steuermitteln bezahlt wird. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Hohes Haus! Verniedlichen wir nicht die Terroristentätigkeit! Die Bezeugungen der Anteilnahme für die Opfer dieses Terrors sind so lange unglaublich, als nicht der Mut aufgebracht wird, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln öffentlich und absolut gegen die Terroristen einzuschreiten und statt Beteuerungen endlich zur Tat zu kommen. Durch großartige Erklärungen des Bedauerns wurde noch keine einzige Bombe entschärft. Die Glaubwürdigkeit der Regierung wird nicht gehoben, wenn ein Sprecher ihrer Partei im Finanz- und Budgetausschuß einen Entschließungsantrag an die Regierung einbringt, worin sie aufgefordert wird, den Terrorismus zu bekämpfen, diesen aber nach großer Zeitungsaufmachung vor der Behandlung wieder zurückzieht.

Hohes Haus! Als das Attentat auf die „Alitalia“ in Wien stattgefunden hatte, waren die Täter bald gefunden. Man wußte also, in welchen Kreisen sich die Attentäter und Terroristen befinden. Nach dem Attentat auf die Agentur „Alitalia“ in Wien haben österreichische Jugendliche spontan als Protest dort eine symbolische Wache übernommen.

Dies war ein Appell an die Verantwortlichen unseres Staates, dort durchzugreifen, um das Ansehen unseres Staates in der Weltöffentlichkeit wiederherzustellen. Dieser Appell unserer Jugend wurde übersehen. Sie wünscht keinen Terror, sondern sie wünscht den Frieden in der Welt und besonders mit unseren Nachbarn im Sinne eines europäischen Geistes. Die Beendigung der terroristischen Tätigkeit in Südtirol und deren Bekämpfung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln wäre die Voraussetzung für die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen unseren beiden Ländern. Damit würde auch das Streben nach einer redlichen Übereinkunft zur Lösung unseres gemeinsamen Problems mit Italien sicherlich erleichtert.

Die Lösung des Problems wird danach zu beurteilen sein, wie gut sie für die betroffenen Menschen ist. Die wirtschaftliche und soziale Situation der Südtiroler Bevölkerung ist keinesfalls rosig. Mehr als 13.000 Südtiroler leben als Gastarbeiter im Ausland, tausende in anderen Teilen Italiens, und auf Grund der rasch wachsenden Bevölkerungszahl werden in den nächsten Jahren zehntausende neuer Arbeitsplätze benötigt.

2464

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Horejs

Die Südtiroler Volkspartei ist zu einer Partei der Uneinigkeit und der inneren Zerrissenheit geworden und ist nicht in der Lage, die für die Zukunft ihres Landes und seiner Bevölkerung notwendigen Entscheidungen zu treffen und für sie die Zukunft zu sichern. Dagegen entwickelt sich die Partei der Südtiroler Sozialdemokraten, die Soziale Fortschrittspartei, zu einer starken dynamischen Kraft mit einer klaren Zielsetzung. In ihr sammeln sich die fortschrittlichen Kräfte Südtirols, beseelt von dem Willen, nicht nur die ungelösten Probleme der Gegenwart, sondern auch die Aufgaben der Zukunft zum Wohle der Südtiroler Bevölkerung zu meistern. Es wäre daher falsch, eine Entscheidung über die Angelegenheiten der Südtiroler zu treffen, ohne auch die Meinung dieser Partei zu hören. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Was immer auch in Südtirol geschieht, Österreich trägt für die Zukunft dieser Menschen dort eine große Verantwortung. Es wäre unser aller Wunsch, durch ein entsprechendes Abkommen mit Italien unserer Minderheit eine glücklichere Zukunft sicherzustellen. Bei allen Verhandlungen, die in dieser Sache geführt werden, möge man daran denken, daß die Südtiroler keine Figuren auf einem internationalen Schachbrett sind, die man taktischen Zügen opfern kann, sondern man möge daran denken, daß es um das Schicksal einer Viertelmillion Menschen geht, die uns nahestehen. Denken sie daran, daß es besser ist, das Gute zu tun, als nur das Beste zu wollen!

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung in hochtrabenden Worten davon gesprochen, nicht zu erlahmen, die aus dem Pariser Abkommen und den UNO-Resolutionen auferlegten Verpflichtungen gegenüber den Südtirolern zu erfüllen. Den Worten sollten nun endlich Taten folgen. Der Schritt, der noch zu tun ist, sei nur mehr sehr klein.

Vielleicht ist der Herr Bundeskanzler in der Zwischenzeit daraufgekommen, wie groß die Schritte sind, die noch zu machen wären. Herr Dr. Leitner hat es in seinen Ausführungen vorhin sehr ausführlich interpretiert.

Wir Sozialisten werden wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft für die Rechte der Südtiroler eintreten und keiner Regelung zustimmen, die nicht auch in der Zukunft die volle Gewähr für den Bestand unserer Volksgruppe in Südtirol sichert und es Österreich ermöglicht, ihr notwendigerweise schützend und helfend zur Seite zu stehen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Machunze. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Machunze (ÖVP):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bin kein Südtirol-Spezialist, möchte mich aber mit einer anderen Frage beschäftigen, von der ich glaube, etwas zu wissen.

Es wurde heute von dieser Stelle aus wiederholt das Gesetz über die immerwährende Neutralität, aber auch der österreichische Staatsvertrag zitiert. Ich möchte eine ganz kleine Lücke aus diesem Staatsvertrag herausnehmen und mich etwas damit beschäftigen. Das ist die Frage der Vermögensentschädigung für jene Österreicher, die ihr Eigentum im Ausland verloren haben. Ich möchte gleich vorweg meinen Respekt den Außenministern Figl, Kreisky und Tončić zollen, aber auch den Beamten des Außenministeriums, die sich bemüht haben, in dieser Frage eine Regelung zu erzielen.

Wir haben die Vermögensfragen mit Bulgarien und Rumänien geregelt.

Der Vertrag mit Ungarn liegt im Haus. Darüber wird zu gegebener Zeit noch zu reden sein, denn er enthält Regelungen, bei denen wohl überlegt werden muß, ob ihnen das Parlament zustimmen kann.

Wir haben offene Fragen mit Italien. Es müßte bei einigermaßen gutem Willen möglich gewesen sein, die Frage der Grenzlandgrundstücke in Kärnten zu bereinigen.

Dem Vernehmen nach besteht begründete Hoffnung, daß die Gespräche mit der Tschechoslowakischen Republik zu einem Fortschritt führen. Man wird im Jänner weiterverhandeln.

Ich habe mir sagen lassen, daß es kaum Hoffnungen gibt, mit Polen in absehbarer Zeit eine Regelung zu erzielen, weil von polnischer Seite Forderungen aufgestellt werden, die für die Republik Österreich einfach unannehmbar sind.

Es ist bedauerlich, daß ich sagen muß, daß wir in vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen auch noch Schwierigkeiten mit der deutschen Bundesrepublik haben. Der Vertrag von Bad Kreuznach enthält eindeutige Bestimmungen, die aber von der deutschen Bundesrepublik bestritten werden. Wir müssen daher verlangen, daß die österreichische Bundesregierung unter Umständen auch das im Vertrag vorgesehene Schiedsgericht anruft, wenn die Verhandlungen nicht in absehbarer Zeit zu einer Bereinigung dieser offenen Probleme führen.

Weder die Altösterreicher noch die in Österreich lebenden Umsiedler und Vertriebenen wollen Almosen, sondern die Altösterreicher wollen das, was ihnen zusteht, das Recht auf einen entsprechenden Ersatz jenes Vermögens, das man ihnen gegen Recht und

Machunze

Gesetz, gegen alle Vernunft und vor allein entgegen den Bestimmungen des Völkerrechts weggenommen hat. Das österreichische Eigentum in den Oststaaten war nicht irgendwie willkürlich zusammengerafft, es war kein arisiertes Vermögen, sondern rechtlich erworbene Eigentum. Daher haben die Betroffenen ein Recht, daß sich die Republik Österreich mit allem Nachdruck dafür einsetzt, daß diese Fragen bereinigt werden.

Man sagt in den Oststaaten, Österreich sei nicht daran interessiert, gute Beziehungen zu haben. Wir hören aus Warschau, wir hören aus Prag, daß man nicht interessiert daran sei, gute Beziehungen zwischen Österreich und diesen Staaten herzustellen. Ausgangspunkt für gute Beziehungen ist immer, daß offene Probleme bereinigt sind. Ich bin der Meinung, daß es 20 Jahre nach Kriegsende und 11 Jahre nach Abschluß des österreichischen Staatsvertrages möglich sein müßte, die Vermögensfragen mit den Nachbarstaaten zu regeln. Ich bin davon überzeugt, daß Österreich alles tun wird, um gute Beziehungen nicht nur zu schaffen, sondern auch zu pflegen. Was wir aber erwarten, ist, daß die anderen es der Republik Österreich möglich machen, diese guten Beziehungen zu pflegen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Harwalik machte gestern der Freiheitlichen Partei den Vorwurf, sie würde Opposition um der Opposition willen betreiben. Er warf der Freiheitlichen Partei vor, daß sie nicht zu konstruktiver Mitarbeit im Rahmen großer Lebensprobleme des Staates bereit wäre. Der Herr Abgeordnete Harwalik unterstellte der Freiheitlichen Partei, daß sie sich lediglich in negativer Kritik gegenüber der Bundesregierung ergehen würde.

Was für ein Bereich läge näher, meine Damen und Herren, als jener der Außenpolitik, um das Gemeinsame aller Fraktionen dieses Hohen Hauses in den Vordergrund des Gespräches zu stellen? Gestatten Sie mir daher folgende Frage an die derzeitige ÖVP-Alleinregierung: Legt sie überhaupt Wert auf das Gemeinsame dieses sehr wesentlichen politischen Bereiches der Außenpolitik? Nach dem, was wir Freiheitlichen seit dem 6. März erfahren und erlebt haben, müssen wir sagen, daß es viel zuwenig ist, was hier um des Gemeinsamen willen von Seite der Österreichischen Volkspartei gegenüber den beiden anderen Fraktionen dieses Hohen Hauses getan wurde.

Erlauben Sie mir aber auch daran zu erinnern, daß es der frühere Außenminister Kreisky war, der erstmalig Kontakte zur damaligen Oppositionspartei des Nationalrates suchte und diese Kontakte eingehend, sorgsam pflegte und großen Wert darauf legte, daß die Freiheitlichen als damalige Oppositionsfaktion des Nationalrates in wesentlichen außenpolitischen Fragen laufend Informationen erhielten.

Es ist nun einige Jahre her, seit Dr. Kreisky sagte: Ich bestehe deswegen auf diesen Informationen, weil ich, sollte die Sozialistische Partei einmal in Opposition sein, Wert darauf lege, daß wir dann als Oppositionspartei ebensolche Informationen erhalten, wie ich Sie jetzt Ihnen gewähre.

Als Dr. Kreisky dies aussprach, dachte er bestimmt nicht daran, daß sich diese Situation so rasch einstellen würde. Nun steht aber diese Situation für die SPÖ zur Diskussion. Doch sind Sie, meine Herren der sozialistischen Fraktion, nicht allein von dieser Tatsache betroffen; sie trifft auch die freiheitliche Fraktion.

Lassen Sie mich nun mehr diese Informationen und Gespräche mit Dr. Kreisky jenen Kontakten gegenüberstellen, die der derzeitige Außenminister mit der freiheitlichen Fraktion pflegt. Diese Kontakte bestanden seinerzeit nicht nur in jenen Fragen, in denen Übereinstimmung zwischen Regierung und Opposition vorhanden war. Der damalige Außenminister legte Wert darauf, die Opposition auch in jenen Fragen eingehend zu informieren, in denen diese eine andere Haltung einnahm als die damaligen Regierungsparteien. Wir verdankten in dieser Zeit Herrn Dr. Kreisky sehr wesentliche und sehr genaue Informationen über den Stand der Integrationsbemühungen der österreichischen Bundesregierung.

Wir müssen heute, Herr Minister, mit Bedauern den gegenteiligen Umstand feststellen. — Ich bitte Sie, das auch an den Vizekanzler Bock weiterzugeben, für ihn trifft es in einem noch größeren Maß zu. Es befremdet, daß diese Informationen sehr spärlich geworden und — was die Integration anbelangt — völlig versiegt sind. Nach wie vor aber besteht die Bereitschaft der zwei Oppositionsparteien dieses Hohen Hauses, mit der Regierung gemeinsame Anliegen einer Überlegung zu unterziehen, um jenen Weg zu erarbeiten, der beschritten werden muß, soll Österreich seine Beziehungen zu den Nachbarstaaten und zu den anderen Staaten weiter ausbauen und vertiefen.

Ich muß an den Herrn Abgeordneten Cernetz eine Frage richten, damit ich ihn in einem Punkt seiner Ausführungen nicht mißverstehe. Außenminister Dr. Kreisky legte Wert darauf,

2466

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Peter

mit allen demokratischen Kräften Österreichs die Probleme der Außenpolitik zu diskutieren. Sie, Herr Czernetz, verwendeten den Satz, daß die Außenpolitik im Einvernehmen mit den großen demokratischen Kräften Österreichs bewältigt werden soll. Ich schätze Sie zu sehr und zu hoch als Demokraten, um Ihnen zu unterstellen, Sie wollten die kleineren demokratischen Kräfte dieses Hauses davon ausgeschlossen wissen. (*Abg. Czernetz: Nein, das ist ein Mißverständnis! Ich meine alle Parteien dieses Hauses!*) Danke.

Nun, Herr Außenminister, gestatten Sie mir, die Frage nach dem Stil der derzeitigen Außenpolitik aufzuwerfen. Dieser Stil der Außenpolitik scheint mir zu jenem der derzeitigen ÖVP-Regierung sehr wohl zu passen. Es ist nicht selten ein Stil übereilter und voreiliger Feststellungen und Entscheidungen. Wir Österreicher müßten gerade auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration besonders sorgfältig, besonders bedacht und besonders überlegt zu Werke gehen, weil es in diesem Bereich ungeheure Schwierigkeiten zu überbrücken gibt, was uns nicht zuletzt der Besuch des russischen Staatspräsidenten eindringlich vor Augen geführt hat.

Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß die Quantität der Informationen, die wir von Herrn Dr. Kreisky erhalten haben, auch jener Qualität entsprochen hat. Soweit wir von der derzeitigen Regierung außenpolitische Informationen erhalten haben, sind sie weder dem Umfang noch dem Inhalt nach befriedigend.

Auch Feststellungen des Herrn Ministers selber muß ich vom Standpunkt der freiheitlichen Fraktion einer Kritik unterziehen. Als eine Delegation österreichischer Parlamentarier vor wenigen Wochen bei den europäischen Gemeinschaften in Brüssel und Luxemburg weilte, war das gerade zu jenem Zeitpunkt, als Sie, Herr Minister, Ihre Erklärung über den „Modellfall Österreich“ im Zusammenhang mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abgegeben haben. Diese Forderung nach einem „Modellfall für Österreich“ hat bei den europäischen Gemeinschaften große Bestürzung hervorgerufen.

Unter anderem hatten wir Gelegenheit, dieses Problem mit Rey zu erörtern, der als Freund Österreichs unmißverständlich zum Ausdruck brachte, daß er mit allen verfügbaren Kräften für die Regelung des Sonderfalles Österreich auf der Grundlage eines Sondervertrages eintreten würde. Es wäre aber nicht möglich und es würde den gegebenen EWG-Realitäten widersprechen, wollten wir Österreich einen „Modellfall Österreich“ fordern, der später zu einem Modellfall für die anderen

Neutralen Schweiz und Schweden ausgeweitet werden sollte.

In diesem Sinne sind Ihre Erklärungen zu diesem Gegenstand aufgefaßt worden. Daher erscheint es geboten, im Rahmen der heutigen Diskussion von Ihrer Seite, Herr Minister, eine Klarstellung vorzunehmen, sollte Ihre Aussage mißdeutet worden sein.

Ich möchte auch daran erinnern, daß Sie eine sehr rege Betriebssamkeit als Außenminister entfalten. Sie erörterten in letzter Zeit Probleme der Außen- und Weltpolitik mit Außenministern anderer Länder. Allerdings ist es bedauerlich, daß Sie mit entscheidenden Gesprächspartnern oft sehr wesentliche Anliegen Österreichs nicht der gebührenden Erörterung unterziehen, wie das aus einem der jüngsten Gespräche mit dem amerikanischen Außenminister Dean Rusk in der Frage Südtirol zutage getreten ist. Sie stellten in der Fernseherklärung fest, daß Sie umfassende außenpolitische Probleme erörtert hätten, daß Sie aber nicht Gelegenheit hatten, auf Südtirol einzugehen. Diese Feststellung wurde von weiten Kreisen der Bevölkerung mit Bestürzung zur Kenntnis genommen. Es wäre wohl der Überlegung wert, Herr Außenminister, über so schwerwiegende Probleme bei sich bietender Gelegenheit auch mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten zu sprechen. Doch scheint Ihnen jener selbstherrliche Stil der ÖVP-Alleinregierung anzuhafte, dem wir Freiheitlichen mit großem Vorbehalt gegenüberstehen, den wir aber niemals zur Kenntnis nehmen können.

Die ÖVP-Alleinregierung und die Mehrheit dieses Hauses haben die Freiheitlichen praktisch von einer stimmberechtigten Mitgestaltung im Außenpolitischen Ausschuß ausgeschlossen. Aus dieser Haltung der Regierungs- und Mehrheitsfraktion dieses Hohen Hauses darf ich wohl guten Gewissens den Eindruck ableiten, daß Ihnen, der Österreichischen Volkspartei, eben an dieser Zusammenarbeit, an diesem gemeinsamen Weg aller drei Parteien dieses Hohen Hauses wenig gelegen zu sein scheint. Daher möchte ich jene Kritiker aus den Bänken der Österreichischen Volkspartei daran erinnern, daß man den Freiheitlichen nicht Vorwürfe machen soll, wenn man nicht willens ist, sie dort mitarbeiten zu lassen, wo das, wie auf dem Gebiet der Außenpolitik, im Interesse Österreichs unerlässlich ist. Hierin unterscheidet sich eben die Haltung. Herr Minister, von jener, die seinerzeit Ihr Amtsvorgänger Kreisky den Freiheitlichen gegenüber eingenommen hat.

Wir ersuchen einmal, zweimal, dreimal höflich, unseren Bitten zu entsprechen. Dann aber kommt einmal der Augenblick, wo man

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

2467

Peter

auf das Übermitteln eines höflichen und freundlichen Ersuchens verzichtet und wo man dann eben nicht mehr um etwas bittet, was an und für sich ein gutes Recht in einer Demokratie ist. Wundern Sie sich, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, daher nicht, wenn wir Ihnen eben Anmaßung und Arroganz vorwerfen, die Ihnen, trotz Ihrer Stärke von 85 Mandaten, in sehr wesentlichen Lebensproblemen Österreichs nicht gut ansteht.

Vielleicht ergibt sich nun nach diesen Vorbehalten und Bedenken, die ich namens der freiheitlichen Fraktion vorzubringen habe, doch die Möglichkeit, zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik eine Bestandsaufnahme vorzunehmen.

Wir Freiheitlichen haben zu Zeit der schwarz-roten Koalition viele Mißstände einer Kritik unterzogen. Eines aber können wir der schwarz-roten Koalition von einst nicht absprechen: das Bemühen um eine gemeinsame Außenpolitik. Dieses Bemühen des damaligen Ressortchefs Dr. Kreisky muß der Sachlichkeit halber festgehalten werden. Daraum bekannten wir uns seinerzeit auch zu den wesentlichen Grundsätzen einer gemeinsamen österreichischen Außenpolitik. Auf Grund bisheriger Erfahrungen wage ich die Behauptung, daß es seit dem 6. März 1966 keine gemeinsame österreichische Außenpolitik aller drei Parlamentsparteien mehr gibt.

Und darauf, Herr Minister, bitte ich Sie ebenfalls in Ihrem Schlußwort einzugehen. Man kann nicht bei sehr wesentlichen Anlässen weittragende Erklärungen abgeben, ohne entsprechende Prüfungen der Materien mit den zwei anderen Parlamentsfraktionen vorgenommen zu haben.

Es ist Ihnen sicher nicht entgangen, daß in vielen Ländern Europas und darüber hinaus noch eine sehr wesentliche Aufklärungsarbeit für und über Österreich von unseren Missionen geleistet werden muß, um in vielen Belangen das notwendige Verständnis für die Anliegen und Sorgen unseres Vaterlandes zu wecken.

Der Nationalrat ist verpflichtet, diesem Problem deswegen eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, weil verschiedene Untersuchungen der jüngsten Zeit meine Feststellung eindeutig unter Beweis stellen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das ernüchternde Ergebnis einer Befragung verweisen, die im Auftrag unserer Außenhandelsstelle in Paris von einem französischen demoskopischen Institut durchgeführt wurde. Aus dieser Befragung geht hervor, daß man in Frankreich fast keine Vorstellungen vom Österreich der Gegenwart und seinen augenblicklichen Pro-

blemen hat. Man weiß bloß, daß es Österreich gelungen ist, sich dem Einfluß Rußlands zu entziehen, und daß es sich von den übrigen Nachfolgestaaten der Monarchie dadurch unterscheidet, daß es dem russischen Einfluß nicht unterliegt. Welche ideologische Haltung Österreich zum Osten einnimmt, weiß man nach dieser Untersuchung unserer Außenhandelsstelle nicht.

Ein Großteil der Fragen erstreckte sich verständlicherweise auf die österreichische Wirtschaft und auf die österreichisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Die meisten befragten Personen wußten nicht, was in Österreich erzeugt wird. Sie hatten keine nähere Vorstellung von seiner industriellen Produktion. Von der Dynamik der österreichischen Wirtschaft hatten die Befragten eine eher negative Vorstellung. Noch viel Interessantes könnte man aus diesem Untersuchungsbericht der Außenhandelsstelle Paris weiter zitieren.

Mit diesen Ausführungen möchte ich jene Sorge unterstreichen, die mein Fraktionskollege Scrinzi wegen der Besetzung unserer Auslandsmissionen bereits zum Ausdruck gebracht hat. Nicht nur in Amerika sind die Eindrücke — von denen Dr. Scrinzi sprach — vorhanden. In der österreichischen Botschaft in Moskau gelangen Sie, Herr Minister, zum selben Eindruck. In nicht wenigen großen österreichischen Botschaften stehen zuwenig Diplomaten zur Verfügung, um die vielfältigen Aufgaben so zu bewältigen, wie es im Interesse Österreichs notwendig wäre. Warum treten Sie, Herr Minister, nicht vor das Parlament mit der Forderung, hier rasch und wirksam Abhilfe zu schaffen? Diesen wesentlichen personellen Problemen können wir in Zukunft nicht aus dem Weg gehen, wollen wir verhindern, daß unser Land mit seinen Anliegen und Sorgen in dem einen oder anderen Staat eine falsche Beurteilung erfährt.

Darum sollte man auch von seiten des Ministeriums dem Strukturproblem unseres diplomatischen Dienstes endlich die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden. Auf der einen Seite werden wir immer wieder mit der Errichtung neuer Missionen konfrontiert. Das trifft besonders für Afrika zu. Auf Grund des Anwachsens unserer wirtschaftlichen Beziehungen dorthin sind wir von der Notwendigkeit der Errichtung solcher Missionen überzeugt. Man soll dabei nicht in den Fehler verfallen, bereits bestehende Auslandsmissionen so schlecht zu besetzen und auszustatten, daß sie ihrer Aufgabe kaum gerecht werden können.

Die Ausstattung und die Arbeitsbedingungen unserer Missionen sind deswegen oft mangelhaft, weil die Budgetpolitik der Regierung

2468

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Peter

bisher nicht in der Lage war, unseren Bot-schaften das notwendige Geld und die erforderlichen sachlichen Voraussetzungen zu schaffen. Ich bitte Sie, Herr Minister, diesem Problem Ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Seit Jahren hören wir von der Regierungs-bank immer, daß unser Weg in die EFTA ja eigentlich nur den Zweck verfolge, den Brückens-chlag zwischen der kleinen Freihandelszone und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft herbeizuführen. Um dieses Brückenschlags-thema ist es auf der Regierungsbank in den letzten Monaten außerordentlich still geworden. Ich erachte es für unerlässlich, daß nicht nur der Integrationsminister, sondern daß ebenso der Außenminister zu dieser sehr wesentlichen Materie seine Auffassung dem Hohen Hause darlegt.

Es ist nicht die Schuld der beiden anderen Fraktionen dieses Hohen Hauses, daß das Außenministerium nach dem 6. März 1966 an Armen und Beinen amputiert und in seiner Wirkungsmöglichkeit äußerst eingeschränkt wurde. Es ist äußerst bedauerlich, daß dadurch beim Kapitel Äußeres nicht die Möglichkeit besteht, das Integrationsthema zu erörtern. Daher müssen wir uns im Rahmen des Kapitels Handel neuerdings mit der Integrationsproblematik auseinandersetzen.

Herr Abgeordneter Czernetz! Mir war Ihr Vorbehalt gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in einem Punkt zu massiv. Sie stellen fest, die EWG habe sich zu lange Zeit gelassen. Sie warfen den Behörden der EWG vor, die Verhandlungen zu schleppend in die Wege geleitet zu haben. Darf ich bei dieser Gelegenheit doch daran erinnern, wie lange es gedauert hat, bis die österreichische Bundesregierung überhaupt in der Lage war, eine Meinung über gangbare EWG-Wege zu äußern. Ich erinnere an das Argument des seinerzeitigen Bundeskanzlers Gorbach, das lautete: „Assoziierung ist das, was beim Verhandeln herauskommt.“ Das war lange Zeit hindurch das „Integrationskonzept“ der öster-reichischen Bundesregierung.

Hier erhebt sich zweifelsohne auch die Frage: Ist die österreichische Bevölkerung von der Regierung über die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Integration Europas ausrei-chend aufgeklärt worden? Hat die Bundes-regierung der Öffentlichkeit in eindringlicher, in klarer und anschaulicher Weise wirklich gesagt, wie sie sich die Lösung dieses Sonder-falles Österreich vorstellt, weil ja dieser Sonder-fall in vollem Einklang mit unseren neutrali-tätsgesetzlichen Verpflichtungen stehen muß? Diese Vorbehalte gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft scheinen mir fehl am Platze zu sein. Wir Freiheitlichen müssen

vor allem an jene Mahnungen erinnern, die wir in diesem Zusammenhang seit Jahren gegenüber der Österreichischen Volkspartei erhoben haben.

Die ÖVP unterstellt uns Freiheitlichen zu Unrecht, wir würden Kritik um der Kritik willen üben. Jahre hindurch waren es freiheitliche Abgeordnete, die mit Engelszungen die Österreichische Volkspartei zu bewegen ver-suchten, den Weg in die Europäische Wirt-schaftsgemeinschaft nicht über den Umweg der Kleinen Freihandelszone zu gehen. Aber die Volkspartei entschloß sich für einen un-tauglichen Umweg. In diesem Umweg ist unter anderem die Tatsache begründet, daß der direkte Weg in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft heute außerordentlich dornenvoll, aber vom Standpunkt der österreichischen Wirtschaft aus unerlässlich ist. Es ist daher auch ehestens die Frage zu prüfen: Hält die Bundesregierung an ihrem einstigen Brückens-chlagskonzept fest, oder sieht sich die Bundes-regierung auf Grund der jüngsten Ereignisse nicht mehr in der Lage, dieses Brückenschlag-konzept von einst aufrechtzuerhalten?

Wie stehen Sie, Herr Bundesminister, zu der Erklärung, die der Abgeordnete Withalm Ende September dieses Jahres in den Ver-einigten Staaten abgegeben hat, als er sagte, daß Österreich Doppelmitgliedschaft EWG—EFTA anstreben müsse. Läßt sich diese For-derung, die Herr Dr. Withalm ausgesprochen hat, aufrechterhalten? Wir Freiheitlichen ver-neinen diese Frage.

Die Öffentlichkeit nahm in jüngster Zeit Notiz von Ihrer sogenannten „Mitteleuropa-Initiative“ bei der UNO. Soweit Pressemel-dungen vorliegen — nach anderen Unterlagen vermögen wir diese Initiative nicht zu be-urteilen —, geht nicht eindeutig daraus her-vor, welche Ziele diese Mitteleuropa-Initiative des derzeitigen Außenministers verfolgt. Haben Sie daher die Freundlichkeit, Herr Minister, das Hohe Haus eingehender über diese Ab-sichten aufzuklären.

Mein Fraktionskollege Scrinzi hat schon auf die Bedeutung der Entwicklungshilfe verwiesen. Er hat zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht immer in Relation zu jenen wirtschaftspolitischen Realitäten steht, denen wir Österreicher derzeit gegenüberstehen. Nicht zuletzt ist die öffentliche und die private Ent-wicklungshilfe Österreichs im letzten Jahr an die Zweimilliardengrenze hinaufgetickt wor-den. Sind die geförderten Entwicklungspro-ekte wirklich in jeder Weise förderungswürdig, wie das dem Pressedienst der Österreichischen Volkspartei vom 14. Juli 1966 zu entnehmen war? Oder sind Sie wie wir Freiheitlichen der Meinung, daß man bei der Auswahl dieser

Peter

Projekte vorsichtiger sein sollte, weil dieses Problem ungeheure Risiken für die österreichische Wirtschaft einschließt?

Den „Berichten und Informationen“ war es vor kurzer Zeit vorbehalten, darauf hinzuweisen, daß die Entwicklungsländer überaus riskante Kunden für die österreichische Wirtschaft sind. Im besonderen wurden die Risiken eingehend aufgezeigt. Die „Berichte und Informationen“ führten unter anderem aus, daß bei den Exportgeschäften folgende Risiken immer wieder in Erscheinung treten: wirtschaftliche Risiken, wie Insolvenz oder Nichterfüllung durch den ausländischen Abnehmer, politische Risiken, wie Krieg, Transfer- und Lieferverbot, Katastrophenrisiken, wie Erdbeben und Streiks, und nicht zuletzt Kursrisiken, wie Abwertung der Währung des Exportvertrages. Daß der Konkurrenzkampf auch auf diesen Märkten immer härter und schärfer wird, steht für die österreichische Wirtschaft außer Zweifel.

Welche Vorkehrungen können von den Auslandsmissionen getroffen werden, um die schwere Arbeit der österreichischen Wirtschaft in diesen Exportbereichen zu erleichtern und zu fördern?

Nicht zuletzt ist in jüngster Zeit vielfach darauf verwiesen worden, daß Österreich in der Außenpolitik kraft seiner Stellung in Europa eine besondere Rolle, nämlich einer Mittlerrolle zukäme. Für diese Mittlerrolle müßten zwei Überlegungen von besonderer Bedeutung sein, wie ebenfalls in den „Berichten und Informationen“ am 11. November dieses Jahres ausgeführt wurde: nämlich daß eine solche Mittlerrolle im schwierigen europäischen Gefüge von heute außerordentliche Kräfte erfordert und daß die Lage am Rand der demokratischen Staaten des Westens von Österreich aus höchste Vorsicht verlangt.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß sich Österreich trotz aller Schwierigkeiten dieser Mittlerrolle, die ihm in der europäischen Politik zugeordnet ist, nicht entziehen sollte. Ich erlaube mir daher an den Herrn Außenminister abschließend die Frage zu stellen: Wie gedenkt er, wie gedenkt die österreichische Bundesregierung diese Mittlerrolle Österreichs in Europa zu erfüllen?

Zusammenfassend stelle ich namens der Freiheitlichen mit Bedauern fest, daß die Sachkontakte zwischen dem Außenministerium und der freiheitlichen Nationalratsfraktion heute spärlicher, dürftiger und weniger ergiebig sind als zur Zeit der schwarz-roten Koalition unter Außenminister Kreisky. Wir Freiheitlichen sind sehr daran interessiert, daß dieser Übelstand behoben wird. Wir sind aber auf Grund dieser bedauerlichen Tatsache nicht

in der Lage, dem Kapitel „Äußeres“ die Zustimmung zu erteilen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kranzlmayr. Ich ertele es ihm.

Ich mache darauf aufmerksam, daß auf Grund des Beschlusses der Klubobmänner die Sitzung um 14 Uhr unterbrochen wird. Der Herr Abgeordnete möge es sich so einrichten, entweder bis dorthin die Rede zu beschließen oder selbst zu unterbrechen.

Abgeordneter Dr. Kranzlmayr (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Viele Menschen empfinden das Anhörenmüssen einer Tischrede selbst während eines guten Essens als Störung und Qual (*Abg. Dr. Withalm: Gerade bei einem guten Essen!* — Heiterkeit) und sind auf den Redner meist böse. Ich kann mir vorstellen, daß es für Sie, meine Damen und Herren, die Sie mich nun mit einem knurrenden Magen (*Abg. Dr. Tull: Wer sagt das? Das wissen Sie ja gar nicht, ob er knurrt!* — neuerliche Heiterkeit) noch bis zwei Uhr anhören müssen, etwas zuviel verlangt ist.

Ich möchte nun doch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Czernetz machen, die zweifellos sehr viel Interessantes in sich hatten. Ich bin nicht der Anwalt Frankreichs, und ich will mich gar nicht als Anwalt de Gaulles hinstellen. Jeder kann selbstverständlich über die Innenpolitik eines Landes denken und reden, wie er will. Aber ich halte es nicht für angezeigt, das Staatsoberhaupt eines Staates, der auch Staatsvertragspartner ist, bei jeder Gelegenheit anzugreifen, wie Sie es, Kollege Czernetz, immer wieder getan haben und auch heute taten. Es steht Ihnen selbstverständlich das Recht zu, es zu tun. Aber gestatten Sie mir, daß ich Ihnen sage: Sie tun es meist und auch heute zur Unzeit.

Ich möchte hier ausdrücklich deponieren, daß Österreich bei der Krise der EWG im letzten Jahr die Verhandlungen weiterführen konnte, weil die französische Regierung ihrem ständigen Vertreter in Brüssel Weisung erteilt hat, die Verhandlungen mit Österreich weiterlaufen zu lassen, während andere Dinge damals zum Stillstand gekommen sind.

Ich glaube, Hohes Haus, im Zusammenhang mit der Rede des Herrn Kollegen Czernetz noch sagen zu müssen: Es muß von uns alles unternommen werden, daß der EWG-Kommission dieses weitere Mandat erteilt wird. Es ist dies zweifellos nicht nur für die Industrie von Interesse, sondern insbesondere auch für die österreichische Landwirtschaft. Die Landwirtschaft hat in den letzten Monaten —

2470

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dr. Kranzlmayr

ich weiß dies aus meinem Wahlkreis sehr genau — beim Viehexport nach Italien und Deutschland wegen des Abschüttungssystems und der Zollmauern schwerste Einbußen hinnehmen müssen. Unser Viehexport war äußerst gefährdet.

Aber nicht nur Industrie und Landwirtschaft haben Interesse daran, sondern wir sind auch besorgt, daß bei einem Ausbleiben dieses Mandats die Arbeitsplätze unserer Unselbständigen gefährdet sein würden. Vergessen wir nicht: Es war vor allem der wirtschaftliche Notstand in den Zwischenkriegsjahren, der unsere Unabhängigkeit gefährdet hat. Ein wirtschaftlich gesundes Österreich wird seine Neutralität am pünktlichsten und am genauesten einhalten und wird dies umso leichter tun, weil es eben niemals in seiner Unabhängigkeit gefährdet ist.

Ich freue mich, auch hier deponieren zu können, daß unser Herr Bundeskanzler der Einladung des englischen Premierministers Wilson Folge leistet und kommenden Samstag mit dem Herrn Staatssekretär Bobleter nach London fliegen wird. Es werden Kontakte mit einem Staatsvertragspartner aufgenommen werden, und es ist sicherlich nicht grotesk, sondern es ist ein Beweis dafür, daß die Staatspolitik nichts mit Parteipolitik zu tun hat, wenn der christliche Demokrat Klaus mit dem Labour-Führer Wilson Kontakte aufnimmt und gegenseitig interessierende Fragen bespricht.

Ich glaube auch noch, Herr Kollege Czernetz, Ihnen eines sagen zu müssen: Man darf meiner Meinung nach unsere Staatsvertragspartner nicht in Große und Mächtige, so wie Amerika und Rußland, und in Kleine und Schwache, wie Frankreich und England, einteilen, denn dann müßten wir uns auch gefallen lassen, daß wir bei den internationalen Organisationen als ein kleiner Staat auch zu den Schwachen gezählt werden, und das wäre uns und ist uns zweifellos nicht sehr, sehr angenehm.

Vielleicht darf ich auch zum Amt selbst noch etwas sagen. Selbstverständlich ist der Dienst im Auswärtigen Amt insbesondere im Ausland nicht immer sehr angenehm. Ich glaube, wir müssen uns gemeinsam bemühen, daß die Bediensteten des Auswärtigen Amtes nicht schlechter gestellt sind als höhere Beamte anderer Dienste. Dies ist jetzt deshalb der Fall, weil die Laufbahn nicht als Ministeriallaufbahn, sondern als Mischlaufbahn gezählt wird und die Beförderungsrichtlinien schlechter sind als die für Beamte anderer Ministerien.

Ich glaube auch — es haben schon mehrere Voredner davon gesprochen —, daß es selbstverständlich richtig ist und daß wir alles unternehmen müssen, daß weitere Vertre-

tungsbehörden errichtet werden können. Dies erfordert aber eine höhere Anzahl von Beamten für den Dienst im Ausland, aber auch zur Verstärkung der Zentrale. Es klingt fast grotesk, wenn wir aus dem Dienstpostenplan ersehen müssen, daß statt zusätzlicher Dienstposten, um diese zusätzlichen Aufgaben erfüllen zu können, gegenüber 1966 14 Dienstposten infolge Kompetenzentflechtung gestrichen wurden.

Auf noch eines möchte ich hinweisen, das wir schon im Budgetausschuß behandelt haben: Ich glaube, wir müssen dem Herrn Bundesminister danken und ihn unterstützen, daß hinsichtlich der Beträge, die die Beamten im Ausland für eine reale Krankenversicherung zu leisten haben — und sie haben dazu bis jetzt 50 Prozent zu leisten —, die Aufstockung des Betrages, den das Ministerium zahlt, auf das Doppelte erfolgt, sodaß der Beamte nicht selbst für seine eventuelle Krankheit Vorsorgen eingehen muß.

Aber nun, Hohes Haus, darf ich eigentlich zu dem kommen, was mir am Herzen liegt. Ich soll heute über den Europarat sprechen.

Meine erste Berührung mit dem Europarat war vor mehr als zehn Jahren, als ich als Delegierter der österreichischen Delegation, die damals noch im Beobachterstatus gewesen ist, einer Konsultativversammlung beiwohnen durfte. Für mich war bei dieser ersten Sitzung eine Rede des heutigen designierten Bundeskanzlers der deutschen Bundesrepublik Kiesinger sehr eindrucksvoll. Er hat damals erstmals in deutscher Sprache ungefähr ausgeführt:

Als ich als junger Student mit einigen Kommilitonen den Schwarzwald heraufgezogen bin und als wir das altehrwürdige Münster in Straßburg gesehen haben, haben wir einen Eid geschworen, alles zu tun, um dieses Land wieder zurückzugewinnen, das wir als verloren angesehen haben. Studenten von heute, wenn sie die gleiche Wanderung tun und wenn sie wieder so wie wir in der Abendsonne das Münster von Straßburg sehen, haben nicht mehr diese Gedanken und werden nicht mehr einen solchen Eid leisten wie wir, sondern sie sagen sich: Auch drüben liegt Europa, auch dort sind Menschen wie wir, und wir sind ja letzten Endes doch in Bälde in einem geeinten, vereinten Europa.

Zweifellos war damals die deutsch-französische Freundschaft auf einem Höhepunkt, aber ich glaube, es gibt Anlaß, ein bißchen über die Geschichte des Europarates nachzudenken.

Österreich hat ja im heurigen Jahr einen großen Gedenktag gefeiert, die 10jährige Zugehörigkeit Österreichs zum Europarat. Es war wohl ein Zufall, aber sicherlich sehr

Dr. Kranzlmayr

angezeigt, daß gerade bei dieser 10-Jahr-Feier Österreich den Vorsitz im Ministerkomitee gehabt hat und unser Außenminister Tončić der Repräsentant war, der auch zu den Pionieren des Europarates zählt. Herriot war es, der sich als erster Regierungschef für Vereinigte Staaten von Europa ausgesprochen hat, er war auch der Vorsitzende des Provisorischen Europäischen Parlaments im August 1949, welches in der Aula der Straßburger Universität getagt hat. Auch Österreich war bei dieser historischen ersten Tagung vertreten durch den damaligen Abgeordneten Minister Ludwig, und wir haben seither zuerst als Beobachter, ich möchte fast sagen, noch etwas illegal, dann im Beobachterstatus und eben später offiziell an allen Tagungen teilgenommen. Wir dürfen ja nicht vergessen, daß Österreich zur Zeit der Gründung des Europarates ein besetztes Land gewesen ist. Es ist, glaube ich, zweifellos ein Verdienst der Parlamentarier der beiden großen Parteien von damals, daß sie die Arbeiten des Europarates schon richtig eingeschätzt haben und unter diesen schwierigen Bedingungen auch von diesem Zeitpunkt an daran teilgenommen haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang zweier Männer gedenken, die zu diesem Zeitpunkt Österreich sehr unterstützt haben. Es war dies Spaak, der als Präsident des Europarates Österreich jede Unterstützung gewährte, und es war später der langjährige Vorsitzende des Politischen Ausschusses Struye, der auch immer anerkennende Worte für Österreich gefunden hat. Ich weiß es nicht, aber vielleicht kann man es auch als gutes Omen bezeichnen, daß — es handelt sich ja um zwei Politiker — Belgien nun im nächsten Semester den Vorsitz im EWG-Ministerrat hat, vielleicht als gutes Omen für unsere weiteren Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Wenn am Anfang die Bemühungen um die Solidarität der westeuropäischen Staaten hier am bedeutungsvollsten waren, dann später der Europarat — auch bis heute natürlich noch — in den Spannungen zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken EWG und EFTA immer versucht hat, einen Ausgleich zu finden, die Auseinandersetzungen, das Auseinanderklaffen zu verhindern, so haben diese beiden Aspekte zweifellos nicht an Bedeutung verloren, sie sind aber vielleicht momentan nicht gerade das Hauptanliegen des Europarates, sondern, ich möchte sagen, das Hauptanliegen sieht der Europarat nun in der Einigung Europas in seiner Gesamtheit. Und hier darf ich an die Rede des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Klaus am 26. Jänner 1965 vor der Beratenden Versammlung erinnern, wo er ja davon gesprochen hat, daß Europa

nicht am Eisernen Vorhang endet und daß wir trachten müssen, eben das gesamte Europa zu finden. Es hat auch der heutige Generalsekretär Smithers in einem Vortrag vor der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik als das vordringlichste Problem im Rahmen der europäischen Einigungsbestrebungen eine Lösung bezeichnet, in der auch Osteuropa berücksichtigt ist.

Wir können also in der Europapolitik nach dem Kriege seit 1945 vielleicht drei Phasen sehen: erstens die westeuropäische Solidarität, insbesondere hervorgerufen durch die politische Lage, die der Kalte Krieg damals mit sich gebracht hat, als zweite Phase die wirtschaftliche Spaltung Westeuropas in zwei Blöcke EWG und EFTA und, wie ich eben ausgeführt habe, die Bestrebungen um eine Einigung Europas in einem erweiterten Sinn, also unter Einschluß Osteuropas.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, es ist oft am Europarat Kritik geübt worden, und die Delegierten auch unseres Parlaments haben oft wegen ihrer Teilnahme an dieser internationalen Institution Kritik erfahren müssen. Ich darf auch ganz offen sagen: Wir haben nicht immer wie heute Politiker an der Spitze gehabt, die, wie Kanzler Klaus, dieses Verständnis für die Belange des Europarates aufgebracht haben. Aber ich glaube, die Arbeit der letzten zehn Jahre hat sich auch für Österreich gelohnt. Wir dürfen ja nicht übersehen, daß zumindest die Kontnahmen mit den parlamentarischen Kollegen der anderen europäischen Staaten, die dem Europarat angehören, von ganz großer Bedeutung gewesen sind. Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß wir sehr, sehr oft und bei jeder Gelegenheit unseren Neutralitätsstandpunkt in Straßburg vertreten konnten, daß wir so manche Irrtümer beseitigen konnten und daß wir auch mit den beiden anderen Neutralen, mit der Schweiz und Schweden, aus Anlaß der Sitzungen des Europarates Fühlung nehmen konnten.

Sehr wesentlich, möchte ich hervorstreichen, war es, daß es ständige Aussprachen zwischen EFTA-Ländern und EWG-Ländern gegeben hat. Denn auch dabei ist so manches ausgeräumt worden, was einen Irrtum in sich hatte. Wenn es auch manchmal, das darf ich auch hier sagen, vielleicht den Anschein gehabt hat, daß die österreichischen parlamentarischen Vertreter nicht immer genau das gleiche gesagt haben, so war es doch bis vor kurzem immer ein gemeinsamer Weg, den wir dort in Straßburg in dieser Frage eingeschlagen haben. Wir dürfen ja nicht vergessen, Hohes Haus, daß der Europarat das einzige internationale Forum ist, bei dem beide, die EWG-Angehörigen und die EFTA-Angehörigen, beisammensitzen.

2472

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dr. Kranzlmayr

Die gemeinsamen Sitzungen des Europäischen Parlaments und der Beratenden Versammlung haben auch viele Zweckmäßigkeiten in sich gehabt, und vor allem die Sitzungen der EFTA vor jeder Tagung haben uns auch Gelegenheit gegeben, mit den Kollegen der sechs anderen Staaten Rücksprache zu nehmen. Wie wesentlich es ist, sich hier aussprechen zu können, möchte ich Ihnen noch vor dem Mittagessen an einem praktischen Beispiel zeigen.

Vor der heurigen Maitagung des Europarates hatten wir noch eine EFTA-Sitzung, bei welcher der Schweizer Abgeordnete Bretscher an uns Österreicher die Frage richtete, ob das Gerücht richtig sei, daß da umginge, daß Österreich die restlichen 20 Prozent Zollabbau innerhalb der Freihandelszone nicht mehr mitmachen würde. Ich hattedann Gelegenheit, nach Rücksprache mit meinen Freunden, dem Schweizer Freund zu antworten: Wir haben alle unsere Verpflichtungen aus dem EFTA-Vertrag eingehalten, wir haben keinen Schritt getan, wovon wir die Freunde in der EFTA nicht unterrichtet hätten.

Ich muß jetzt, glaube ich, abbrechen und werde mir erlauben, Ihnen nach der Mittagspause noch über die Schwierigkeiten zu berichten, die wir Abgeordneten, die wir auch in Straßburg vertreten sind, zwischen dem Europarat und den nationalen Parlamenten erblicken, und was zu tun wir vorschlagen, damit die nationalen Parlamente mehr als bisher von den Arbeiten des Europarates profitieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Ich unterbreche nun die Sitzung auf eine Stunde und bitte die Abgeordneten, sich um punkt 15 Uhr zur Wiederaufnahme der Verhandlungen einzufinden.

(*Die Sitzung wird um 14 Uhr 5 Minuten unterbrochen und um 15 Uhr wieder aufgenommen.*)

Präsident Wallner: Hohes Haus! Wir nehmen die um 14 Uhr unterbrochenen Verhandlungen wieder auf.

Am Wort ist Herr Abgeordneter Dr. Kranzlmayr. Ich bitte ihn, seine Rede fortzusetzen.

Abgeordneter Dr. Kranzlmayr (fortsetzend): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mit meiner Rede aufgehört, als ich Ihnen die Schwierigkeiten aufzeigen wollte, die die parlamentarischen Delegierten zum Europarat letzten Endes sehen. Welche Schwierigkeiten gibt es, was ist der neuralgische Punkt, den es zu überwinden gilt?

Wir sehen die Schwierigkeiten der praktischen Umsetzung der Initiativen des Europarates. Vor wenigen Wochen hat der Generalsekretär des Europarates Smithers das Arbeits-

programm in der Broschüre „Der Mensch in der europäischen Gesellschaft“ dargelegt. Diese Broschüre ist allen Damen und Herren des Hohen Hauses zugegangen, und ich bitte herzlichst, sie zu studieren, wenn Sie etwas Zeit übrig haben. Es ist vor allem eine genaue Bestandsaufnahme der meist sehr erfreulichen substantiellen Resolutionen, Anregungen und Konventionen und deren Konfrontierung mit ihrem gegenwärtigen Anwendungsbereich darin. Hier will der Europarat ansetzen und regelmäßige Bestandsaufnahmen bringen: Was ist von diesen Resolutionen und Anregungen in den nationalen Parlamenten verwirklicht worden, und was harrt noch der Verwirklichung? In diesem Arbeitsprogramm ist auch aufgezeigt, daß der Europarat sich noch mehr als bisher bemühen wird, den einzelnen Mitgliedstaaten bei der Realisierung von Konzepten bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit beizustehen, denn gerade auch das ist ein Aufgabengebiet des Europarates.

Ich habe Ihnen kurz aufgezeigt, daß der Europarat ein wichtiges politisches Instrument in den Händen der beteiligten Staaten ist, und ich darf bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß sich die Mitgliedschaft zum Europarat auf Länder gleicher Gesellschaftsordnung beschränkt. Trotzdem aber hat der Europarat auch große Bedeutung für die Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedstaaten, und man bemüht sich in der letzten Zeit — wie ich eingangs ausgeführt habe —, auch mit Staaten anderer Gesellschaftsordnungen zu arbeiten, auch diese zu Arbeiten des Europarates heranzuziehen, vor allem was die Regelung praktischer Alltagsfragen anlangt.

Auch hier darf ich Ihnen kurz einige Beispiele aufzeigen. Die Sowjetunion arbeitet in den Patentangelegenheiten mit, Spanien und Finnland, zwei Staaten, die auch dem Europarat nicht angehören, nehmen vollen Anteil an den kulturellen, wissenschaftlichen und legislativen Arbeiten des Europarates, und auch Jugoslawien arbeitet bereits bei vielen Arbeiten mit.

Der Höhepunkt all dieser Bemühungen, nun über das Europa der Achtzehn hinauszukommen, die erste Frucht war die europäische Bevölkerungskonferenz, die im September 1961 in Straßburg abgehalten wurde. Hiezu hat der Europarat auch die Oststaaten eingeladen, und es haben an dieser demographischen Konferenz erstmals auch Vertreter der Oststaaten teilgenommen. Es ist zweifellos von großem Interesse, und es verdient Beachtung, die langfristige Bevölkerungsentwicklung in Europa festzustellen. Ich glaube, daß gerade auch für den Politiker diese Entwicklungen von großer Bedeutung sind. Es ist interessant,

Dr. Kranzlmaier

die Entwicklung in der Vergangenheit zu erforschen, aber auch die Zukunftsperspektiven zu beobachten. Wir können feststellen, daß im 18. Jahrhundert in Europa erstmalig jener Prozeß in Erscheinung getreten ist, den man demographische Revolution nennt: der Rückgang der Sterblichkeit, eine Bevölkerungszunahme. Zirka 50, 60 Jahre später pendelt es sich wieder ein, es kommt wieder zum Gleichgewicht durch eine Geburtenhäufigkeit. Der Gedanken- und Erfahrungsaustausch über aktuelle Bevölkerungsfragen und insbesondere die Auswirkungen auf die verschiedenen Lebensbereiche sind sicherlich von großem Interesse. Die Ergebnisse dieser demographischen Konferenz werden nun in Empfehlungen an die Beratende Versammlung zusammengefaßt und dann auch den nationalen Parlamenten zugehen.

Ich möchte Ihnen aber auch noch den einen oder anderen Aspekt aufzeigen. So hat der Europarat in der letzten Zeit mit der Weltorganisation der UNO Kontakte aufgenommen, und sicherlich war das Erscheinen des Generalsekretärs U Thant vor der Beratenden Versammlung ein Höhepunkt, weil immer mehr und mehr der Mangel an Einfluß der Länder Westeuropas in dieser Weltorganisation verspürt wird. Auch Kollege Czernetz hat davon gesprochen und sich insbesondere im Budgetausschuß darüber beklagt, daß gar keine Gemeinsamkeit, auch nicht der Vertreter jener Länder, die Mitglieder des Europarates sind, bei der UNO festzustellen ist.

Man hört vielfach von einem afro-asiatischen Block, der immerhin bedeutenden Einfluß auf viele Entscheidungen der UNO nimmt, während von einem europäischen Block und einer europäischen Einflußnahme sehr wenig zu spüren ist. Ich glaube, hier wäre schon eine aktiver und positivere Rolle der europäischen Nationen notwendig, und wir sollten wieder jenen Einfluß ausüben, den die europäischen Nationen verdienen; das würde nur förderlich sein.

U Thant hat die Bedeutung der Rolle Europas in der Weltorganisation in seiner Rede selbst herausgestrichen, indem er gesagt hat: Europa ist zwar nicht mehr der politische oder wirtschaftliche Schiedsrichter der Welt, aber das Genie und der Geist Europas mit Weitsicht auf die neue Situation sollen eine natürliche Quelle sein, derer die Welt bedarf. Das sollten wir uns nicht zweimal sagen lassen und zumindest den Versuch unternehmen, auch zu einem Block in Europa zu kommen.

Ein weiterer Versuch, der in den letzten beiden Jahren vom Europarat unternommen wurde, ist der Versuch eines europäisch-amerikanischen Dialogs. Es hat jetzt den

Anschein, daß dieser Versuch gelungen ist und daß diese Einrichtung zu einer festen Institution wird. Diese Konfrontation zwischen den amerikanischen Politikern und denen Europas hat sich schon sehr fruchtbar gezeigt.

Es war letztesmal sehr interessant, den amerikanischen Repräsentanten Wayne Hays zu hören, der seine Meinung sehr offenherzig zum Ausdruck gebracht hat, der die Wahrheit ohne Umschweife gesagt und einmal festgestellt hat: Ich bin ja nicht hier, um Schönes zu sagen, sondern um Ihnen die Wahrheit zu sagen. Befragt über die Meinung Amerikas zu einem Brückenschlag EWG — EFTA hat Hays geantwortet: Amerika kann einen solchen Brückenschlag nur willkommen heißen, der Anstoß müsse jedoch von Europa selber ausgehen.

Ich möchte Ihnen noch aus der letzten gemeinsamen Tagung einen Satz des belgischen Senators de la Vallee Poussin sagen. Er hat in seiner Rede damals an einen Satz Lord Laytons erinnert, womit dieser den europäischen Völkern im Völkerbund zugerufen hat, sie sollten nicht wieder jene Irrtümer begehen, die 1929 zur größten Weltwirtschaftskrise geführt haben.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Sorge der Delegierten des Europarates ist vielfach die, daß die Arbeiten des Europarates in den nationalen Parlamenten wenig beachtet werden, ja oft völliger Gleichgültigkeit begegnen. Wir versuchen durch Anfragen immer wieder die Arbeiten des Europarates auch im österreichischen Parlament und insbesondere bei der österreichischen Regierung vorwärtszutreiben. Es darf nicht weiter so sein, daß Expertenberichte, die mühsamst durch viele Monate, ja oft Jahre hindurch zusammengestellt wurden, nach der Annahme durch die Konsultativversammlung ohne jede Wirkung bleiben.

Ich glaube, daß eine verstärkte Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen und Parlamenten unbedingt notwendig ist. Aus dieser Erkenntnis versucht man nun, gewisse ausgewählte Resolutionen und Rekommandationen des Europarates an die nationalen Parlamente in der Muttersprache weiterzuleiten, in der Annahme, daß es damit allen Abgeordneten möglich wird, den Inhalt dieser Resolutionen und Empfehlungen zu studieren. Wir haben gerade in den letzten Tagen allen Klubs im Parlament mehrere Exemplare dieser ausgewählten Empfehlungen und Resolutionen in deutscher Sprache übermittelt und gebeten, die interessierten Kollegen damit zu beteiligen. Ich darf nur darauf hinweisen, daß einige sehr interessante Empfehlungen

2474

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dr. Kranzlmayr

dabei sind, zum Beispiel die Empfehlung betreffend das Symposium von Parlamentariern, die mit Volksgesundheit befaßt sind. Es sind hier Dinge enthalten, die auch von Parlamentariern Österreichs, von unseren Kollegen, schon mehrfach unterbreitet wurden, so zum Beispiel Vorschläge, daß ein internationales Gesundheitsbuch eingeführt werden soll, das die Ergebnisse der von den Aufnahmestellen bei Fremdarbeitern durchgeföhrten ärztlichen Untersuchungen aufzeigt, daß die Fremdarbeiter, bevor sie in das Gastland kommen, einer ärztlichen Untersuchung und Eignungsprüfung zu unterziehen wären. Eine weitere Entschließung über den Schutz von Nahrungsmitteln wurde ebenfalls in deutscher Sprache vorgelegt.

Eine andere sehr wertvolle und interessante Entschließung kann vielleicht den Bemühungen der Regierung und des Parlaments dienlich sein, nämlich die Entschließung über die Umstellung im Bergbau und die Überstellung der Bergleute auf andere Arbeitsplätze. Ich darf Ihnen vielleicht den ersten Punkt dieser Entschließung im Hinblick darauf vorlesen, daß die Bergbaubetriebe Westeuropas, gleichgültig, ob sie Kohle, Eisenerz, Pottasche, Schwefel, Steinsalz oder andere Bodenschätze fördern, im Zuge der Entwicklung der modernen Wirtschaft vielfach gezwungen sein werden, ihre Produktion einzuschränken oder sogar einzustellen, also eine Erscheinung, die auch uns in Österreich viel zu schaffen macht. Die Versammlung vertritt in dieser Frage die Ansicht, daß bei der Umstellung der Bergbaubetriebe und der Überstellung der Bergleute auf andere Arbeitsplätze nach folgendem wesentlichen Gesichtspunkt vorgegangen werden soll: „... die dort geplanten Umstellungsmaßnahmen müßten in einer ruhigen Atmosphäre und entsprechend dem im voraus festgelegten Zeitplan durchgeföhrt werden.“ Noch viele, viele andere Dinge werden genannt. — Wenn wir wirklich die Arbeiten des Europarates ernst nehmen und uns der Mühe unterziehen, die dort getane Arbeit in unseren nationalen Parlamenten umzusetzen, werden Sie erst erkennen, wie fruchtbar die Arbeiten des Europarates sind.

Ich möchte nur wünschen und hoffen, daß die Zusammenarbeit der österreichischen Delegation beim Europarat weiter so gut funktioniert, wie es bisher der Fall war, zum Wohle des Europarates, aber insbesondere auch zum Wohle Österreichs. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Tull. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Tull (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach dem so aus-

fürlichen Bericht des Herrn Staatssekretärs und Staatsanwaltes Dr. Kranzlmayr über die Tätigkeit des Europarates fühle ich mich verpflichtet, ein sehr offenes und freimütiges Bekenntnis abzulegen. Ich bin kein Europaspezialist, ich verfüge nicht über jene profunden Kenntnisse wie Herr Staatssekretär Dr. Kranzlmayr. Ich komme nicht so oft nach Frankreich wie er in seiner Eigenschaft als Mitglied der in Straßburg tagenden Körperschaft. Aber eines weiß ich, und zwar als aufmerksamer Leser des politischen Teiles der Tageszeitungen: daß de Gaulle nicht nur Staatspräsident Frankreichs ist, sondern darüber hinaus auch der tatsächliche Lenker der französischen Innen- und Außenpolitik. Wenn Herr Abgeordneter Czernetz hier verschiedenes, was bisher von de Gaulle in dieser seiner Eigenschaft veranlaßt und entrichtet wurde, einer Kritik unterzogen hat, so hat er doch nicht gleichzeitig damit eine Kritik an dem Amt, an der Funktion des französischen Staatspräsidenten ausgeübt. Es muß doch hier wohl ein klarer Trennungsschlag gezogen werden. Es ist doch das legitime Recht eines Parlamentariers, eines Außenpolitikers, wie es Czernetz ist, sich mit der französischen Innen- und Außenpolitik, soweit sie auf die gesamte europäische Politik Bezug hat, soweit sie Einfluß hat auf unsere außenpolitischen Verpflichtungen beziehungsweise auf unsere Intentionen, einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Ich glaube, wir dürfen das auch nur in diesem Sinne, so wie es Czernetz gedacht hat, verstehen. Nicht eine Kritik am Staatspräsidenten de Gaulle, aber eine klare Herausstellung der Tatsache, daß er und wir mit vielen Maßnahmen, die der Politiker de Gaulle, der tatsächliche Lenker und Gestalter der französischen Innen- und Außenpolitik setzt, nicht einverstanden sein können.

Sehr geehrte Damen und Herren! „Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!“, könnte man ausrufen, wenn man die von den Abgeordneten Machunze, Grundemann-Falkenberg, Dr. Gruber, Sandmeier und Genossen am 9. November 1966 an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten eingebrachte Anfrage durchliest. Es heißt in dieser Anfrage wörtlich:

„Im deutschen Bundestag soll ein Entwurf für ein Reparationsschädengesetz behandelt werden. Der Direktor der deutschen Lastenausgleichsbank, Herr Dr. Ziemer, teilte bei der kürzlich in Feldkirch abgehaltenen Tagung der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem nähere Einzelheiten über das geplante Gesetz mit.

Der Gesetzentwurf sieht eine Entschädigung für jene Umsiedler und Heimatvertriebenen

Dr. Tull

vor, die sich an bestimmten Stichtagen in der westlichen Welt aufhielten. Der Entwurf kennt eine einzige Ausnahme im § 56, nämlich die auf dem Gebiet der Republik Österreich lebenden Umsiedler und Heimatvertriebenen. In Bonn wird als Begründung angeführt, daß durch den österreichisch-deutschen Finanz- und Ausgleichsvertrag alle offenen finanziellen Fragen geregelt worden seien. Einer solchen Auffassung muß mit allem Nachdruck widersprochen werden, denn der österreichisch-deutsche Finanz- und Ausgleichsvertrag ermöglichte nur die Durchführung sehr bescheidener Entschädigungsmaßnahmen, die auch nicht annähernd an die Leistungen nach dem deutschen Lastenausgleichsgesetz heranreichen.

Durch das Reparationsschädengesetz sollen nun Lastenausgleichsleistungen an Umsiedler und Heimatvertriebene gewährt werden, die ihren Wohnsitz in einem westlichen Land haben. Ausgeschlossen aber sollen in Österreich Lebende bleiben. Das wäre eine Diskriminierung österreichischer Staatsbürger und schließlich der Republik Österreich.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die Anfrage:

Welche Schritte beabsichtigt das Bundesministerium einzuleiten, um eine Diskriminierung der Republik Österreich beziehungsweise Teile ihrer Bewohner durch das geplante deutsche Reparationsschädengesetz zu verhindern?“

Meine Damen und Herren! Wenn man den ersten Satz analysiert, wenn man feststellt, daß hier das Wort „soll“ aufscheint, also „im deutschen Bundestag soll ein Entwurf für ein Reparationsschädengesetz behandelt werden“, dann muß unwillkürlich der Eindruck entstehen, daß Ihnen beziehungsweise den Unterzeichnern dieser Anfragen vieles, was zwischen dem 13. Dezember 1963 und dem 9. November heurigen Jahres beziehungsweise bis heute geschehen ist, entgangen ist. (*Abg. Dr. J. Gruber: Gar nichts!*) Doch, es ist Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, oder aber Sie verfolgen mit diesem Schritt, mit dieser Anfrage eine andere Absicht, auf die ich gerne später zu sprechen kommen werde.

Jedenfalls ist es unbestritten, und ich kann und werde es Ihnen nachweisen, daß ich der erste Abgeordnete dieses Hauses gewesen bin, der am 10. Dezember 1963 die Aufmerksamkeit der österreichischen Öffentlichkeit und dieses Hauses auf diesen damals bereits im deutschen Bundestag aufgelegenen Gesetzentwurf gelenkt hat. Ich habe damals wörtlich gesagt:

„Große Bestürzung löste in den Kreisen der in Österreich lebenden Heimatvertriebenen

der § 56 aus. In diesem § 56 heißt es unter anderem:

„Nicht entschädigungsfähig sind ... Schäden in den zurzeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges oder dessen Folgen entstanden sind, sofern diese Schäden unter den Teil I, insbesondere unter die Artikel 2 und 5 des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich zur Regelung von Schäden der Vertriebenen, Umsiedler und Verfolgten, über weitere finanzielle Fragen und Fragen aus dem sozialen Bereich (Finanz- und Ausgleichsvertrag) vom 27. November 1961 fallen oder sofern sie von Personen geltend gemacht werden, die bei der Unterzeichnung dieses Vertrags österreichische Staatsangehörige waren, ohne gleichzeitig die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erfreulicherweise hat, kurze Zeit, nachdem ich zu diesem Problem hier im Hause im Jahre 1963 Stellung genommen habe, der damalige Bundesminister Dr. Kreisky entsprechende Initiativen in die Wege geleitet. Er hat zwar nicht sehr viel davon gesprochen, aber erfreulicherweise Taten gesetzt, die damals immerhin gewisse Ansätze der Hoffnung auf eine positive Erledigung beinhaltet haben.

Eine Zeitung — es ist das keine sozialistische Zeitung, sondern die Monatsschrift „Der zivile Heimkehrer“ — würdigte damals auch die diesbezüglichen Bemühungen Dr. Kreiskys. Danach hat Dr. Kreisky, nachdem ich hier dieses Problem aufgezeigt habe, bei einer späteren Gelegenheit folgendes gesagt:

„Mit dem deutschen Bundeskanzler und dem Außenminister seien auch allgemeinpolitische Fragen behandelt worden. Auf Ersuchen des österreichischen Finanzministers, aber auch hinsichtlich der Vorziehung einer Überweisungsrate in der Höhe von rund 67 Millionen Dollar habe ich interveniert, da die Ratenzahlungen wegen der verspäteten Ratifizierung des Kreuznacher Abkommens etwas später erfolgen. Meine deutschen Gesprächspartner machte ich darauf aufmerksam, daß in Österreich hunderttausende Vertriebene über den neuen Gesetzentwurf zur Abgeltung von Reparationsschäden beunruhigt sind. Man muß sich in Deutschland klar darüber sein, daß das Kreuznacher Abkommen keinerlei Rechtszustand geschaffen hat, der etwa eine österreichische Entschädigungspflicht zur Wiedergutmachung begründete.“

2476

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dr. Tull

Meine Damen und Herren! In der Folge ist dann im deutschen Bundestag ein Initiativ-antrag von 115 Bundestagsabgeordneten ein-gebracht worden; allerdings konnte weder der Gesetzentwurf, noch der von mir hier nun skizzierte beziehungsweise aufgezeigte Initiativ-antrag in Behandlung genommen werden, weil der deutsche Bundestag aufgelöst wurde.

Nun wissen wir, meine Damen und Herren, daß neuerlich Bestrebungen im Gange sind, dieses Problem in Deutschland endlich unter Dach und Fach zu bringen. Es scheint also nun wirklich ernst zu werden, und da nun in Bonn in den nächsten Stunden ein handlungs-fähiges Bundeskabinett installiert wird, ist anzunehmen, daß dieses neue deutsche Bundes-kabinett auch dafür sorgen wird, daß dieses leidige Problem endlich einmal für die Heimat-vertriebenen, die in Deutschland wohnen und darüber hinaus in allen übrigen Staaten der Welt, mit Ausnahme von Österreich, in einer zufriedenstellenden Weise gelöst wird.

Wir, meine Damen und Herren, stehen auf dem Standpunkt, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen ist, wo seitens der österreichischen Bundesregierung etwas unternommen werden muß, denn die deutsche Bundesregierung hat am 14. August 1953 in einer Erklärung fol-gendes festgestellt: „Die Enteignung des deutschen Auslandseigentums ... erfolgte zu-gunsten Deutschlands zwecks Abtragung der ihm obliegenden politischen Reparationsschuld. Daher ist die Bundesrepublik Deutschland ver-pflichtet, die liquidierten Eigentümer gemäß den Bestimmungen ihres Grundgesetzes zu entschädigen. Um diese Entschädigungspflicht zu begründen, bedarf es keiner besonderen vertraglichen oder gesetzlichen Grundlage: sie ergibt sich aus den dem Institut der Enteignung zugrundeliegenden allgemeinen Rechtsgrund-sätzen.“

Wir stehen auf dem Standpunkt, meine Damen und Herren, daß eine Diskriminierung Österreichs beziehungsweise von immerhin 350.000 österreichischen Staatsbürgern weder moralisch noch rechtlich gerechtfertigt ist. Die gleichen menschlichen Opfer, die gleichen materiellen Verluste, das gleiche menschliche Leid bedingen gleiche Wiedergutmachungs-ansprüche.

Und nun frage ich Sie, meine Herren Ma-chunze, Grundemann-Falkenberg, Dr. Gruber und Sandmeier: Welche Schritte beabsichtigt das Bundesministerium einzuleiten, um eine Diskriminierung der Republik Österreich be ziehungsweise von Teilen ihrer Bewohner durch das geplante deutsche Reparations-schädengesetz zu verhindern? Ich glaube, hier gibt es nicht viel zu fragen, hier gibt es nur einen ganz eindeutigen und klaren Standpunkt,

einen kategorischen Wunsch, nämlich daß die Bundesregierung möglichst bald eine ent-sprechende Initiative setzt, und zwar in einer Art und Weise, die erfolgversprechend ist.

Vielleicht könnte Herr Bundesminister Dok-tor Tončić, wenn er bei ausgedehnten Auslands-reisen — wie man behauptet — weder Zeit noch Kosten scheut, auch einmal nach Bonn fahren. Er war in den ersten 200 Tagen der ÖVP-Alleinregierung einige Male in New York, in Washington, in London, in Paris, er will, wie wir aus einer Zeitung entnehmen konnten, eine ausgedehnte Ostasienreise antreten — auch die sei ihm vergönnt —; aber was, glaube ich, im Augenblick besonders dringend und notwendig wäre, wäre vielleicht doch ein energischer Vorstoß in Deutschland, um zu verhindern, daß dort ein Gesetz beschlossen wird, durch das Österreich und seine Bürger in dieser von mir aufgezeigten Art und Weise diskriminiert werden. (*Beifall bei der SPÖ*)

Meine Damen und Herren! Auffallend bei dieser schriftlichen Anfrage ist eines: Sie ist von einem Wiener und von drei Oberöster-reichern unterzeichnet. Ich habe mir lange überlegt, ob das wohl nur ein Zufall sein sollte. Aber das glaube ich nicht. Ich glaube nicht an Zufälle, besonders nicht an Zufälle in der Politik. Ich habe mich daher gefragt: Warum aus-rechnet drei Oberösterreicher? Es liegt nun folgende Vermutung nahe, und jetzt komme ich auf den Grund zu sprechen, Herr Kollege Gruber, der wahrscheinlich diese Aktion aus-gelöst hat: In Oberösterreich, in jenem Bundes-land, in dem die meisten Heimatvertriebenen leben, sind im Jahre 1967 Landtagswahlen, die ersten Zwischenwahlen seit dem 6. März. Diesen Wahlen kommt eine besondere Bedeu-tung zu. Das sind für Sie Barometerwahlen. Und was liegt denn da näher, als nun die dort lebenden Heimatvertriebenen durch eine solche Aktion zu beeindrucken und zu zeigen: Bundeskanzler Klaus und Tončić sind für alle Österreicher, sind die besten Fürsprecher aller in Österreich lebenden Heimatvertrie-benen. (*Abg. Dr. Withalm: Wenn Sie recht haben, haben Sie recht, Herr Kollege!*) Wir wissen ganz genau, daß das nichts anderes ist als ein Wahlmanöver. Der Zweck dieser Aktion ist doch nichts anderes, als diesen Leuten Sand in die Augen zu streuen.

Hier möchte ich ein Sprichwort abwandeln und sagen: Meine Damen und Herren, wer Ihnen vertraut, wer solchen scheinheiligen Aktionen vertraut, der hat wahrlich auf Sand gebaut! (*Beifall bei der SPÖ*) Wie wenig ernst und wie wenig seriös diese Aktion ist, das möchte ich Ihnen doch noch an einem anderen Beispiel aufzeigen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abge ordnete Machunze, seines Zeichens Obmann

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

2477

Dr. Tull

des Finanz- und Budgetausschusses, hat heute vor einigen Stunden hier eine wirklich sehr salbungsvolle Rede bezüglich der verschiedenen Vermögensverträge gehalten. Wir wissen, wie schwierig es ist, mit den Ostblockländern Vermögensverträge abzuschließen. Gerade Bundesminister a. D. Dr. Kreisky ist es gewesen, der hier immer wieder Aktionen in die Wege geleitet hat. Seinen Initiativen war es letzten Endes zu verdanken, daß die Vermögensverträge mit Bulgarien, mit Rumänien abgeschlossen werden konnten. (Abg. Dr. J. Gruber: *Nicht gar so viel Weihrauch!*) Wir wissen, daß diese Verhandlungen nicht nur kompliziert sind, sondern auch nervenaufreibend.

Aber ich darf in diesem Zusammenhang doch auf eines verweisen, meine Damen und Herren. Bereits im Jahre 1964 wurde der Vermögensvertrag mit Ungarn, ein Vertrag, an dem tausende Burgenländer so interessiert sind, unterfertigt. Der Vertrag mit dem dazugehörenden Verteilungsgesetz wurde am 22. Juni im Haus eingebbracht und dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Ich darf Ihnen heute hier eines sagen: Bis zur Stunde wurde nicht einmal ein Unterausschuß, wie es in der Vergangenheit üblich gewesen ist, eingesetzt, der diese schwere, komplizierte Materie bearbeiten würde. (Abg. Steininger: *Dazu hat der Tončić keine Zeit!*) Nicht Tončić hat keine Zeit: Solange ein Sozialist, meine Damen und Herren, Obmann des Finanz- und Budgetausschusses gewesen ist, wurden diese Fragen als vordringlich betrachtet und behandelt! Seit aber Herr Machunze, selbst ein Heimatvertriebener, Obmann des Finanz- und Budgetausschusses ist, hat man offenbar nicht einmal die Zeit gehabt, einen Unterausschuß zu installieren, der möglichst bald mit diesen Arbeiten beginnt.

Ich glaube, meine Damen und Herren, auf diese Art und Weise kann man wahrlich nicht bei den Heimatvertriebenen mit so viel Schalmeien einen besonderen Eindruck hinterlassen. (Abg. Dr. J. Gruber: *Schalmeienkünstler Tull!*)

Meine Damen und Herren! Die Anfragebeantwortung des Herrn Bundesministers Doktor Tončić — er war zwar nicht so expeditiv wie sein Kollege Dr. Prader, der den unwahrscheinlichen Rekord zustande gebracht hat, eine Anfrage am gleichen Tag zu beantworten, Herr Dr. Tončić hat mehrere Tage benötigt — stellt zwar sehr ausführlich die Legende, den Leidensweg dieses Problems dar, sie zeigt aber keinen Ausweg auf, wie man in dieser Angelegenheit endlich einmal doch zu einem Ende kommen kann. (Abg. Dr. J. Gruber: *Herr Dr. Tull! Wenn Sie das gelesen haben, dann wissen Sie aber auch, daß im deutschen*

Bundestag derzeit kein Gesetzentwurf liegt! Eine Demagogie sondergleichen!) Herr Kollege, ich darf Ihnen folgendes sagen: Die deutsche Bundesregierung hat am 2. November dieses Jahres — und zwar war es das inzwischen eingegangene Kabinett Erhard — beschlossen, neue Richtlinien hinsichtlich dieses Gesetzes zu erarbeiten. (Abg. Dr. J. Gruber: *Richtlinien! Aber es liegt kein Gesetzentwurf im deutschen Bundestag!*)

Ich darf Ihnen aber noch etwas sagen: In diesen Richtlinien ist lediglich ein Hinweis enthalten, daß der Betrag, der zur Verfügung gestellt wird, nicht 2,5 Milliarden D-Mark, sondern nur noch 1,5 Milliarden D-Mark betragen soll, sonst nichts. Es ist so gut wie sicher, daß, wenn seitens der österreichischen Bundesregierung hier keine energischen Vorstellungen erhoben werden, auch in dem zu beschließenden Gesetz der § 56 jene Bestimmungen enthalten wird, die wir als unvertretbar, als unmoralisch bezeichnen müssen und deren Entfernung aus diesem Gesetzeswerk wir daher unbedingt verlangen müssen. (Abg. Dr. J. Gruber: *Tun Sie nicht soviel hellsehen!*) Ich sehe nicht soviel hell! Sie können mir soviel zutrauen, Herr Kollege. Ich weiß, daß letzten Endes wahrscheinlich auch bei Ihren Gesinnungsfreunden der CDU genauso wie bei Ihnen nicht immer jenes Verständnis zu finden sein wird, das notwendig ist, um den Ärmsten der Armen zu helfen und ein Unrecht zu beseitigen. (Abg. Dr. J. Gruber: *Das werden wir jetzt sehen!*) Jawohl, das werden wir sehen. Ich kann Ihnen sagen, daß es in Deutschland Sozialdemokraten gewesen sind, die sich immer wieder zu Fürsprechern dieser Gruppe gemacht haben. (Abg. Dr. J. Gruber: *Wer waren die 115 Abgeordneten?*) Die 115 Abgeordneten waren Vertreter der damaligen Koalitionsparteien (Abg. Dr. J. Gruber: *Aha!*), wobei auch dieser Antrag nicht zufriedenstellend gewesen ist. (Abg. Dr. J. Gruber: *Es waren aber keine SPD-Leute!* — Abg. Steininger: *Die waren auch nicht in der Regierung!*)

Der § 56 muß eliminiert werden! Die SPD ist dafür eingetreten, daß diese Bestimmung eliminiert wird! (Abg. Dr. J. Gruber: *Aber kein Antrag!* — Abg. Weikhart: *Herr Doktor Gruber, tun Sie nicht immer Wadlbeissen!* — Heiterkeit.) Herr Kollege, auch wenn Sie sich noch so anstrengen (Abg. Machunze: *Das wird doch noch erlaubt sein!*), Sie werden trotzdem nicht ehrenhalber zu einem Heimatvertriebenen ernannt werden, der Sie so gerne werden möchten. Herr Dr. Gleißner hat Sie ohnedies beauftragt, sich in Oberösterreich als Sprecher der Heimatvertriebenen zu deklarieren. Deshalb werden Sie aber trotz-

2478

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dr. Tull

dem niemals als echter Vertreter dieser Gruppe gewertet werden können. (*Abg. Dr. J. Gruber: Sie werden auch nicht glaubwürdiger bei Ihnen!*) Herr Kollege, Sie können sich darauf verlassen: Ich rede nur über Dinge, von denen ich etwas verstehe.

Eines können Sie mir glauben: Ich habe den Entwurf, wie er dem deutschen Bundestag vorgelegen ist, sehr gründlich studiert. Ich bezweifle, daß Sie diesen Entwurf überhaupt jemals zu Gesicht bekommen haben, denn aus der Diskussion, die heute abgewickelt wurde, hat man nicht den Eindruck bekommen, daß Sie in außenpolitischen Belangen von den Vertretern Ihrer Regierung wesentlich besser informiert werden als die beiden Oppositionsparteien. Diesen Eindruck hat man heute nicht bekommen, Herr Kollege!

Unser Ersuchen an den Herrn Bundesminister Dr. Tončić geht dahin, nunmehr energische Vorstellungen zu unternehmen. Es ist spät, aber sicherlich nicht zu spät, um zu erreichen, daß dieser § 56, der immerhin 350.000 Heimatvertriebene diskriminiert und bei dem es um Milliardenwerte geht, aus dem deutschen Reparationsschädengesetz entfernt wird und damit auch die in Österreich lebenden Heimatvertriebenen zu jenen Entschädigungsbeträgen kommen, die ihnen billigerweise zu stehen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Tschida (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn ich, wie ich hoffe, als letzter zum Kapitel Äußerer Stellung nehmen darf, dann gelten meine Überlegungen hiezu in erster Linie unseren unmittelbaren Nachbarländern; dies deswegen, weil die Grenzbevölkerung fast täglich mit den Auswirkungen und Maßnahmen, die auf politischem und außenpolitischem Gebiete gesetzt werden, konfrontiert wird und nicht selten am eigenen Leib zu spüren bekommt. Ich denke hier in erster Linie an die Grenzen und Beziehungen zu den Oststaaten und im speziellen an unseren Nachbarstaat Ungarn.

Die Kontakte den Oststaaten gegenüber gestalten sich insofern viel schwieriger, als es sich nicht nur um eine normale Landesgrenze, sondern gleichzeitig auch um eine ideologische Grenze handelt, an der zwei vollkommen konträre Weltanschauungen aufeinanderprallen, die im grundsätzlichen unüberbrückbare Gräben trennen. Auf Grund dieser Gegebenheiten darf sich die österreichische Außenpolitik nicht nur auf gut-nachbarliche und korrekte Beziehungen beschränken. Sie ist seiner Tradition, geographischen Lage und vor allem seiner Neu-

tralität wegen geradezu verpflichtet, Wege und Brücken zur Entspannung, um die die ganze Welt so schwer ringt, zu suchen und zu bauen.

Die österreichische Bundesregierung hat sich seit jeher bemüht, diesen beiden Forderungen, Brückenschlag zu sein und gute Nachbarschaft zu pflegen, nachzukommen. Sie legt nach wie vor besonderen Wert auf eine Fortsetzung der bisher geführten Politik der guten Nachbarschaft. In dieser Richtung sind gerade in den letzten Jahren spürbare Fortschritte erzielt worden. Ich will auch nicht verschweigen, daß in vielen Fällen eine fühlbare Erleichterung in unseren Beziehungen deshalb eingetreten ist, weil unsere Nachbarländer bereit gewesen sind, in den Vermögensfragen und in Fragen der Erleichterung des Reiseverkehrs, in Fragen der Intensivierung der kulturellen Beziehungen zu Lösungen zu kommen. Dies gilt besonders auch für unser Nachbarland, die Volksrepublik Ungarn. Österreich und vor allem die Grenzbewohner begrüßen diese Auflockerung nach allen Seiten, können und wollen sich aber mit dem bis jetzt Geschehenen noch lange nicht zufriedengeben.

Eine ganz große Bedeutung für die Intensivierung der auswärtigen Beziehungen gewinnt die kulturelle Begegnung. In vielen Fällen ist gerade das kulturelle Gespräch, das nationale Grenzen viel leichter überwindet, der Kontakt und das Beginnen des Verstehens. In vielen Fällen ist die kulturelle Begegnung der letzte Rettungsanker einer Verständigung, wenn Völker die politischen Gespräche untereinander bereits abgebrochen haben.

Was die Entwicklung der kulturellen Beziehungen zu unserem Nachbarland Ungarn anlangt, haben sich diese im großen und ganzen sehr zufriedenstellend entwickelt. Kürzlich waren sowohl in österreichischen als auch in ungarischen Zeitungen sehr positive Berichte über die Eröffnung der Albertina-Ausstellung zu lesen, die augenblicklich noch in Budapest gezeigt wird. Bei dieser Gelegenheit ist verschiedentlich zum Ausdruck gebracht worden, daß in beiden Ländern ein sehr großes Interesse daran besteht, die kulturellen Beziehungen auszuweiten und zu verbinden.

Ungarn wiederum entfaltet in Wien eine sehr erfolgreiche kulturelle Tätigkeit durch das Colloquium Hungaricum. Der Herr Bundesminister für Unterricht hat vor einiger Zeit in einer Rede im österreichischen Ost-Südost-europa-Institut darauf hingewiesen, daß sich die kulturellen Beziehungen nicht auf einer Einbahnstraße bewegen sollen. Aus diesem

Dipl.-Ing. Tschida

Gründe würden wir es für richtig halten, wenn die Bemühungen um Errichtung eines österreichischen Kulturinstitutes in Budapest zügig vorangehen würden. Wir hoffen, daß die ungarischen Behörden diesen Bestrebungen mit dem gleichen Wohlwollen begegnen, wie dies die österreichischen Behörden tun.

Bei den Seefestspielen in Mörbisch am See im abgelaufenen Jahr haben eine Reihe ungarischer Solisten und Künstler mitgewirkt. Ihr Auftreten war, wie Sie der Presse entnehmen könnten, sehr erfolgreich. Mit Rücksicht auf den erwähnten Grundsatz, daß die kulturellen Beziehungen reziprok sein sollen, ist es zu wünschen, daß auch österreichischen Künstlern Möglichkeiten eröffnet werden, österreichische Kunst in Ungarn darzubieten. Wir sind uns bewußt, daß eine solche Ausweitung der kulturellen Beziehungen noch besser möglich sein wird, wenn, wie erwähnt, ein österreichisches Kulturinstitut in Budapest errichtet oder zumindest ein Kulturrattaché ernannt wird. Vielleicht können gerade die kulturellen Beziehungen zur Verbesserung der so notwendigen menschlichen Kontakte, die zwischen beiden Völkern nach wie vor aus historischen, geographischen und letztlich auch aus verwandtschaftlichen Gründen bestehen, dazu beitragen, was bekanntlich wieder eine Voraussetzung für ein besseres politisches Verhältnis darstellt.

Weil ich von menschlichen Kontakten gesprochen habe, möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß die Ausweitung des individuellen Reiseverkehrs, die Aus- und Einreise von Einzelpersonen insbesondere zu Verwandtenbesuchen und zu Besuchen zwischen Freunden, ein ganz wesentliches Element für die Herstellung eines guten Klimas zwischen den beiden Staaten darstellen würde.

Was die wirtschaftlichen Beziehungen betrifft, habe ich in diesem Hohen Haus schon darauf hingewiesen, daß der Abschluß der drei Verträge mit der Volksrepublik Ungarn, der Vermögensvertrag, der Vertrag zur Sichtbarmachung der gemeinsamen Staatsgrenze und der Vertrag zur Untersuchung von Vorfällen an der gemeinsamen Staatsgrenze, als erfreuliche äußere Zeichen des guten Willens, der zweifelsohne derzeit auf beiden Seiten besteht, höchst beachtenswert erscheint.

Das Hohe Haus wird sich, wie heute schon angeklungen ist, demnächst mit dem Vermögensvertrag zu beschäftigen haben. Ich kann und will heute einer Entscheidung nicht vorgreifen. Wenn sich aber der Herr Abgeordnete Tull darüber wundert, daß es so zäh weitergeht, dann möchte ich ihm sagen, daß gerade wir Burgenländer, die dieser Vertrag vielleicht am schwersten trifft, uns absolut

nicht ohne weiteres einverstanden erklären können. Wir werden Mittel und Wege suchen, um gerade diesen Schwerstbeschädigten noch zusätzlich Hilfe zukommen zu lassen. (*Abg. Robak: Das verlangen wir schon lange! Sie wollen nicht!*) Das verlangen wir vielleicht noch viel, viel länger. Denn gerade wir kennen die Verhältnisse. Ich, der ich dort zu Hause bin, kenne die Verhältnisse wie kein anderer. Sie können versichert sein, Herr Abgeordneter Robak, daß ich wohlweislich gerade an dieser Frage sehr viel arbeite und mir wirklich den Kopf darüber zerbreche, wie wir unseren Landsleuten am besten helfen könnten. Das ist genauso, als wenn der Herr Kollege Tull behauptet und hinausposaunt, nur die SPÖ-Mandatare nehmen sich um die Flüchtlinge an.

Den wundesten Punkt in unseren Beziehungen stellt nach wie vor die technische Grenzsperre dar. Sie gefährdet weiterhin Gut und Leben der dort arbeitenden Landbevölkerung und unserer Grenzaufsichtsorgane. Die Unwetterkatastrophen der letzten Jahre haben diese Grenzen insofern verschärft, als immer wieder durch Hochwasser, Erdrutsche und Uferverlegungen viele Minen in unseren Landstrich einwanderten. Die verheerenden Folgen davon sind zur Genüge bekannt.

Obwohl Ungarn auf ständiges Drängen der österreichischen Behörden darangegangen ist, die gefährdeten Stellen zu sanieren, können wir uns mit dem Tempo dieser Arbeiten absolut nicht zufriedengeben. Während vor zwei Jahren noch über 10 km des Drahtverhauses rückverlegt und zumindest für uns entschärft werden konnten, waren es im darauffolgenden Jahr nur mehr 2 km. Die Gefahren sind zum überwiegenden Teil an unserer langen gemeinsamen Grenze noch immer akut. Abhilfe ist hier dringend notwendig. Wir müssen daher, meine Damen und Herren, ohne uns in innere Angelegenheiten Ungarns einzumischen, mit allem Nachdruck fordern, nicht nur von den Ungarn, sondern auch von der gesamten Welt, daß den Ungarn endlich nahegelegt wird, ihre Grenzsperren so anzulegen, daß für alle Zukunft dadurch kein österreichischer Staatsbürger mehr Schaden erleiden kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Im August dieses Jahres wurden von der Bezirkshauptmannschaft Güssing verschiedene Grundeigentümer von fünf Grenzgemeinden des Bezirkes Güssing aufgefordert, gemäß Artikel 6 des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der ungarischen Volksrepublik einen Grenzstreifen in der Breite von 1 m und um jedes neben die Grenzlinie gesetztes Grenzzeichen einen Kreis mit dem Radius von

2480

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dipl.-Ing. Tschida

einem Meter von Bäumen, Unkraut und Sträuchern freizumachen.

Weiters heißt es in dieser schriftlichen Aufrichterung:

„Würden die Eigentümer, die diese Arbeiten ohne Anspruch auf Entschädigung durchzuführen haben, ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, so wäre ihnen die Erfüllung von der zuständigen Behörde vorzuschreiben und die Vorschreibung nötigenfalls zwangsweise zu vollstrecken.“

Meine Damen und Herren! Dazu können wir nur einhellig sagen, daß es völlig ausgeschlossen und geradezu unverantwortlich ist, diesen Grundeigentümern zuzumuten, dicht an der ungarischen Grenze unter Lebensgefahr die von der Behörde angeordneten Arbeiten durchzuführen. Erfahrungsgemäß kann es durch umstürzende Bäume, Tiere oder sonstige unvorhergesehene Umstände dazu kommen, daß die in der Sperrzone gelagerten oder verlagerten Minen zur Explosion kommen, wodurch akute Lebensgefahr für die Grundeigentümer besteht.

Nicht nur das! Die Grundeigentümer sollen noch auf eigene Rechnung diese Reinigungsarbeiten durchführen, ansonsten sie mit der Härte des Gesetzes zu rechnen hätten. Zur Lebensgefahr also auch noch die finanzielle Belastung! Glaubt man denn wirklich, gerade diesen Menschen eine solche Bürde zumuten zu können?

Was nun den dritten Vertrag zur Untersuchung von Zwischenfällen an der gemeinsamen Grenze betrifft, darf ich feststellen, daß die laut Artikel 1 dieses Vertrages am 18. 4. 1966 konstituierte Untersuchungskommission regelmäßig alle sechs Monate zusammentritt und auf Wunsch Österreichs auch außertourlich zur Behandlung eines eventuell auftretenden Vorfallen zusammengetreten ist. Die Kommission hat diese Vorfälle an der Grenze zu untersuchen, festzustellen und das Ergebnis in einem Protokoll niedergelegen. Dieser Vorgang ist — bis jetzt zumindest — immer klaglos vor sich gegangen.

Die Beseitigung der festgestellten Mängel und die Entschädigung für eingetretene Schäden an Personen und Sachgut wird allerdings auf diplomatischem Weg über das Außenministerium abgewickelt. Obwohl in einem Fall der ungarische Staat bereits Schadenersatz geleistet hat, warten andere durch Minen schwerverletzte Personen nach wie vor sehr, sehr lange auf ihre Schadensvergütung. Ich glaube dazu sagen zu müssen, daß es im Interesse beider Staaten gelegen wäre, wenn Ungarn etwas schneller reagieren würde. Auch hinsichtlich unserer vielen und berechtigten Wünsche, die der Grenzkom-

mission immer wieder vorgetragen wurden, glaube ich feststellen zu müssen, daß Ungarn diese zuwenig beachtet beziehungsweise sie nur recht schleppend berücksichtigt. Ich möchte an dieses Hohe Haus nur die Frage stellen: Was würde Italien, Jugoslawien oder die Schweiz dazu sagen, wenn man dort solche Geschichten aufführen würde wie gerade an unserer harten Grenze?

Abschließend darf ich zusammenfassen: Alle Probleme zwischen Ländern können einer positiven Lösung zugeführt werden, wenn auf beiden Seiten als wichtigste Voraussetzung der gute Wille vorhanden ist. Österreich ist hiezu bereit und hat dies durch seine bisherige Regierungs- und Außenpolitik eindeutig bewiesen. Wir anerkennen auch den guten Willen Ungarns, appellieren aber nach wie vor, alles daranzusetzen, um eine endgültige Befriedung an unserer gemeinsamen Grenze herbeizuführen, nicht nur in unserem Interesse, sondern im Interesse des gesamten Weltfriedens. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Dr. Tončić. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Tončić-Sorinj: Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst meinen aufrichtigen Dank für diese Debatte aussprechen, für die Anteilnahme, die das Haus ... (*Rufe: Mikrophon!*) Wir wollen abwarten, bis die Technik so weit ist. (*Abg. Dr. Gorbach: Die funktioniert nicht!* — *Abg. Peter: Das technische Zeitalter hat im Parlament noch nicht begonnen!* — *Zwischenrufe.* — *Abg. Peter: Keine Scheinwerfer fürs Fernsehen, kein Mikrophon für die Minister — das ist eine Parlamentsdirektion!* — *Weitere Zwischenrufe.*) Ich werde noch einen Versuch machen, mit Hilfe meiner Stimme der Technik nachzuhelfen.

Ich möchte also dem Hohen Haus meinen aufrichtigen Dank aussprechen für die rege Anteilnahme an dieser Debatte und vor allem den Dank für die Anregungen, die hier ausgesprochen worden sind, und zwar auch für die Anregungen im Rahmen der Kritik, die von Seiten der Oppositionsparteien an der Führung der Außenpolitik geübt worden ist. Daß die Oppositionsparteien Kritik üben, ist eine Selbstverständlichkeit, und es dient zweifellos der Vertiefung der Probleme, und es dient auch der Bereicherung unserer Außenpolitik, wenn ein Gedankenaustausch in diesem hohen Forum ausgeübt wird. Ich möchte meinen Beitrag zu diesem Dialog auf einige wichtige Punkte konzentrieren, von denen ich das Empfinden habe, daß sie das Hohe Haus besonders interessieren.

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

Zunächst einmal wurde über Geheimhaltung und über Geheimverhandlungen in der Außenpolitik gesprochen. Die sogenannte Geheimhaltung in der Außenpolitik ist ein altes Problem, das ein Studium der Geschichte, vor allem der diplomatischen Staatengeschichte immer wieder beweist. Irgendwie ist die Außenpolitik als solche selbst im Zeitalter des Parlamentarismus und der großen Kommunikationen irgendwie kommunikationsfeindlich. Denn bei der Außenpolitik und ihrer Information hört ja nicht nur derjenige mit, der innenpolitisch zur Information befugt und berechtigt ist, sondern man hört es auch über die Grenzen hinweg. Es wird daher sicherlich allgemein verstanden werden, daß in der Außenpolitik eine gewisse Notwendigkeit und ein gewisser Wert zur Diskretion vorliegt.

Diskretion ist ja im allgemeinen eine Tugend, deretwegen man nicht getadelt, sondern gelobt werden soll. Und ich glaube, daß dies gerade für den Bereich der Außenpolitik gilt. Ich möchte die Sache einmal anders sehen: Wie würde beispielsweise ein Gespräch über wichtige Themen mit Außenministern oder Regierungschefs anderer Länder abgeführt werden können, wenn diese andauernd das Empfinden hätten, daß das, was sie sagen, mitteilen und verhandeln, nun sofort ausposaunt wird. Ich bitte daher um Verständnis dafür, daß eine gewisse Diskretion absolute Notwendigkeit in der Außenpolitik ist.

Es ist auch so, daß Informationen, beispielsweise durch Zeitungen, selbstverständlich ein anderes Gewicht haben als offizielle Stellungnahmen, mit denen sich eine Regierung oder ein Ministerium verpflichtet. Ich glaube daher, daß doch ein richtiger Weg in diesem Parlament gegangen worden ist, nämlich der Weg, wichtige Materien — und das galt besonders für die Frage Südtirol — in vertraulichen Sitzungen des Außenpolitischen Ausschusses zu behandeln.

Das Hohe Haus wird sich erinnern, daß vor einigen Tagen eine solche Sitzung stattgefunden hat, in der wir einen sehr ausführlichen und sehr tiefgehenden Gedanken-austausch über das Problem Südtirol gehabt haben, bei welcher Gelegenheit ich auch den anwesenden Ausschußmitgliedern, wie ich glaube, sehr ausführliche Informationen über den derzeitigen Stand und über die Entwicklung des Problems geben konnte.

Unsere Geschäftsordnung im Parlament macht das ja nicht leicht. Sie ist ein bißchen — wenn ich so sagen kann — kompliziert. Sie ist nicht sehr extensiv, sie ist auch nicht sehr kommunikationsfreundlich. Man muß daher immer eine Art kleinen Umweg benützen, um geschäftsordnungsmäßig in der Lage zu

sein, über wichtige Themen nachher im Außenpolitischen Ausschuß zu sprechen.

Ich bin nicht so pessimistisch hinsichtlich des Wertes der bisherigen Kontakte zwischen Regierung — insbesondere dem Außenministerium — und der Opposition. Ich kann für meinen Teil in Anspruch nehmen, daß ich durch viele Gespräche, wie beispielsweise mit Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky oder Herren der Freiheitlichen Partei, sehr wertvolle und interessante Anregungen und Hinweise erhalten habe. Dieser Kontakt ist zweifellos hier gewesen, besteht, aber ich bin sehr gerne bereit, den Anregungen zu folgen und den Kontakt in Zukunft noch zu intensivieren.

Nicht klar ist mir allerdings, wieso behauptet werden konnte, daß gerade in dem Bereich der Südtirolerhandlungen — wenn ich so sagen kann — die Opposition nicht informiert worden wäre. Bei den so wichtigen Gesprächen, die wir mit Nord- und Südtirolern über diesen Bereich doch immer wieder gehabt haben und weiterführen, sind stets Herren der Sozialistischen Partei und sind stets Vertreter der Freiheitlichen Partei dabei; zum Beispiel der Herr Abgeordnete Dr. Bader, der Tiroler Abgeordnete, der sehr rege an diesen Beratungen teilnimmt. Ich bin vollkommen überzeugt, daß er die Herren und Kollegen seiner Fraktion über den Inhalt dieser Beratungen und Gespräche informiert.

Es ist auch nicht richtig, daß jemals Geheimverhandlungen stattgefunden haben. Was ist Geheimverhandlung? Geheimverhandlung ist, wenn man über die Köpfe derer spricht, um die es geht. Aber über jede Phase — ich habe einmal gesagt: über jeden Beistrich — der Südtirolerhandlungen sind Nord- und Südtiroler nicht nur ständig informiert worden, sondern sie waren auch beim Ablauf dieser Verhandlungen immer dabei. Nichts ist ohne sie geschehen, und nichts wird auch in Zukunft ohne sie jemals geschehen können.

Im Zuge der Debatte wurde nun auch diesmal — so wie das letzte Mal vor einem halben Jahr — die Frage der Kompetenzen behandelt. Ich bitte dabei folgendes zu überdenken: Es gibt im Kompetenzgesetz, in den einschlägigen Bestimmungen, wenn ich so sagen kann, eine Generalklausel, nach der auch diejenigen Ministerien, die mit bestimmten Fragen der Außenpolitik beschäftigt sind, doch ständig im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, soweit es sich um Fragen allgemeiner politischer Natur handelt, vorzugehen haben. Das ist eine Generalklausel zugunsten der Außenpolitik und ihrer Führung, die — wenn ich so sagen kann — die gesamte Re-

2482

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

gierungstätigkeit und alle Ministerien erfüllt und durchleuchtet. Wir können die Frage der Kompetenz des Außenministeriums nur von der Warte dieser Generalklausel aus sehen.

Da bestärkt mich auch eine andere Überlegung. Der Inhalt des Kompetenzgesetzes in diesem Punkt ist ja festgelegt und ausgearbeitet worden zu einer Zeit, in der die derzeitige Regierung noch nicht im Amt gewesen ist, sondern noch ein Versuch gemacht wurde, die Koalitionsregierung aufrechtzuerhalten. Ich kann nicht annehmen, daß die Herren der Sozialistischen Partei — insbesondere diejenigen, die mit Außenpolitik beschäftigt waren — damals Vorschläge hätten akzeptieren wollen, die eine erfolgreiche Führung des Ministeriums unmöglich gemacht hätten.

Dann eine weitere Überlegung: Die Übertragung der Kompetenzen für den Außenhandel an das Handelsministerium ist vor langer Zeit durchgeführt worden — nicht erst jetzt, sondern noch während der Koalitionszeit — und ist, wenn wir vergleichen mit anderen europäischen Ländern, in keiner wie immer gearteten Weise ein Novum. Das gibt es beispielsweise in der Schweiz, das gibt es beispielsweise in Großbritannien. Und wenn Sie die derzeitige dänische Regierung untersuchen, werden Sie sehen, daß der Außenhandel auch dort einem eigenen Ministerium, dem Handels- und Marktministerium, wie es heißt, überantwortet ist. Daher ist eine derartige Teilung der Agenden mit Bezug auf das Ausland keineswegs eine Neuheit in Österreich, sondern eine Form, wie man es löst, wobei selbstverständlich auch andere Formen durchaus gangbar sind und niemand behauptet hat, daß die derzeitige Lösung sozusagen der Weisheit letzter Schluß ist.

Ich danke auch dem Hohen Haus für die Unterstützung, die mir mit manchen Erklärungen hinsichtlich des Ausbaues des diplomatischen Dienstes gegeben worden ist. Der diplomatische Dienst ist aber selbstverständlich eine Angelegenheit, die nicht nur mit dem Geld, sondern auch mit der Herbeiziehung der notwendigen Personen zusammenhängt. Der diplomatische Dienst entwickelt sich organisch, und alle Länder haben die gleichen Schwierigkeiten, weil die Zahl der Völkerrechtssubjekte immer größer wird und es daher notwendig ist, diplomatische Vertretungen in anderen Ländern zu errichten. Dieses Problem bereitet Schwierigkeiten für alle Außenministerien der Welt.

Es wurde ziemlich breit über Integration gesprochen, soweit sie in den Bereich der Außenpolitik und des Völkerrechtes gehört.

Ich möchte dazu, von diesem Standpunkt aus gesehen, einiges sagen. Selbstverständlich ist es für einen immerwährend neutralen Staat wie Österreich völlig unakzeptabel, daß ein internationales Gericht oder ein anderes Gericht über die Interpretation der Neutralität wacht und judiziert. Solche Dinge kann man vorschlagen, solche Dinge kann man bei Fühlungnahmen und Verhandlungen untersuchen, aber das bedeutet ja noch nicht, daß man sie akzeptiert. Die Bundesregierung nimmt die Politik, die Stellungnahme, die Erklärungen aller Großmächte im Bereich der Integration außerordentlich ernst. Und ich glaube, einem Appell der Herren des Hohen Hauses folgend, daß das eine durchaus realistische Einstellung ist.

Aber gerade die Gespräche, die zu führen ich in der letzten Zeit Gelegenheit gehabt hatte, haben mich zu der Überzeugung geführt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und auch Frankreich den Abschluß eines Sonderabkommens Österreichs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durchaus begrüßen würden und dabei Österreich im Bereich ihrer Möglichkeiten jede Unterstützung gewähren.

Vom Herrn Abgeordneten Peter wurde die Frage aufgeworfen nach einer Erklärung des Herrn Abgeordneten Dr. Withalm mit Bezug auf die sogenannte Doppelmitgliedschaft oder, wie es in der Sprache der diesbezüglichen Gremien heißt, der Double-Appartenance. Zunächst einmal ist zu sagen, daß der Abgeordnete Dr. Withalm gar nicht eine diesbezügliche „Erklärung“ abgegeben hat, sondern darüber anlässlich eines Essens, gesprochen hat, wo selbstverständlich Journalisten zugegen gewesen sind. Man weiß natürlich nachher nie, was dann wirklich in der Presse herauskommt.

Aber dieser Vorfall gibt mir willkommene Gelegenheit, zu der Frage der Double-Appartenance zu sprechen. Es war immer unsere Ansicht, daß diese sogenannte Doppelmitgliedschaft eine ausgezeichnete Lösung wäre, wenn sie möglich ist. Und der Herr Abgeordnete Dr. Withalm hat auch diesen sehr wesentlichen Beisatz hinzugefügt.

Das wirft außerordentliche Probleme auf. Österreich als Mitglied einer Freihandelszone müßte dann nachher mit einer anderen Staatengemeinschaft eine wirtschaftliche Regelung treffen, die entweder auf der Basis des Freihandelszonenkonzeptes liegt, also mit Autonomie der Zölle gegenüber Drittländern, oder auf der Basis einer Zollunion. Das erste Konzept, nämlich eine Lösung auf Freihandelsbasis zu finden, stößt an einen der Grundsätze der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die für die europäischen und,

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

sagen wir, atlantischen Industrieländer das Freihandelszonenkonzept als eine Lösungsform ungeeigneter Art betrachtet, während eben die Frage einer Adaptierung an eine Zollunion, wo also der Außenzoll gleich hoch ist, eben das große Problem aufwirft, daß nachher eine solche Außenzoll-Regelung eben auch gegenüber den Drittländern und damit auch gegenüber den EFTA-Ländern gelten müßte. Damit ist natürlich das Problem der Double-Appartenance ausgelöst. Ich wollte dem Hohen Hause mit einer Schilderung dieses Tatbestandes eben nur sagen, wie es steht, wie die Problematik ist, und darüber ist selbstverständlich noch keineswegs entschieden worden. Das ist eine Angelegenheit, über die man erst in Zukunft Entscheidungen und Beschlüsse fassen kann.

Ich habe auch schon gehört, was der Herr Abgeordnete Peter gesagt hat, daß angeblich in Brüssel Kritik geübt worden ist an einer Rede von mir, in der ich die, sagen wir, zu erhoffende, zu erwartende österreichische Lösung als einen Modellfall für die Lösung anderer pendenter Integrationsprobleme dargestellt hätte. Ich habe diese Kritik, die dort geübt worden ist, auch gehört, und ich habe, weil dabei meine Rede zitiert worden ist, diese meine Rede nachgesehen, die ich dort gehalten habe. Und mit bestem Willen konnte ich keinen einzigen Satz in dieser Rede vorfinden, der darauf Bezug genommen hat. Es handelt sich also um eine Bemerkung über irgend etwas, was zu irgendeinem Zeitpunkt bei irgendeiner Gelegenheit einmal angeblich gesagt worden ist.

Ich kann also hier ungefähr meine Stellungnahme zu diesem Problem replizieren: Ich habe mehrmals gesagt: Wenn es gelingt, das Problem zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu lösen, so ist dies ein Beispiel und ein Beweis dafür, daß die Politik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegenüber dem übrigen Europa einen flexiblen Charakter angenommen hat. Es ist ein Beweis für die Flexibilität der Außenpolitik der Wirtschaftsgemeinschaft, keineswegs jedoch ein Beweis dafür, daß diese Lösung in diesem Fall eine Musterlösung für andere Fälle sein könnte. Gerade die Flexibilität beweist ja und fordert, daß für verschiedene gelagerte Fälle verschiedene Lösungsformen gesucht und gefunden werden. (*Abg. Peter: Entschuldigen Sie, Herr Minister! Dieser Modellfall ging durch die Zeitungen!*) Das kann sein.

Ich komme jetzt auf etwas anderes zu sprechen. Ich muß feststellen, daß in den Ausführungen von Abgeordneten Czernetz, der sie, was natürlich sein legitimes Recht ist,

in den Oberbau einer allgemeinen Opposition eingekleidet hat, doch sehr wesentliche Elemente vorhanden waren, die nun doch ein gewisses Ausmaß von Übereinstimmung zeigen. Ich möchte nur eine Stelle zitieren. Er sagte: „Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß eine Vollmitgliedschaft Österreichs bei der Wirtschaftsgemeinschaft nicht möglich ist.“ Das ist schon längst erkannt worden, wird von niemandem verlangt und ist allseits Gemeingut.

Es ist einvernehmlich die Forderung akzeptiert worden, daß die Forderungen des Neutralitätsrechtes streng eingehalten werden müssen. Ich verweise dabei auf eine Publikation von Universitätsprofessor Dr. Verdross, die er vor ganz kurzer Zeit durch das österreichische Unterrichtsministerium herausgeben ließ. Das ist diese Publikation hier. (*Der Minister zeigt eine Broschüre vor.*) „Die immerwährende Neutralität Österreichs“. Sie stellt, herausgegeben vom Unterrichtsministerium, selbstverständlich auch die Meinung der Bundesregierung dar. Sie ist eine komplette Darstellung der Neutralität. Ich glaube, es besteht überhaupt keine Meinungsverschiedenheit zwischen dieser Publikation und ihrem Inhalte und auch der Meinung der Opposition über die Interpretation der Neutralität. Denn Verdross ist eine anerkannte Völkerrechtskapazität, die über den Rahmen der Parteien weit hinausgeht.

Es wurde von Herrn Abgeordneten Fiedler die Glaubwürdigkeit genannt, also ein wesentlicher Belang der Neutralität. Er verwies dabei mit Recht auf eine Publikation und auf Ausführungen von Universitätsprofessor Dr. Bindschädler in der Schweiz. Selbstverständlich, die Glaubwürdigkeit gehört sehr wesentlich zur Neutralität. Aber ich bitte Sie doch folgendes zu bedenken: Die Beziehung der immerwährenden Neutralität zu den Geschehen regionaler Staatengemeinschaften, besonders supranationaler Staatengemeinschaften, ist in Theorie und Praxis völliges Neuland, sowohl für die Neutralität als auch für die Integration, und zwar wiederum für Theorie und Praxis. Es muß daher etwas Neues erarbeitet werden in den Untersuchungen darüber, auch in der Staatenpraxis. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß ein so schwieriger Prozeß in Theorie und Praxis nicht von heute auf morgen bewältigt werden kann. Ich sehe darin gar keine krisenhafte Erscheinung, sondern einen ganz selbstverständlichen Prozeß. Denn die Fortbildung von zwei so schwierigen Beginnen, wie Neutralität und Integration, verlangt eine sehr ausführliche Untersuchung. Es ist gar kein Zweifel, daß bei dieser Regelung der Staats-

2484

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

vertrag eingehalten werden muß. Auch da gibt es keine Diskussion.

Ich habe in der „Arbeiter-Zeitung“ mit großem Interesse gelesen, daß die „Arbeiter-Zeitung“ genau anführt, welche Schwierigkeiten an sich der Implementierung der Idee eines einfachen Handels- und Zollabkommens zur Regelung dieser Frage zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Wege stehen. Die Schwierigkeiten, die wir sehen, sieht also auch die „Arbeiter-Zeitung“ und damit auch die Sozialistische Partei.

Den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Czernetz konnte ich entnehmen, daß auch er der Ansicht ist, daß eine Vereinbarung unerlässlich notwendig ist.

Meine Damen und Herren! Wenn ich das jetzt alles zusammennehme und ferner auch konstatiere, daß der Herr Abgeordnete Czernetz gesagt hat, Österreich habe nicht mit dem Jahre 1918 begonnen, daß wir also beide in unseren Überlegungen über die große Linie der Politik gemeinsam ziemlich weit auch in die Vergangenheit gehen, dann muß ich sagen: Ich finde es zwar verständlich, daß das Kapitel Äußeres von der Opposition abgelehnt wird, aber die Argumente finde ich nicht überzeugend. Denn ich habe doch festgestellt, daß sehr viele Dinge, von denen man immer behauptet, daß es Verschiedenheiten gibt, sich doch gemeinschaftlich darstellen.

Hohes Haus! Es wurde bei den Ausführungen der weiteren Redner nachher über Südtirol gesprochen. Ich habe schon erwähnt, daß wir vor einigen Tagen eine ausführliche Diskussion über das Problem Südtirol im Außenpolitischen Ausschuß gehabt haben. Ich glaube, es ist wirklich für die Südtiroler besser, wenn wir diese Probleme nicht vor der gesamten Öffentlichkeit und damit vor dem Ausland behandeln, sondern wenn wir sie in dem Ausschuß behandeln, wo sie hingehören und wo auch gesprochen werden kann, ohne daß man Angst hat, daß diese Dinge in der Öffentlichkeit verzerrt werden können.

Es wird dem Hohen Haus aufgefallen sein, daß ich nicht an der Tätigkeit meines sehr verehrten Herrn Amtsvorgängers in diesem Bereich, auch nicht an den Entwürfen des Dezember 1964, persönlich Kritik geübt habe. Ich glaube, gegenseitige Kritik hin und her ist der Sache abträglich. Es wäre aber ebenso abträglich, wenn wir über die Entwürfe des Dezember 1964 sozusagen den Schleier dogmatischer Unfehlbarkeit legen würden und uns damit auf etwas versteifen, was in der praktischen Politik heute nicht durchgesetzt werden kann, da es die einhellige Meinung aller italienischen Parteien ist, daß wir, nachdem

das seinerzeitige Junktim abgelehnt worden ist, nicht mehr auf diese Konstruktion zurückgehen können.

Ich möchte jedoch zwei Versicherungen hier abgeben: Es wird niemals diese Bundesregierung eine Regelung der Südtirolangelegenheit akzeptieren, die nicht die Zustimmung der Südtiroler findet. Ich habe das mehrmals gesagt, und ich möchte das diesmal noch ausdrücklich betonen.

Ich möchte zweitens betonen, daß niemals eine Regelung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dadurch gefunden wird, indem sie auf dem Rücken der Südtiroler ausgetragen werden würde. Das ist nie verlangt worden. Wir haben keine wie immer gearteten Hinweise dafür, daß diese beiden Probleme von Italien gekoppelt worden wären, und würden sie gekoppelt, würden wir das niemals akzeptieren.

Abgeordneter Peter, glaube ich, hat auch gefragt, was mit meinem Fernsehinterview in Amerika und meiner Aussprache mit Dean Rusk war und warum ich nicht mit Dean Rusk über Südtirol gesprochen habe. Er wird sich vielleicht erinnern, daß es sich damals um einen kurzen Televisionsbericht über meine zweite Unterredung mit Dean Rusk gehandelt hat, und bei meiner zweiten Unterredung mit Dean Rusk ist das Problem Südtirol nicht behandelt worden, da es, Herr Abgeordneter, bei der ersten Unterredung bereits behandelt worden war. Die betreffende Fernsehsendung hat sich aber eben nur mit der zweiten Unterredung mit Dean Rusk beschäftigt.

Ich war in der letzten Zeit bemüht, das vereinbarte Dreiparteiengespräch über Südtirol zustande zu bringen, aber es war mir nicht möglich. Es ist nämlich sehr schwer, zwischen drei Parteien ein Datum einvernehmlich zu finden. Aber ich werde selbstverständlich meine Bemühungen fortsetzen, und ich glaube, daß wir in kürzester Zeit ein solches Dreiparteiengespräch zustande bringen werden.

Im Zuge der weiteren Diskussion wurden einige Angelegenheiten der Vereinten Nationen behandelt. Es wurde die Frage gestellt, ob eigentlich die immerwährende Neutralität im Einklang steht mit einer Teilnahme an militärischen Aktionen der Vereinten Nationen. Die militärischen Aktionen der Vereinten Nationen — soweit Österreich daran teilnehmen würde — stehen unter der Voraussetzung, daß sie einvernehmlich von der Staatengemeinschaft verlangt, empfohlen werden, daß also die Welt hinter diesen Aktionen zur Wiederherstellung des Friedens steht. Unter diesen Voraussetzungen hielten wir es für möglich — das war auch die Politik der Bundesregierung vor

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

dem März dieses Jahres —, daß Österreich an solchen militärischen Aktionen zur Wiederherstellung oder Sicherung des Friedens teilnimmt. Wir haben sogar ein Bundesverfassungsgesetz hier beschlossen, das die nötigen Voraussetzungen bietet.

Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi hat über eine Resolution in bezug auf Südafrika gesprochen, und er wird mir bestimmt verzeihen, wenn ich ihm sage, daß er hier wohl hauptsächlich an Südwestafrika gedacht hat. Die Resolution über Südwestafrika, die eingebracht worden ist, war nach dem ganzen Gang der Dinge bei den Vereinten Nationen so, daß ihr die überwältigende Mehrheit aller Staaten zugestimmt hat, womit ich nichts über den Wert dieser Resolution aussagen möchte. Im wahrsten Sinn des Wortes nur eine Handvoll Staaten, darunter auch Portugal und Südafrika, haben sich nicht angeschlossen. Wenn Österreich sich von dieser 99prozentigen Mehrheit abseint hätte, hätten wir am Endergebnis nichts geändert, aber wir hätten die Möglichkeit, die Dinge in unserem bescheidenen Rahmen zu beeinflussen, zweifellos versäumt. Ich glaube, daß das auch von allen Seiten — ich betone: von allen Seiten — verstanden worden ist.

Bezüglich der Entwicklungshilfe habe ich mir erlaubt, der Bundesregierung gerade gestern einen Bericht mit einem Antrag zu unterbreiten. Es wird ein neuerlicher Bericht am Anfang des nächsten Jahres über den Gesamtbereich der österreichischen Entwicklungshilfe folgen, und ich werde mir erlauben, einen solchen Bericht dem Hohen Hause vorzulegen, damit sich ein sehr umfangreiches Bild über die Tätigkeit Österreichs in der Entwicklungshilfe überhaupt eröffnet.

Es hat mich sehr gefreut, daß das Gespräch auch auf den sogenannten Neunerklub, wie er sich so schlagwortartig entwickelt hat, gekommen ist. Meine Damen und Herren! Sie werden sich erinnern, daß der Europarat schon vor Jahren die Initiative entwickelt hat, daß die Länder des Europarates mit dem Osten gewisse Kontakte pflegen sollen, soweit dies möglich ist. Die Ostinitiative des Europarates ist angelaufen, sie war längere Zeit einseitig, sie hat erst in letzter Zeit gewisse Ergebnisse zustande gebracht, wie beispielsweise die Europäische demographische Konferenz.

Die Resolution Rumäniens bei den Vereinten Nationen hat eine lange Vorgeschichte, eine Vorgeschichte, die viel weiter ging als das, was im vorigen Jahr dann herausgekommen ist. Was aber im vorigen Jahr die Vereinten Nationen auf diesem Gebiet entwickelten und was die Rumänen nachher in Umarbeitung dieser Resolution mit Einstimmigkeit durchgebracht

haben — es ist eine Per-acclamationem-Abstimmung gewesen —, war in der Substanz eigentlich das gleiche, was der Europarat verlangt hat, daß nämlich die europäischen Länder untereinander den Versuch machen sollen, ihre Probleme durch persönliche Kontakte, Verhandlungen und Fühlungnahmen ohne Intervention der Großen zu bereinigen. Es war von allem Anfang an klar und wurde von niemandem bestritten, daß eine solche Initiative sicherlich gut ist, daß sie vielleicht erfolgversprechend ist, daß aber die Voraussetzung darin besteht, daß wir die großen Fragen nicht behandeln, zum Beispiel nicht die Deutschlandfrage. Es wird sich jetzt herausstellen durch die Gespräche der ständigen Vertreter in New York, nächstes Jahr eventuell auch durch eine Ministerzusammenkunft, ob nachher gewisse konkrete Vorschläge mehr Form annehmen können: eine gewisse Zusammenarbeit im Bereich der ECE, einige Initiativen bei der UNESCO oder im Tourismus. Die allgemeinen politischen Gespräche, die geführt werden, werden zeigen, inwieweit diese Initiative zu einer Annäherung zwischen Ost und West bei völliger Wahrung der gegenseitigen Standpunkte dann führen wird.

Gegen Schluß der heutigen Verhandlungen im Hohen Hause sind die Vermögensverhandlungen erwähnt worden. Ich verstehe sehr gut die Erregung über dieses Gebiet, möchte jedoch nur mitteilen, daß von seiten der Außenpolitik das größte Interesse besteht, daß der österreichisch-ungarische Vermögensvertrag möglichst bald das Parlament passiert und ratifiziert werden kann. Ich respektiere aber die Bemühungen, zugleich mit diesem Vertrag andere Regelungen zustande zu bringen, die Erleichterungen für die Betroffenen bringen.

Ferner habe ich sofort schon im Mai des Jahres alle Bemühungen unternommen, um zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland über die in Rede stehenden Punkte zu kommen, also insbesondere § 230 Lastenausgleichsgesetz und um die Entfernung des § 56 aus dem Reparationsschädengesetz zu erreichen. In der Zwischenzeit hat auch Bonn geantwortet. Es wird jetzt eine Delegation hinausfahren, sie besteht nur aus einem hohen Beamten des Außenministeriums, der mit einem hohen Beamten in Bonn über diese beiden wichtigen Punkte verhandeln wird, und wir haben den Eindruck, daß es zu einer Klärung kommen wird. Ich hoffe daher, bald in der Lage zu sein, dem Hohen Haus zu berichten, daß wir in dieser Angelegenheit Fortschritte erreicht haben.

Ebenso möchte ich berichten, daß die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei wieder

2486

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

angelaufen sind, daß ein Arbeitsprogramm ausgearbeitet wurde, das man im Jänner zu realisieren beginnen wird. Ich habe den Eindruck, daß, da in viele Dinge auch noch konkreter eingegangen werden wird, gute Aussichten bestehen, im Laufe der nächsten Zeit zu einer Annäherung der Standpunkte und, wie wir hoffen, auch zu einer Lösung dieser Frage zu gelangen.

Leider kann mein Bericht nicht mit einem solchen Hoffnungsstrahl ausgestattet sein punkto der Vermögensverhandlungen mit Polen, wo wir offensichtlich einen Engpaß haben, der erst in der nächsten Zeit überwunden wird sein können. Das können wir noch nicht sagen, wie es werden wird. Ich hoffe, daß Polen die Stellungnahme, die es bisher bezogen hat, ändern wird.

Hohes Haus! Es wurde angeregt, eine große Diskussion über weltpolitische Fragen hier im Hohen Hause abzuführen. Ich muß sagen: Nichts wäre mir lieber! Ich möchte sehr gern eine solche große Tour d'horizon zusammen mit dem Hohen Hause abführen. Ich möchte aber gleich sagen, daß eine Debatte im Parlament natürlich kein Seminar über politische Wissenschaften ist, und alles, was wir hier tun und sagen, hat ein Echo außerhalb des Hohen Hauses. Dennoch würde ich es befürworten. Wenn ich mir eine Anregung erlauben darf, so ist es einfach das, was wir ohnehin schicken, so wie zum Beispiel den Bericht über die Tätigkeit unserer Delegation bei den Vereinten Nationen, dazu zu benutzen, eine solche Tour d'horizon abzuführen, denn in einem Bericht über die Vereinten Nationen ist doch alles drinnen: die Situation in Europa, in außereuropäischen Ländern, sogar der Weltraum wird behandelt. Das ist die Möglichkeit, eine umfassende Debatte über die Weltpolitik zu machen.

Zum Schluß ein Wort über den Sinn dieser Außenpolitik. Ich glaube, mit einem Wort sagen zu können: Der Sinn dieser Außenpolitik ist die Stabilität. Wir müssen durch eine Regelung der Probleme mit unseren Nachbarn das Fundament des immerwährend neutralen Staates Österreich noch weiter zementieren, noch weiter sichern, um die Stabilität im Bereich unserer Umwelt und bei uns weiter zu festigen. Wir müssen durch die schwierige Lösung des Bezuges Österreichs zu dem wirtschaftlichen Integrationsgeschehen im Westen Europas einen weiteren Schritt tun, um uns zu zementieren und zu festigen, denn ohne daß es uns gelungen ist, diese wichtige Frage zu bereinigen, wird es auch nicht möglich sein, die Neutralität auch dem gewachsen zu erweisen.

Wir werden weiterhin die Evolution bei den Donauvölkern mit großer Aufmerksamkeit in

der Zukunft betrachten, und eine Anregung des Hohen Hauses aufgreifend, möchte ich mitteilen, daß eine Konferenz unserer Botschafter in den Donauländern im Jänner in Wien stattfinden wird, um dabei zu prüfen, inwieweit realistische Aussichten für eine österreichische Politik gegenüber dem Osten und Südosten und einer Zusammenarbeit der Donauvölker möglich ist. (Abg. Dr. Pittermann: Passen Sie auf, daß Sie nicht „ostanfällig“ werden!) Nein, keine Gefahr. Es wird also geprüft werden, ob und, wenn ja, in welchem Rahmen.

Das Ziel der Stabilität wird auch in unserer Tätigkeit verfolgt werden, die sich in den großen Organisationen auf der Welt entwickelt, bei den Vereinten Nationen, bei den Regionalorganisationen, kurzum in der Präsentation Österreichs in weltpolitischem Rahmen.

Es ist also das Ziel der derzeitigen Außenpolitik der österreichischen Regierung und insbesondere meines Ministeriums mit dem einen Wort festzulegen: Die Stabilität Österreichs weiter zu stärken und zu festigen, um damit das Bild des immerwährend neutralen Österreich in der Welt als ein glaubwürdiges und ein sicheres darzustellen. (Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)

Präsident (der soeben wieder den Vorsitz übernommen hat): Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kreisky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kreisky (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, mich bei diesem Kapitel zum Wort zu melden. Durch die Ausführungen des Herrn Bundesministers Dr. Tončić glaube ich aber doch, daß ich gezwungen bin, einiges jedenfalls aufklärend und ergänzend hinzuzufügen.

Ich notiere mit großer Freude, und sicherlich auch meine Freunde in der Sozialistischen Partei, daß der Herr Außenminister die Politik, die Österreich gegenüber Osteuropa nun einschlägt, als einen großen außenpolitischen Erfolg und jedenfalls als eine sehr wünschenswerte Politik bezeichnet hat und daß er der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß das alles auf die Ostinitiative des Europarates zurückgeht. Ich möchte in aller Bescheidenheit bemerken, daß das die Außenpolitik — denn ich stehe immer noch auf dem Standpunkt, daß der Außenminister auch in der Vergangenheit die Außenpolitik der Gesamtregierung vertreten hat — der österreichischen Bundesregierung Anfang der sechziger Jahre gewesen ist. (Beifall bei der SPÖ.) Alle Stationen dieser Außenpolitik sind vom französischen Außenminister, sind vom belgischen Außenminister, von den skandinavischen Außenministern genau nachgefahren worden, allerdings vier bis fünf Jahre

Dr. Kreisky

später. Ich möchte daran erinnern, daß diese heute so gefeierte Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung seinerzeit bei den Wahlen 1962 als der „jugoslawische Weg“ bezeichnet wurde, auf den die Sozialisten Österreich führen wollen.

Ich möchte weiters um eine Aufklärung bitten: Ist es nur so, daß die Broschüre des Herrn Universitätsprofessors Dr. Verdross, die ich sehr genau kenne und mit der ich eigentlich vollinhaltlich übereinstimme, die authentische Interpretation der Neutralitätspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung darstellt? Wenn das so ist, werde ich mir erlauben, auf diese Broschüre bei anderem Anlaß zu verweisen. Das wäre doch eine nützliche und notwendige Aufklärung.

Die Frage zu entscheiden — und es ist, glaube ich, vor allem wichtig, das hier festzustellen —, inwieweit die Mitglieder der Sozialistischen Partei oder einzelne Mitglieder dieses Hauses vom Herrn Außenminister oder vom Herrn Bundeskanzler, der ja in Wirklichkeit die Außenpolitik führt oder in außenpolitischen Fragen führend ist, ausreichend informiert wurden, das müssen Sie doch auch den zu Informierenden überlassen. Ich möchte ausdrücklich und noch einmal wiederholen und diesmal im Hohen Haus auch sagen, was ich Ihnen schon persönlich gesagt habe: Aus dem Umstand, daß bei Geheimbesprechungen in Zirl Mitglieder der Tiroler Landesregierung anwesend waren, die beiden großen Parteien oder, wie ich jetzt höre, auch der dritten Partei angehört haben, zu schließen, daß darunter eine echte Information über außenpolitische Fragen verstanden werden kann, ist nicht vertretbar, denn diese Herren haben an dieser Konferenz in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Tiroler Landesregierung teilgenommen, und sie hatten nicht das Recht, ihre Parteien darüber zu informieren. Sie sind außerdem auch nicht Mitglieder des Hohen Hauses, sondern Mitglieder des Tiroler Landtages. Ich stelle ausdrücklich fest: Mir ist bis heute keine Information über die Geheimbesprechungen in Zirl zugegangen, weil der Herr Landesrat Zechtl als korrektes Mitglied der Landesregierung sich zu einer solchen Information nicht veranlaßt sehen konnte.

Ich möchte weiters mitteilen, daß auch der Herr Bundeskanzler nichts unternommen hat, vor dem Besuch des sowjetischen Staatsoberhauptes oder nachher uns über die Gespräche, die geführt wurden, zu informieren. Ich stelle ausdrücklich fest, daß eine solche Information die primitivste Voraussetzung einer gemeinsamen Außenpolitik wäre, die es eben heute nicht gibt. (*Beifall bei der SPÖ.*) Mit allem Ernst und mit allem Nachdruck muß ich dies

sagen, und das nicht ohne starke innere Bewegung.

Meine Damen und Herren im Hohen Haus! Es hat sich um ein Verhandlungsergebnis im Dezember 1964 gehandelt, denn ich habe hierüber alle zuständigen Faktoren der österreichischen Außenpolitik und Südtirolpolitik im Tiroler Landhaus am 8. Jänner 1965 informiert und habe sie um die Zustimmung zu diesen Verhandlungsergebnissen ersucht. Es waren Besprechungen mit dem ehemaligen Außenminister Saragat, der bereits im Zeitpunkt der Informationen, die ich am 8. Jänner erteilt habe, italienischer Staatspräsident war. Ich kann nicht verstehen, was es für einen Sinn haben soll, wenn der Herr Außenminister im Hohen Hause aufsteht und hier namens aller italienischen Parteien sozusagen eine Erklärung abgibt, statt daß man an der Position, die man einmal errungen hat, mit eiserner Energie festhält und sich nicht schwächt, indem man hier Erklärungen abgibt, die man bestenfalls im italienischen Parlament abgeben könnte. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

— Abg. Peter: Vielleicht könnte der Herr Parlamentsdirektor jetzt das Licht aufdrehen, damit das Fernsehen arbeiten kann!)

Präsident: Bitte, Herr Abgeordneter Peter, sich bei Ihrem Klubobmann zu erkundigen, was die Präsidialkonferenz darüber beschlossen hat.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Außenminister Dr. Tončić. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Tončić-Sorinj: Hohes Haus! Ich darf den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky noch einiges hinzufügen:

Es ist ein profundes Mißverständnis, zu glauben, ich habe gesagt, daß die Ostpolitik der derzeitigen österreichischen Regierung in Exekution der Ostpolitik des Europarates handelt. Was ich sagte, ist ganz etwas anderes. Ich sagte, daß Rumänien dem Inhalte nach eine Initiative des Europarates aufgegriffen hat, die sich in der Resolution, die zu dem sogenannten Neunerklub führte, manifestiert. Aber das ist vielleicht ein bißchen ein Hörfehler gewesen.

Die zweite Frage betrifft die Authentizität der Broschüre von Verdross über die immerwährende Neutralität der Republik Österreich. Ich sagte, daß ich in der Beurteilung des Inhaltes dieser Broschüre gar keinen Widerspruch in den Stellungnahmen der Volkspartei und der Sozialistischen Partei zur Beurteilung der Neutralität finden kann. Ich sagte, beide Parteien können mit dem Inhalt dieser Broschüre einverstanden sein. (*Abg. Dr. Kreisky: Sie sagten, die Bundesregierung, Herr Minister!*)

2488

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

Über den letzten Punkt, Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, muß ich Ihnen ehrlich sagen, würde ich am liebsten nicht sprechen. Denn ich glaube, die Ausführungen eines österreichischen Außenministers mit Ausführungen, die besser im italienischen Parlament gemacht werden, zu vergleichen, kann ich bei einem ehemaligen österreichischen Außenminister nur als eine Entgleisung ansehen. (*Lebhafte langanhaltender Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kreisky: Der laute Beifall — davon werden Sie noch hören, meine Damen und Herren! — Abg. Weikhart: Es war notwendig, daß Dr. Kreisky das klar und deutlich erklärt hat! — Weitere stürmische Zwischenrufe bei der SPÖ!*)

Präsident: Ich bitte das Hohe Haus, sich etwas zu beruhigen.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe III beendet.

(*Abg. Dr. Tull zu Bundesminister Dr. Tončić: Diese Arroganz ist nicht zu überbieten! — Abg. Dr. Kreisky: Das ist ja nur eine Beschimpfung gewesen!*)

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe III.

Diese umfaßt Kapitel 20: Äußeres. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Ange nommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den zu dieser Gruppe eingebrochenen Entschließungsantrag, der dem Ausschußbericht beigedruckt ist.

In dieser Entschließung wird die Bundesregierung ersucht, unter Berücksichtigung der Bedeutung der Diplomatischen Akademie deren Rechtsstellung, Aufgabenbereich und Studienordnung durch ein Bundesgesetz zu regeln.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstim mig angenommen.

Beratungsgruppe XII**Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten**

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XII. Diese umfaßt Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Spezialberichterstatter ist der Abgeordnete Steiner. Ich bitte um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Steiner: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat dieses Kapitel des Bundesvoranschlages für das Jahr 1967 in seiner Sitzung am 8. November 1966 der Vorberatung unterzogen.

In der Regierungsvorlage zum Bundesfinanzgesetz 1967 sind für die Landesverteidigung bei den Ausgaben Kredite der ordentlichen Gebarung in der Höhe von 3.000,215.000 S und Kredite in der außerordentlichen Gebarung von 420 Millionen Schilling vorgesehen.

An Einnahmen sind im Jahre 1967 92,700.000 S veranschlagt.

Gegenüber der Voranslagsziffer des Jahres 1966 von insgesamt 2.704,844.000 S hat sich der Gesamtaufwand bei Kapitel 40 in der ordentlichen Gebarung um 295,371.000 S erhöht. Die Einnahmen sind im Bundesvoranschlag 1967 um rund 18,075.000 S höher veranschlagt.

Beim Titel 400 ist der Aufwand für das Bundesministerium für Landesverteidigung veranschlagt:

Personalaufwand	81,368.000 S
Verwaltungsaufwand	10,198.000 S
Anlagen	495.000 S
Bezugsvorschüsse	16,006.000 S
Förderungsausgaben	3,589.000 S
Aufwandskredite	15.000 S

Der Personalaufwand mußte im Jahre 1967 gegenüber dem Voranschlag 1966 um 19,592.000 S erhöht werden, was auf die Bezugserhöhung für die Bundesbediensteten zurückzuführen ist.

Der Aufwand für Heer und Heeresverwaltung beträgt:

Personalaufwand	1.086,668.000 S
Verwaltungsaufwand	192,088.000 S
Anlagen	247,948.000 S
Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	322,693.000 S
Aufwandskredite	1.002,039.000 S

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand im Jahre 1967 gegenüber dem Jahre 1966 von 132,636.000 S ist auf die Bezugserhöhungen für die Bundesbediensteten sowie auch auf die Besetzung der noch freien Dienstposten, welche im Jahre 1966 nur zum Teil veranschlagt waren, zurückzuführen.

Der Verwaltungsaufwand wurde im Jahre 1967 um rund 22 Millionen Schilling höher als 1966 budgetiert. Die für die Neuanschaffung von Waffen und Gerät vorgesehenen Kredite von rund 248 Millionen Schilling mußten auf Grund der allgemeinen Haushaltsslage des Bundes in gleicher Höhe wie im Jahre 1966 budgetiert werden.

Steiner

Für „Krankenfürsorge für Wehrpflichtige“, „Krankenfürsorge für Angehörige von Wehrpflichtigen“, „Familienunterhalt und Mietzinsbeihilfe“, „Tapferkeitsmedaillenzulagen“, „Taggeld“, „Gebühren für die Zeit von Dienstfreistellungen“, „Wehrdiensterinnerungsmedaillen und Bundesheerdienstzeichen“, „Entschädigungen für Inspektionen und Instruktionen“, „Entschädigungen für Ableistung freiwilliger Waffenübungen“ sind 322,693.000 S vorgesehen. Auf Grund einer Novellierung des Heeresgebührengesetzes wird sich der Aufwand für „Familienunterhalt und Mietzinsbeihilfe“ gegenüber dem Jahre 1966 um 22,600.000 S erhöhen. Nach dieser Novelle sollen die Mindestbemessungsgrundlage für den Familienunterhalt des Wehrpflichtigen von 1000 S auf 1800 S und die Höchstbemessungsgrundlage von 3600 S auf 5400 S erhöht werden.

Die Novelle des Heeresgebührengesetzes bedingt weiters auch eine Erhöhung der Voranschlagspost „Taggeld“ um 48,532.000 S. Das Taggeld soll für Wehrmänner, Chargen und Unteroffiziere von bisher 8 S auf 12 S und jenes für Wehrmänner, Chargen und Unteroffiziere, die einen verlängerten ordentlichen Präsenzdienst leisten, von bisher 18 S auf 28 S erhöht werden. Für die Zulagen an die Besitzer von Tapferkeitsmedaillen sind im Jahre 1967 28 Millionen Schilling veranschlagt.

Entsprechend den großen Leistungen des Bundesheeres beim Katastropheneinsatz sollen 15 Millionen Schilling aus Mitteln des Katastrophenfonds dem Bundesheer zukommen.

Dieser Betrag soll zu gleichen Teilen für die Wiederbeschaffung von Werkzeugen und Ersatzteilen, sonstigem Material sowie von Bekleidung und Ausrüstung, die bei Katastrophen einsätzen unbrauchbar geworden sind, verwendet werden.

Der Bundesminister für Finanzen wird auch im Jahre 1967 ermächtigt, die Zustimmung zur Überschreitung der Ausgabenansätze für Lieferungen auf Grund von Kreditverträgen aus 1962 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling zu geben.

Dem Bundesministerium für Landesverteidigung soll im Jahre 1967 zur Beschaffung von Katastropheneinsatzgerät ein Betrag von 20 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden.

Der Bedarf des Heeresgeschichtlichen Museums (Militärwissenschaftliches Institut) wird folgendermaßen veranschlagt:

Personalaufwand	5,751.000 S
Verwaltungsaufwand	979.000 S
Anlagen	329.000 S
Aufwandskredite	171.000 S

Die Erhöhung des Personalaufwandes im Jahre 1967 gegenüber 1966 um 1,859.000 S ist auf die Bezugserhöhung für die Bundesbediensteten und auf die durch die Eingliederung der Militärwissenschaftlichen Abteilung des Bundesministeriums für Landesverteidigung in das Heeresgeschichtliche Museum eingetretene Erhöhung der Dienstposten zurückzuführen.

In der Debatte sprachen außer dem Spezialberichterstatter 18 Abgeordnete. Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader beantwortete die im Laufe der Debatte gestellten Anfragen.

Bei der Abstimmung am 17. November 1966 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der Beratungsgruppe XII zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages vom Finanz- und Budgetausschuß mit Stimmenmehrheit unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 40: „Militärische Angelegenheiten“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1967 (204 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Des weiteren beantrage ich, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort ist der Abgeordnete Zeillinger gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Auch wenn man nach der Präsenz daran zweifeln möchte, so wenden wir uns doch jetzt einem wichtigen Kapitel zu: der Verteidigung unseres Vaterlandes. Es ist nicht nur die Präsenz des Hauses, es sind auch noch andere Umstände, die uns bedenklich stimmen. Es ist auch der Umstand, daß es durch irgendeinen Beschuß — ich will hier nicht kritisieren, bevor wir nicht wissen, wer der Schuldige ist — dem Fernsehen verboten wird, die Debatte über das Kapitel Landesverteidigung den Fernsehteilnehmern, der Öffentlichkeit zu übermitteln. (*Abg. Dr. van Tongel: Genauso wie beim Bauskandal!*) Ich möchte auch hier in aller Offenheit sagen: Es ist dieselbe Taktik irgend einer Stelle — es wird sich ja hoffentlich noch herausstellen, wer da gewissen Personen die Mauer macht —, einfach das Arrangement so zu treffen, daß man alles das, was der Regierungspartei und der Regierung unangenehm werden könnte, zu solchen Stunden ansetzt, daß a) die Presse darüber kaum noch berichten kann und daß man b) eine Ausrede hat, dem Fernsehen das Aufnehmen zu verbieten. Es wird der Bauskandal nachmittags im Parlament behandelt, es wird die Landesverteidigung im Parlament nachmittags behandelt,

2490

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Zeillinger

weil die Regierung und alle jene Herren, die hinter ihr stehen und glauben, ihr die Mauer machen zu müssen, alles daransetzen, um eine Information der Öffentlichkeit zu vermeiden.

Damit kann man natürlich gewisse Umstände, zum Beispiel Aufdeckung der Korruption, Abstellung der Mißwirtschaft, um einige Monate hinausschieben, aber ich glaube nicht, daß man auf die Dauer die Aufdeckung der Skandale, so wie es offenbar jene Herren wünschen, verhindern kann.

Ich möchte feststellen, daß zum Beispiel Scheinwerfer — ich weiß nicht, wer aller daran beteiligt ist — nicht aufgedreht werden dürfen. Das ist eine jener Schikanen, mit denen man vor wenigen Minuten das Fernsehen aus dem Saale getrieben hat. Das liegt vollkommen auf der Linie, daß man das Ansuchen des Österreichischen Fernsehens, freie Übertragungen, wie sie eine Selbstverständlichkeit in jedem freien Parlament sind, aus dem österreichischen Parlament bringen zu dürfen, abgelehnt beziehungsweise verboten hat. (*Ruf bei der ÖVP: Das Aufstellen der Scheinwerfer dauert zu lange! — Abg. Peter: Es heißt, daß es im Jänner so weit ist, daß Scheinwerfer zur Verfügung stehen, wenn die Budgetdebatte vorüber ist!*) Herr Kollege! Das Aufstellen von Scheinwerfern würde nur wenige Minuten dauern und wäre ohneweiters möglich. Aber ich sehe vollkommen ein, Herr Kollege von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie jedes Interesse daran haben, zu verhindern, daß über das Fernsehen Bautenskandal, Prader-Affären und so weiter in die Öffentlichkeit hinausgetragen werden. Das ist doch der Grund dafür, warum Sie die Aufnahmen verhindern.

Das Fernsehen war bis vor zwei Minuten hier und war bereit, aufzunehmen. Erst dann, als auf Grund eines Zwischenrufes durch den Herrn Präsidenten klargestellt wurde, es werden nicht die Scheinwerfer eingeschaltet, haben die Herren des Fernsehens abgebaut und sind fortgegangen. Stecken wir doch nicht den Kopf in den Sand! Sagen Sie doch offen und ehrlich, Sie werden alles unternehmen, um eine Information der Öffentlichkeit zu verhindern. Wie schlecht muß Ihr Gewissen sein, wenn Sie derartige Methoden decken, schützen und verteidigen. Mit Demokratie hat das gar nichts mehr zu tun!

Ich bin überzeugt, es herrscht eine gewisse kritische Stimmung nach dem Schluß des vorhergehenden Kapitels. Ich kann mir das vorstellen. Ich habe das Gefühl, ich werde mich nach dem Herrn Verteidigungsminister wieder zum Wort melden dürfen, denn nach den letzten Ausführungen, die wir von einem Minister gehört haben, gehen die Polemiken

offenbar jetzt von der Regierungsbank aus. Ich erkläre gleich, daß ich, wenn ich auch der erste Redner bin — was ich an und für sich sehr begrüße —, selbstverständlich gerne Gelegenheit nehmen werde, dann, wenn von der Regierungsbank ungehindert weiter polemisiert wird, darauf zu antworten.

Ich möchte heute, da es immerhin 17 Uhr ist und noch sehr viele Abgeordnete des Hohen Hauses sicher das Verlangen haben, über sehr wichtige Probleme des Kapitels Landesverteidigung zu sprechen, das Abgeordnetenhaus nicht allzulange aufzuhalten, zumal sich auch mein Parteifreund Abgeordneter Peter mit einzelnen dieser Punkte noch beschäftigen wird.

Ich möchte in den Mittelpunkt meiner Ausführungen einen Fall, eine Affäre stellen, die augenblicklich die Öffentlichkeit sehr stark bewegt. Es ist ganz klar, es wird natürlich — allein, wenn wir die Routinediskussionen hinter uns gebracht haben — wieder gegen Mitternacht sein, und in keinem Parlament der Welt kann man nach 12- oder 14stündigen Verhandlungen noch ernsthafte Ergebnisse erwarten. Ich bedaure es, daß man unsere Landesverteidigung so wenig ernst nimmt, daß man glaubt, um 11 Uhr oder 12 Uhr nachts werden Abgeordnete, die 14 oder 15 Stunden lang gearbeitet haben, noch in der Lage sein, konstruktive Beiträge für die Regierung zu liefern. Aber, meine Herren, das ist Konzept, das will man ja! Man will ja, daß der Verteidigungsminister seine Pläne ungehindert weiterverfolgen kann, Pläne — ich muß das immer wieder betonen —, die eine Gefahr für die österreichische Landesverteidigung darstellen, sofern überhaupt Pläne vorhanden sind.

Ich bin sehr neugierig und hoffe, daß der Verteidigungsminister endlich einmal sein Geheimnis lüften und einmal dem Parlament darlegen wird, wo das Verteidigungskonzept für Österreich mit einer langen Rangordnung ist, wo dieses Verteidigungskonzept ist, das zumindest den Abgeordneten des Hohen Hauses, nicht nur den Regierungsabgeordneten, sondern auch den Abgeordneten der Opposition, die dem Landesverteidigungsrat oder dem Landesverteidigungsausschuß angehören, bekannt sein müßte. Herr Minister! Kein Mitglied des Landesverteidigungsausschusses kennt dieses Verteidigungskonzept mit einer langfristigen Rangordnung. Was soll verteidigt werden? Es sind Probleme, die man zumindest in einem nichtöffentlichen Ausschuß besprechen muß: Die Verteidigung Wiens, ist sie geplant, ist sie nicht geplant? Das Wegbringen der Vorratslager und so weiter. Über diese Fragen ist keinem der Mitglieder des Ver-

Zeillinger

teidigungsausschusses etwas bekannt. Ich habe sehr viele gefragt, denn ich will keinen Vorwurf gegen Ihre Amtsführung erheben, ehe ich mich davon überzeugt habe; aber keiner der Herren hat etwas davon gewußt.

Ein anderes Beispiel ist das oft urgirte Luftraumverteidigungskonzept. Herr Minister, Sie haben sicherlich sehr viel zu tun; ich bin überzeugt, daß das Wegtragen von 5000 Karteikarten sehr viel Arbeit gemacht hat. (*Heiterkeit.*) Aber das Luftraumverteidigungskonzept wäre zumindest ebenso wichtig gewesen, denn der Einflug einer einzigen Sportmaschine — ich weiß nicht, ob sie italienischer Herkunft war — hat doch die Haltlosigkeit der österreichischen Luftraumverteidigung aufgezeigt. Ein einziger Flieger hat uns erschreckend aufgezeigt, wie groß die Gefahr ist, hat uns gezeigt, welch große Kompetenzschwierigkeiten vorhanden sind: Wer ist für den Flieger zuständig — die Landesverteidigung, das Innenministerium, die Polizei, die Gendarmerie? Wer soll aufsteigen, wer soll klären? Wer soll ein Flugzeug überhaupt erfassen? Ich habe nachgelesen, wie viele Millionen wir für die radarmäßige Erfassung unseres Luftraumes ausgegeben haben. Wir haben zwei sehr schöne große Radarstationen, eine auf dem Kollmannsberg und eine in Siezenheim bei Salzburg, die angeblich ihre Aufgaben lösen können. Ich habe aber bis zur Stunde nicht gehört, daß es möglich gewesen wäre, mit irgendeinem Aufklärungsgerät rechtzeitig einfliegende Flugzeuge zu erfassen.

Man sagt: Es fliegen so viele Fluzeuge ein, wir haben gar keinen Überblick mehr. Darf ich Sie fragen, Herr Verteidigungsminister: Haben wir Korridore so wie die anderen Staaten? Ich habe mich rasch über vier Staaten erkundigt und dabei festgestellt, daß es überall Luftkorridore gibt, in denen eingeflogen werden muß und in denen auch ein solches Flugzeug hätte einfliegen müssen. Haben wir derartige Luftkorridore? Wir haben Luftstraßen, von denen man hört, daß sich kein Mensch an sie hält. Wir wissen, daß zum Beispiel die russischen Maschinen einfliegen, wo sie wollen. Wir nehmen das zur Kenntnis und tun nichts dagegen. Da frage ich nur, Herr Verteidigungsminister: Wie lange schauen wir zu? Vielleicht so lange, bis ein Flugzeug nach Wien fliegt, das statt Flugzetteln versehentlich eine Bombe abwirft? Dann ist es aber zu spät. Dann ist es auch zu spät, zu sagen, daß Sie, Herr Minister, die Schuld trifft. Denn die Konzeption, die Ausarbeitung von Plänen, kann man nicht irgend einem Gefreiten, nicht irgendeinem Offizier oder irgendeinem Abgeordneten übertragen, sondern das ist die Aufgabe eines Ministers.

Es wäre sehr interessant, von Ihnen heute im Schlußwort darüber beruhigende, aufklärende Worte zu hören. Aber nicht nur zu hören, daß das alles vorhanden ist, sondern auch, ob jenen Männern des österreichischen Parlaments, die die Verantwortung tragen — die Verantwortung tragen ja nicht Sie als Minister allein, sondern auch die Abgeordneten der Parteien —, diese Konzeption bekannt ist, ob sie darüber beraten und dazu Stellung beziehen könnten oder ob das eine der berühmten Geheimakten ist, von denen man nie weiß, ob sie wirklich existieren oder nicht.

Ist jene Zentralgewalt, ist jener Generalstab, der vereinigt plant, vorhanden? Was hat er geleistet, was hat er vorgelegt? Wo sind die Ergebnisse seiner Beratungen? Ich kenne keinen Abgeordneten, der darüber Bescheid weiß. Ich lade alle Damen und Herren des Parlaments ein, insbesondere der Regierungspartei, herunterzukommen und zu widersprechen, aber nicht mit der Behauptung, es sei alles in Ordnung, es sei alles vorhanden, sondern auch mit der Darlegung, wo die für jede Landesverteidigung selbstverständlichen Konzepte und Pläne sind, wer sie gesehen hat, wer über sie beraten hat und wie sie funktionieren. Wie ist es möglich, daß trotz eines angeblich vorhandenen Konzepts laufend Pannen passieren, wie am vergangenen Samstag der Einflug des Italieners?

Das Grundübel, Herr Minister, beginnt damit, daß man zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik derzeit offenbar nicht bereit ist. Wir hören zwar insbesondere am Sonntag immer sehr schöne Worte, wie notwendig es ist, bestimmte Anliegen unseres Landes außer Parteienstreit zu stellen. Von freiheitlicher Seite her kann ich dazu sagen: Ich bekenne mich dazu und habe es wiederholt getan. Dazu gehört nicht nur die Außenpolitik, von der wir eben gehört haben, daß die ehemalige Dreiparteien-Außenpolitik, die Außenpolitik der gesamten österreichischen Volksvertretung, zu einer Einparteien-Außenpolitik geworden ist, von der letzten Endes eines Tages Südtirol geopfert werden wird, sondern dazu gehört auch die Landesverteidigung. Es wäre notwendig, daß man auch die Landesverteidigung aus dem Parteienstreit heraushebt und zu einer Allparteienpolitik macht. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Initiative von der Person des Ministers ausgeht. Dazu möchte ich feststellen, daß in dieser Hinsicht von Seiten der Regierung nichts geschehen ist, daß die Abgeordneten, sofern sie nicht der Regierungspartei angehören — darüber kann ich nicht urteilen —, daß wir Freiheitliche als Oppositionspartei nicht informiert werden, daß wir nichts wissen, ja daß wir bewußt

2492

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Zeillinger

getäuscht werden und daher auch nicht die Mitverantwortung für eine gemeinsame Landesverteidigung übernehmen können.

Ich frage nur, Herr Verteidigungsminister, ob Sie eine so gefährliche Verteidigungspolitik auch im Moment des Ernstfalles für richtig halten, denn dafür ist ja die Landesverteidigung da, sie ist nicht für Paraden da, und auch nicht allein für Katastrophenfälle, obwohl ein solcher Einsatz sehr begrüßenswert ist und wofür wir immer danken, ganz gleichgültig wo in Katastrophenfällen Einsätze von den braven Offizieren und Soldaten unseres Heeres geleistet werden. Aber nicht nur dafür ist unser Heer da, sondern vor allem für einen hoffentlich nie kommenden Ernstfall. Beantworten Sie die Frage, ob Sie es im Hinblick auf einen solchen Tag, an dem es notwendig sein kann, daß das ganze österreichische Volk zu seinem Heer steht, an dem Männer, die allen Parteien angehören, einrücken, um unser Vaterland zu verteidigen, für richtig halten, eine Politik zu betreiben, die sich auf die Österreichische Volkspartei beschränkt, unter ausdrücklichem Ausschluß der Opposition in diesem Staate.

Wir Freiheitlichen wären bereit, für Österreich, für unser Vaterland, eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu schaffen, wenn Sie, Herr Minister, Ihrerseits bereit wären, von Ihrem bisherigen Weg der Einparteien-Verteidigungspolitik abzugehen und das Bundesheer, das über den Parteien und außerhalb der Parteien stehen soll, wieder aus dem Parteienstreit, in den es erst seit Ihrer Amtsführung gekommen ist, herauszuheben.

Voraussetzung dafür ist allerdings die Herstellung eines gewissen Vertrauensverhältnisses innerhalb der Volksvertretung. Daß das möglich ist, haben wir gesehen. Wir haben gesehen, daß es auch in hitzigsten Tagen möglich war, große politische Probleme unseres Vaterlandes aus dem Parteienstreit herauszustellen und in diesem Hause eine Allparteienpolitik zu machen. Es ist möglich, wenn das notwendige Vertrauen und die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Voraussetzung nicht nur für die Allparteienpolitik in der Landesverteidigung, sondern für die Landesverteidigung überhaupt wäre allerdings eine saubere Personalpolitik. Was stellen wir aber fest, was stellten wir in den letzten Monaten mit Schrecken fest: einen immer stärkeren Gesinnungsterror innerhalb der Landesverteidigung, einen Gesinnungsterror, der heute bereits von zahlreichen Angehörigen unseres Heeres als unerträglich bezeichnet wird! Sie können es abstreiten, Sie können sich darüber hinwegsetzen, aber es wird immer wieder der große Unterschied zwischen

dem Verteidigungsministerium zu einer Zeit, als andere Minister an seiner Spitze gestanden sind, und dem Verteidigungsministerium seit jener Zeit betont, als Sie, Herr Dr. Prader, an die Spitze des Verteidigungsministeriums getreten sind.

Sie wissen das ja selber, Sie erinnern sich sehr gut an jene ÖAAB-Versammlung innerhalb des Ministeriums, bei der Sie immer wieder als der Motor des ÖAAB innerhalb der Landesverteidigung gefeiert wurden und bei der ganz offen an Ihren lahmen Vorgängern Kritik geübt wurde, die viel mehr die Interessen der Landesverteidigung und weniger die Interessen des ÖAAB vor Augen gehabt haben. Sie waren sehr stolz und haben sich als Motor des ÖAAB feiern lassen. In Wirklichkeit war aber diese Versammlung Ihrer Parteifreunde innerhalb der Landesverteidigung eine Niederlage des Gedankens der österreichischen Landesverteidigung. Jene Männer, die die Landesverteidigung noch höher gestellt haben als die politischen Interessen ihrer eigenen Partei, sie waren noch geeignet, ein Landesverteidigungsministerium zu führen.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, ganz kurz an den 14. Juli des heurigen Jahres erinnern, an dem wir bei einer Diskussion hier im Hause erschreckende Mitteilungen über Vorgänge im Verteidigungsministerium bekommen haben. Ich habe damals einen Brief vorgelesen, in dem sich der Sprecher einer Gruppe von Offizieren, Beamten und sonstigen Heeresangehörigen bereit erklärt hat, vor einem Untersuchungsausschuß des Parlaments zu erscheinen und dort jene schweren Vorwürfe, die gegen die Amtsführung des Ministers Dr. Prader erhoben wurden, zu bekräftigen. Er persönlich hat sich dazu bereit erklärt, wie alle jene, die sich mit ihm zusammengefunden haben und die ohne Rücksicht auf die Partei — ich möchte gleich sagen, federführend sind Angehörige der ÖVP, es sind Sozialisten dabei, es sind Freiheitliche dabei — die Interessen unseres Vaterlandes und unserer Landesverteidigung allein vor Augen haben und die daher — ich habe es ganz offen ausgesprochen — eine Untersuchung durch das Parlament über die von ihnen aufgestellte Behauptung erwartet haben, daß eine weitere Amtsführung Dr. Praders unter diesen Umständen die Landesverteidigung ernstlich in Gefahr bringen würde.

Mit der der Österreichischen Volkspartei vom Volk am 6. März gegebenen absoluten Mehrheit haben Sie den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses niedergestimmt, wobei Sie es als einen Erfolg angesehen haben, daß es dadurch unmöglich geworden ist, die Vorgänge innerhalb des Verteidigungs-

Zeillinger

ministeriums zu untersuchen. Dabei bitte ich Sie, immer wieder zu bedenken, daß es gar nicht darum gegangen ist, schon einen Schulspruch zu fällen, sondern nur zu untersuchen, letzten Endes auch das zu untersuchen, was ich und andere Abgeordnete hier dem Herrn Minister ins Gesicht gesagt haben und — was das Ungeheuerlichste war, was je in der Amtsführung eines Ministers festgestellt worden ist — worin Amtsmißbrauch, Personalterror und alles mögliche enthalten waren. Die Mehrheit in diesem Parlament hat sich aber geweigert, überhaupt zu untersuchen, ob diese Vorwürfe zu Recht bestanden haben. Sie hätten die große Möglichkeit dazu gehabt. Ich war, als ein Kollege der Volkspartei an der Richtigkeit dieses Briefes zweifelte — ich habe ihn noch von einer Fernsehsendung, wo ich den Namen, weil man den ja früher in Erfahrung bringen wollte, mit Deckkarten verdeckt habe (*Redner zeigt ein Schriftstück vor*) —, bereit, mein Mandat einzusetzen für die Echtheit des Briefes. Der Kollege ist leider momentan nicht im Saal, denn in wenigen Minuten hätten wir Gelegenheit, uns darüber zu unterhalten, ob der von mir damals verlesene Brief, ob die Mitteilung jener Offiziere, Beamten und Heeresangehörigen echt war oder nicht.

Sie haben den Untersuchungsausschuß mit der Gewalt Ihrer 85 Mandate niedergestimmt, und Sie haben damit eine echte Untersuchung über schwere Vorwürfe verhindert. Solange diese Untersuchung von Ihnen in der Regierungspartei verhindert wird, bleiben die Anschuldigungen auf dem Haupte des Ministers haften. Denn damit, daß man nachher hergeht und beispielsweise Pressekonferenzen macht, dabei die Presse völlig falsch informiert, ist nichts getan (*Abg. Dr. van Tongel: ... den ganzen Sommer über Aussendungen macht!*), damit, daß man Aussendungen macht, ganze Bücher darüber aussendet, ebenso wenig.

Übrigens, Herr Minister, möchte ich feststellen: Wenn Sie einen Untersuchungsausschuß ermöglichen wollten und Ihrer Partei sagten: Das ist ja ungeheuerlich, man wirft mir praktisch das Verbrechen des Amtsmißbrauchs vor, gestattet doch den Untersuchungsausschuß, damit ich meine saubere Weste zeigen kann!, so glaube ich nicht, daß Ihre eigene Partei das verhindern könnte. Sie könnten allerdings nicht verhindern, daß die Öffentlichkeit der Ansicht ist, daß Sie dahinter stehen, wenn Ihre Partei nicht zustimmen darf, einen solchen Untersuchungsausschuß hier einzusetzen. (*Abg. Dr. Tull: Eine dicke Haut ist auch eine Gabe Gottes! — Gegenruf bei der ÖVP: Aber nur für einen Elefanten!*)

Sie haben Aussendungen über Fälle herausgebracht, die zum Teil gar nicht zur Debatte gestanden sind, und die, das möchte ich hier ausdrücklich feststellen, unrichtige, unwahre Informationen enthalten haben. Herr Minister! Ich bin einer ganzen Reihe dieser Fälle nachgegangen und habe festgestellt, daß von denen, die ich untersucht habe, der Großteil nicht gestimmt hat. Ich erkläre: Ich selber bin bereit, Ihnen in einem solchen Untersuchungsausschuß, wenn er eingesetzt wird, nachzuweisen, daß Sie die Journalisten unrichtig informiert haben, als Sie jenes dicke Konvolut, das Ihre Rechtfertigung enthalten hat, der österreichischen Presse übergeben haben. (*Abg. Dr. van Tongel: Auf eine Unwahrheit mehr kommt es nicht an!*)

Auch dafür, Herr Minister, daß alles getan worden ist, um die Namen jener Offiziere, Beamten und Heeresangehörigen zu erfahren, die dahinter stehen, ist sehr viel Zeit und Mühe aufgewendet worden. Während des Sommers, als der Herr Minister sicher war, daß die Abgeordneten auf Urlaub waren, haben wir Briefe bekommen, in denen wir aufgefordert wurden, die Namen bekanntzugeben, obwohl wir ausdrücklich gesagt haben: Die Namen und dieser Brief werden dem Obmann eines Untersuchungsausschusses übergeben. Wenn Sie die Namen interessiert hätten, Herr Minister, dann hätte Ihre Partei nur den Untersuchungsausschuß in diesem Hause zu beschließen brauchen. In derselben Stunde, in der er beschlossen worden wäre, hätten wir den Brief und die Namen aller jener Offiziere, Beamten und Heeresangehörigen, welche Vorwürfe gegen Sie erheben, diesem Untersuchungsausschuß übergeben. Sie aber sind in die Öffentlichkeit gegangen und haben erklärt — ich kann nur für meine Person sprechen —, ich, Zeillinger, welche aus, ich gebe den Namen nicht bekannt, da Sie sicher waren, nachdem ich im Hause hier schon gesagt hatte: Solange Sie diesen unerträglichen Gesinnungsterror ausüben, können wir es nicht riskieren, Ihnen Namen preiszugeben, weil wir sicher sind, daß Sie alles unternehmen werden, um diese Leute unter einen noch stärkeren Druck zu setzen.

Die Ereignisse der letzten Stunden und Tage — meine Damen und Herren, ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken — haben bewiesen, wie richtig unser Standpunkt war, daß wir nur bereit waren, die Namen dieser Offiziere und Beamten einem Untersuchungsausschuß bekanntzugeben. Denn der Gesinnungsterror unter einem Minister Prader hat bereits unerträgliche Formen angenommen, und mit Recht mußten wir Abgeordneten, an die sich jene Heeresangehörigen gewendet haben, annehmen, daß von Seiten des Verteidigungsministers alles unternommen werden

2494

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Zeillinger

wird, um eine objektive Untersuchung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu verhindern.

Ich darf erinnern: Es ist Ihnen damals Parteilichkeit in der Personalpolitik vorgeworfen worden, es ist Ihnen damals Gesinnungsterror vorgeworfen worden, es ist Ihnen damals die Führung einer politischen Kartei im Ministerium vorgeworfen worden. Ich habe Sie sofort und sehr bewußt eingeladen: Gehen wir sofort ins Ministerium hinüber!, weil ich geahnt habe, daß Sie wenige Stunden später den Auftrag geben werden, die Kartei — ich wußte noch nicht, wohin — in die Laudongasse oder irgendwo andershin zu verbringen. Damals war die Kartei noch da, denn sonst hätten Sie sie nicht wenige Tage später in die Laudongasse verbringen können.

Es wurde Ihnen Parteipolitik bei den Beförderungen vorgeworfen, es wurde Ihnen vorgeworfen, Parteipolitik bei den Einstellungen zu betreiben, es wurde Ihnen vorgeworfen, die politische Gesinnung der Bewerber nach Noten: 1, 2, 3, 4, 5 zu beurteilen. 1: Mitglied der ÖVP. 2: Nahestehend. 3: Neutral. 4: Rot oder den Freiheitlichen nahestehend. 5: Mitglied einer anderen Partei. Aufgenommen durfte nur werden, wer 1 oder 2 bekam, bei 3 wurde, wenn es sich um Spezialisten handelte, rückgefragt, wer 4 oder 5 bekam, mußte abgelehnt werden. Das System ist gewechselt worden, aber es blieb raffiniert und diabolisch: Man hat dann A, B, C, D, E genommen, man hat bei den letzten Buchstaben des Alphabets begonnen, aber man hat damit immer wieder versucht, herbeizuführen, daß jeder nur aufgenommen wird, wenn er bereit ist, der ÖVP beizutreten oder wenn er Angehöriger der ÖVP ist.

Sie können mir sagen, Herr Minister: Die Kartei ist nicht mehr vorhanden. Ich sage Ihnen: Damals war sie vorhanden. Und wenn Sie heute einem Untersuchungsausschuß zustimmen, dann werden hier morgen die Offiziere und Beamten erscheinen und erklären: Jawohl, wir haben die Kartei in der Hand gehabt, wir haben sie gesehen, wir haben damit gearbeitet. Sie irren, Herr Minister: Es gibt vielleicht noch Offiziere, die um Sie herumstehen und die Ihnen recht geben, die noch nicht bereit sind, im Interesse unserer Landesverteidigung einem Untersuchungsausschuß alles das zu sagen — mag sein —, aber der Großteil Ihrer Offiziere steht nicht mehr hinter Ihnen, ohne Rücksicht auf den Rang. Sie würden sehr erstaunt sein, Herr Minister, und ich hoffe, Sie werden eines Tages darüber erstaunt sein, wer aller vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen bereit ist, bereit ist, im Interesse unserer Landesverteidigung Anklage gegen Ihre Amtsführung zu erheben.

Sie haben sich darauf beschränkt, den Namen erfahren zu wollen — unter allen Umständen immer nur den Namen. Sie haben immer wieder gesagt, und in Versammlungen wurde es von der ÖVP verbreitet: Die können ja keine Namen nennen, dahinter steckt nichts Wahres! In Wirklichkeit wollten Sie die Namen, um diesen Leuten das Rückgrat brechen zu können. Sie gingen in einer Art und Weise vor, die ich als eine Gefahr nicht nur für unsere Landesverteidigung, sondern für ganz Österreich ansehe. Ich danke dem Schicksal, daß es uns in den letzten Tagen einen Beweis geliefert hat, wie Sie Ihre Amtsführung verstehen.

Einen Vorteil, muß ich sagen, hat dieses unerwartete und unglaubliche Verhalten der Regierungsmehrheit gehabt: Seit jenem 14. Juli bis zum Herbst dieses Jahres haben sich Offiziere und Heeresangehörige aus allen Teilen Österreichs, ich glaube fast, aus jeder Garnison, gemeldet und sich bereit erklärt, vor einem Untersuchungsausschuß zu erscheinen und gegen den österreichischen Verteidigungsminister auszusagen. Aber weiter wurde der Untersuchungsausschuß verweigert, und bis zur heutigen Stunde ist er verweigert worden, weil die Regierungsmehrheit gar kein Interesse daran hat, nur zu untersuchen und den Minister zu rehabilitieren. Ihnen ist es lieber, daß alle Heeresangehörigen sagen: Jawohl, das ist der Mann, der Personalterror im Bundesheer treibt! Wenn Sie ein reines Gewissen hätten, könnten Sie Ihren Minister innerhalb von 24 Stunden rehabilitieren. Statt dessen aber haben Sie durch die Verweigerung dieses Ausschusses die Situation nur wesentlich verschärft und unser Bundesheer tatsächlich in eine sehr, sehr ernste Situation gebracht.

Wir hatten eine sehr interessante Fernsehsendung, Herr Minister. Bei dieser Sendung sind Sie der Antwort auf die Frage Untersuchungsausschuß sehr geschickt ausgewichen — das muß ich anerkennen. Sie haben dann gesagt, man soll zur Beschwerdekommission gehen. Sie wissen so gut wie ich, wie die Beschwerdekommission zusammengesetzt ist, und Sie wissen auch, daß die Beschwerdekommission dafür ungeeignet ist. Und vor allem sind Sie sicher, daß wir Freiheitlichen in der Beschwerdekommission nicht mitwirken können; wir sind nicht dabei. Sie haben dann allerdings auch den Landesverteidigungsrat erwähnt, in dem nun auch ein freiheitlicher Vertreter sitzt. Es wäre betrüblich, Herr Minister, wenn der Landesverteidigungsrat die letzte Möglichkeit wäre, all die Anschuldigungen zu entkräften, die gegen Sie erhoben und bis heute nicht widerlegt worden sind. Bisher haben Sie nur gesagt, sie seien nicht

Zeillinger

wahr. Und ebenso behauptete ich, daß alles, was Sie als Antwort gesagt haben, nicht wahr war. Es wäre betrüblich, wenn sich der Landesverteidigungsamt damit beschäftigen müßte, anstatt sich ernsthaft mit den Fragen der Landesverteidigung zu befassen.

Ich habe Ihnen gesagt, hier fehlt es an vielem, und hier gibt es sehr viel zu sagen. Ich könnte Ihnen zum Beispiel erzählen, daß ein italienisches Flugzeug sehr leicht einfliegen kann, weil man in Österreich eine Personalpolitik betreibt, wo man nur bestimmte Leute aufnimmt, wo ein Großteil der Leute weggeht, weil sie es satt haben, weil sie ganz einfach nicht einem Heer angehören wollen, wo ein solcher Minister den Oberbefehl ausübt und an der Spitze steht. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Darf ich Ihnen zum Beispiel auch erwähnen, daß wir zwar Radarstationen haben, über die man sehr kritisch diskutieren könnte, daß wir aber von den Radarstationen nicht mehr beide einsetzen können, weil wir das Personal nicht haben. Wir haben Dispositionsfehler und Fehlentscheidungen an allen Ecken und Enden. Darüber müßten wir im Landesverteidigungsamt eigentlich diskutieren, nicht uns aber noch mit den Fragen belasten, ob Sie politische Karteien führen, ob Sie Personalterror betreiben. Das wäre eigentlich Aufgabe des Untersuchungsausschusses. Wenn Sie uns aber zwingen, werden wir uns auch im Landesverteidigungsamt damit beschäftigen. Der Herr Minister — ich möchte das hier ausdrücklich feststellen — hat erklärt, man soll alles das in den Landesverteidigungsamt bringen. Ich sage das deshalb, damit nicht dann plötzlich im Landesverteidigungsamt auf Grund einer natürlich vorhandenen Geschäftsordnungsbestimmung gesagt wird: Ja, der Verteidigungsamt ist nicht zuständig. Dann wären wir wieder gehindert, und das wäre sicher sehr bedauerlich, wenn weiter diese schweren Vorwürfe gegen Ihre Person ungeklärt im Raum schwebten.

Nun, Herr Minister, es ist der Herbst gekommen, es waren neue Versuche, den Untersuchungsausschuß zu aktivieren, es waren neue Versuche Ihrerseits, endlich die Namen jener Leute herauszubekommen, welche sich dem österreichischen Parlament zur Verfügung gestellt haben.

Lassen Sie mich nun sagen: Es ist Ihrem vereinigten Aufgebot gelungen, den ersten Mann zur Strecke zu bringen! Jawohl, Sie haben einen Mann erraten. Sie haben es bereits im Ausschuß in einem Fall getan, als Sie gesagt haben: Na ja, jetzt kann ich mir denken, woher Sie Ihre Informationen

haben. Es ist Ihnen durch die weiteren Ereignisse sehr erleichtert worden.

Jawohl, dieser Brief, den ich am 14. Juli hier verlesen habe, stammt vom Leiter der Personalabteilung für Militärpersonen, dem Oberst-Intendanten Alfons Tomschitz; er ist der Sprecher jener Offiziere, Beamten und Heeresangehörigen, die sich bereit erklärt haben, hier vor diesem Untersuchungsausschuß zu erscheinen.

Ich kann Ihnen gratulieren. Es ist an und für sich ein Erfolg, Herr Minister, daß es nach einem halben Jahr gelungen ist. Aber darf ich Ihnen schildern, meine Damen und Herren, um Ihnen die Verhältnisse zu zeigen, wie weit wir in diesen wenigen Monaten in Österreich bereits gekommen sind, was sich in den letzten Tagen abgespielt hat. Ich bedaure nur, daß die Beteiligten, der Herr Bundeskanzler und der Herr Generalsekretär — die Hauptbeteiligten —, augenblicklich nicht anwesend sind. Ich darf aber die Herren der Volkspartei bitten, es diesen Herren mitzuteilen.

Nachdem man keine andere Möglichkeit gesehen hat, hat man sich nach Rücksprache mit jener Gruppe, die vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen wollte, darauf geeinigt, daß sich der Leiter der Personalabteilung für Militärpersonen mit dem Herrn Bundeskanzler in Verbindung setzen soll. Am 15. November hat der Leiter der Personalabteilung für Militärpersonen den Herrn Bundeskanzler um eine Unterredung möglichst noch vor dem heutigen Kapitel Landesverteidigung — wie er schrieb: „um eine private, aber offene Aussprache über die Amtsführung des Herrn Bundesministers für Landesverteidigung Dr. Georg Prader“ ersucht. Das war am 15. November 1966.

Anstelle — und nun, bitte, hören Sie gut zu, denn Sie müssen das heute decken und billigen, meine Herren von der Regierungspartei — der erbetteten Aussprache mit dem Herrn Bundeskanzler wurde der Leiter der Personalabteilung kurzfristig von Wien nach Graz strafversetzt! Ich werde den Ausdruck „strafversetzt“ noch sehr genau erläutern. (*Abg. Weikhart: Das ist die „Politik für alle Österreicher“!*) Meine Herren, und dann wundern Sie sich noch, wenn wir von einem Gedankensturm sprechen!

Es hat dann der Herr Bundeskanzler freundlicher- oder unfreundlicherweise durch seine Sekretärin dem Herrn Leiter der Personalabteilung antworten lassen. Ich weiß, daß der Herr Bundeskanzler sehr oft Personen empfängt, und ich finde, das ist eine Aufgabe des Kanzlers. Wenn eine Delegation der Kärntner Minderheit oder von irgendwoher

2496

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Zeillinger

kommt, dann wird sie selbstverständlich vom Herrn Bundeskanzler empfangen. Als sich aber ein Mann aus seiner Gewissensnot heraus und nach einer Rücksprache mit einer großen Zahl verantwortlicher Leute aus der Landesverteidigung entschlossen hat: Ich gehe jetzt zum Kanzler — der nebenbei auch sein Parteivorstand ist — und informiere ihn darüber, weil ich nicht will, daß hier im Parlament weiter noch die Landesverteidigung im Kreuzfeuer einer so scharfen Diskussion steht, da hat der Herr Bundeskanzler bedauerlicherweise nicht die Zeit gehabt, den Leiter der Personalabteilung für Militärpersonen im Landesverteidigungsministerium zu empfangen. Da hat der Herr Bundeskanzler — und nun hören Sie gut zu — durch eine Sekretärin dem Herrn mitteilen lassen, daß er bedauert, ihn nicht empfangen zu können; aber er empfiehlt ihm, die Unterlagen gegen den Herrn Minister Prader — dem Herrn Minister Prader selbst zu geben. (*Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wenn das nicht eine Frotzelei ist, wenn das nicht ein Gesinnungsterror ist, nach außen zur Schau gestellt, dann, muß ich sagen, habe ich jedes Gefühl für demokratische Verhältnisse in Österreich verloren.

Ich hoffe, daß der Herr Bundeskanzler informiert wird, und ich lade den Herrn Bundeskanzler ein, hier zu antworten und zu erklären, das wäre nicht wahr. Denn bis zur Stunde hat der Herr Bundeskanzler selbstverständlich den Leiter der Personalabteilung nicht empfangen und hat dem Mann, der ihn über die Amtsführung des Ministers informieren will, empfohlen, sich an den Minister zu wenden.

Ich glaube, dieses eine Beispiel allein zeigt, Herr Minister, wie genau und wie richtig wir Sie in diesem Hause eingeschätzt haben, als wir uns geweigert haben, Ihnen die Namen zu geben, und wir weigern uns auch heute, Ihnen die Namen der weiteren Zeugen zu nennen. Denn Sie werden jeden so lange verfolgen, so lange niederknöppeln und das Rückgrat brechen, bis Sie glauben, den Widerstand ausgeräumt zu haben. Denn Ihnen ist Ihr Ministerposten wichtiger als die Landesverteidigung in Österreich! (*Abg. Dr. Tull: In jedem anderen Staat nimmt ein solcher Minister den Hut und geht!*)

Ich darf nochmals sagen: Es kann mir natürlich geantwortet werden, daß alles, was ich sage, nicht richtig ist. Ich erkläre nochmals: Wir können noch heute abend, wenn Sie wollen, den Untersuchungsausschuß einsetzen. Ich verpflichte mich, mindestens zehn der Herren noch heute abend hier stellig zu machen,

damit sie ihre Anklagen diesem Minister ins Gesicht schleudern können. Nur eines können Sie nicht sagen: Den Untersuchungsausschuß verweigern wir, aber das, was die Herren alle gegen ihn vorbringen, das ist nicht wahr, das ist erlogen. Das, meine Damen und Herren — ich möchte es hier ausdrücklich feststellen —, ist keine Lösung eines so schwierigen Problems, wie es hier vorliegt.

Darf ich vielleicht zur Illustration einflechten, was vor einigen Tagen, und sicher sehr geschickt gelenkt, verbreitet worden ist: Hinter der ganzen „Prader-Jägerei“ — der arme Mensch, der wird ja so gejagt — stehen die bösen Nazi! — Sicher wird es unter den hohen Offizieren und Generälen den einen oder anderen geben, der bei der NSDAP war. Ich kann auch gar nicht untersuchen, ob nicht vielleicht von jenen, die sich damals an die Abgeordneten dieses Hauses gewandt haben, ebenfalls einer Mitglied der NSDAP war. Es war aber sicher eine kluge Entscheidung, und jene Heeresangehörigen haben genau dem Raffinement jener Männer im Verteidigungsministerium, die dieses System errichtet haben, Rechnung getragen, als sie an die Spitze dieser Gruppe einen Mann stellten, der Ihrer Partei, Herr Minister, angehört. Denn der Leiter der Personalabteilung, Tomschitz, ist nicht nur ein, zumindest bis jetzt, ausgezeichnet dienstbeschriebener Mann — seine Dienstbeschreibung ist ausgezeichnet, sein ganzer Lebenslauf ist von Auszeichnungen begleitet —, sondern er ist auch Mitglied der Österreichischen Volkspartei, er ist Mitglied der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, nachdem er im Krieg wegen Zersetzung der Wehrkraft vor einem Kriegsgericht gestanden ist. Er bekam das Silberne Ehrenzeichen der Republik für seine Verdienste, er wurde am 1. Juli dieses Jahres zum Oberst-Intendanten befördert, und er genoß auch bis vor wenigen Tagen noch absolut das Vertrauen — bevor man wußte, welche Haltung er einnimmt — und das Wohlwollen des Ministers und auch seiner Partei. Ich darf nur erinnern, daß der Herr Generalsekretär — der Brief ist allerdings zwei Jahre alt, er ist genau vom 14. Juli 1964, es ist eine Ironie — den Herrn Bundesminister Prader gebeten hat, sich dafür zu verwenden, daß der Oberst Tomschitz zum Leiter der Personalabteilung bestellt wird. Er macht ihn nochmals auf den Fall aufmerksam und bittet ihn herzlich, diesen verdienten Offizier zu fördern. Das hat er auch in einem längeren Brief am 22. April geschrieben. Es hat ja auch noch der Herr Bundesminister am 20. Oktober, also vor einem Monat, dem Leiter der Personalabteilung anlässlich seines Geburtstages herzlichste Glückwünsche und Wünsche für seine

Zeillinger

Gesundheit und für sein persönliches Wohlergehen übermittelt. Das war am 20. Oktober. Da wußte der Herr Minister noch nicht, daß der Leiter der Personalabteilung jener Gruppe angehört, die bereit war, vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen.

Meine Herren von der Österreichischen Volkspartei! Gestern hat sich hier in diesem Hause ein kleines Wunder ereignet. Zum erstenmal ist es mir passiert, daß ich eine Anfragebeantwortung von einem Regierungsmitglied bekommen habe, bevor ich überhaupt noch die Anfrage gesehen habe. Wenn das der neue Stil der Regierung Klaus ist, dann begrüße ich es. Es ist eine Anfrage, die Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei an den Verteidigungsminister gerichtet haben, innerhalb einer Stunde schriftlich, und zwar sehr ausführlich, beantwortet worden. Es gibt Leute, die behaupten, daß die Antwort früher da war, als die Frage gestellt wurde. Das möchte ich nicht zur Diskussion stellen, aber es ist bemerkenswert. Ich darf die Herren von der Regierung erinnern: Es gibt sehr viele Fragen, auf die wir in diesem Haus monatelang warten müssen.

Sehen Sie, auch das ist jener politische und parteipolitische Gesinnungsterror, den Sie ausüben! Sie glauben nämlich, Herr Minister, damit, daß Sie noch schnell vor der heutigen Debatte einen verdienten Offizier diffamieren, noch rasch für sich und Ihre Partei einen kleinen Erfolg herausholen zu können.

Jeder von Ihnen hat ja die Anfragebeantwortung bekommen. Ich möchte mich jetzt nicht im einzelnen damit befassen, es wollen die anderen auch noch zu diesem Kapitel sprechen.

Aber darf ich Ihnen die diabolische Infamie an einem Fall zeigen: Der Leiter der Personalabteilung ist nach Graz versetzt worden, erstens weil er geschieden ist. Das muß ich auch feststellen: Das ist etwas Neues. Ich bin persönlich auch ein Opfer dieser neuen Welle. Die Geschiedenen erfahren plötzlich eine andere Behandlung in Österreich. Ich habe darüber mit dem Bundeskanzler auch eine Kontroverse, die übrigens dazu führt, daß ich zu offiziellen Empfängen als Geschiedener gar nicht mehr eingeladen werde. (Abg. Weikhart: *Geschiedene können einen moralischeren Lebenswandel führen als Verheiratete!*)

Der Herr Minister hat es also in der Anfragebeantwortung — damit jene Herren, die vielleicht daran Anstoß nehmen, sich gleich richtig einpendeln können — für richtig befunden, mitzuteilen — es war nur so furchtbar, daß Sie das nicht vorher gewußt haben, daß Sie am 20. Oktober noch so gut Freund mit ihm

waren —, daß er geschieden ist und daß — und nun hören Sie — sein Vater, den er nachweislich in letzter Zeit durch persönliche Hilfeleistung unterstützt hat, in Graz lebt. — Wer von Ihnen das liest, der sagt: Der gütige und soziale Prader (*Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ*) hat den Tomschitz nach Graz geschickt, damit er dem armen, alten, kranken Vater dort endlich helfen kann.

Darf ich Ihnen, Herr Minister, und dem Hause die Wahrheit sagen: Jawohl, der Vater des Oberst Tomschitz lebt in Graz. Aber er ist dort verheiratet und hat eine Wohnung, wo sein Sohn gar nicht bei ihm wohnen könnte. Der Sohn ist vielmehr in Wien und ist hier verlobt und beabsichtigt, sich wieder zu verheiraten.

Aber über solche Probleme setzen Sie sich eiskalt hinweg. Sie haben in völliger Unwahrheit dem Parlament mitteilen wollen, Sie wollen dem armen, alten Vater den Sohn geben. Sie wissen aus dem Personalakt genau, daß der Sohn, so wie es eine selbstverständliche Pflicht eines jeden Sohnes ist, seinen Vater natürlich finanziell unterstützt, aber Sie wollen hier den Eindruck erwecken, daß der Sohn nach Graz fahren muß, um seinem alten, armen Vater zu helfen, obwohl dieser, nachdem er Witwer war, wieder geheiratet hat und mit einer jüngeren Frau in einer Wohnung lebt, wo sein Sohn gar nicht mehr Platz hätte und wo er gar nicht die Möglichkeit hätte, ihn an Ort und Stelle zu unterstützen.

Sehen Sie, Herr Minister: Sie dürfen sich nicht wundern, wenn wir dann von Personalterror sprechen. Sie informieren das Haus und die Öffentlichkeit laufend — laufend! — unrichtig. Das wollte ich Ihnen nur dazu sagen.

Über die anderen zwei Seiten gäbe es auch sehr viel zu sagen. (Abg. Melter: *Pharisäer!* — Abg. Mayr: *Da gehört ein Ordnungsruf, Herr Präsident!* — Abg. Sekanina: *Jetzt ist der Mayr munter geworden!*) Herr Kollege Mayr, Sie haben völlig recht, ich möchte es laut übersetzen: Es gehört natürlich ein Ordnungsruf, wenn jemand sagt, daß der Minister ein Pharisäer ist. Es ist völlig richtig, daß da ein Ordnungsruf gehört. Ich darf nur meinen Eindruck sagen. Ich bin auch in dieser Hinsicht bewandert. Aber Sie dürfen es mir nicht übelnehmen, daß man natürlich in der Öffentlichkeit solche Handlungsweisen, vor allem unter den Katholiken, die die Bibel kennen, als pharisähaft empfindet und üblicherweise bezeichnet, womit ich nicht gesagt haben will, daß der Minister ein Pharisäer ist (*Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ*), aber ich muß Ihnen sagen, daß man es zumindest so empfinden muß.

2498

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Zeillinger

Aber wieder zurück zu der Anfragebeantwortung. Es ist im übrigen natürlich auch nachgewiesen worden — es ist so kompliziert, ich möchte jetzt nicht auf Details eingehen —, daß es eine „dienstliche Notwendigkeit“ war, den Mann so rasch zu versetzen.

Ich möchte hier die Öffentlichkeit nur darauf aufmerksam machen: Der Leiter der Personalabteilung hat selbstverständlich eine Beschwerde gegen diese Strafversetzung erhoben, und ich möchte feststellen, daß es natürlich unter diesen Umständen als eine Strafversetzung empfunden werden muß. Es ist eine rechtlich ausgeführte Beschwerde an die Beschwerdekommision und eine ordentliche Beschwerde an die Disziplinarabteilung. Er weist darin nach, daß er, obwohl ausgezeichneter Offizier und ausgezeichnet beschrieben, jetzt, wenn er nach Graz geht, dienstlich schlechtergestellt ist und in seinem Fortkommen behindert wird. Das möchte ich deshalb feststellen, weil Sie bei genauem Lesen der Antwort des Herrn Ministers, aber bei ungeänderter Kenntnis der Materie einen anderen Eindruck haben müssen. Ich bin gerne bereit, die Dienstpostenverwendung — ich möchte dies nicht jetzt machen, aber wenn es gewünscht wird — jedem Herrn zu zeigen, damit Sie sich überzeugen können, daß auch diese Ausführungen des Herrn Ministers unwahr sind.

Und die Eile, mit der man einen Mann plötzlich versetzt, diese Eile ist doch auffallend und interessant. Stellen Sie sich vor: Angeblich wird, wie Sie hier lesen, das ganze gemacht, weil in zwei Jahren ein anderer Herr auf einen Dienstposten kommen und entsprechend aufgebaut und vorbereitet werden soll. (*Abg. Dr. Tull: Das ist strategisch!*) Richtig, das ist vernünftig, da gibt es nichts zu sagen. Aber in zwei Jahren erst, in mehr als zwei Jahren übernimmt der den Posten! Und den Mann muß man sofort nach Graz schicken, man hat ihm nur gnadenweise zehn Tage zur Erledigung seiner wichtigsten privaten Angelegenheiten gestattet.

Das Interessante ist, daß dieser Oberst-Intendant Tomschitz aber auch mit einer Sonderaufgabe betraut war. Wie Sie ja selber, glaube ich, hier in Ihrer Antwort schreiben, hat er einen sehr wichtigen Auftrag zu vollführen gehabt, einen Auftrag, der für die Planung und für die Landesverteidigung von größter Bedeutung ist. Sie haben — nicht nur in Ihrer Antwort, sondern das haben Sie wiederholt, auch schriftlich, und ich hoffe, Sie werden es nicht abstreiten, sonst könnte ich die Briefe vorlesen — immer wieder betont, wie wichtig es für die Landesverteidigung ist, daß der Oberst-Intendant Tomschitz jenen

Sonderauftrag „S“, wie er geheim heißt, erledigt.

Aber dieser Mann wird nun, ohne daß er seinen Bericht zu Ende schreiben kann, mitten aus seiner Tätigkeit herausgerissen. Die Landesverteidigung ist einem Dr. Prader völlig gleichgültig. Hauptsache ist, daß einer seiner Todfeinde, einer der Hunde, die bereit sind, ihn zu hetzen, sofort nach Graz kommt, damit er nicht mehr in Wien vielleicht Abgeordnete informieren kann.

Nun, Herr Minister, ich kann Sie über etwas beruhigen: Die übrigen Herren — Beamte, Offiziere und andere Militärangehörige — sind zwar empört darüber, aber nur noch entschlossener, und ich darf in ihrem Namen erklären, daß sie nach wie vor bereit sind, auch angesichts dieses Terrors, der hier ausgeübt wird, vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu erscheinen (*Beifall bei FPÖ und SPÖ*), wenn Sie, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, nicht wieder, gestützt auf Ihre Mehrheit, es verhindern, daß sie hier ihre Aussagen zu Protokoll geben können.

Auch jener von Ihnen nun endlich entdeckte Sprecher der Gruppe, der ohne Rücksicht darauf, daß er Ihrer Partei angehört — der übrigens Widerstand geleistet hat im Dritten Reich, hoch dekoriert und außerordentlich befördert worden ist —, der also, wie sich nun endlich für Sie ergeben hat, jener Gruppe angehört, die sich hier dem Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellt hat, auch er steht zu seinem Wort, und ich darf Ihnen heute hier seinen neuen Brief zur Kenntnis bringen, den er geschrieben hat. Es heißt in ihm:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich wende mich heute mit diesem Brief an Sie, Herr Abgeordneter, in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des Landesverteidigungsrates.“ — Das deswegen, nehme ich an, Herr Minister, weil Sie ja angeboten haben, wenn Ihre Partei gegen Ihren Willen den Untersuchungsausschuß verhindert, daß dann der Verteidigungsrat diese Funktion übernehmen soll. Wenn das auf Wahrheit beruht, meine Herren, dann wäre es wohl vernünftiger und sachlich klüger, wir würden gleich den Ausschuß einsetzen, denn wenn der Verteidigungsrat das gleiche machen soll wie der Ausschuß, dann ist es besser, wir lassen den Verteidigungsrat die Verteidigungsaufgaben lösen und übertragen einem Untersuchungsausschuß die Untersuchung über die Vorwürfe gegen die Amtsführung. — Aber in dem Brief heißt es weiter:

„Ich habe mich in einem Schreiben vom 14. Juli 1966 bereit erklärt, vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu erscheinen und gemeinsam mit anderen Ange-

Zeillinger

hörigen des Bundesheeres über verschiedene bekanntgewordene Vorfälle im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung auszusagen.

Nachdem der parlamentarische Untersuchungsausschuß nicht eingesetzt wurde und mir und den anderen Herren ein weiterer Aufschub im Interesse unserer Landesverteidigung unvertretbar erschien, wendete ich mich mit Schreiben vom 15. November 1966 an den Herrn Bundeskanzler, den ich um eine private, aber offene Aussprache über die Amtsführung des Herrn Bundesministers für Landesverteidigung ersuchte. Ich wurde daraufhin mit Erlaß vom 25. November 1966 völlig überraschend von Wien nach Graz versetzt und mir zur Erledigung meiner familiären Angelegenheiten ein Aufschub von nur zehn Tagen zugestellt. Gegen diese Versetzung, die für mich eine wesentliche Benachteiligung bedeutet, habe ich Beschwerde erhoben.

Am 29. November 1966 ließ mir der Herr Bundeskanzler durch eine Sekretärin mitteilen, daß er bedauere, mich nicht empfangen zu können, und mir empfehle, mich mit meinem Vorbringen an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung zu wenden.“ (Abg. Czettel: *Das ist die Politik „für alle Österreicher“!* — Abg. Weikhart: *Das ist ja unerhört! Das ist die „Politik für alle Österreicher“! Das gleiche Recht für alle Österreicher!*)

Obwohl mir diese Empfehlung sehr ungewöhnlich erschien, ersuchte ich den Adjutanten des Herrn Ministers um eine Unterredung. Ich bin bis zur Stunde dazu nicht eingeladen worden.“

Der Adjutant hat ihm zwar heute früh gesagt, er soll am Abend zu Hause sein, der Herr Minister werde ihn sicher sprechen wollen, nachdem angeblich ja niemand wußte, warum er strafversetzt worden ist, aber der Herr Minister hat von der Bereitschaft seines Personalleiters keinen Gebrauch gemacht.

„Nachdem ich nun nach Graz versetzt wurde, welche Versetzung ich nach der Sachlage als eine ungerechtfertigte Strafversetzung empfinden muß, übergebe ich Ihnen, Herr Abgeordneter, in der Anlage eine Dokumentation über die wichtigsten Vorfälle im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung entweder als Grundlage für den einzusetzenden parlamentarischen Untersuchungsausschuß oder für den Landesverteidigungsrat. Als Zeugen stehen ich und andere Herren jederzeit zur Verfügung.“

Zu diesem Schritt habe ich mich entschlossen, weil ich mich auf Grund meines abgelegten Diensteides, demzufolge ich bei meiner Ehre und bei meinem Gewissen geschworen habe, der demokratischen Republik Österreich treu

und gehorsam zu sein und deren Gesetze unverbrüchlich zu beobachten sowie bei Ausübung meines Dienstes die Rechte und die Würde jedes Staatsbürgers zu achten, verpflichtet fühle, zu diesen Vorgängen nicht mehr länger zu schweigen.“ (Abg. Dr. Tull: *Bravo!*)

„Hochachtungsvoll

Oberst-Intendant Alfons Tomschitz, Leiter der Personalabteilung für Militärpersonen“

(*Lebhafter Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Horejs: Ein neuer Skandal! — Abg. Dr. Tull: Treten Sie zurück, Dr. Prader! In einem solchen Fall geht man! Ein Schandfleck für die Republik! — Abg. Spielbüchler: Sie zerstören ja den Wehrwillen systematisch! — Ruf bei der SPÖ: Prader-Skandal!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren! Keine solche Aufregung! Es soll sich jeder zum Wort melden. Mit Schreien ist es nicht getan. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Ich darf hier weiter mitteilen, daß mir gleichzeitig in einer Besprechung, die die Herren vorvorige Nacht und die vergangene Nacht mit mir hatten, eine Dokumentation übergeben wurde, in der die wichtigsten Punkte zusammengestellt sind. Ich werde — wann immer es ist — dem hoffentlich einzusetzenden Untersuchungsausschuß diese Dokumentation vorlegen. Ich bin bereit — ich mache kein Geheimnis daraus —, wenn der Herr Minister neugierig sein sollte, es Ihnen auch vorzulesen. Ich darf hier mitteilen, daß im wesentlichen alle Punkte, die den Minister — mit Ausnahme eines einzigen Punktes, wo es heißt, es war kein Erlaß, sondern nur eine Weisung — anklagen, von den Mitgliedern des Verteidigungsministeriums und den Offizieren und Beamten der Truppe erhoben worden sind und als richtig dargestellt werden. Es wird genauso die politische Kartei bestätigt, es wird die Einstellung nach der Kennziffer bestätigt. Herr Minister! Ich habe mit jenen Herren gesprochen, die mit dieser politischen Kartei gearbeitet haben. Ich habe mit jenen Herren gesprochen, die die politischen Ziffern, die auf Ihre Anweisung eingeführt worden sind, auf diese Einstellungsscheine hinaufgeschrieben haben. Diese Herren sind bereit, hier im Parlament zu erscheinen. Hier steht Aussage gegen Aussage. Es sind Zeugen vorhanden. Es liegt an Ihnen, meine Damen und Herren

von der Regierungsmehrheit, die Vernehmung dieser Zeugen zu ermöglichen. Wenn Sie allerdings die Vernehmung dieser Zeugen verhindern, dann glaube ich, daß Sie der Öffentlichkeit einwandfrei den Beweis liefern, daß

2500

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Zeillinger

die Anklage, die erhoben wird, zu Recht erhoben wird.

Es wurde auch bestätigt, Herr Minister, daß Sie die Öffentlichkeit wie auch das Abgeordnetenhaus in verschiedenen Punkten unrichtig informiert haben. Es wurden jene Akten zusammengestellt, die vorgelegt werden können und den Beweis ergeben, daß Sie die Abgeordneten unrichtig informiert haben, auch zum Beispiel bei der vorzeitigen Entlassung, wo mir die Herren selbst mitgeteilt haben, daß, falls das Amt bei der vorzeitigen Entlassung die rechtliche Möglichkeit nicht gesehen und sie abgelehnt hat, von Ihnen die Weisung kam: Der Mann ist ohne Rücksicht auf die Stellungnahme des Amtes zu hören. (*Abg. Horejs: Der Minister hat das Haus belogen!*)

Ich darf weiters auf einen mir besonders ernst erscheinenden Fall hinweisen und darüber berichten. Der Schreiber dieses Briefes hat sich selbst als Zeuge angeboten. Ich darf diesen Punkt vorlesen:

„Als sich auf Grund eigener Wahrnehmungen der Verdacht ergab, daß Gespräche auf einem privaten Telephonanschluß durch eine militärische Vermittlung abgehört werden, erstattete ich am 12. August 1965 im Einvernehmen mit dem Stellvertretenden Leiter der militärischen Nachrichtengruppe bei der Polizei die Anzeige. Tags darauf mußte ich über Ersuchen desselben Stellvertretenden Leiters der militärischen Nachrichtengruppe — nachdem diese der Adjutantur des Ministers Meldung erstattet hatte — meine Anzeige zurückziehen.“

Herr Minister! Ich mache Sie aufmerksam, daß hier der Vorwurf dahintersteht, daß gegen ein verfassungsmäßig gewährleistetes Recht von einer Seite verstößen wird, daß hier verbrecherische, strafbare Tatbestände vorliegen und daß Sie, Herr Minister, den Auftrag gegeben haben, die Anzeige zurückzuziehen. Auch das kann überprüft und untersucht werden. Der Zeuge hat sich bereit erklärt, vor dem parlamentarischen Ausschuß zu erscheinen, um diese ungeheuerlichen Vorwürfe gegen Sie, Herr Minister, zu wiederholen.

Ich darf darüber hinaus anführen, daß die Herren — sie haben es auch in den letzten Punkt hineingeschrieben — eine große Zahl konkreter Personalfälle anführen. Ich möchte das gleich feststellen, damit der Herr Minister nicht wieder im Fernsehen sagt, von 22.000 Leuten sind halt ein paar bös; was ist denn schon dabei? Es geht nicht um einen einzigen namentlich genannten Fall, sondern es geht nur so wie in der Vergangenheit um den Vorwurf des Gesinnungsterrors und der Parteipolitik.

Allerdings wird am Schluß, um dem Herrn Minister auch in diesem Punkt die Unwahrheit nachzuweisen, erklärt:

„Eine größere Zahl von konkreten Personalfällen, welche die obigen Angaben bestätigen und darüber hinausgehen, kann von mir und anderen Herren einem Untersuchungsausschuß vorgelegt werden, ebenso zahlreiche Vorgänge, die sich auf die Einsatzbereitschaft unseres Bundesheeres nachteilig auswirken.“

Ich bringe auch das dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnis, damit es vielleicht Ihre Bereitschaft, einer Untersuchung über die Amtsführung des Verteidigungsministers zuzustimmen, erleichtert.

Ich darf hier noch einmal kurz das System als solches zusammenfassen:

Wir haben im Frühjahr erlebt, daß eine Gruppe von Offizieren aufgestanden ist und erklärt hat: Die Verteidigung unseres Vaterlandes ist in ernster Gefahr. Wir müssen dagegen auftreten, wir dürfen nicht zulassen, daß die Landesverteidigung durch einen Minister ernsthaft gefährdet wird. Sie haben sich übrigens zuerst an die Partei des Ministers gewandt und haben dort verschlossene Türen gefunden. Sie haben sich dann später an Abgeordnete des Parlaments gewandt. Sie haben sich in einem Brief bereit erklärt, vor einem einzusetzenden parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu erscheinen und die schweren Anklagen auf Personalterror, Parteipolitik im Bundesheer, Herabsetzung der Verteidigungsbereitschaft gegen den Minister als persönliche Zeugen zu bestätigen. Die Mehrheit der Österreichischen Volkspartei hat diesen Untersuchungsausschuß bis zur Stunde verhindert und hat damit auch verhindert, daß die Vorwürfe untersucht und geklärt werden können.

Es hat sich dann im Einvernehmen mit jenen Offizieren und Beamten der Leiter der Personalabteilung für Militärpersonen — er ist Angehöriger der ÖVP, so wie der Kanzler, er ist politisch Verfolgter — an den Kanzler gewandt mit der Bitte um eine Aussprache, um ihm die Unterlagen und Begründungen für die Vorwürfe gegen den Bundesminister zu geben. Der Bundeskanzler, der sonst sehr viel Zeit hat, andere Leute zu empfangen, hat den Leiter des Personalwesens nicht empfangen, hat aber den Verteidigungsminister von diesem Brief verständigt. Sofort hat der Verteidigungsminister die Strafversetzung dieses hohen, mit Auszeichnungen dekorierten und mit einer ausgezeichneten Dienstbeschreibung bedachten Offiziers nach Graz verfügt.

Als das geschehen war, hat ihm der Kanzler mitteilen lassen, daß er nicht bereit ist, ihn zu empfangen, und ihm empfohlen, das

Zeillinger

Belastungsmaterial gegen Minister Prader dem Minister Prader selbst zu übergeben. Das, meine Damen und Herren, ist die Personalpolitik, die jetzt in Österreich getrieben wird, das ist jene Personalpolitik, die eine Gefahr für unsere Landesverteidigung darstellt. Denn niemand hat mehr Lust, unter solchen Umständen in einem österreichischen Bundesheer zu dienen.

Sie können sich jetzt, Herr Minister, Ergebnisadressen Ihrer politischen Organisation geben lassen. Ich darf Ihnen jetzt etwas sagen, was ich für sehr interessant finde. Ich bekomme jetzt neuerdings auch die verschiedenen Unterlagen des Arbeiter- und Angestelltenbundes. Ich verfolge mit Interesse, daß zum Beispiel als eine der wichtigsten Aufgaben des Organisationsplanes die Besetzung aller wichtigen Schlüsselpositionen im Bundesheer mit ÖAAB-Angehörigen angeführt ist. Es ist sehr interessant, das zu wissen, bei einem Bundesheer, das für das ganze Volk da sein muß und soll, einem Bundesheer, das letzten Endes auch vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen werden muß.

Herr Minister! Es liegt an Ihnen, hier jetzt nicht Erklärungen abzugeben. Es sind die schwersten Beschuldigungen, Herr Minister, die nach meinem Wissen in diesem Hause gegen einen Minister erhoben worden sind. Das kann man nicht mit dem Hinweis abtun: „es wird gelogen“, das kann man nur damit abtun, daß man die Zeugen anhört. Wenn man verhindert, daß die Zeugen angehört werden, Herr Minister, dann ist das ein Einbekenntnis Ihrer Schuld. Dann gibt es aber nur mehr eines für Sie: Sofort abzutreten, zurückzutreten im Interesse Österreichs und der österreichischen Landesverteidigung! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Bevor wir überhaupt an einen weiteren Aufbau unseres Heeres gehen können, muß Ordnung gemacht werden, eine Ordnung, die unter früheren Ministern, die auch Ihrer Partei angehört haben — ich möchte das jetzt loyal hier sagen — geherrscht hat. Das Bundesheer ist nicht Niederösterreich, wo man stolz sagen kann, daß man von 11.000 Beamten 10.000 und soundso viele bereits beim AAB organisiert hat. Wenn Sie das beim Bundesheer auch erreichen, Herr Minister, ist das das Ende des österreichischen Bundesheeres. Wer noch einigermaßen Pflichtgefühl hat, gleichgültig, welcher Partei er angehört, wird dagegen aufstehen.

Im Interesse des Bundesheeres lade ich Sie, meine Damen und Herren von der Volkspartei, ein: Behindern Sie nicht die Untersuchung, sondern ermöglichen Sie, daß bewiesen wird, ob der Minister unschuldig ist, oder bewiesen

wird, daß seine Amtsführung seinen sofortigen Rücktritt erfordert. Zuerst muß Ordnung gemacht werden in unserem Verteidigungswesen, zuerst muß die Amtsführung des Ministers überprüft werden, denn solange er im Amt ist, ist die Landesverteidigung in Österreich gefährdet!

Nun komme ich zum Schluß. Das war der Grund — Prader wußte das —, warum das Fernsehen heute nicht hier sein durfte, denn die Öffentlichkeit soll nicht erfahren, was hier im Parlament über unser Heer, über unsere Verteidigung gesprochen wird. Aber, Herr Minister, Sie und Ihre Partei, die Volkspartei, können uns nicht mundtot machen, wenn es darum geht, Skandale, Gesinnungsterror, Personalpolitik und Amtsmißbrauch aufzudecken. Wir Abgeordneten sind bereit, zu untersuchen und dann zu sprechen, ob schuldig oder nicht schuldig. Aber es ist geradezu verantwortungslos gegenüber dem Staat und gegenüber der Landesverteidigung, die Untersuchung weiter zu verhindern.

Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, daß wir unter diesen Umständen beim Bekenntnis zu einer gemeinsamen Landesverteidigung und bei einem Bekenntnis zu diesem Heer dem Verteidigungsbudget die Zustimmung verweigern müssen. Ich möchte betonen, daß die überwiegende Mehrheit nicht hinter dem Minister und seinen Methoden steht, auch wenn sie politisch der ÖVP nahesteht. Solange ein Dr. Prader an der Spitze des Heeres steht, müssen wir dem Verteidigungsbudget die Zustimmung verweigern. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tödling das Wort.

Abgeordneter Tödling (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Zeillinger hat nun fast eine Stunde lang dem Bundesheer kein positives Wort gewidmet (*Abg. Dr. Tull: Nein, dem Minister Prader!*), sondern einzig und allein Kritik geübt an der Personalpolitik, am Herrn Minister. Er hat alles in Grund und Boden zu reden versucht, was vom Minister verfügt wird. Nun, Herr Kollege Zeillinger, ich habe Verständnis dafür, daß Sie als kleine Opposition es sich zum täglichen Brot machen müssen, dagegen zu sein und zu kritisieren. Das ist ja Ihr gutes Recht. Sie hätten aber doch auch hier sagen müssen, daß das Bundesheer seine positiven Seiten hat. (*Abg. Zeillinger: Das Heer schon!*) Herr Kollege Zeillinger ... (*Abg. Sekanina: Das Heer schon, aber nicht der Minister Prader!* — *Abg. Dr. Tull: Das Heer wird ohne Prader besser!*) Herr Kollege Zeillinger, und jetzt

2502

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Tödling

darf ich die Kollegen von der SPÖ dazunehmen: Sie kritisieren und sagen, Sie seien für die Landesverteidigung, aber Sie lehnen das Bundesfinanzgesetz ab. Sie sprechen einmal dem und einmal jenem Minister Ihr Mißtrauen aus, und dann sind Sie wieder für die Landesverteidigung. (*Abg. Weikhart: Aber nicht für Prader!*) Mir scheint das etwas viel an Inkonsistenz zu sein. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Sekanina: Zwischen Bundesheer und Prader besteht ein Unterschied!*)

Meine Damen und Herren von der Opposition! Sie haben heute noch Gelegenheit, zu dokumentieren, daß Sie tatsächlich für die Landesverteidigung sind, indem Sie dafür stimmen. (*Abg. Dr. Tull: Wir brauchen keinen guten Rat von Ihnen!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Bitte nicht zu übersehen, daß der Redner am Wort ist. (*Abg. Dr. van Tongel: Der strapazierte uns aber stark!*)

Abgeordneter Tödling (fortsetzend): Ich bin der Auffassung, daß wir als Abgeordnete, als Parlament mehr tun müssen, als Kritik zu üben, und verpflichtet sind, unserer Bevölkerung Antwort auf verschiedene Fragen zu geben. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten uns nicht nur in der Kritik ergehen. Einmal heißt es — ich habe hier die stenographischen Protokolle nachgelesen, Kollege Preußler wird das ja nach mir wahrscheinlich wieder bringen —: Zuviel an Propaganda, zuwenig an Gespräch! Das gilt auch für die FPÖ, die kritisiert, der § 36 des Wehrgesetzes sei zu weich. Und alles das gipfelt in der Forderung: „Der Prader muß weg!“

Meine Damen und Herren! Ich könnte jetzt in der Vergangenheit kramen. (*Abg. Dr. Tull: Sie haben auch dem Müllner die Mauer gemacht!*) Ich bin ein Steirer, Herr Kollege! (*Abg. Weikhart: Deshalb haben Sie ihn auch verteidigt!*) Darf ich zu diesem Gipfelpunkt „Der Prader muß weg!“ etwas sagen. Das gilt nicht für die FPÖ, denn sie war noch nicht in der Lage, einen Minister zu stellen. (*Abg. Dr. van Tongel: Das ist eine billige Argumentation!*) Aber die Kollegen der SPÖ darf ich erinnern, daß wir mehrmals Minister von Ihnen angegriffen haben, aber Sie deshalb keinen abberufen haben, sondern uns zur Antwort gegeben haben: Das ist unsere Sache, wer Minister ist! Ich bitte, das auch von uns zur Kenntnis zu nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Tull: Wir haben auch keinen Prader gehabt!* — *Abg. Weikhart: Solche Beschuldigungen sind bisher gegen keinen Minister erhoben worden!*) Herr Staatssekretär! Ich will nicht Wahlkampfargumente auskramen, aber es sind

auch gegen Ihre Minister schwere Vorwürfe erhoben worden, und Sie haben keinen abberufen. (*Abg. Weikhart: Der Herr Bundeskanzler hat erklärt, der Wahlkampf ist vorbei!*) Den Eindruck habe ich aber heute nicht, Herr Staatssekretär.

Ich bin der Meinung, daß wir der Bevölkerung mehr schuldig sind als Auseinandersetzungen. (*Abg. Czettel: Sagen Sie etwas zum Fall Tomschitz!*) Herr Minister außer Dienst Czettel! Ich habe die Beantwortung dieser Anfrage vor mir, und ich nehme an, der Herr Minister hat die Möglichkeit, in seinem Schlusswort dazu etwas zu sagen. (*Abg. Czettel: Sie beschuldigen andere, bevor Sie zu konkreten Vorwürfen etwas sagen!*) Herr Kollege Czettel! Ich weiß nicht mehr darüber als Sie. Kollege Zeillinger weiß immer mehr. (*Heiterkeit.*) Ob es richtig ist, ist eine andere Frage. Herr Kollege Zeillinger! Ich frage, ob das immer richtig ist, was Sie behaupten. (*Abg. Dr. Tull: Sie haben eine fesche Garnitur: Krauland, Müllner, Prader, Truppe in Kärnten!*)

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich habe einleitend schon erwähnt, daß wir mehr tun müssen, als uns hier in Kritik zu ergehen. Ich glaube, daß wir Fragen beantworten müssen, die die Mütter und Väter unserer Jungmänner stellen, die heute in unserem Bundesheer Dienst tun. Parlament und Abgeordnete sind der Bevölkerung Aufklärung schuldig. (*Abg. Dr. Scrinzi: Sind Sie für den Untersuchungsausschuß — ja oder nein?*) Herr Kollege Dr. Scrinzi! Mir geht es um mehr als um diesen Untersuchungsausschuß. Mir geht es darum, ob es die Bevölkerung sinnvoll findet, was wir in der Landesverteidigung tun. Diese Frage möchte ich versuchen, hier positiv zu beantworten. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Zwischenrufe.* — *Abg. Konir: Wie ist das Flugzeug hereingekommen?*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Meine Damen und Herren! Es wurde zuerst der Kontraredner angehört, ich bitte, jetzt den Proredner anzuhören!

Abgeordneter Tödling (fortsetzend): Der Proredner hat Zeit.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es werden Fragen gestellt, aber anscheinend werden Sie nur mit Fragen, ob Untersuchungsausschuß oder nicht, konfrontiert. Uns fragt man: Haben unsere Verteidigungsbemühungen einen Sinn — ja oder nein? Sie, Herr Abgeordneter, oder das Parlament, geben Sie uns eine Antwort darauf! (*Abg. Dr. van Tongel: Unter einer solchen Führung nicht; das ist die Antwort!*)

Oder etwa die Frage — ich glaube, Sie alle werden damit konfrontiert —: Wieviel ist

Tödling

unsere Neutralität wert? Oder: Ist es notwendig, daß wir Lebensmittelkarten drucken? Ich glaube, das sind Fragen, die die Öffentlichkeit interessieren und die auch beantwortet werden müssen.

Ich will den Versuch unternehmen, auf diese hier kurz aufgeworfenen Fragen eine Antwort zu geben.

Zunächst die Frage: Haben unsere Verteidigungsbemühungen angesichts der Tatsache, daß wir zwischen zwei Atommachtblöcken liegen, einen Sinn? Diese Frage kann man eindeutig mit einem Ja beantworten. Ich glaube, einige schlüssige Hinweise dafür zu haben, welche in der Lage sind, meine Auffassungen zu untermauern.

Der dritte Weltkrieg hat nicht stattgefunden. Er hat sich weder in Kuba noch an der Berliner Mauer entzündet. Die Atombomben blieben verwahrt. Man spricht heute nicht mehr so sehr von Kriegen, man spricht von Konflikten, von Auseinandersetzungen. Seit 1945 haben wir ja mehrere Dutzend solcher Konflikte erlebt. Man spricht etwa seit dem Korea-Konflikt oder auch heute in der Vietnam-Angelegenheit von „Stellvertreter-Kriegen“. Ich will damit sagen, daß dies eine neue Art ist, wobei sich die Großen auf dem Boden Kleiner oder Dritter begegnen. Alle diese Konflikte oder Kriege wurden und werden noch immer und aller Voraussicht nach auch in Zukunft mit herkömmlichen Waffen ausgetragen. Auch ein neutraler Staat könnte so, wenn er ungerüstet ist, zum Tummelplatz oder zum Prügelknaben der Großen werden.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit dieser Annahme befindet ich mich in bester Gesellschaft. Als Abgeordneter Doktor Kreisky noch Außenminister war, legte er ein Schwergewicht auf die Möglichkeit solcher Bedrohungen. Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 7. September 1965 gibt der Meinung des Herrn Außenministers Dr. Kreisky Raum: „Wenn es kriegerische Auseinandersetzungen geben wird, werden diese nicht von den Großmächten selbst, sondern von Stellvertretern geführt werden. Für diesen Fall eines solchen politischen Krieges müssen wir gerüstet sein.“ So der Herr Außenminister Dr. Kreisky.

Die Tatsache aber, daß der, der mit Atomwaffen angegriffen wird, noch in der Lage ist, zurückzuschlagen, gibt uns die Hoffnung, daß das gesamte nukleare Arsenal auch weiterhin der Abschreckung dienen wird, umso mehr als wir alle wissen, daß Selbstmord noch lange kein Grundsatz ist. Wir können daher ableiten und annehmen, wenn irgendwo in der Welt kriegerische Auseinandersetzungen erfolgen, daß diese mit herkömmlichen Waffen ausgetragen werden.

Die Annahme ist daher berechtigt, daß wir als kleiner neutraler Staat mit Mitteln, welche außerhalb der Interkontinentalraketen und Atombomben liegen, sehr wohl in der Lage sind, eine wirksame Landesverteidigung aufzubauen. Man muß also nach dem Gesagten nicht im Besitze der so fürchterlichen Atomwaffen sein, um sein Land verteidigen zu können.

Eine weitere Antwort, Hohes Haus, wäre der Bevölkerung im Zuge der Aussprache über das Kapitel Landesverteidigung zu geben, und zwar auf die Frage: Wieviel ist unsere Neutralität wert? Wird sie von den anderen respektiert werden? Mir jedenfalls wurde diese Frage mehrmals gestellt. Dazu wäre zu sagen, daß unsere Neutralität mehr wert sein muß als das Papier des Bundesverfassungsgesetzes vom 26. Oktober 1955. Wir haben uns zur immerwährenden Neutralität bekannt. Wert wird dieses Bekenntnis so viel sein, als wir als österreichisches Volk bereit sind, an Substanz in dieses Verfassungsgesetz zu legen. Das entscheidende den anderen, der Welt gegenüber ist, ob wir mit unserer Neutralität glaubhaft erscheinen.

Ich gebe hier dem Herrn Professor Zemanek vollkommen recht, wenn er sagt: „Neutralität ist ein Zustand, der täglich erarbeitet werden muß — und ist wirksam dann, wenn man bei den anderen glaubhaft erscheint.“ Und wann, Hohes Haus, erscheinen wir glaubhaft? Wenn wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, so wie es in der Neutralitätserklärung heißt, bereit sind, diese Neutralität zu wahren. Welche Mittel sind damit gemeint? In der Neutralitätserklärung ist eine genaue Definition nicht angegeben. Folglich müssen wir unter „Mittel“ das verstehen, was in anderen vergleichbaren Staaten zur Verteidigung ihres Territoriums oder ihrer Neutralität an Mitteln vorhanden ist, also vergleichbare Mittel.

Hiemit berühre ich ein Thema, das gerade jetzt aktuell wurde, und zwar seit dem Besuch des russischen Staatspräsidenten, seit dem Besuch der russischen Delegation bei uns. Man kann jetzt der Hoffnung Ausdruck geben, daß nun die Wünsche in unserem Sinne realisiert werden. Wenn wir von „vergleichbaren Mitteln“ sprechen, so waren wir bis heute hinsichtlich der Möglichkeit, unseren Luftraum zu verteidigen, gegenüber unseren Nachbarn im Hintertreffen.

Herr Bundeskanzler Klaus verwies in der Regierungserklärung vom 20. April darauf, daß sich die Bundesregierung weiter bemühen wird, die Beseitigung jener Beschränkungen zu erwirken, welche die Selbstverteidigung Österreichs behindern. Nun scheint es, daß Rußland als Vertragspartner bereit ist, uns eine wirk-

2504

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Tödling

same Luftraumverteidigung durch Raketen zu ermöglichen. Bereits angestellte Berechnungen haben ergeben, daß die Beschaffung dieser Abwehraketens kostenmäßig durchführbar erscheint. (*Abg. Dr. Scrinzi: Zuerst schießen wir damit den Verteidigungsminister in den Weltraum!*)

Gerade jetzt beweisen wir, wie ernst wir es mit der Neutralität nehmen. Ich glaube, würden wir es weniger ernst mit dieser Frage nehmen, vielleicht hätten wir dann schon die gewünschte Verbindung zum größeren europäischen Markt, zur EWG. Aber, meine Damen und Herren, weil wir die Frage der Neutralität ernst nehmen, darum haben wir die Schwierigkeiten.

Hohes Haus! Ich möchte noch eine Frage berühren, und zwar betrifft diese die Vorsorge. Nicht unbedingt für den Verteidigungsfall, aber schon für den Krisenfall haben wir vorzusorgen.

Die Bevölkerung weiß, daß wir Lebensmittelkarten drucken; diese Karten werden bei den Bezirkshauptmannschaften deponiert werden. Hoffen wir, daß wir sie nie brauchen werden. Die Beschaffung von Lebensmittelkarten sollte für unsere Bevölkerung kein Grund zur Beunruhigung sein, sondern beweisen, daß wir bemüht sind, vorzusorgen. Ja, Herr Kollege Mondl, Sie werden mir recht geben, wenn Sie nach mir sprechen. Wir sorgen vor, und die Bevölkerung möge daher die Gewißheit haben, daß die Regierung weiter denkt. Auch in einer Zeit, wo es uns gut geht, müssen wir an die Möglichkeiten eines Krisenfalles denken. Was würde denn sein, wenn ein solcher Krisenfall eintritt? Er kann ja schon eintreten, wenn irgendwo in der Welt etwa Transportwege abgeschnürt werden. Das kann weit weg von uns sein. Gewisse Dinge dürfen dann nicht passieren, wie etwa, daß sich jener, der über das nötige Geld verfügt, mit Bedarfsgütern und Nahrungsmitteln eindeckt und der andere, der kleine Mann, der nicht die finanziellen Mittel besitzt, zu kurz kommt. Durch ein wohlvorbereitetes Kartensystem haben dann alle gleich viel, ob arm oder reich.

Ich glaube, hier ist die Regierung dabei, Verantwortung zu zeigen, wenn sie für mögliche Krisenfälle vorsorgt. Wenn wir nichts machen würden, meine Damen und Herren, und ein Krisenfall tritt ein, dann würden ja uns die Vorwürfe treffen, die Bevölkerung würde mit Recht sagen: Ihr, das Parlament, die Regierung, ihr hättet es wissen müssen, ihr hättet in eurer Verantwortlichkeit vorzusorgen gehabt!

Wir stehen mit diesen Vorbereitungen für Krisenfälle erst am Anfang. Sie werden uns

Opfer abverlangen. Die gesamte Wirtschaft wird Leistungen zu erbringen haben. Wir werden auch von der budgetären Seite her entsprechende Mittel bereitstellen müssen. Wir wissen, daß solche Dinge unpopulär sind, aber eine verantwortungsbewußte Regierung darf sie nicht übersehen. Ich möchte als Beispiel die oft zitierte Schweiz anführen.

Meine Damen und Herren! Nun ein paar Worte zum Budget selbst. Natürlich muß man bei den Geldansätzen für die Landesverteidigung im Jahre 1967 generell sagen, daß dieses Budget bescheiden ist und daß wir versuchen müssen, in den nächsten Jahren wesentliche Erhöhungen vorzunehmen.

Ich möchte hier etwas wiederholen, was ich schon im Finanz- und Budgetausschuß ausgeführt habe. Es ist eine Tatsache, daß die Landesverteidigung hinsichtlich ihrer finanziellen Dotierung noch die Lasten der Vergangenheit zu tragen hat. Die Koalitionsregierung hat in den zurückliegenden Jahren dem Bundesheer nicht das gegeben, was es gebraucht hätte, um eine wünschenswerte Entwicklung einzuleiten. Vergessen wir das nicht. Keinesfalls war eine noch nicht ein Jahr im Amt befindliche ÖVP-Regierung in der Lage, in einem Budgetjahr dies alles aufzuholen.

Meine Damen und Herren! Wir neigen bei der Erörterung von Verteidigungsfragen immer zu Vergleichen mit anderen neutralen Staaten. Bei einer Gegenüberstellung der Aufwände der Länder Schweden, Schweiz und Österreich zeigt sich, daß wir uns, wie ja allgemein bekannt ist, arg im Hintertreffen befinden. Bei dem für 1967 vorgesehenen finanziellen Aufwand für das Bundesheer von 2756 Millionen Schilling sind das 1,1 Prozent vom Gesamtbudget. In Schweden sind es 17 Prozent, in der Schweiz 31 Prozent. Rechnet man diese Ausgaben auf den Kopf der Bevölkerung um, so ergibt sich, daß Schweden 2894 S, die Schweiz 1605 S und Österreich 384 S für die Landesverteidigung ausgibt. Eine Aufschlüsselung der für 1967 vorgesehenen Ausgaben für das Bundesheer ist an Hand des Berichtes und der sonstigen Unterlagen unschwer möglich.

Ich möchte nur noch auf eine interessante Zahl hinweisen. Es erscheint mir bemerkenswert, daß der Aufwand für die Verwaltung — gerade sie ist ja auch schon in der Vergangenheit Gegenstand der Kritik gewesen — in einem durchaus vertretbaren Verhältnis zum Wehrbudget steht. Die für die Verwaltung ausgewiesenen 192 Millionen Schilling sind genau 6,9 Prozent. Im übrigen, meine Damen und Herren, werden meine Kollegen auf die finanzgesetzlichen Ansätze noch zu sprechen kommen.

Tödling

Meine Damen und Herren! Ich habe schon darauf verwiesen, daß die ÖVP-Regierung in budgetärer Hinsicht keine Wunder wirken konnte. Wohl aber sind auf legislativem Gebiet einige bemerkenswerte Dinge geschehen.

Bis zum 28. Juni dieses Jahres hatten wir bezüglich des Verfügungsrades über das Bundesheer eine ganz unmögliche Regelung. Aus verfassungsrechtlichen und aus sachlichen Gründen mußte hier eine Änderung angestrebt werden. Nach Artikel 80 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes 1929 und § 3 Abs. 2 des Wehrgesetzes hatte der Verteidigungsminister im Ernstfall wohl die Ermächtigung, zu alarmieren, im übrigen war er aber mehr oder weniger in die Rolle eines Berichterstatters gedrängt. Nach dieser aus der Koalitionszeit stammenden Regelung hätte sich von der Alarmierung bis zum Schußbefehl folgender Instanzen- und Zeitablauf ergeben: Der Verteidigungsminister alarmiert, darauf berichtet er dem Bundespräsidenten. Nach diesem Bericht über die erfolgte Alarmierung war über Zeit und Art des Einsatzes neuerdings dem Bundespräsidenten zu berichten. Nach diesem neuerlichen Bericht konnte die Bundesregierung erst die notwendigen Verfügungen treffen. Bei Gefahr im Verzuge wäre ebenfalls zunächst wieder an den Bundespräsidenten zu berichten, erst dann konnte die Kollegialinstanz — Kanzler, Vizekanzler und Verteidigungsminister — aktiv werden. Also sechsmal Verteidigungsminister, dreimal Bundespräsident, einmal Bundesregierung plus Vizekanzler plus Verteidigungsminister. (Abg. Weikhart: Jetzt ist der Verteidigungsminister allein, aber ein italienisches Flugzeug fliegt bis über den Stephansturm! Und das fällt keinem auf!) Nein, Herr Staatssekretär, über den italienischen Flieger — da ich ja kein Flieger bin, ich war Gebirgsjäger — wird Ihnen ein Flieger, den wir als Sprecher hier haben, dann Auskunft geben. (Zwischenruf bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Diese Schilderungen waren die Regelungen für Friedenszeiten. Ich möchte fast sagen: Regelungen für Friedenszeiten mit Kriegsbemalung, ein Koalitionsbeschuß. Unnötig zu sagen, daß bei einem derartigen Kompetenzschwund ein möglicher Aggressor seinen Spaziergang durch Österreich längst absolviert haben könnte, bis wir etwa unsere Dinge auf einen Nenner gebracht haben.

Der Beschuß der Bundesregierung vom 28. Juni dieses Jahres beinhaltet schon im Punkt 1 eine klare Aussage. Ich darf zitieren: „Der Bundesminister für Landesverteidigung hat den Einsatz des Bundesheeres einschließlich der Art und des Umfangs des Einsatzes zum Zwecke der dauernden Behauptung der

Unabhängigkeit der Republik Österreich und zum Zwecke der Unverletzlichkeit ihres Gebietes auf Grund von Richtlinien zu verfügen, die die Bundesregierung im jeweiligen Bedarfsfall zu beschließen hat.“

Ein weiterer wichtiger Beschuß der Bundesregierung war der vom 17. Mai 1966. Nach diesem Beschuß werden territoriale Sicherungstruppen aufgestellt. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren und vor allem die Kollegen von der SPÖ, die mit uns zusammen im Ausschuß diese Dinge beraten haben, daran erinnern: Ihr Herr Staatssekretär Rösch und Sie als Abgeordnete waren damals gegen eine solche Regelung, indem Sie meinten: die Grenzschutzkompanien genügen vollauf; was brauchen wir territoriale Sicherungsverbände? (Abg. Steininger: Das haben wir nicht gesagt! Das ist nicht wahr! Wir haben gesagt: zuerst die Grenzschutzkompanien und dann die Territorialverbände!) Herr Kollege Steininger! Das kommt mir so vor: Ich kaufe mir jetzt einmal genug Hemden, und wenn ich genug Hemden habe, dann werde ich mir erst ein paar Schuhe kaufen. So ähnlich sieht das aus. (Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Nachhemden haben wir ja genug!) Über die Hemden hat sich auch Kollege Zeillinger im Ausschuß ausgiebig unterhalten. Ich möchte auch dazu etwas sagen. (Ruf bei der SPÖ: Nachhemden haben wir genug, aber keine Schuhe! — Abg. Dr. J. Gruber: „Mann kann nie genug Schuhe haben“!) Es muß Ihnen doch, meine Damen und Herren von der SPÖ, einleuchten, daß man den Einsatzverbänden den Rücken decken und vorhandene Landesbefestigungen auch besetzen muß. (Ruf bei der SPÖ: Mit Nachhemden!)

Meine Damen und Herren! Die Neufassung des Organisationsschemas für die umfassende Landesverteidigung, ein Regierungsbeschuß vom 14. Juni dieses Jahres, war durch die Kompetenzneuverteilung erforderlich. Mit Bundesgesetz vom 7. Juli 1966 wurden wehrrechtliche Bestimmungen abgeändert. Das Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz wurde beschlossen.

Die angeführten Beschlüsse der ÖVP-Regierung zeigen, daß diese Regierung gewillt ist, den legislativen Erfordernissen auf dem Gebiet der Landesverteidigung Rechnung zu tragen.

Aber eine Reihe weiterer gesetzlicher Maßnahmen muß noch getroffen werden: ein Gesetz über die Lagerung von Munition, ein Gesetz über die Anforderung von Kraftfahrzeugen, Schiffen und Baumaschinen für das Bundesheer und die 4. Novelle zum Heeresgebührengesetz; diese Novelle hat den Ministerrat schon passiert.

Aber darüber hinaus, meine Damen und Herren, werden wir noch eine Reihe von

2506

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Tödling

Fragen und Aufgaben zu lösen haben. Die wirtschaftliche Landesverteidigung macht weitere gesetzliche Maßnahmen erforderlich. Ich will mir hier die Aufzählung ersparen; es sind das ein gutes Dutzend Gesetze, welche zum Teil vorhanden sind und der Verlängerung bedürfen, aber auch zum Teil neu geschaffen werden müssen.

Wenn wir von Landesverteidigung sprechen, darf man natürlich nicht nur rein militärische Aspekte sehen, da der Problemkreis ein viel größerer ist. Dieser Erkenntnis Rechnung tragend, wurde mit Ministerratsbeschuß vom 20. Februar 1962 der Startschuß für den Aufbau einer „umfassenden Landesverteidigung“ gegeben. In der Folge haben sich mit der Zielrichtung militärische, zivile, wirtschaftliche und geistige Landesverteidigung Arbeitsausschüsse konstituiert. Wer Einblick in die Arbeit dieser Ausschüsse hat — das sind vor allem die Kollegen, die mit uns zusammen das letzte Seminar besucht haben —, der muß feststellen, daß hier viel an vorbereitender Arbeit geleistet wurde. Ich möchte von dieser Stelle aus allen Militärpersonen, allen Beamten und sonstigen Mitarbeitern für diese Arbeit ein Wort des Dankes sagen.

Nun zur Ausrüstung und Ausstattung des Bundesheeres. Meine Damen und Herren! Vergessen wir nicht, daß wir erst eine Zeitspanne von zehn Jahren für den Aufbau dieses Heeres hinter uns haben. In diesen zehn Jahren war es möglich, uns einen materiellen und personellen Grundstock zu erarbeiten. Es kommt nun darauf an, systematisch Lücken zu schließen und Modernisierungen vorzunehmen. Als Schwerpunkte — darauf möchte ich eine besondere Betonung legen — und wichtigste Aufgaben der Heeresausrüstung stehen Luftraumüberwachung, Flieger- und Panzerabwehr an der Spitze.

Es ist allgemein bekannt, daß eine Expertenkommision seit Wochen unterwegs war, um sowohl in Amerika als auch in Schweden einen für uns geeigneten Flugzeugtyp zu finden. Tatsache ist, daß wir die „Fliegenden Tonnen“ ersetzen müssen. Wir bedauern außerordentlich, daß bei diesen Erprobungen ein „Draken“ in Schweden verlorenging.

Ich übrigens darf ich bemerken, daß es der österreichischen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Bundesheer in kurzer Zeit und mit geringen Mitteln gelungen ist, eine beachtenswerte Rüstungsindustrie aufzubauen. Das Programm reicht von verschiedenen Munitionsarten über das Sturmgewehr, welches in Lizenz hergestellt wird, bis zu Schützenpanzerwagen und Fahrzeugen für Panzertransporte. Verschiedene Industriezweige konnten durch die Auftragerteilung des Bun-

desheeres neue Arbeitsplätze schaffen, und es haben sich durch eigene Entwicklungen auch Exportmöglichkeiten ergeben, wie etwa beim Puch-Haflinger oder etwa bei Panzerminen. Bis auf schwere Waffen, Spezialfahrzeuge in Einzelfällen, Munition für schwere Waffen, Flugzeuge und elektronisches Gerät ist das Bundesheer in der Lage, seinen Bedarf zum größten Teil im Inland zu decken. Es wurden Möglichkeiten gefunden, auch den kleinen Handwerker zu berücksichtigen. Handwerker der verschiedensten Branchen haben sich zu 23 Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen.

Meine Damen und Herren! Bei allen Entscheidungen, welche die Ausrüstung und Ausstattung des Bundesheeres betreffen, ist es erforderlich, die vorhandenen finanziellen Mittel zu konzentrieren und im Sinne der schon angedeuteten Schwerpunkte zu verwenden. Ich wiederhole noch einmal: Als diese Schwerpunkte bieten sich an die Flieger- und die Panzerabwehr.

Abschließend und zusammenfassend darf ich sagen, daß die österreichische Landesverteidigung sehr wohl sinnvoll und trotz Atombomben möglich ist. Betonen möchte ich noch einmal, daß die Verteidigung unseres Landes ein Anliegen der gesamten Bevölkerung sein muß und wir, wenn erforderlich, dafür auch Opfer bringen müssen. Ich weiß, daß es unpopulär ist, in einer Zeit des allgemeinen Wohlstandes und der Konsumfreudigkeit von Opfern zu sprechen. Und doch müssen wir im Sinne unserer Neutralitätserklärung und um glaubhaft zu erscheinen, unsere Landesverteidigung auszubauen. Wir werden dann auch — davon bin ich überzeugt — in der Lage sein, unser Land zu schützen. Hoffen wir, daß für Österreich der Tag X nie eintreten möge! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Preußler das Wort.

Abgeordneter Preußler (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir stehen jetzt eigentlich schon über zehn Jahre hier an diesem Platz, und wenn das Kapitel Landesverteidigung behandelt wird, dann bringen wir alljährlich dieselben Wünsche und Forderungen wieder, ganz gleich, von welcher Fraktion, wie wir uns als Abgeordnete vorstellen, daß das österreichische Bundesheer aufgebaut werden soll. Ich möchte aber ganz deutlich sagen, daß wir nach diesem Jahrzehnt faktisch an derselben Stelle stehen wie zu Beginn des Aufbaues des Bundesheeres, weil sich dem Grunde nach weder in der Organisation noch in der Ausrüstung eine wesentliche Änderung in der Planung,

Preußler

in der Durchführung der Ausrüstung ergeben hat.

Meine Damen und Herren! Es werden hier stets gute Ratschläge gegeben, Vorschläge vorgetragen mit allem Ernst derjenigen, die an dieser Verteidigung mitzuarbeiten bereit sind, und wir hören am Ende jeder Budgetberatung stereotyp vom Minister — nicht nur von dem, der jetzt da oben sitzt, sondern auch von den Vorgängern —: Es ist alles klar, es ist die Planung vorhanden, die Konzeption ist vorhanden, das Konzept für die Aufrüstung und Ausrüstung! Wenn Sie dann vergleichen, wie die Wirklichkeit ist, dann merken Sie, daß eingekauft wird nach allen Seiten, nach allen Richtungen. Die einen fahren hinaus und schauen sich Flugzeuge an, die nächsten fahren hinaus und schauen sich Panzer oder Panzerkanonen an, die nächsten fahren in ein anderes Land und besorgen Fliegerabwehrkanonen, und die nächsten kaufen Munition in einem Land ein, das wahrscheinlich im Ernstfall oder im Neutralitätsfall, wie wir das nennen, überhaupt nicht zu liefern imstande ist, weil in einem Ernstfall wahrscheinlich über diese Grenzen, die Österreich umschließen, nichts mehr hereinkommt.

Das ist in Wirklichkeit die Planung, die wir vorfinden. Das einzige, was der Verteidigungsausschuß bis jetzt überhaupt bekommen hat — wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie das zugeben —, war der Bericht über die umfassende Landesverteidigung von der Koalitionsregierung, in dem nur der Zustand des Bundesheeres zum Zeitpunkt der Abfassung des Berichtes geschildert war, aber keinerlei Vorschlag aufgeschienen ist, wie man sich für die Zukunft das weiter vorstellt.

Es ist vielleicht ganz interessant, einige Pressenotizen zu hören. Ich zitiere nicht aus sozialistischen Zeitungen, sondern aus der Zeitung „Die Presse“, einer Zeitung, die nicht uns, sondern die Ihnen nahesteht. Sie wissen: Der Mann, der in der „Presse“ über militärische Angelegenheiten schreibt, hat selbst als Soldat gedient und versteht von diesen Dingen etwas. Ich habe mir heute in der Parlamentsbibliothek einige Artikel aus der „Presse“ herausgesucht und habe einige Sätze gefunden, die man von dieser Stelle aus deutlich sagen muß. Es ist nur schade, daß Dr. Gorbach nicht mehr hier ist, denn ihn geht es in einer Weise an. Es heißt hier am 23. Mai 1966:

„Es ist gut, die Worte Gorbachs aus der Budgetdebatte 1960 in Erinnerung zu bringen. Der alte Soldat warnte davor, daß Österreich mit seinem Bundesheer etwas vorzutäuschen versuche, ohne wirklich gesonnen zu sein,

eine überzeugende Landesverteidigung aufzubauen. Diese Mahnung wurde damals in den Wind gesprochen, auch bei den Partei-freunden Gorbachs tat sie keine Wirkung. Heute ist es wohl kaum anders. Aber die kritische Lage der Streitkräfte gerade jetzt läßt sich nicht durch schöne Reden und illusionistische Planungen vertuschen. Das wissen die hohen Militärs natürlich genau, daher ihr Pessimismus und die Hoffnung, der schweren Last der Verantwortung bald ledig zu sein. Man sehnt den Tag der Pensionierung herbei. Selbst die meisten der einst zornigen Majore resignieren. Gottlob nicht alle.“

Ein anderer Satz aus diesem Artikel lautet: „Der budgetäre Engpaß ist nun einmal ein Faktum, und es gilt trotz dieses eklatanten Mißstandes an Schlagkraft des Heeres zu sichern, was gesichert werden kann.“ Ein weiterer markanter Satz aus diesem Artikel heißt: „Ohne in den Verdacht zu kommen, Hochverrat zu betreiben, kann ruhig gesagt werden, daß die Einsatzbereitschaft der Panzerverbände oder des Jabogeschwaders recht im argen liegt. Nicht minder prekär ist die Lage in einigen Bereichen der Munitionierung. Wie erst beim Fahrpark, der größeren Belastungen kaum noch gewachsen ist, was die Herbstmanöver 1965 ohnehin zeigten.“

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Das ist die wirkliche derzeitige Lage des Bundesheeres. In dem zuständigen Ausschuß für Landesverteidigung bemühen sich Abgeordnete aller Parteien, auf diesem schwierigen Gebiet — denn das Kapitel der Verteidigung ist kein populäres Gebiet, es ist kein angenehmes Gebiet, mit dem man irgendwie Popularität erreichen kann — für die allgemeine Wehrpflicht das Menschenmöglichste zu tun, die Mittel herbeizuschaffen, und sie bemühen sich, dafür zu sorgen, daß unsere Söhne, die zu diesem Bundesheer einrücken, auch wirklich im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen, die wir selbst geschaffen haben, für den Neutralitätsfall herangebildet werden.

Ich möchte daher heute sagen, daß es Sache des Verteidigungsministers wäre, dem Landesverteidigungsausschuß jene Vorschläge zur Beratung zukommen zu lassen, wie das Bundesheer mit den vorhandenen Mitteln organisiert und bewaffnet werden soll, um seine Aufgabe im Rahmen der von uns gesetzten Bestimmungen durchzuführen. Ich sage noch einmal: Es ist von uns Abgeordneten wirklich zuviel verlangt, daß wir einerseits öffentlich die Verantwortung für dieses Bundesheer tragen sollen und daß wir auf der anderen Seite Jahr für Jahr zum Narren gehalten werden, daß wir im

2508

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Preußler

unklaren gelassen werden und dann jedesmal, wenn Not am Mann ist oder wenn irgend etwas nicht in Ordnung ist, immer hören müssen: Das Parlament ist schuld, das Parlament trägt dafür die Verantwortung! Ich möchte deutlich hier für die Sozialistische Partei sagen, daß wir keinerlei Verantwortung mehr für diese Verteidigung übernehmen, wenn es die Regierung und der Verteidigungsminister stets und dauernd unterlassen, uns eingehend über diese Verteidigung zu informieren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich sage es deutlich: Die Öffentlichkeit hat die Empfindung einer Rederei. Bei jedem Budget wird dasselbe gesprochen; ich hätte fast einen anderen Ausdruck jetzt verwendet. Jedesmal kommt dasselbe zum Tragen. Lesen Sie Ihre Reden und unsere Reden durch, es ist immer dasselbe, weil wir keinen Weg in die Zukunft finden, weil wir ohne eine entsprechende Konzeption diesen Weg nicht gehen können. Wie soll man über etwas beraten, wie soll man ein Ja oder ein Nein sprechen, wenn man nichts weiß?

Wir haben nun den Landesverteidigungsamt, und wir sind neugierig. Angeblich soll eine Einberufung — ich habe noch keine persönlich in der Hand, ich habe nur etwas gehört — für die nächsten Tage festgesetzt sein. Wir werden erfahren, was wir im Landesverteidigungsamt zu hören bekommen.

Es gibt genügend Zeugen in diesem Haus: Als ich beim Seminar auf der Staatsakademie die Fragen gerichtet habe: Wie schaut denn diese ganze militärische Landesverteidigung aus?, wie stellt sie sich dar?, was kann man seinen eigenen Körperschaften berichten?, wie sind die finanziellen Dinge bei der Verteidigung bestellt?, da ist mir eine nichts-sagende Antwort zuteil geworden, die am Thema vorbeigegangen ist, und so erleben wir es schon des öfteren.

Wir haben den Willen, eine Verantwortung zu übernehmen, denn sonst hätten wir das Bundesheer im Jahre 1955 nicht mit Ihnen von der Österreichischen Volkspartei beschlossen. Die FPÖ war damals aus gewissen Gründen dagegen. Ich weiß nicht, wie sie heute dazu steht, aber ihre Erklärungen sind ja positiv gewesen (*Abg. Mayr: Das haben wir gehört!*), so habe ich es aufgefaßt.

Ich möchte es nicht verabsäumen, heute von dieser Tribüne aus der Bevölkerung das zu sagen, weil ich immer wieder gefragt werde, was denn los sei, es komme immer dasselbe, man höre immer nur von derselben Richtung, die eingeschlagen werde. Ich möchte also sagen: Verantwortlich für diese unhaltbare Situation ist das Verteidigungsministerium, die-

ses trägt die alleinige Verantwortung und kann sie nicht von sich abwälzen, weil wir einfach nicht informiert werden!

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich empfinde es als geradezu schockierend, wenn wir uns, die wir uns um das Bundesheer bemühen, die wir nach Wegen suchen, wie wir der Zweckbestimmung dieses Heeres nachhelfen können, in den letzten Monaten ununterbrochen, anstatt positiv zu beraten, was wir mit den Mitteln, die im Budget zur Verfügung stehen, anfangen können, nur mehr mit den Dingen zu beschäftigen haben, die sich um den Verteidigungsminister selbst herumranken. Kaum ist die Dringlichkeitsanfrage vom Juli 1966 verkündet, kaum haben die „Salzburger Nachrichten“, eine immerhin angesehene Zeitung — das weiß jeder, daß diese Zeitung nicht irgend etwas schreibt, wenn sie nicht zumindest eine Information hat oder etwas gesehen hat —, ihren Artikel geschrieben, kaum ist das vorbei, liegt schon wieder eine neue Information von Oberst Tomschitz vor, der der Presse bekanntgegeben hat — Sie haben diese Artikel selbst gelesen —, daß er bereit ist, gegen den Minister auszusagen, und der — das muß ich deutlich sagen — drei sehr schwere Vorwürfe in der Öffentlichkeit erhoben hat, die man nicht einfach wegtäuschen kann. Er hat dem Minister nämlich vorgeworfen: Amtsmißbrauch, zweitens Verletzung des Gesetzes und drittens, unwahre Informationen an den Nationalrat gegeben zu haben.

Ich möchte das noch einmal deutlich hier sagen, um das klarzustellen: Es geht nicht darum — als Vertreter einer großen Oppositionspartei gebe ich diese Erklärung bewußt ab, damit Sie es nicht umdrehen können —, eine Prader-Schau zu machen oder hier ein Schauspiel aufzuführen, das traurig genug ist, wenn man bedenkt, daß da oben hunderte Leute vom Bundesheer sitzen, die horchen, was über ihr Schicksal beraten wird, und die nichts anderes hören als Skandalgeschichten und Auseinandersetzungen, die sich auf der Ebene bewegen, wie wir es von Nationalrat Zeillinger gehört haben. (*Abg. Hartl: Die Leistungen! Sie sind immer und immer dabei, wenn etwas los ist!*) Sie sind nirgends dabei, das weiß ich ohnehin, weil Sie immer abwesend sind: geistig und physisch! (*Abg. Hartl: Sie werden mir erzählen, wo etwas los ist!*) Ich habe keinen Esel zur Verfügung, um ihn durch die Wienerstadt zu schicken, so etwas haben nur die Studenten gehabt, aber bitte, vielleicht setzen Sie sich mit ihnen auseinander.

Ich möchte deutlich sagen — damit Sie es verstehen —, es geht gar nicht darum, hier eine Show aufzuziehen, es kann uns grund-

Preußler

sätzlich gleichgültig sein, wer Verteidigungsminister ist; wir haben ohnehin schon den dritten, das ist Ihre Sache. Aber es kann uns nicht gleichgültig sein, ob dieser Minister die gesetzlichen Bestimmungen einhält, nach denen er dieses Bundesheer zu führen verpflichtet ist. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Meine Damen und Herren! Sie können gewiß sein, daß es mir lieber wäre, wenn ich dazu überhaupt nicht sprechen müßte, wenn wir über etwas anderes, über Wichtigeres reden könnten, über das, wozu ich noch Stellung zu nehmen habe.

So einfach kann man es sich nicht machen. Ich verweise auf den Fall Oberst Tomschitz. Oberst ist immerhin ein Dienstgrad, den man nicht einfach hinwegwischen kann, denn dieser Oberst hat eine sehr verantwortliche Stellung. Ich kenne ihn persönlich gar nicht, ich sage das deutlich. Das Ministerium hat ihn in diese Stellung befördert, und es wird gewußt haben, warum. Wenn dieser Oberst Tomschitz solche Vorwürfe erhebt, die wahrscheinlich — das nehme ich jetzt an — auch etwa die Grundlage für die Notizen oder Ausführungen der „Salzburger Nachrichten“ gebildet haben, dann geht es ja gar nicht darum, wie einer meiner Kollegen schon eingeworfen hat, daß wir jetzt feststellen: Prader ist schuldig, sondern es geht darum, daß der Minister dazu verpflichtet ist, im Sinne der dienstpragmatischen Bestimmungen zu handeln und dafür Sorge zu tragen, daß durch eine unabhängige Kommission oder durch einen Untersuchungsausschuß — möge er Landesverteidigungsamt oder Landesverteidigungsausschuß heißen — festgestellt wird, wer nun der Schuldige ist. Wenn Oberst Tomschitz gelogen hat, dann werden wir den Mut aufbringen, zu sagen: Herr Oberst, Sie haben fälschliche Behauptungen aufgestellt. Wenn er aber nicht gelogen hat, dann muß der Minister aus dieser Tatsache die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Das ist das entscheidende. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Erinnern Sie sich, meine Herren, ich habe sehr deutlich bei meiner Dringlichkeitsanfrage — das ist in der Presse vermerkt worden — zum Schluß gesagt: Herr Minister! Sie müssen selbst ein großes Interesse an der Aufklärung dieses Falles haben. Das kann Ihnen, meine Damen und Herren, es kann uns jederzeit passieren, daß irgend jemand eine Aussage macht. Dann muß man halt eine Klage einbringen oder sich in dem Rahmen wehren, der zur Verfügung steht. Niemand wird eine entsprechende Verleumdung oder eine Anklage auf sich sitzen lassen. Das werden Sie selber zugeben. Sie wissen ja, daß oft sogar im Wahlkampf Kleinigkeiten — Ehrenbeleidigungen —

genügen, um vor Gericht zu stehen und dort die Dinge auszuhandeln.

Es ist unmöglich, daß man zu Vorwürfen, wie Verletzung des Gesetzes, Amtsmißbrauch, unwahre Informationen des Nationalrates, einfach erklärt: Über den Oberst Tomschitz gehen wir hinweg, er ist nicht existent, den hauen wir mit 85 Mandaten hinunter. Das ist unmöglich, weil die Öffentlichkeit hier Zeuge ist, daß diese Behauptungen vorliegen. Ich sage deutlich, wenn der Herr Minister Prader jetzt diesen Standpunkt einnimmt — denn noch ist er ja nur beschuldigt und noch nicht verurteilt; das ist ja Ihre eigene Argumentation —, dann müßte er sagen: Dem Oberst Tomschitz werde ich es zeigen, ich werde argumentieren, ich werde mich verteidigen, und dann werden wir sehen, wer der Schuldige ist. (*Abg. Steininger: Er versetzt ihn!*)

Wenn also nunmehr der Oberst Tomschitz wirklich, wie mir mitgeteilt wurde, am 21. 11. dem Herrn Minister mitteilte: Herr Minister, ich habe meinen Sonderauftrag erfüllt, ich bin bereit, bis zum 1. Dezember den Bericht über meine Sondermission vorzulegen, und wenn man dann den Bericht dieses Tomschitz anhört und anschließend die Versetzung vielleicht durchführt, so wäre das noch denkbar. Aber in diesem Fall wäre es denkbar, daß man zuerst dafür sorgt, daß die Anklagen des Oberst Tomschitz geprüft werden und erst dann die Versetzung durchgeführt wird. Da frage ich Sie: Was hat die Eile, diese Hastigkeit damit zu tun, daß man einen Mann, der einen Sonderauftrag durchgeführt hat, nicht einmal den Bericht erstatten läßt, sondern ihn einfach versetzt?

Ich möchte deutlich sagen: Herr Minister! Ich verurteile niemanden, meine Fraktion wird nie jemanden verurteilen, bevor er nicht vom Gericht oder von den entsprechenden Instanzen schuldig gesprochen ist. Herr Minister! Sie können nicht erwarten, daß wir zustimmen können, daß Sie einfach schweigen und daß Sie mit Schweigen etwas aus der Welt schaffen, was öffentlich über Sie behauptet wurde. Das ist ausgeschlossen!

Ich erinnere mich noch daran, daß Bundeskanzler Klaus vor kurzem anlässlich des Bautenskandals hier wörtlich gesagt hat, er habe jede Information, die ihm zugegangen sei, an die zuständige Instanz zur Untersuchung weitergeleitet. Und diese Information ist dem Bundeskanzler auch zugegangen. Ich frage mich, warum er beim Bautenskandal gesagt hat, er leite jede Information weiter. Er hat richtigerweise gesagt: Wenn ich natürlich keine Information bekomme, kann ich nichts weiterleiten. Aber hier hat er alle Information

2510

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Preußler

angeboten bekommen. Ich frage mich weiter: Warum hat er in diesem Fall nicht als Oberinstanz gehandelt, wie es notwendig gewesen wäre?

Ich glaube, daß ein Schweigen in dieser Sache und ein Unterdrücken als Schuldbekenntnis gelten muß. Ich muß den Herrn Minister darauf aufmerksam machen, daß das in der Öffentlichkeit von katastrophaler Wirkung ist.

Ich weiß, Herr Minister, Sie haben eine besonders harte Haut, ich habe fast das Gefühl, Sie gehören einer Panzerkompanie an und werden dort als der Panzer Nr. 1 geführt: An Ihnen prallt also ziemlich viel ab. Aber so hartnäckig jetzt auf dem Standpunkt zu stehen: Na, des is ma wurscht! — auf deutsch gesagt: Das ist mir gleichgültig! —, das können Sie doch nicht!

Ich möchte namens meiner Fraktion einen entsprechenden Entschließungsantrag einbringen, woraus Sie erkennen können, daß wir an einer rechtlichen Klärung des Ganzen wirklich interessiert sind. Er hat folgenden Inhalt, ich darf ihn verlesen:

Am 28. dieses Monats haben verschiedene Tageszeitungen über die überstürzte Versetzung des Leiters der Personalabteilung für Militärpersonen des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Oberst-Intendant A. Tomschitz auf einen niedrigeren bewerteten Dienstpostengrad mit Wirkung vom 5. Dezember dieses Jahres berichtet.

In einer offensichtlich bestellten parlamentarischen Anfragebeantwortung vom 29. dieses Monats, die noch am selben Tag im Nationalrat eingelangt ist, an dem die diesbezügliche Anfrage gestellt wurde, mußte der Bundesminister für Landesverteidigung die Tatsache bestätigen, daß Oberst-Intendant Tomschitz von seinem bisherigen Dienstposten abberufen und überraschend mit Wirkung vom 5. Dezember 1966 nach Graz versetzt wurde.

Ich denke daran, wie lange Sie gebraucht haben, Herr Minister, bis Sie meine Anfrage wegen der Propaganda-Millionen beantwortet haben. Erst als ich Sie im Budgetausschuß am 7. November mit der Drohung, daß ich den Betrag selber dem Haus bekanntgeben werde, dazu gedrängt habe, haben Sie mir dann den Betrag bekanntgegeben. Aber hier ist es in einem Tag gegangen.

Eine zufriedenstellende Begründung dafür, warum die überstürzte und ungewöhnlich kurzfristige Versetzung dieses hohen Offiziers aus der Personalabteilung des Landesverteidigungsministeriums dienstlich erforderlich war, wird in dieser Anfragebeantwortung nicht gegeben.

Im übrigen führt die Anfragebeantwortung selbst an, daß der bisher in Graz tätig gewesene Oberst-Intendant Kasimir, dessen Posten Oberst-Intendant Tomschitz übernehmen soll, in Wien erst am 1. Jänner 1969(!) einen zum 31. Dezember 1968 in den Ruhestand übertretenden Offizier ablösen soll.

Die Vorgänge der Versetzung von Oberst-Intendant Tomschitz nach Graz sind daher auch und gerade nach der parlamentarischen Anfragebeantwortung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 29. November dieses Jahres dringend aufklärungsbedürftig.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Landesverteidigung wird aufgefordert, bis zum 12. Dezember 1966 dem Nationalrat einen Bericht gemäß § 15 der Geschäftsordnung über die Gründe des jüngsten Revirements von hohen Offizieren im Bundesministerium für Landesverteidigung vorzulegen, in dessen Rahmen der bisherige Leiter der Personalabteilung für Militärpersonen überraschend nach Graz versetzt wurde.

Diesem Bericht sind die Akten, die auf die Versetzung von Oberst-Intendant Tomschitz Bezug haben, beizulegen.

Schließlich ist eine Stellungnahme von Oberst-Intendant Tomschitz einzuholen und dem Bericht an den Nationalrat beizuschließen.

Ich glaube, dieser Entschließungsantrag wurde überreicht, Herr Präsident, ich bitte, ihn in die Verhandlungen miteinzubeziehen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal sagen: Ich glaube, daß wir mit diesem Entschließungsantrag klarstellen, daß wir nichts anderes wollen als eine restlose Aufklärung dieser schweren Beschuldigungen, die von Oberst Tomschitz in der Öffentlichkeit erhoben worden sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe schon in der Budgetdebatte im heurigen Juni und in der Sitzung des Budgetausschusses am 7. 11. 1966 die Frage angeschnitten, daß das österreichische Bundesheer in zunehmendem Maße verpolitisiert wird. Sie alle kennen die Vorgänge über diese Verpolitisierung. Ich habe im Fernsehen nur kurz sprechen können, weil der Herr Minister die Zeit, die ihm zur Verfügung gestellt wurde, so weit überschritten hat, daß die beiden Abgeordneten der Oppositionsparteien kaum mehr Zeit hatten, die wichtigsten Unterlagen vorzutragen. Ich gratuliere Ihnen, Herr Minister! Die Taktik, möglichst lang zu reden — dann geht die Fernsehstunde schneller vorüber —, haben Sie ja großartig beherrscht. Sie haben

Preußler

als Regierungsmittel gegenüber uns beiden Abgeordneten der Opposition leider diese Unfairneß besessen, sich eine Redezeit anzumaßen, daß es nicht einmal etwas genützt hat, als Ihnen der Diskussionsleiter Professor Zilk gedeutet hat: Bitte, Herr Minister, Ruhe, abschalten. Sie haben ruhig weitergeredet. (*Ruf bei der SPÖ: Das nennt man Offensive!*) Das war also meiner Ansicht sicherlich wert, daß man Sie dann in den Zeitungen am nächsten Tag mit dem Ehrennamen „Gummi-Joe“ bedacht hat, denn man hat deutlich Ihre Taktik merken können, möglichst viel Zeit in Anspruch zu nehmen, möglichst viel über etwas zu reden, was gar nicht dazu gehörte, und darüber hinaus alles abprallen zu lassen. Das haben die Fernsehteilnehmer diesmal vielleicht von einer gewissen Seite gesehen. Aber, Herr Minister, das war, glaube ich, nicht zu Ihrem Vorteil. Sie können annehmen, daß wir das, was wir dort nicht sagen konnten, ununterbrochen an der Stelle anbringen werden, wo wir länger und ausführlicher reden können.

Ich möchte hier noch einmal das anführen, was ich auch im Fernsehen deutlich gesagt habe: Als im Jahre 1955 das Wehrgesetz behandelt wurde, war zu § 36 der Regierungsvorlage folgender Text zu lesen:

„Gemäß Bundes-Verfassungsgesetz kommen den Soldaten die staatsbürgerlichen Rechte in vollem Umfange zu.“ Dagegen ist nichts zu sagen, das ist klar. „Als Einrichtung des Staates ist das Bundesheer, das allen Bürgern in gleicher Weise zu dienen hat, von jeder parteipolitischen Verwendung unbedingt fernzuhalten. Im Gesetz sind daher Bestimmungen aufgenommen, die Gewähr bieten sollen, daß der überparteiliche Charakter des Bundesheeres gewahrt bleibt und sein inneres Gefüge nicht durch parteipolitische Bestrebungen untergraben wird. Hiezu gehören das Verbot jeder parteipolitischen Betätigung im Dienst und in militärischen Unterkunftsbereichen sowie das Verbot der Teilnahme an politischen Versammlungen, Demonstrationen und Aufmärschen von Soldaten in Uniform.“

Diesen Worten braucht man eigentlich nichts hinzuzusetzen. Trotzdem, Herr Minister, haben Sie eine extensive Auslegung einiger Bestimmungen dieses § 36 in Ihrem eigenen Wirkungsbereich vorgenommen, eine Auslegung, die dazu geführt hat, daß auf dem Boden der Kasernen — ich habe das hier schon einige Male dargestellt — effektiv Versammlungen von parteipolitischen Organisationen durchgeführt worden sind. (*Abg. Pay, auf Bundesminister Dr. Prader zeigend: Seiner Partei!*) Herr Minister! Ich habe damals an Hand von Unterlagen, sogar von Geheimunterlagen, die ich photokopiert bekommen habe — Sie sehen also, daß es ehrliche Leute

gibt, die einem sagen, wie es gewesen ist —, bewiesen, daß in Salzburg in der Dienstzeit eine Veranstaltung des ÖAAB stattgefunden hat. Der ÖAAB ist eine Unterorganisation der Österreichischen Volkspartei; er besitzt auch ein entsprechendes Kopfpapier. Ich kann es Ihnen zeigen, weil ich in der letzten Zeit des öfteren die Ehre hatte, vom ÖAAB Briefe zu bekommen, die ich vielleicht einmal bei Gelegenheit dem Hohen Hause zur Kenntnis bringen werde; sie waren für mich sehr interessant.

Herr Minister! Ich möchte das, was ich bereits im Ausschuß getan habe, auch hier tun. Ich möchte im Hohen Hause den Entschließungsantrag einbringen, den wir auf Grund dieser Vorkommnisse als notwendig erachten. Ich darf bitten, von der Verlesung der Begründung Abstand nehmen zu dürfen, weil wir das im Budgetausschuß am 7. November besorgt haben.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage, betreffend Nevelierung des § 36 des Wehrgesetzes zuzuleiten, welche sicherstellt, daß unter voller Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte der Angehörigen des Bundesheeres außerhalb desselben jede parteipolitische Betätigung im Rahmen des Bundesheeres unterbunden und unter Sanktion gestellt wird.

Ich hoffe und wünsche, daß die ÖVP-Mehrheit dieses Hauses mit uns diesen Entschließungsantrag heute beschließen wird und daß wir von der Bundesregierung dann eine Vorlage bekommen, die in Zukunft sicherstellt, daß diese politische Betätigung auf dem Boden des Bundesheeres endlich aufhört.

Ich weiß, Sie haben schon öfters in Zwischenrufen und auch in Reden zum Ausdruck gebracht — auch der Herr Minister hat das mit einer gewissen Entrüstung gesagt —, es werde im Bundesheer nicht politisiert, das gebe es nicht, er dringe streng darauf, daß keine Verpolitisierung des Bundesheeres durchgeführt wird.

Heute habe ich in der Parlamentsbibliothek — ich möchte dem Präsidium des Parlaments dafür danken, daß jetzt mehr Leute in der Parlamentsbibliothek tätig sind, sodaß man verschiedenes auch in kurzer Zeit heraus suchen lassen kann — zufällig etwas Interessantes gefunden, worüber man nach den Worten eines bekannten Philosophen sagen könnte: „Alles ist schon einmal dagewesen“. Ich habe nämlich durch Zufall gefunden, ich suchte etwas anderes ... (*Abg. Dr. J. Gruber: Das war kein Philosoph! Das war Ben Akiba!*) Das war ein Philosoph! Das stellte sich jetzt heraus. Lieber Freund, der hat mehr gewußt als du! (*Heiterkeit.*)

2512

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Preußler

Wenn du später einmal mit solchen Sätzen in die Geschichte eingehen wirst, dann hast du dir deinen „Astralleib“ auf dieser Erde verdient. (Abg. Glaser: *Du gehst mit deinen Sätzen aber sicher nicht in die Geschichte ein!*)

Liebe Kollegen und liebe Freunde! Hohes Haus! Zufällig ist mir das Protokoll der 80. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich vom 25. Jänner 1929 in die Hände gekommen. Das war Zufall; man kann nicht alles durchsuchen. Ich sage hier keine Namen, es ist ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der vom selben Pult aus wie ich sprach. Wahrscheinlich saß damals vor ihm im alten Reichsratssaal Bundesminister Karl Vaugoin. Ich lese folgende bedeutungsvolle Sätze vor:

„Ich habe einestils zu zeigen versucht, daß die Leitung der Wehrmacht das Heer nach rein politischen Gesichtspunkten leitet, daß sie versucht, diese Wehrmacht einfach zu einer schwarzen Parteidgarde zu machen. Das ist die eine Gruppe meiner Anklagen. Und die zweite Gruppe meiner Anklagen war, daß ich immer versucht habe, zu zeigen, daß gerade durch diesen politischen Zug, den insbesondere der derzeitige Minister für Heereswesen“ — er nannte keinen Namen, man könnte ihn unbeliebig einsetzen — „in die Wehrmacht gebracht hat, auch das fachliche Rüstzeug der Wehrmacht leiden muß und daß die Wehrmacht infolgedessen fachlich das nicht leisten kann, was wir alle von ihr erwarten, nämlich wenigstens so stark zu sein, um gegebenenfalls unsere Neutralität zu schützen oder im Augenblick der Gefahr uns helfen zu können ...“

Hohes Haus! Das ist im Jänner 1929 gesagt worden.

Hohes Haus! Das wurde im Jänner des Jahres 1929 gesprochen. (Abg. Pay: *Der schwarze Heeresminister!*) Wer hätte damals gedacht, daß diese Worte, diese prophetischen Worte, einmal sich voll bewahrheiten würden? Erinnern wir uns, wie es 1937 war — ich selber war damals gerade eingerückt und an der Grenze eingesetzt —: Ich kann Ihnen sagen, es ist kein Schuß gefallen, weil das damalige österreichische Bundesheer bereits so unterminiert war, daß kein Befehl mehr zu irgendeiner Handlung gekommen ist. Die einzigen Leidtragenden, die dafür büßen mußten, daß wir überhaupt an den Grenzen aufmarschiert waren, waren die damals eingerückten Soldaten. Wir mußten dann mit ungeheuer schwerem Gepäck einen Strafmarsch in die Garnison zurückmachen.

Das, was damals gesagt wurde, ist von einem der Redner, die nachher gekommen sind, belächelt worden. (Abg. Mayr: *Das sind Verdrehungen der Tatsachen!*) Es ist heute wieder genauso! Wir warnen Sie, meine Damen und

Herren! Nehmen wir das Beispiel der Vergangenheit zum Anlaß, um dafür Sorge zu tragen, daß dieses Bundesheer ein echtes österreichisches Bundesheer ist, in dem alle Staatsbürger mit dem gleichen Geist an die Verteidigung unserer Neutralität, an die Verteidigung unserer zweiten demokratischen Republik denken. (Beifall bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Wir haben bis jetzt drei Heeresminister in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum gehabt. Diese drei Heeresminister wurden von der ÖVP selbst abgelöst, Graf wurde abgelöst durch Dr. Schleinzer, kaum war Schleinzer einige Zeit im Amt und hat sich eingelebt, ist er durch den heutigen Verteidigungsminister abgelöst worden. Und wir wissen nicht, ob dessen Ablöse nicht schon durch einen vierten vorbereitet ist. (Abg. Moser: *Bei dem wär's Zeit!*) Auf alle Fälle, wie dem auch immer sei: Diese Ablöse in einem der schwierigsten Ressorts, nämlich in der militärischen Landesverteidigung, halte ich für eine der schlechtesten Handlungen, die es gibt, weil ein Heeresminister, der ein Heer im Aufbau leiten soll ... (Abg. Glaser: *Deshalb muß der Prader bleiben!*) Das sagstdu! (Abg. Glaser: *Du hast ja gerade gesagt, es wäre schlecht, wenn man ihn im Aufbau ablöst!*) Hast du schon den Gedanken an den Heeresminister aufgegeben? (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Deine Worte sind nicht ganz klar, Glaser, du bist einer der Kandidaten, die nach ihm kommen. Sei also lieber ruhig! Mir ist schon der Vorwurf gemacht worden, daß wir gegen den Prader hier deswegen eine Attacke reiten, damit ein dritter Salzburger dorthin kommt. (Abg. Glaser: *Das war sehr billig!*) Ich möchte das aber zurückweisen. Tatsache ist aber, daß der Wechsel mit drei Heeresministern für das Bundesheer nicht gut war und daß die Zeche das Bundesheer selbst bezahlt hat.

Ich darf nun darauf zu sprechen kommen, wie es im Bundesheer jetzt wirklich aussieht und wie dort die finanzielle Lage ist. Uns liegt ja heute der Vorschlag für das Kapitel Militärische Angelegenheiten für das Jahr 1967 vor, für dessen Inhalt — das erkläre ich hier ganz deutlich — die ÖVP-Alleinregierung und der Verteidigungsminister Dr. Prader persönlich verantwortlich zeichnen. Ich sage es jetzt mit einem gewissen Vergnügen: Während nämlich die ganzen letzten Jahre der Herr Verteidigungsminister die schöne Ausrede gebrauchte, wenn er zuwenig Geld bekommen hat, die Roten hätten wieder einmal gebremst, die Roten hätten ihm das Geld weggenommen, die bösen Roten hätten der Verteidigung das Geld verwehrt, ist es mit dieser Ausrede im Jahre 1967 Schluß, die Demaskierung kommt. Man muß das im Hohen Hause auch gebührend aufzeigen. Verteidigungsminister Dr. Prader —

Preußler

das habe ich schon einmal hier gesagt, aber ich wiederhole es, weil es in diesem Zusammenhang noch wichtiger erscheint — hat noch im Jänner dieses Jahres laut Nr. 24 des „Wiener Volksblattes“ der ÖVP die Behauptung aufgestellt, daß die SPÖ insofern eine zwielichtige Politik im Heer betreibe, als sie einerseits vom Heeresminister größere Wirtschaftsaufträge fordere und andererseits ihm das Geld wegnehme, um diese Aufträge zu erfüllen.

Meine Damen und Herren! Damit ist es nun vorbei, das war die letzte Erklärung, die Dr. Prader in diesem Sinne abgeben konnte. Jetzt heißt es für das Budget einstehen, das erstmalig von dieser Seite vorgelegt wurde. Ich kann also nun mit Vergnügen dieses Budget zergliedern. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist ein Genußspecht! — Allgemeine Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Sehen wir uns diesen Budgetentwurf an. Im Jahre 1967 ist eine Ausgabensumme von rund 3420 Millionen Schilling vorgesehen. Im Ausgabenrahmen 1966 waren es 2704 Millionen Schilling. Die Differenz ergibt rund 715 Millionen Schilling.

Auf den ersten Blick habe ich beim Durchblättern selber geglaubt: Allerhand, die ÖVP hat dem Bundesheer tatsächlich mehr Geld gegeben! Wenn man aber das Budget durchschaut, so kommt man darauf, daß man von diesen 715 Millionen Schilling 400 Millionen Schilling wegzählen muß, die in den vorhergehenden Jahren stets im außerordentlichen Budget aufgezählt waren, die also niemals im ordentlichen Budget waren, obwohl sie dort hingehört hätten. Wenn wir weiter noch die 20 Millionen Schillingerstmals für den Katastrophenfonds berücksichtigen, so sind es bereits 420 Millionen Schilling. Es bleiben somit 295 Millionen Schilling an Erhöhung für 1967 übrig, das sind 11 Prozent mehr als 1966, was genau der Erhöhung des Gesamtbudgets von 1966 auf 1967 entspricht.

Wenn Sie aber jetzt den Betrag von 295 Millionen mit den einzelnen Gruppen vergleichen, die in diesem Kapitel sind, dann kommen Sie drauf, daß die ÖVP dem Bundesheer nicht um einen Groschen mehr gegeben hat als vorher. Diese 295 Millionen werden nämlich total aufgebraucht durch die 2,5prozentige Bezugs erhöhung für die Bundesbeamten, durch die vorgesehene Erhöhung des Taggeldes für die zeitverpflichteten Präsenzdienner von 8 S auf 12 S, für den verlängerten Präsenzdienst von 18 S auf 28 S und durch die Erhöhung des Verpflegsgeldes von 16 S auf 16,50 S — das ist, glaube ich, geplant. Darüber hinaus wird noch eine Post von 6 Millionen Schilling für die Erhöhung der Zulagen der Tapferkeitsmedaillenbesitzer, einschließlich der Maria Theresien-Ritter, verbraucht.

Ich möchte Ihnen aber jetzt — das erscheint mir wichtig — an zwei Beispielen das Budget des Verteidigungsministeriums näher erläutern.

Unter dem Titel „Anlagen“ werden im Budget 1967 rund — es sind immer runde Ziffern — 248 Millionen Schilling ausgewiesen. Die ursprüngliche Forderung des Herrn Verteidigungsministers waren 396 Millionen Schilling. Der Herr Finanzminister hat von dieser Forderung 148 Millionen weggestrichen, und so sind jetzt diese 248 Millionen Schilling geblieben, abzüglich 50.000 S, die weggekommen sind, weil das Heeresgeschichtliche Museum an einer anderen Stelle budgetiert.

Bei der zweiten Post „Aufwandskredite“ steht dem Betrag von rund 1002 Millionen Schilling für 1967 eine Forderung des Verteidigungsministeriums von 1239 Millionen Schilling gegenüber. Der Finanzminister hat diese Post um 237 Millionen gekürzt, sodaß die wirkliche Erhöhung bei den Aufwandskrediten gegenüber 1966 nur rund 15 Millionen Schilling beträgt. Bei einer Größenordnung von über einer Milliarde sind das ungefähr 1,5 Prozent.

Wenn Sie bedenken, meine Damen und Herren, daß in diesen beiden Titeln Anlagenkredite und Aufwandskredite für die Lebenselemente unseres Bundesheeres enthalten sind, nämlich Waffen, Geräte, Instandhaltung, Verpflegsgerät — es würde zu weit führen, alles aufzuzählen —, so bedeutet das, daß bei dieser Dotierung mit fast demselben Betrag bei den hohen Preissteigerungen der letzten Monate das Bundesheer im Jahre 1967 weniger kaufen kann als 1966. Auf deutsch gesagt: Das Bundesheer hat im Jahre 1967 weniger Geld zur Verfügung als 1966!

Das einzige, was nicht mehr möglich ist, Herr Minister: Sie können sich nicht mehr auf die rote Bremse ausreden. Ich kann mir schon vorstellen, daß Ihnen das schwerfällt. Sie werden sich jetzt umsehen müssen, wie Sie das Ihren Leuten erklären, denen Sie dauernd in Erlässen und Reden die Weisung gegeben haben: Steht auf und fordert mehr Geld! Einen von denen habe ich bei einer der letzten Versammlungen gleich „niedergemacht“. Ich habe ihm gesagt: Du wirst schauen, lieber Herr Oberstleutnant! — Er hat gemeint: Ich habe ja keine Ahnung, das kommt nur von oben. — Ich habe ihm nahegelegt: Wart, bis das Budget beschlossen ist, dann wirst du dich wundern! Und plapper' nicht immer, was dir die oben anschaffen, du blamierst dich nur dabei!

Herr Minister! Ich möchte Sie auch noch fragen — das ist auch sehr interessant —: Welche Ratenverpflichtungen hat das Verteidigungsministerium aus dem Auslandsgeschäft von 400 Millionen Schilling? Was ist dabei mit Raten verplastert, und welcher Betrag von den 400 Millionen ist noch zur freien Verfügung?

2514

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Preußler

Zweitens möchte ich Sie fragen, wie hoch die Kosten für Ersatzteile ausländischer Kraftfahrzeuge sind.

Meine Damen und Herren! So steht es mit dem Budget tatsächlich, und es hat mich gewundert, daß der Abgeordnete Tödling mit geradezu froher Miene verkündet hat, was die ÖVP dem Bundesheer jetzt alles gibt. Ich glaube, er hat das gar nicht gelesen, sonst kann ich es mir nicht vorstellen. In Wirklichkeit ist das eine sehr böse Überraschung. Im Jahre 1966 war die Ausrede des Ministers noch — Sie können sich erinnern, wie er es mir gesagt hat —: Ich hätte ja viel mehr Geld gehabt, wenn die Roten nicht versucht hätten, mir 700 Millionen wegzunehmen! Damit ist jetzt Schluß! Ich habe recht behalten, als ich wiederholt erklärt habe, daß auch die ÖVP-Alleinregierung nicht mehr für Verteidigungszwecke ausgeben kann, als die Finanzlage des Staates erlaubt. Das ist nun absolut bestätigt.

Aber darüber wird sich niemand wundern, der im Juni 1966 — der Herr Abgeordnete Peter hat das auch schon zitiert —, etwa um den 7. Juni herum, in der Presse die Ausführungen des Finanzministers Dr. Schmitz vor der Offiziersgesellschaft Wien gelesen hat. Vor der Offiziersgesellschaft Wien hat Herr Dr. Schmitz wörtlich gesagt: Die Bundesheerausgaben sind kein Schwerpunkt des Budgets und nicht entscheidend für die Wirtschaftsförderung. Er hat sich damit in krassen Gegensatz zu seinem Ministerkollegen Dr. Prader gestellt. Ich kann Ihnen aus einem Augenzeugenbericht sagen, von einem Mann, der mir das erzählt hat: Einstimmig haben die Mitglieder der Offiziersgesellschaft dem Herrn Finanzminister tüchtig eingeheizt, und er mußte sich zum Schluß zu der lendenlahmen Erklärung herbeilassen, daß diese Ausgaben freilich notwendig seien.

Meine Damen und Herren! Daran ist nicht zu rütteln: Auch in der heurigen Budgetrede war von einem Schwerpunkt oder von besonderen Leistungen für das Bundesheer von Seiten der ÖVP keine Rede. Ich möchte das deswegen deutlich sagen, weil Sie uns jahrelang verleumdet und jahrelang den Leuten erzählt haben, wir nähmen dem Bundesheer das Geld weg, obwohl Sie gewußt haben, daß niemand imstande ist, das Geld aufzubringen, es sei denn, ein anderer Ressortchef hätte auf dieses Geld verzichtet. Aber das mutet ich nicht einmal einem Ihrer Minister zu, daß er von einem anderen etwa verlangt — denn das geht ja alles in die Öffentlichkeit und bleibt nicht geheim —: Du mußt vom Sozialbudget oder vom Straßenbaubudget etwas abgeben. Das traut sich niemand, das kann niemand machen. Das ist verständlich. (*Abg. Mayr: Sie kritisieren doch nur und machen keine konkreten Vorschläge!*) Mayr, dir ist vom Rauchfang-Rein-

schauen schwarz vor den Augen geworden. Das mußt du dir abgewöhnen. (*Abg. Mayr: Ein wunderbares Niveau! Phantastisch!*) Ich antworte so, meine Herren, wie Sie mir dazwischenrufen. Ich bin nicht der Redner Ihrer Partei. Wenn Sie das tun, dann tun Sie es auf eigene Gefahr, da habe ich keine Hemmung. Das mögen Sie zur Kenntnis nehmen!

Ich möchte deutlich sagen: Glauben Sie wirklich, daß Dr. Prader in einer Zeit, in der die Kriegsopfer um ihre Groschen betteln müssen und Protestmärsche machen, in einer Zeit, in der die Witwenrentnerinnen ihre 60 Prozent nicht bekommen und der § 94 nicht aufgehoben beziehungsweise nicht novelliert werden kann, wo die Bundesbeamten noch keinen Groschen für 1967 zugesichert haben, glauben Sie wirklich, daß in einer solchen Zeit der Minister Prader vom Finanzminister mehr Geld bekommen kann? Er kann es heute nicht bekommen, und das wird ein Faktum auch für die Zukunft sein, weil es eben nicht möglich ist. So vernünftig muß man sein, und man soll nicht den anderen die Unwahrheit erzählen. (*Abg. Jungwirth: Richtig wirtschaften!*) Ganz richtig!

Es bleibt nur eines übrig: daß wir in dieser schwierigen finanziellen Situation sorgsam planen, wie wir die vorhandenen Mittel am besten zum Einsatz bringen können. Ich muß ehrlich sagen, das ist ein Steckenpferd, von dem ich nicht ablasse. Es muß wie eine Faust aufs Auge wirken, wenn man bei der Durchsicht des Budgets bei dieser Sachlage entdeckt, daß Minister Prader für Propagandaausgaben aller Art von Annoncenwerbung über public relations und Flugblätter im Jahre 1967 9 Millionen Schilling ausgeben will. Auf der einen Seite ist das Geld zuwenig, und hier gibt er 9 Millionen Schilling aus! Die Mißstimmung über eine solche Handlungsweise wird noch verstärkt, wenn man im Budget liest, daß für die Truppenbetreuung der insgesamt rund 45.000 Mann nur 2,5 Millionen Schilling eingesetzt sind. Die ursprüngliche Forderung des Herrn Ministers für Propaganda waren nicht 9 Millionen, sondern nach der Unterlage, die ich zur Verfügung habe, weit über 15 Millionen! Der Finanzminister hat aber einen Teil dieser Gesamtpost von 21,375.000 S, wo Truppenbetreuung und Propaganda in einem stehen und die Posten detailliert aufgezählt sind, gestrichen. Es ist Tatssache, das soll man offen sagen: Minister Prader hat als erster Minister — das haben die beiden Vorgänger nicht getan — einen derartigen Propagandaufwand, daß wir heute beim Bundesheer vom Soldatensender bis zur Annoncenreklame alles haben. Ich könnte Ihnen hier einige Annoncen zeigen, die ich aus Zeitungen herausgeschnitten habe. Das geht ununterbrochen weiter, und

Preußler

die Zeitungen verdienen. Ich weiß nicht, was der Herr Minister damit will. Mir hat eine Zeitung gesagt, es sei manchmal direkt ungut. Man schreibt „public relations“ darunter, damit man weiß, daß es bezahlt ist. Es gibt aber auch Zeitungen, die sich das nicht darunterzuschreiben trauen, damit man nicht erkennt, daß das aus Steuermitteln bezahlt wird, obwohl man auf der anderen Seite verschiedenen Notwendigkeiten nicht entsprechen kann.

Ich möchte daher im Hause deutlich bekanntgeben, es soll jeder hören: Nach langen Monaten hat mir der Herr Minister im Budgetausschuß am 7. November meine Frage beantwortet: Was haben Sie im Bundesheer in der Wahlkampfzeit Jänner bis März 1966 an Annoncen und public relation ausgegeben? Man fragt sich überhaupt, was das Bundesheer im Wahlkampf zu suchen hat. Er hat mir die Antwort gegeben: 2,5 Millionen Schilling Steuergelder sind im Wahlkampf für Propaganda des Bundesheeres ausgewiesen worden. Wenn das so weitergeht, und jedes Ministerium das nachmacht, werden wir eine ganz schöne Propagandawalze bekommen, und die Steuerträger werden diese Propaganda zu bezahlen haben. (Abg. Doktor Kranzlmaier: *Was hat der Probst für seine Propaganda ausgegeben?*) Schau nach, wieviel der ausgegeben hat. Das sind keine Argumente. Ich arbeite mit Ziffern, Herr Staatssekretär. (Abg. Jungwirth: *Das ist ja ein wirtschaftlicher Betrieb!*) Bitte keine Pauschalverdächtigungen, sondern legen Sie Beweise vor, wenn Sie können, aber fordern Sie mich nicht durch solche Zwischenrufe heraus.

Ich möchte sagen, daß ich bessere Vorschläge habe. Herr Minister — und da sage ich jetzt noch etwas dazu, denn ich kenne Sie jetzt schon, sie schlüpfen ja durch jedes kleine Loch hindurch, wenn es nur geht —, wir billigen jedem Ministerium zu, daß ein gewisser Betrag für Informationen aufgewendet wird. Das ist ganz selbstverständlich, wenn es sich in entsprechenden Grenzen hält. Das ist klar ausgedrückt, damit wir uns da nicht wieder auseinanderreden. Herr Minister, ich möchte Ihnen jetzt die Bitte unterbreiten, zu überlegen, ob man einen Teil dieser Gelder nicht besser anlegen kann:

Sie wissen, alle österreichischen Städte einschließlich Wien haben jetzt die Militärfahrkarte. Wir haben auch ziemlich viele Auslagen, ich komme gerade von Budgetberatungen der Stadt, wir haben die Stellungskommission auch mit zu bezahlen; es fiel darüber kein Wort, das wird selbstverständlich bezahlt. Aber wir haben darüber hinaus jetzt

im ganzen Städtebund diese Karten. Herr Minister, es wäre doch recht und billig, wenn man den Soldaten 50 Prozent von den Städten und einen 50prozentigen Zuschuß von Seite des Ministeriums geben würde. Dann könnten sie frei fahren. Sie haben ohnehin nicht soviel, selbst wenn man von 8 S auf 12 S geht. Meine Damen und Herren, was kann man heute mit 12 S machen? Sie werden damit den Präsenzdienern, die in Uniform gehen — denn die kriegen sie ja —, eine sehr große Freude machen. Ich habe schon einmal einen diesbezüglichen Vorschlag gemacht; überlegen Sie ihn, denn er kommt aus der Truppe, Herr Minister. Sie tun nicht mir einen Gefallen, sondern der Truppe.

Die Förderung der Schießausbildung: Es gibt — das wissen Sie selber — eine Menge Leute, die mit dem Schießen nicht zu Rande kommen. Fördern Sie die Schießausbildung; das würde dazu beitragen, daß die Leute das Gefühl bekommen, sie tragen nicht etwas mit sich, das sie nicht beherrschen, sondern sie werden schußfester werden, bekommen mehr Sicherheit, und das allein ist es schon wert, daß Sie es überlegen, ob man nicht durch diesen Zuschuß dafür sorgen könnte, daß genügend Munition für diese Zwecke zur Verfügung steht.

Her Minister, Sie können nicht sagen: Alles kann man nicht erfüllen, Aber jetzt habe ich eine große Bitte, und da können Sie nicht gut aus. Dr. Schleinzer hat in einer Wahlversammlung in Kärnten schon im Jahre 1962 angedeutet, daß er das machen würde; das ist also kein Ausspielen, Herr Minister. Geben Sie den Unteroffizieren eine Dienstzulage, so wie sie die Offiziere bereits lange haben, und Sie werden sehen, das wird für den Personalstand des Bundesheeres etwas sehr Wesentliches sein! Sie werden damit den Unteroffizieren, die heute hart ringen, weil sie überbelastet sind, weil zuwenig Kaderpersonal da ist, einen großen Gefallen tun.

Ich weiß nicht, wie Sie das auffassen, aber ich würde wünschen, daß wenigstens eines dieser drei Ziele erreicht werden könnte. (Zwischenruf des Abg. Gram.) Er hat es ja selber gesagt, ich will es nur nicht vorlesen, was er alles seinen christlichen Gewerkschaftern gesagt hat. Ich bin nicht so unfair, vorzulesen, was ich im Wahlkampf aus den Zeitungen herausgeschnitten habe.

Ich möchte bei der Gelegenheit, meine Damen und Herren, auch eine Frage anschneiden, die schwierig ist, aber doch irgendwie gelöst werden muß. Es handelt sich um die Abfertigung für ehemalige zeitverpflichtete Soldaten des ersten österreichischen Bundesherres bis zum Jahre 1938. Sie wissen, diese

2516

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Preußler

Leute sind zwangsläufig übernommen worden, und es hätte ihnen nach Ablauf ihrer Dienstzeit eine Abfertigung gebührt. Bis heute haben sie diese Abfertigung nicht bekommen. Ich weiß, es sollen tausende Leute sein.

Ich bitte Sie, Herr Minister, überprüfen Sie die Sache, Sie haben durch Ihren Adjutanten am 15. 11. an einen der rührigsten Vertreter dieses Standes ein Schreiben gerichtet, in dem drinnen steht, daß Sie das vorgebrachte Problem prüfen, die entsprechende Maßnahme einleiten und ihn nach Abschluß derselben vom Ergebnis verständigen werden. Ich bitte Sie, Herr Minister, diesen Leuten zu helfen, vor allem denen, die nicht mehr im öffentlichen Dienst sind, die nicht mehr in den Genuss der Vordienstzeitenanrechnung gekommen sind. Es handelt sich zum Teil um ältere Leute, die nicht mehr zum Bundesheer gehen könnten und die auch in keinen öffentlichen Dienst mehr kommen könnten.

Nun möchte ich noch zu einem Thema sprechen, das ich ebenfalls schon öfter angeschnitten habe: Einsatzbereitschaft der Truppe. Wir können hier offen aussprechen, es ist kein Geheimnis, es ist schon oft gesagt worden: Die heutige Truppe ist teilweise nur zu 80 Prozent einsatzfähig. Es fehlt an den entsprechenden Personalständen. Wir haben selber bei der Besichtigung Panzerkompanien gesehen, wo durch Fahnen markiert wurde, welche Panzer nicht besetzt werden können, weil keine Leute dazu vorhanden sind. Und hier habe ich wiederum mit Leuten aus der Truppe gesprochen, von dort kommt auch der Vorschlag, das sollte man doch einmal berücksichtigen. Es wäre keine große Umgliederung — ich weiß schon, so etwas würde viel Geld kosten, aber man sollte bei jenen Einheiten, wo die Einsatzstärke nur zu 80 Prozent gegeben ist, auf eine Kompanie verzichten, meinetwegen auf die vierte — es gibt dort vier Kompanien —, sollte nur drei aufstellen und das Personal auf die anderen aufteilen, sie sachlich und fachlich entsprechend voll ausrüsten. Dann wäre auch das Kaderpersonal besser ausgenutzt und wir hätten bei drei Kompanien zumindest eine 100prozentige Einsatzstärke. Die vierte Kompanie kann man ja, wenn irgendein Mobzustand ist, sofort aus dem Mobbestande auffüllen. Ich glaube, der Vorschlag dieser Truppier ist nicht schlecht.

Ich möchte auch noch die Frage der Maturanten anschneiden, Herr Minister, ich weiß, Sie stehen auf dem Standpunkt: kein Aufschub des Einrückungstermins für Maturanten. Ich glaube, da liegt von Ihnen eine Weisung vor, Sie haben sich auch dazu bekannt. Aber überlegen Sie einmal, Herr Minister, diesen

Standpunkt von einer anderen Seite, das ist mir jetzt von Leuten vorgeschlagen worden, die etwas davon verstehen. Das Bundesheer hat zuwenig Ärzte, zuwenig Apotheker und zuwenig Techniker. Wie wäre es, wenn man diesen Leuten, die sich für ein entsprechendes Studium entschlossen haben — Ärzte, Apotheker, Techniker —, einen Aufschub genehmigen würde, sie dann später einzieht, um sie dann ihrer Ausbildung als Arzt, Techniker oder Apotheker entsprechend zu verwenden? Ich sage das deshalb, weil ich erfahren habe, daß zum Teil Maturantenkompanien überfüllt sind, mangels an Kaderpersonal nicht entsprechend ausgebildet werden und das Ausbildungziel nicht erreicht wird.

Und nun, Herr Minister, ein heikles Thema. Ich bitte alle Generäle und solche, die es werden wollen, mir persönlich nicht böse zu sein, denn es ist absolut unpersönlich gemeint, es ist nur eine Tatsachenfeststellung. Soweit mir bekannt ist und aus dem Dienstpostenplan ersehen werden kann, gibt es derzeit beim Bundesheer rund 50 Generäle und Brigadiere, davon etwa 6 Generäle der Dienstklasse IX und 44 Brigadiere der Dienstklasse VIII einschließlich der Fachdienstzweige — Ärzte, Intendanten, Techniker. Nichts gegen diese 50 Generäle — wer etwas leistet, soll einen höheren Posten haben. Es ist klar, Herr Minister, daß auch die Brigadiere, die auf einem Achter-Posten sind, also keine echten Generäle sind, heute von der Truppe mit „General“ angesprochen werden. Und hier kommt schon ein erstes Problem, Herr Minister, aber bitte, glauben Sie jetzt nicht, daß bei mir ein Brigadekommandant war. Wir haben jetzt 7 Brigadekommanden, und die Kommandanten befehligen mehrere tausend Leute und haben das ungeheure Waffen- und Gerätarsenal über. Die Verantwortung dafür ist riesengroß. Diese Brigadekommandanten werden nicht um ein Stückel mehr. Ich bitte daher, Herr Minister, vielleicht kann man das zum Anlaß nehmen und uns einmal im Verteidigungsausschuß oder vielleicht einmal im Hohen Hause sagen, was sich das Verteidigungsministerium dabei gedacht hat, als es die 50 Generalposten geschaffen hat; denn ich höre immer nur das Beispiel der Schweiz, und in der Schweiz gibt es nur einen General, und den gibt es auch nur, wenn Krieg ist, während wir hier 50 Generäle haben.

Auch warne ich davor, Herr Minister, das sage ich offen, denn draußen bei der Truppe kommt das sehr schlecht an: Die Stäbe werden immer größer und die Truppenoffiziere werden immer weniger. Man muß auch diese Frage einmal ernstlich prüfen.

Ich möchte dann noch bitten, Herr Minister, rasch das Heeresdisziplinargesetz im Hause

Preußler

einzu bringen, zumindest von sich aus dahin einzuwirken. Wir können es nicht mehr mit anschauen, daß gute junge Leute, die eine militärische Straftat begangen haben, die mit dem Strafgesetz gar nichts zu tun hat, dann, wenn sie abrücken, als absolute Verbrecher mit einer Vorbestraftenkarte in das Zivilleben zurückgehen und dort mit schiefen Augen angesehen werden.

Und nun, Herr Minister, gestatten Sie mir ganz zum Schluß, das eine noch; aber ich bin der Hauptsprecher und darf Ihnen sagen, meine Leute werden ein bissel weniger sprechen. (*Abg. Dr. Kummer: Wozu haben wir einen Ausschuß gehabt?*) Oh, es ist schon ganz gut hier im Haus, es verschweigt nämlich der Herr Minister immer das, was wir sagen. Ich möchte also bitten, Herr Minister, es gibt ein paar Personalprobleme, und hier das erste. (*Abg. Dr. Kummer: Und eine Fragestunde haben wir auch!*)

Es gibt einen Erlass des Bundeskanzleramtes, daß die heutigen Gewerkschaftsfunktionäre und Soldatenvertreter den Schutz vor Versetzungen genießen, und ich möchte Sie bitten, Herr Minister, daß das auch eingehalten wird. Wir haben Ihnen ja im Ausschuß einen Fall angegeben, wo ein Gewerkschaftsvertreter von uns versetzt wurde. Wir könnten Ihnen noch mehreres sagen, und wir würden bitten, daß das strikte eingehalten wird, daß die Gewerkschafter von der Einheit, wo sie gewählt wurden, nicht einfach beliebig versetzt werden.

Und dann, Herr Minister: Das Mittagessen für die Zivilbediensteten kostet um 2 S mehr als das der Uniformierten. Wir würden bitten, daß Sie das gerechterweise so machen, daß beide gleich viel bezahlen. Der Rechnungshof hat das beanstandet.

Die Forterhaltungsgebühr für die Unteroffiziere und Offiziere besteht jetzt einige Jahre in dieser Höhe, ich glaube mehr als zwei Jahre. Es wäre im Sinne der Preiserhöhungen gerechtfertigt, wenn man auch sie etwas erhöhen würde. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Herr Minister, ich würde weiters bitten, daß Sie daran denken, denjenigen, die zu Truppenübungsplätzen, zu MunitionsLAGERN und eventuell zu Flughäfen fahren müssen... (*Zwischenrufe.*) Ich weiß schon, zu den Geräten kommen wir schon, da tun wir uns nichts an, aber man soll zum Bundesheer entsprechend reden. Nur nicht die Zeit für das Bundesheer kurz werden lassen. — Man sollte diesen Leuten, so wie es in der Privatwirtschaft üblich ist, einen Fahrtkostenzuschuß geben, wenn sie außergewöhnlich lange Anmarschwege haben.

Und nun, Herr Minister, möchte ich Ihnen noch eine ganz kleine Sache vorbringen. Sie haben mir im Juli einen Brief geschrieben. Ich werde heute nicht auf die Personalfälle antworten. Das können wir uns später einmal ausmachen, aber in einem Fall bin ich es dem Betreffenden schuldig. Sie haben damals geantwortet: Sie haben im Falle des verstorbenen Brigadiers Wilhelm Schuster nie eine Personalmaßnahme gesetzt. In Wirklichkeit ist das unrichtig. Sie haben dem Brigadier Schuster mit Zl. 1668-geheim/65 mit 10. Dezember 1965 einen Abweisungsbescheid gegeben, daß Sie seinen Gnadenakt an den Herrn Bundespräsidenten nicht befürworten, weil keine Gnadenwürdigkeit vorliegt, und haben das persönlich mit Dr. Prader unterschrieben. Der Mann hat sich das sehr zu Herzen genommen und hat ewig darunter gelitten. Es mag vielleicht wie ein kleiner Schicksalswink sein, daß ich erfahren habe, daß auch Ihre Frau mit dem Wagen W 160.000 — das ist also ein Wagen des Bundesheeres — einen Unfall am 2. September 1965 gehabt hat mit einem Eigenschaden von 19.000 S. Ich möchte jetzt nur die Frage richten, Herr Minister: Werden Sie Ihrer Frau die Gnadenwürdigkeit verweigern? Denn dieser Brigadier Schuster hat sich das sehr, sehr zu Herzen genommen, daß Sie ihm diesen Gnadenakt verweigert haben, und wurde daran wirklich krank. Ich möchte Sie fragen, ob es richtig war, daß Sie damals diesen Akt gesetzt haben.

Meine Damen und Herren! Ich kann abschließend sagen: Wir werden diesem Budgetkapitel aus den Gründen, die der Generalsprecher unserer Partei hier dargelegt hat, nicht zustimmen, und wir werden ihm auch des weiteren nicht zustimmen, weil die Regierung bis heute trotz mehrmaliger Aufforderung und trotz Angebotes keine Schritte unternommen hat, um mit uns die Verteidigung in ihren Grundzügen, in ihrer Konzeption, in ihrer Organisation abzusprechen.

Ich möchte aber auch deutlich aussprechen: Wir danken den österreichischen Soldaten, Offizieren und Unteroffizieren, wir danken vor allem denen, die bei dem letzten Hochwasser wieder so große Leistungen vollbracht haben, die im Herzen der Bevölkerung Eingang gefunden haben. Wir werden also nicht gegen das Bundesheer stimmen. Nicht dagegen, daß das Geld für diese Leute, die auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht einzurücken haben, verwendet wird, sondern wir stimmen gegen das Verteidigungsbudget, weil es einseitig von der politischen Führung erstellt wurde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser. Ich erteile ihm das Wort.

2518

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Abgeordneter **Marwan-Schlosser** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist selbstverständlich das Recht der Oppositionsparteien, Angriffe zu starten, und wir waren heute keineswegs überrascht, daß man von Anbeginn hier in rollender Art Angriffe vorgetragen hat, wie man sie eben von gewissen Rednern nicht anders erwarten konnte, vor allem auch in der Richtung, daß man bei diesen Angriffen immer wieder eigentlich nur ein und dasselbe vorbringt.

Ich möchte mich bemühen, meine sehr geehrten Damen und Herren, verhältnismäßig in ruhiger Atmosphäre hier einige Gedanken vorzubringen. Als Antwort auf die verschiedenen Angriffe könnte man es sich zum Beispiel schon sehr leicht machen, wenn man nur fragen würde: Meine Herren Sozialisten, wissen Sie nicht, daß ein sozialistischer Innenminister 40 Leute kurz vor Neujahr versetzt hat (*Abg. Weikhart: Den haben wir ausgeschlossen!*) und den Versetzten überhaupt keine Versetzungszeit gewährt hat? (*Abg. Weikhart: Den haben wir ja davongejagt!*) Ich könnte es mir daher leicht machen, wenn ich wieder mit dem alten Spiel beginnen würde: Werft ihr uns etwas vor, so können wir euch viel größere und härtere Vorwürfe machen als ihr uns. (*Zwischenruf des Abg. Hartl. — Abg. Weikhart: Herr Kollege, Sie verstehen ja nichts davon!*)

Meine Damen und Herren! Es wurden hier Anschuldigungen erhoben, zu denen ich persönlich nicht Stellung nehmen kann, da mir die Unterlagen nicht zugänglich sind und ich die Materie nicht kenne. Ich bin nur immer bemüht, und da treffe ich mich bei dem Gedankengang mit dem Kollegen Preußler, wenn er sagt, man soll beide Teile hören. Und dieses Beide-Teile-Hören ist oft viel wichtiger, als wenn man gleich nur mit einseitigen Unterlagen vor die Öffentlichkeit tritt und einfach Angriffe um Angriffe startet und Verdächtigungen und ähnliches hinwirft.

Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß eine solche Sache der Würde des Hauses entspricht und daß die vom Kollegen Preußler zitierten anwesenden Bundesheersoldaten einen überaus guten Eindruck mit nach Hause nehmen. (*Abg. Eberhard: Bestimmt nicht von Ihrem Minister!*) Wenn wir hier im Hause das jeden Tag mitmachen und laufend hören, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir das langsam gewöhnt, und wir machen ja in den letzten drei Tagen schon manches in diesem Hause mit. Natürlich wäre es sehr interessant, wenn ich als Proredner nunmehr jedem dieser einzelnen Angriffe etwas entgegen setzen würde. (*Abg. Dr. Tull: Das können Sie ja nicht! Sie möchten es schon, aber können es*

nicht!) Ich würde ja dann Gefahr laufen, daß ich persönlich über das, was mir am Herzen liegt, nichts reden dürfte, denn die Redezeit soll ja doch irgendwie begrenzt sein. (*Abg. Weikhart: Das Parlament ist zum Debattieren da!*) Ich möchte es Ihnen nicht zumuten, so wie man uns bisher zugemutet hat, daß zwei Redner zweieinhalb Stunden brauchen, eigentlich um nur eine Anschuldigung in den Vordergrund zu stellen.

Ich werde mich daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, bemühen, so sachlich zu sein (*Abg. Dr. Tull: So sachlich wie der Prader ist!* — *Abg. Machunze: Wie der Preußler!*), wie ich an und für sich sagen muß, daß ich im Landesverteidigungsausschuß eine viel, viel sachlichere Atmosphäre vorgefunden habe. Dort war die Situation oft so, daß man sehr akademisch diskutiert hat und man sich dann eben gemeinsam zu einem Entschluß zusammenringen konnte. Ich frage mich nur, warum ausgerechnet diese Atmosphäre, die im Verteidigungsausschuß vorhanden ist, nicht auch in das Hohe Haus übertragen werden kann, daß man hier die Probleme wesentlich sachlicher und nüchterner bespricht, als man uns hier immer wieder vor Augen geführt hat.

Meine Damen und Herren! Bei der Behandlung des Kapitels Landesverteidigung, Militärische Angelegenheiten, wirft sich natürlich die Frage auf, wieweit das vorliegende Budget der Regierungserklärung vom April 1966 Rechnung trägt. Im Zusammenhang damit ist es interessant, gleichzeitig festzustellen, welche Punkte der Regierungserklärung bereits erfüllt und welche noch nicht erfüllt sind. Vielleicht kann man gerade bei Aufzählung dieser Sachen nicht nur das Negative in den Vordergrund stellen, sondern vor allem sehr viel Positives, das Minister Prader in seiner Amtszeit eingeführt hat, hervorheben.

Ich möchte diese Regierungserklärung nicht Satz für Satz, Punkt für Punkt und Begriff für Begriff durchgehen, denn das würde zu lange dauern, aber doch einige Punkte herausgreifen, die mir wichtig erscheinen und die man an dieser Stelle der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen sollte, nicht wie bisher immer nur das Negative.

Im Regierungsprogramm wurde über den Ausbau der territorialen militärischen Verteidigungsorganisationen gesprochen, und ich kann feststellen, daß solche Bestrebungen vorangetrieben worden sind und positive Erfolge in dieser Richtung erzielt werden konnten. Auf die erhöhte Bedeutung der Verteidigung des Luftraumes komme ich später zu sprechen.

Weiters heißt es in der Regierungserklärung, daß für die Ausrüstung und Bauplanung ein langfristiges, schwerpunktorientiertes Konzept

Marwan-Schlosser

vorzulegen ist. Kollege Preußler behauptete, daß ein solches nicht vorliege. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich eingehend orientieren lassen und habe sehr wohl den Eindruck, daß ein klares, langfristiges Konzept für den Einsatz der jährlich zur Verfügung stehenden Mittel vorhanden ist. Daß man dieses Konzept hier im Hause aber nicht so klarlegen kann und soll, wie es der eine oder der andere wünschen würde, ist doch eine Selbstverständlichkeit. Man kann eben bei militärischen Angelegenheiten nicht alles an die Öffentlichkeit bringen.

Weiters fordert die Regierungserklärung, möglichst alles im Inland zu kaufen und die inländische Entwicklung zu fördern. Ich kann hier feststellen, daß auch dieser Punkt der Regierungserklärung durch Minister Dr. Prader erfüllt wurde. Die zur Verfügung gestellten Budgetmittel wurden weitestgehend im Inland verbraucht. Es ist natürlich dann, wenn das Budget Kreditoperationen im Ausland vorsieht und den Kauf im Ausland aus budgetären Gründen zwingend vorschreibt, nicht möglich, diese Mittel im Inland zu verbrauchen, und natürlich auch dann nicht, wenn manches für das Bundesheer in Österreich einfach nicht zu erstehten ist.

Die geforderte Änderung der Verfügungsvermächtigung wurde durchgeführt. Kollege Tödling hat bereits darüber berichtet.

Im Aufbau einer umfassenden Landesverteidigung sind bedeutsame Fortschritte erzielt worden. Ich komme darauf noch zu sprechen. Am Landesverteidigungsplan werden die Arbeiten weitergeführt.

Wir sehen also, daß diese monokolore Regierung rasch und zielsicher bereits eine ganze Kette von Programmpunkten erfüllt hat und an langwierigen Problemen arbeitet.

Dem Hohen Haus liegt unter Zahl 203 der Beilagen eine Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz 1929 vor, mit welcher einem Entschließungsantrag des Nationalrates vom 7. Juli 1966 Rechnung getragen werden soll. Die Bestimmungen des Artikels 79 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes und das Neutralitätsgesetz sollen neu gefaßt werden, und zwar soll Absatz 1 lauten: „Dem Bundesheer obliegt der militärische Schutz der Unverletzlichkeit des Bundesgebietes unter besonderer Bedachtnahme auf die Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität der Republik.“ Meine Damen und Herren! Damit soll die doppelte Aufgabe unseres Bundesheeres, nämlich Schutz der Souveränität und Verteidigung der Neutralität, in einen harten Kernauftrag für das Bundesheer gegossen werden, wobei natürlich die Absätze 2 und 3 unverändert bleiben. Mit dieser neuen

Formulierung wird dem Bundesheer die Hauptverantwortung für die Landesverteidigung übertragen. Deren Erfüllung aber kann nicht ihm allein überantwortet werden, der totale Krieg verlangt die totale Verteidigung.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! In der letzten Ausgabe der „Österreichischen militärischen Zeitschrift“ schreibt Außenminister Dr. Tončić: „Gedanken gegen den Krieg“. Mit dem Titel allein trifft dieser Artikel sicherlich das Gefühlsempfinden aller Österreicher. In der Folge führt Dr. Tončić wörtlich aus: „In diese Sorge und Angst“ — nämlich um die Potenz der modernen Zerstörungsmittel — „stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten eines kleinen Staates, sich, also sein Volk, sein Gebiet und seine Verfassung, in Spannungen und Krisen jeder, vor allem auch kriegerischer Art zu schützen.“ An späterer Stelle meint Minister Dr. Tončić: „Schutz liegt in der verfassungsmäßigen Gestaltung des Verhältnisses zu anderen Mächten: auch in der Neutralität.... In der Möglichkeit, neutral zu sein, liegt eine hohe Bevorzugung nicht nur für die Neutralen, sondern auch für alle anderen. ... Das ist natürlich eine Frage der Politik!“

Wenn ich diesen Grundsatz der Landesverteidigung in den Vordergrund schiebe, daß sie primär Aufgabe der Politik ist, dann muß ich selbstverständlich auch mitteilen, daß im Bericht über die umfassende Landesverteidigung über diese Aufgabe der Politik der umfassenden Landesverteidigung sehr wohl eingehend gesprochen worden ist.

Kollege Preußler hat wieder kritisiert, daß Minister Dr. Prader nur einen Tatsachenbericht und nicht gleichzeitig auch konkrete Vorschläge vorgelegt habe. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich darf feststellen, daß ihm dazu der Auftrag gar nicht die Möglichkeit gegeben hat. Er hat zuerst einen anderen Bericht gehabt, aber wegen des Einspruches der Koalitionspartei war es ihm nicht möglich, diesen Bericht in das Haus zu bringen. Es war ihm auch gar nicht gestattet, Vorschläge zu machen. Es war aber die Absicht des Herrn Ministers Dr. Prader, daß der Verteidigungsausschuß während der Behandlung dieses umfassenden Berichtes seine Vorschläge aus den gegebenen Tatsachen heraus erarbeiten soll. Erinnern Sie sich doch, meine Herren, die Sie im Unterausschuß mitgearbeitet haben, daß wir monatelang Seite für Seite durchgearbeitet und eine ganze Reihe von Resolutionen gefaßt haben, zum Teil gemeinsam und zum Teil natürlich nicht, weil ja die Ansichten nicht immer die gleichen sein müssen und auch nicht sein können. Obwohl dann die Behand-

2520

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Marwan-Schlosser

lung dieses umfassenden Landesverteidigungsberichtes durch den Rücktritt der Regierung und durch die ausgeschriebenen Neuwahlen abgebrochen wurde, hat Minister Dr. Prader eine ganze Reihe von den dort beschlossenen Resolutionen — dazu gehört auch die von mir vorhin zitierte Regierungsvorlage 203 — aufgegriffen und dem Hohen Hause vorgelegt, und auch eine ganze Reihe anderer legislativer Aufgaben wurde erfüllt.

Meine Damen und Herren! Eines ist mir aus dieser Zeit auch noch in Erinnerung: der Streit zwischen dem Herrn Minister und seinem Staatssekretär Rösch über den Aufgabenbereich der Stabsakademie. Minister Prader hat nämlich in Erkenntnis dessen, daß die Politik das wesentlich Höhere, der Schirm über die ganze Landesverteidigung zu sein hat, der Stabsakademie initiativ angeordnet, ab sofort Seminare durchzuführen, um den Gedanken der umfassenden Landesverteidigung endlich in die breitere Bevölkerung zu tragen. Bis heute haben mehr als 600 Teilnehmer, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, dieses Seminar besucht. Auch wir vom Verteidigungsausschuß hatten dort drei Tage Gelegenheit, uns mit den Problemen der umfassenden Landesverteidigung eingehendst zu befassen. Der Herr Minister hat auch eingehende Antworten gegeben.

Wenn dann hier immer wieder behauptet wird, wir werden nicht orientiert, so kann ich das nicht begreifen. Natürlich sind Sie weitgehendst orientiert. Der Herr Minister ist doch bekannt dafür, daß er immer eingehende — oft vielleicht sogar zu detaillierte, das darf ich wohl auch sagen — Antworten gibt. Die Fragen, die in den Ausschüssen gestellt worden sind, hat der Herr Minister immer genau beantwortet. Ich verstehe daher diese Vorwürfe nicht.

Es wäre natürlich sehr interessant, darüber zu sprechen, aber ich bekomme von verschiedenen Seiten Zeichen, mich kurz zu fassen. Es wäre interessant, sich hier einmal akademisch auch damit zu befassen, wie die umfassende Landesverteidigung aussehen soll, wie man über die Aufgaben der umfassenden Landesverteidigung im Krisenfall, im Neutralitätsfall und im Kriegsfall selbst denkt.

Selbstverständlich wäre es auch sehr wichtig, einmal darüber zu sprechen, welche Grundsatzprobleme man bei der Behandlung des Landesverteidigungsplanes in den Vordergrund stellen möchte und wie man sich eigentlich den Kampfauftrag denkt. Im Frühjahr 1966 wurde bei der Debatte über das Budget die Meinung vertreten, das Bundesheer solle sich in die Alpenfestung zurückziehen und nicht unbedingt vorne die Grenzen halten.

Ein anderer hat wieder gesagt: Nein, die Grenzen müssen gehalten werden. Selbstverständlich sollte man über diese Probleme eingehend sprechen.

Man sollte auch darüber sprechen, wie das Mob-Heer, das mobile Heer, das Einsatzheer, in Anbetracht der personellen und in Anbetracht der materiellen Mängel gegliedert sein soll. Man könnte den Gedanken in den Vordergrund schieben, Knopfdruckbrigaden zu bilden und die anderen dafür erst wieder im Zuge einer Mobilmachung voll einsatzbereit zu machen. Über diese Fragen wird man zu sprechen haben.

Meine Damen und Herren! Nach diesen kurzen Gedanken — ich habe mir wesentlich mehr vorbereitet — möchte ich, um zum Schluß zu kommen, nur noch einiges über die Luftstreitkräfte sagen und hier zuerst einen Hinweis auf die Fallschirmschule geben. Obwohl die Fallschirmgliederung vorläufig im Bundesheer noch nicht vorgesehen ist, hat Minister Dr. Prader initiativ von sich aus eine Ausbildung von Fallschirmjägern ermöglicht. Es wäre sehr interessant, wenn ich Ihnen jetzt noch den Artikel vorlesen könnte, den der „Kurier“ gebracht hat, wenn man auch darüber einmal sprechen würde. Gerade hier erfolgt eine Einzelkämpferausbildung, die sich sehen lassen kann und die ungemein wertvoll ist.

Nun zur Frage: Jäger und Raketen. Gerade dieses Problem befaßte in den letzten Tagen die Presse und die Öffentlichkeit. Auch hier läge es mir sehr am Herzen, Ihnen den Artikel des Luftfahrt-Pressedienstes vorzulesen, damit die Damen und Herren mit der Problematik befaßt würden: Raketen, ja oder nein? Welche Flugzeuge?

Es wurde kritisiert — ich glaube, es war der Kollege Preußler —: Da schickt man Leute hinaus, die das studieren sollen, dann prüft man hin und her. Würde das der Herr Minister aber nicht tun, würde er nicht prüfen lassen, würde er nicht nachschauen lassen, dann würden wir wieder die Opposition hören, was sie uns für Vorwürfe machen würde, weil er diese Prüfungen nicht vorgenommen hat.

Meine Damen und Herren, es ist eben die Aufgabe des Ministers, daß er sich solche Angriffe gefallen lassen muß. Er wird in seinem Schlußwort sicherlich in verschiedenen Fragen manches zur Aufklärung sagen.

Man schickt Redner heraus, die hier erklären: Schaut euch doch das Bundesheer an! Da fliegt ein Flugzeug bis nach Wien und wirft dort Flugzettel ab! — In dem Zusammenhang erinnere ich mich an die Situation, die, glaube ich, vor einem Jahr war, wo ein italienisches

Marwan-Schlosser

Flugzeug nach Innsbruck geflogen ist und auch Flugzettel abgeworfen hat. Der Herr Abgeordnete Kindl von der Freiheitlichen Partei hat damals gemeint: Warum ist denn das Bundesheer nicht sofort eingesetzt worden? Meine Damen und Herren! Die Antwort ist furchtbar einfach. Ich frage: Wenn heute ein ausländischer Autofahrer nach Österreich hereinkommt und eine Verkehrsübertretung begeht — nehmen wir an, er fährt bei Rot über die Kreuzung, das kommt vor —, rückt denn dann gleich das Bundesheer aus? Meine Damen und Herren! Das ist hier dasselbe. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Sie lachen darüber. Aber das ist genau dasselbe! Laut den ICAO-Bestimmungen, die Österreich und alle Anrainerstaaten mit Ausnahme Ungarns angenommen haben, dürfen alle Sportflugzeuge ohne Anmeldung das österreichische Staatsgebiet überfliegen.

Es ist daher in diesem Fall nichts anderes passiert, als daß ein Sportflugzeug in den österreichischen Luftraum eingeflogen ist. (*Abg. Ing. Kunst: Es hat 100.000 Flugzettel abgeworfen und war fünf Stunden in Österreich!*) Es kann jeder Sportflieger in Österreich, soviel er will, im österreichischen Luftraum herumfliegen. Das ist keine Verletzung der Lufthoheit. Dieses Recht der Luftfreiheit ist eben international gegeben und ermöglicht es, daß ein Sportflugzeug nach Österreich hereinfliegen kann. (*Abg. Wodica: Wehe, wir hätten den Verteidigungsminister! Da würdest du ganz anders reden!*) Lieber Wodica! Man kann einfach nicht immer gleich Scharfe machen. Man weiß es ja gar nicht: Der kann ja in friedlicher Absicht hereinkommen. Das Gesetz erlaubt es ihm. Es ist keine Verletzung der Lufthoheit erfolgt. Es war daher keine Möglichkeit, sofort einzuschreiten. Was geschehen ist, war, daß gewisse Luftverkehrsvorschriften in Österreich verletzt worden sind, genauso wie man im Straßenverkehr eben Straßenverkehrsregeln verletzen kann. Da ist eben einzusetzen.

Natürlich, meine Damen und Herren, erinnere ich mich auch da wieder an die Behandlung des umfassenden Landesverteidigungsberichtes. Wir waren ja gemeinsam dort und haben gesagt: Wie sieht es jetzt mit der Flugüberwachung, wie sieht es mit der Luftaufklärung, wie sieht es mit der Flugsicherung aus? Sie können sich genau erinnern, daß ich es war, der damals verlangt hat, daß zwischen dem militärischen Großraumradar, das den Luftraum zu überwachen hat, und zwischen dem vom Verkehrsministerium eingesetzten Mittelbereichsradar eine Zusammenarbeit zu erfolgen hat. Es haben auch koordinierende Gespräche stattgefunden.

Es war auch hier so — soweit ich orientiert bin —, daß das Großraumradar, also das weitreichende Radar, die Maschine erfaßt hat und daß man die Mitteilung weitergegeben hat. Nur hat eben effektiv am Anfang keine Begründung dafür bestanden, sofort die österreichische Luftwaffe zu mobilisieren, zu alarmieren und in Einsatz zu bringen. (*Abg. Kratky: Kollege Marwan, was hätte man mit der Rakete gemacht?*) Herr Kollege, wenn wir uns jetzt auch noch über Raketen oder über Abfangjäger unterhalten sollten, so würde dieses Thema sicherlich akademisch zu gestalten sein und einen ungemeinen Diskussionsaufwand nach sich ziehen. Ich möchte Sie aber, meine Damen und Herren, mit meinen Ausführungen nicht zu sehr auf die Folter spannen.

Ich möchte zu dem Einflug dieser Zivilmaschine nur eines sagen: Es wird natürlich notwendig sein, daß diese Koordination noch enger gefaßt wird, und außerdem muß natürlich auch abgesprochen werden, was in einem solchen Falle zu geschehen hat, wenn eben einmal irgendwo Übertretungen vorkommen. Diese Gespräche werden sicherlich von der Regierung geführt werden.

Meine Damen und Herren! Die Schwierigkeiten für die Aufstellung einer Luftwaffe bestehen ja darin, daß das Bundesheer kaum ein Fachpersonal hat. Auch hier muß ich wieder eine Leistung des Herrn Minister Prader in den Vordergrund schieben. Er hat auf Grund einer Absprache mit dem Unterrichtsminister vor kurzem eine Bundesfachschule für Flugtechnik in Wien eröffnet, die dann später in Langenlebarn gebaut werden soll. Der Herr Minister möchte dort Flugtechniker heranbilden lassen, in der Absicht, daß sie dann beim Bundesheer bleiben. Er wird darüber hinaus sogar dafür Sorge tragen, daß nicht nur Soldaten, wie derzeit, sondern auch zivile Schüler geschult werden können.

Also so, wie es die Opposition hier darstellt, daß nichts geschehen ist, ist es doch wirklich nicht.

Der Abgeordnete Preußler hat gesagt, vor zehn Jahren war es genauso wie jetzt, man sieht gar nichts. Ich glaube nicht, daß man dieses Wort in dem Umfang aufrechterhalten kann, wie er es ausgesprochen hat. Er möge doch zum Beispiel unter anderem die Hubrauberstaffeln anschauen, die in Österreich jetzt schon vorhanden sind, die in der letzten Zeit angeschafft worden sind, und es werden noch weitere angeschafft werden. Und gerade diese Hubrauberstaffeln haben doch in den letzten Monaten in Österreich sehr viel geleistet. Denken Sie an die Hochwasserkatastrophen: Dort wurden tausende Tonnen eingeflogen. Es wurden Verletzte und Urlauber

2522

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Marwan-Schlosser

herausgeflogen. (*Abg. Preußler: In der Organisation, meine ich, nicht die Hubschrauberstaffeln!*) Ich glaube, hinsichtlich der Organisation wirst du nicht der Auffassung sein, daß man anstelle von 7 Brigaden plötzlich 10 aufstellen soll. Man muß sich überall eine gewisse Beschränkung auferlegen, vor allem dann, wenn die Geldmittel, die vorhanden sind, nicht so reichlich sind, daß damit das Schönste, das Modernste, das Beste und womöglich, so wie manche wollen, gleich heute alles auf einmal angeschafft wird. So kann man Politik doch wohl nicht betreiben. Und vor allem eine Kritik in dieser Richtung ist völlig verkehrt am Platze.

Ich möchte daher, meine Damen und Herren, noch ein Wort sagen. Diese „Katastrophenhubschrauber“, wenn man so sagen darf, wurden die „rettenden Engel von Osttirol“ genannt. Ein anderes Schlagwort war: „Katastrophenhilfe ist Landesverteidigung gegen Naturgewalten“. Diese beiden Schlagworte, die in letzter Zeit in den Vordergrund gestellt wurden, sind doch wirklich dazu angetan, dem Bundesheer zu danken, vor allem aber auch — und das sage ich jetzt hier — dem Minister zu danken, der das Bundesheer sofort eingesetzt hat und sofort alle Maßnahmen ergriffen hat, damit Hilfeleistungen anlaufen und durchgeführt werden können. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Das ist ja seine Pflicht!*) Er selbst ist in diese Einsatzgebiete gegangen. — Ja da reden Sie auf einmal von der Pflicht, Herr Kollege! Zuerst aber sagen Sie, er hat nichts gemacht. Also, Herr Kollege, diese Argumentation von euch kann ich einfach nicht gutheißen und schon gar nicht verstehen. (*Abg. Ing. Häuser: Soll er da auch noch versagen? — Abg. Kratky: Herr Kollege Marwan, das hat bei uns in Wien die Feuerwehr gemacht!*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte von dieser Stelle aus den Angehörigen des gesamten Bundesheeres den herzlichsten Dank meiner Fraktion dafür aussprechen, daß sie so uneigen-nützig und opferbereit bei diesen Katastrophen-einsätzen sogar Leben und Gesundheit eingesetzt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wäre natürlich noch sehr interessant, darüber zu sprechen, wie weit Österreich als neutrales Land mit den übrigen neutralen Staaten militärisch zusammenarbeiten müßte.

Zum Abschluß kommend, darf ich folgendes sagen: Das österreichische Bundesheer hat sich — ich habe es aufgezeigt — große Verdienste erworben. Es würde sich daher umso mehr verdienen, vor übeln Nachreden, unruhestiftenden Angriffen, diffamierenden Verallgemeinerungen, aber auch vor Streitereien verschont zu werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, teile ich mit, daß vom Vorredner, Abgeordneten Preußler, zwei Entschließungsanträge vorgelegt wurden, die die notwendige Unterstützung haben und damit Gegenstand der Verhandlungen sind.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Abgeordneten Tödling und Marwan-Schlosser brachten zum Ausdruck, daß die Redner der Oppositionsfraktionen unbewiesene Verdächtigungen gegenüber dem Bundesheer erhoben hätten. Die Kritik des Abgeordneten Tödling richtete sich im besonderen gegen meinen Fraktionskollegen Zeillinger.

Mein Parteifreund Zeillinger hat keine Kritik am Bundesheer geübt, sondern die Personalpraxis des derzeitigen Ressortchefs einer eingehenden Durchleuchtung an Hand von Feststellungen unterzogen, die ein Oberst-Intendant des Bundesheeres getroffen hat. Die Beschuldigungen, die der Oberst-Intendant Tomschitz gegenüber dem Verteidigungsminister Dr. Prader erhoben hat, sind so ungeheuer, daß sie nicht ungeklärt im Raum stehenbleiben können.

Im zitierten Brief des Oberst-Intendanten Tomschitz wurde zum Ausdruck gebracht, daß er sich seiner Verantwortung unter Berufung auf seinen Dienstgrad bewußt ist. Von einem Offizier im Rang eines Obersten darf man erwarten, daß er sich über die damit verbundene Verantwortung wirklich klar ist.

Dieser Offizier fühlt sich nach den jüngsten Ereignissen strafversetzt, obwohl er nichts anderes tun wollte, als sich unter Berufung auf seinen Dienstgrad einer Pflicht als Offizier des österreichischen Bundesheeres zu entledigen.

Dieser Beschuldigung gegenüber Minister Dr. Prader kann man nicht aus dem Wege gehen. Diese Beschuldigung gegenüber dem Ressortchef Dr. Prader kann auch nicht durch jene Anfragebeantwortung des Verteidigungsministers aus der Welt geschafft werden, die heute schon von meinem Fraktionskollegen Zeillinger zitiert und kritisiert wurde. Entweder ergibt das Untersuchungsergebnis, daß die Vorwürfe des Oberst-Intendanten Tomschitz zu Recht bestehen, dann müssen auf der Regierungsbank Konsequenzen gezogen werden, oder es stellt sich an Hand der Untersuchungen heraus, daß der Oberst-Intendant falsche Behauptungen aufgestellt hat, dann muß er zur Verantwortung gezogen werden. Aber Klarheit muß geschaffen werden von jener Regierung, deren Bundeskanzler

Peter

vor wenigen Tagen dem Nationalrat gegenüber die feierliche Versicherung abgegeben hat, daß nichts verschleiert und nichts vertuscht wird und daß in allen Bereichen der Republik in solchen Fällen Ordnung geschaffen wird.

Ich möchte den Wahrheitsgehalt dieser Feststellung des Herrn Bundeskanzlers nicht bezweifeln und hege darum berechtigte Hoffnung, daß sich der Herr Verteidigungsminister der Tragweite der Erklärung des Regierungschefs bewußt ist und von sich aus am Ende der Debatte zum Kapitel Landesverteidigung feststellt, daß auch nach seiner Ansicht ein Untersuchungsausschuß zur Klärung dieser Angelegenheit eingesetzt werden muß.

Wird der Fall des Oberst-Intendanten Tomschitz nicht durch einen Untersuchungsausschuß des Nationalrates geklärt, dann kann das, was heute Tomschitz widerfahren ist, morgen jedem anderen Offizier des österreichischen Bundesheeres, angefangen vom Generaltruppeninspektor über alle Generale bis zum jüngsten Leutnant, passieren. Diese Rechtsunsicherheit, die auf dem Personalsektor des österreichischen Bundesheeres unter der Ressortführung Dr. Praders eingerissen ist, bedarf einer umgehenden Beseitigung.

Unter Dr. Georg Prader wurde das österreichische Bundesheer in eine weittragende Krise gestürzt. Darf ich den Herrn Verteidigungsminister erinnern, daß sein Schweizer Ressortkollege Paul Chaudet in diesen Tagen zurücktreten wird. Das deshalb, weil das Ergebnis der Untersuchungen im Mirage-Skandal keine persönliche Belastung des Ministers, wohl aber die Verantwortlichkeit als Ressortchef für falsche Kostenberechnung herausgestellt hat. In einem solchen Fall — und ähnliche gab es auch schon in unserem Bundesheer in finanzieller Hinsicht — demissioniert der Chef des Militärdepartements der Schweizer Eidgenossenschaft. In einer ähnlichen Situation denkt aber kein österreichischer Minister daran, ähnliche Erwägungen anzustellen.

Der ÖVP-Abgeordnete Hartl hat heute auch zum Ausdruck gebracht, daß niemand von den Leistungen des österreichischen Bundesheeres gebührend Notiz genommen habe. Die Leistungen des österreichischen Bundesheeres stehen in diesem Parlament außer Diskussion. Sie wurden in der Vergangenheit und Gegenwart von allen drei im Hause vertretenen Fraktionen anerkannt. Wir schulden den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten unseres Bundesheeres großen Dank für ihre Leistungen im Katastropheneinsatz der Jahre 1965 und 1966. (Beifall bei allen Parteien.) Diese Dinge können unter gar keinen Umständen mit dem Fall Prader—Tomschitz in

Zusammenhang gebracht werden. Es handelt sich hier um zweierlei Paar Schuhe, die voneinander getrennt werden müssen.

Hat sich mein Fraktionskollege Zeillinger mit den personellen Unzulänglichkeiten im Ressort Prader beschäftigt, so ist es keinesfalls so, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, daß jene Kritik, die der Abgeordnete Preußler zum Ausdruck brachte, sachlich nicht zu Recht bestehen würde.

Die jüngsten Ostblock-Manöver müssen doch dem Verteidigungsminister und seiner für das Landesverteidigungskonzept verantwortlichen Generalität jene ungeheuer schwierige strategische Situation vor Augen geführt haben, in der sich die Republik Österreich befindet. Man darf doch annehmen, daß der Ressortführung bewußt wurde, wie wenig in den abgelaufenen Jahren zur Bewältigung offener Konzeptfragen der Landesverteidigung unternommen wurde. Wenn Abgeordneter Preußler feststellte, daß diese Konzeptfragen ungelöst sind, so hat er lediglich auf eine Tatsache verwiesen und keine böswilligen Behauptungen aufgestellt.

Es wird den Herren des Verteidigungsressorts sicher bekannt sein, was ein anerkannter Militärjournalist in Österreich, Oberstleutnant a. D. Walther Urbanek, der von einem Vorredner bereits zitiert wurde, in diesem Zusammenhang festgestellt hat. Er führte in der „Presse“ dazu unter anderem aus:

„Tschechische Generale haben nun doch ein wenig die Karten der kürzlich abgehaltenen „Moldau-Manöver“ aufgedeckt, ob aus Versehen oder mit Absicht, bleibe dahingestellt. Sie geben immerhin zu, daß auch solche Planungsvarianten Berücksichtigung fanden, die eine Verletzung der Neutralität Österreichs durch NATO-Streitkräfte in Betracht zogen.“

„Österreich hat jedenfalls mit diesem Zehntagekrieg ... zur Kenntnis nehmen müssen, wie kritisch seine Position an der Nahtstelle der beiden Militärblöcke ist.“

„Also wurde es ein drastischer Anschauungsunterricht.“

„Anlaß genug, das Konzept der umfassenden Landesverteidigung im Hause Österreich einer strengen Prüfung zu unterziehen. Dazu gehört die unabdingbare Forderung nach einer Novellierung jenes Staatsvertragsartikels, der der Zweiten Republik eine Defensive mit gelenkten und selbstgetriebenen Geschossen verbietet; gehört die Zuwendung ausreichender Geldmittel zur Modernisierung der Rüstung des Bundesheeres und eine vehemente Mobilisierung des Zivilschutzes. Wird dem nicht so,

2524

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Peter

dann ist die Deklaration von der Verteidigung der Neutralität keinen Deut wert.“

Natürlich haben wir Freiheitlichen festzustellen, daß jene etwas mehr als 3 Milliarden Schilling, die dem Bundesheer im Jahre 1967 zur Verfügung stehen, einen außerordentlich geringen Betrag für eine verantwortungsbewußte Verteidigung unserer Neutralität darstellen. Das ist sehr wenig, aber bei einem verantwortungsbewußten und brauchbaren Landesverteidigungskonzept ließe sich doch manches mit diesem Betrag anfangen. Unter den derzeitigen Voraussetzungen, bei Vorhandensein und Weiterführung jener Improvisation, die bereits die Grenze des Fragwürdigen erreicht hat, ist dieser Betrag meines Erachtens nicht sachgerecht angelegt. Darüber muß sich die Ressortführung im klaren sein.

Noch etwas wird Ihnen, Herr Bundesminister, vom gleichen Militärjournalisten vorgeworfen. Dieser Urbanek-Artikel erschien am 24. August 1966. Mir ist nicht bekannt, daß von seiten des Verteidigungsministeriums eine Berichtigung dieses Artikels in den abgelaufenen Monaten vorgenommen worden wäre. Unter der Überschrift „Gedankenfreiheit für Soldaten“ stellte Herr Walther Urbanek fest:

„Über Fehlleistungen in Gliederung und Bewaffnung des Bundesheeres zu diskutieren oder gar über die Grundzüge des Verteidigungskonzepts gilt hierzulande vielfach schon als Hochverrat. Dieser Meinung scheint zumindest eine Clique der militärischen Sektion der Dominikanerbastei zu sein, deren negative Strahlungskraft auch den inneren Beraterkreis um Minister Prader beeinflußt.“

Man wirft Ihnen vor, Herr Minister, daß eine Clique Ihrer nächsten Umgebung die Diskussion über ein Landesverteidigungskonzept beeinträchtigt und daß befähigten Offizieren — die allerdings in der Regel keiner Partei angehören — schwere Prügel vor die Füße geworfen werden, wie zum Beispiel dem Generalstabsoffizier Ségur, der für eine Neuordnung der Streitkräfte in Kampftruppen mit panzerbrechenden Waffen eingetreten ist und dessen Auffassungen zumindest nicht jene sachgerechte Prüfung erfahren haben, die sie nach Ansicht von Fachleuten verdienien.

Aber auch in diesem Zusammenhang wird wieder darauf verwiesen, Herr Minister, daß es Offiziere in Ihrem Ministerium, wenn sie keiner oder einer anderen Partei angehören als der Ihren, außerordentlich schwer haben. Dazu stellte Oberstleutnant Urbanek fest:

„Ségur, der Sohn des Finanzministers der Regierung Seipel I, parteipolitisch nicht festgelegt, hatte die Forderung nach einem voll-

ständigen Umdenken der militärischen Führung erhoben.“

Ein notwendiges Umdenken scheint Ihrer derzeitigen militärischen Führung ein so großes Kopfzerbrechen zu bereiten, daß man unliebsame, aber sehr zeitgemäße und fachlich anerkannte Vorschläge lieber von sich schiebt, als daß man sie in die engere Diskussion miteinbeziehen würde.

Ebenso wird von verschiedenen Seiten Ihres Ressorts, Ihrer Beamten und Ihrer Offiziere darauf verwiesen, daß endlich einmal ein Ergebnis in der Wehrkonzepterarbeitung erzielt werden müßte. Herr Preußler hat zum Ausdruck gebracht, daß in der Zweiten Republik bisher drei Verteidigungsminister am Werk waren. Und jeder dieser drei Verteidigungsminister ist jeweils mit einem neuen Konzept vor die Öffentlichkeit getreten, ohne dieses zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen.

Das österreichische Bundesheer steht im elften Jahr seines Bestandes. Es ist aus dem Experimentieren nicht herausgekommen, weil die Führung dieses Heeres nicht in der Lage war, ein Konzept zu erarbeiten, das zur wirksamen Verteidigung unserer Neutralität geeignet wäre. Mehr Gedankenfreiheit für Ihre Herren Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, weniger Parteiamée-Denken und mehr republikanische Gesinnung in Ihrem Ressort sind ein Gebot der Stunde, dem Sie wohl nicht aus dem Weg gehen können.

Es ist heute bereits jene Schmitz-Erklärung zitiert worden, die der Finanzminister vor der Offiziersgesellschaft abgegeben hat. Eine Erklärung mit einem wenig freundlichen Inhalt gegenüber dem österreichischen Bundesheer. Es wundert uns daher nicht, daß der Finanzminister der ÖVP-Regierung mit geringem Verständnis den Sorgen und Erfordernissen des Heeres gegenübersteht. Das fand jüngst in der Presse folgenden Niederschlag:

„Über das Heeresbudget zu sprechen, ist nicht populär und auch wenig erwünscht. Man tut es als unbequemes, notwendiges oder gar unnötiges Übel ab, basta. Der Finanzminister selbst nannte alle Ausgaben für die Landesverteidigung eine Fehlinvestition ...“

Wie sieht es nun mit der Wehrgesinnung dieser derzeitigen ÖVP-Regierung aus, wenn der Finanzminister vor der Offiziersgesellschaft eine derartige, das Ansehen des Bundesheeres schädigende Feststellung trifft? Auch darüber müßten Sie, Herr Minister, sich mit dem Finanzminister auseinandersetzen und dafür sorgen, daß solche das Interesse und das Ansehen des Bundesheeres schädigende An-

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1968

2525

Peter

sichten von seiten der Bundesregierung künftig nicht mehr geäußert werden.

Das Luftverteidigungskonzept hat sich bisher ebenfalls als fragwürdig erwiesen. Ihre Düsenjägerexperimente erfreuen sich keines besonderen militärischen Ansehens. Auch jetzt experimentieren Sie wieder herum und scheinen die Absicht zu haben, hohe Millionenbeträge für den Ankauf neuer Düsenflugzeugstaffeln auszugeben, obwohl Ihnen die Fachleute in den letzten Jahren eindringlich die Fragwürdigkeit eines solchen Beginnens vor Augen geführt haben. Da gibt es derzeit zwei Kommissionen, eine solche von Flugzeugführern und eine solche von Technikern, die derzeit den schwedischen Draken ausprobieren und prüfen und die dann noch in einer Reihe anderer Länder andere Flugzeugtypen dieser Art ausprobieren sollen. In der Zeit, in der diese zwei Kommissionen unterwegs sind, hören wir aus Kreisen des Ministeriums, daß sich vor allem im Katastropheneinsatz herausgestellt hat, wie wenig Hubschrauber und Amphibienfahrzeuge für den Katastrophenfall zur Verfügung stehen. Denken wir doch endlich einmal an das Nächstliegende, denn die Jahre 1965 und 1966 haben Österreich in kurzer Aufeinanderfolge drei Elementarkatastrophen gebracht. Es fehlen Hubschrauber, es fehlen Amphibienfahrzeuge. Trotzdem überlegen Sie wieder den Ankauf kostspieliger und in ihren Einsatzmöglichkeiten fragwürdiger Düsenflugzeuge. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß die Ausgabe einer jeden Million auf dem Gebiete der Luftverteidigung sehr wohl erwogen werden muß, sollen Fehlinvestitionen in Zukunft vermieden werden.

Auch eine Entscheidung über Österreichs Luftverteidigungskonzept ist notwendig, haben die Fachleute in letzter Zeit immer wieder festgestellt.

Wie es mit der geistigen Landesverteidigung aussieht, wurde durch Fachleute in den letzten Monaten in einer Reihe von Vorträgen der österreichischen Öffentlichkeit und besonders interessierten Kreisen eindringlich vor Augen geführt. Die Naturkatastrophen der letzten beiden Jahre ebenso wie die Moldau-Manöver der Warschauer-Pakt-Staaten haben den eindeutigen Beweis erbracht, daß unser Bekenntnis zur Neutralität und die militärische Verteidigung der Neutralität auch gewisse Anstrengungen erfordern, wollen wir dem gerecht werden, was durch ein Verfassungsgesetz beschlossen worden ist. Daher ist also höchste Eile geboten, soll endlich jenes Landesverteidigungskonzept erarbeitet werden, dessen die Republik so dringend bedarf.

Über die geistige Landesverteidigung sagte jüngst Universitätsprofessor Dr. Brezinka:

„Unter geistiger Landesverteidigung werden alle Bemühungen verstanden, die darauf abzielen, die seelische Bereitschaft des Staatsbürgers zur Verteidigung Österreichs zu wecken, zu fördern und zu erhalten.“

Herr Minister! Haben Sie jenen Millionenaufwand für die Propaganda und Aufklärung in den abgelaufenen Jahren wirklich so eingesetzt, daß diese von Brezinka aufgestellte Forderung hinsichtlich der geistigen Landesverteidigung auch erfüllt worden ist? Ich glaube, daß die geistige Landesverteidigung noch mehr im Argen liegt, als die Voraussetzungen für eine wirksame militärische Landesverteidigung derzeit gegeben sind. Bis zur Stunde, Herr Minister, können Sie von der Schuld nicht freigesprochen werden, daß Sie den parteipolitischen Belangen, daß Sie dem parteipolitischen Machtstreben in Ihrem Ministerium mehr Augenmerk zugewendet haben, als für die österreichische Landesverteidigung gut ist.

Abschließend stelle ich fest: Das Problem der Standes- und Offiziersehre läßt sich in einer demokratischen Armee nicht wegdiskutieren. Hier steht die Ehre eines österreichischen Offiziers zur Diskussion, der entweder ein Denunziant ist und dem Minister unwahre Dinge vorwirft, oder der andererseits in seiner Offiziersehre durch diesen Minister gräßlich beleidigt wurde. Den Sachverhalt zu klären, ist Sache eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Herr Minister, stellen Sie sich endlich diesem Ausschuß! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mayr. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Mayr (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, daß ich mich bemühen werde, sachlich und objektiv positiv zum Kapitel Landesverteidigung Stellung zu nehmen. Es ist heute in der Diskussion festgestellt worden, daß dies leider Gottes gerade von den Oppositionsrednern nicht geschehen ist.

Es ist richtig, daß die Landesverteidigung eine besondere politische Notwendigkeit darstellt und daß alle staatstragenden Kräfte, auch die Oppositionsparteien, mitverantwortlich sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition! (Zwischenruf bei der SPÖ.) Sachliche Kritik ist notwendig, gerechtfertigt und dient der Sache. Aber nur Kritik üben und die positiven Aspekte verschweigen beziehungsweise polemische Behauptungen aufstellen, schwächt den Verteidigungswillen unseres Volkes und muß auch verurteilt werden. Alle haben wir die Ver-

2526

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Mayr

pflichtung, die Öffentlichkeit zu überzeugen, daß wir viel zu bewahren und zu verteidigen haben: ein reiches, kulturelles Erbe und eine ausreichende wirtschaftliche Basis, vor allem aber die Souveränität und die Neutralität unseres Landes, letztlich die Freiheit unseres Volkes.

Mit wahrhaft bescheidenen Mitteln, die dem Bundesheer bisher zur Verfügung standen, wurde in materieller und personeller Hinsicht außerordentlich viel geleistet, und — das stelle ich im Gegensatz zur Opposition fest — nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland wurde dies anerkannt und gewürdigt. Die Herren Militärattachés haben sich wiederholt sehr positiv über die Leistungen, die eben durch den Aufbau des Bundesheeres in dieser kurzen Zeit erbracht wurden, ausgesprochen.

Im seinerzeitigen Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat über die umfassende Landesverteidigung wurden die Schwerpunkte nach dem Stand von 1964 aufgezeigt. An diesen Schwerpunkten hat sich auch im Zuge der Weiterentwicklung nichts Wesentliches geändert. Es war nur außerordentlich bedauerlich, daß dieser Bericht voriges Jahr im Unterausschuß sehr lange verhandelt und letztlich in der Koalition darüber keine Einigung erzielt wurde. (*Abg. Steininger: Das können Sie ja gar nicht sagen!*) Es ist keine Einigkeit erzielt worden. Natürlich hat sich dann das Parlament aufgelöst. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Steininger.*) Herr Kollege Steininger, da muß ich Ihnen schon genau die Wahrheit sagen. Sie haben doch versucht, diesen ganzen Bericht zu zerreden, und haben über eine Seite oft tagelang diskutiert, um lächerliche Seiten, und haben Entschließungsanträge eingebracht. Im besonderen ist es Ihnen darum gegangen, die Wehrdienstzeit für die Präsenzdienstpflchtigen zu kürzen. Immer und immer wieder hat es geheißen: Wenn ihr über das nicht reden läßt, dann reden wir über das andere auch nimmer! So ist die Wahrheit. (*Abg. Steininger: Ihr geht über alles hinweg!*)

Weil gerade in bezug auf Ausrüstung und Ausstattung des Bundesheeres Meinungsverschiedenheiten bestanden — und sie bestehen natürlich auch heute noch —, möchte ich mich mit der jüngsten Entwicklung auf diesem Gebiet beschäftigen.

Fliegerabwehr und Panzerabwehr sind, so weit sie die Landstreitkräfte betreffen, die wichtigste Heeresausrüstung. In der Fliegerabwehr wurde die Modernisierung der Flakabteilungen eingeleitet und gleichzeitig damit die Voraussetzung für eine Verstärkung dieser Fliegerabwehr erreicht. Das Bundesheer wird demnach über drei aktive Flakabteilungen, ausgestattet mit der 35-Millimeter-Flak

Oerlikon, verfügen und die bereits vorhandenen 40-Millimeter-Flaks zum Schutz der Fliegerhorste bereitstellen können. Dieser Rüstungsvorgang erstreckt sich allerdings über mehrere Jahre und wird nicht vor 1968 abgeschlossen sein können.

Um der Infanterie einen unmittelbaren sogenannten Truppenluftschutz zu geben, wurden für die Jägerbataillone und für die Panzergrenadierbataillone 2-cm-Fla-Geschütze angekauft. Während das für die Jägertruppe vorgesehene Fla-Geschütz auf einer Erdkampflafette als Anhänger von einem geländegängigen Fahrzeug gezogen wird, wird das für die Panzergrenadiere vorgesehene Fla-Geschütz auf dem Schützenpanzerwagen aufgebaut. In beiden Fällen ist das 2-cm-Fla-Geschütz eine Mehrzweckwaffe, weil es außer zur Fliegerabwehr auch im Erdkampf gegen leicht gepanzerte, aber auch gegen lebende Ziele in der Verteidigung eingesetzt werden kann. Auch diese Ausstattung ist erst im Gange und nach zahlreichen technischen und taktischen Erprobungen zur Ausrüstung freigegeben worden.

Darüber hinaus wird die Fliegerabwehr der Panzergrenadierbrigaden durch eine Verstärkung der bereits aus den USA in Anlieferung begriffenen Fla-Panzer und durch den Einbau der 12,7 mm überschweren Maschinengewehre in die Panzergrenadierfahrzeuge verbessert. Diese überschweren Maschinengewehre dienen überwiegend dem Erdeinsatz. Die notwendigen Munitionsmengen, aber auch Ersatzteile wurden jeweils mit den Waffen bestellt. Und da sagte der Kollege Preußler, daß wir nach einem Jahrzehnt auf der gleichen Stelle stehen, weil nichts in bezug auf Ausrüstung und Ausstattung geschehen wäre. Ich habe das jetzt bereits mit wenigen Worten belegt und darf sagen, daß diese Bemerkung wirklich unverantwortlich war.

In der Panzerabwehr ist vor allem die Ausstattung des gesamten Heeres mit mehreren tausend leichten Panzerfäusten im Gang. Wir, die wir den zweiten Weltkrieg erlebt haben, wissen, daß sich diese zweifelsohne sehr bewährt haben. Diese Einmann-Waffe ist an keine besondere Organisationsform gebunden und kann schwerpunktmaßig eingesetzt werden. Eine Verbesserung der Beweglichkeit der rückstoßfreien Panzerabwehrkanone, die zurzeit, auf Jeeps aufgebaut, bei den Jägerbrigaden eingeteilt ist, ist dadurch vorgesehen, daß diese Panzerabwehrkanonen auf eine Radlafette gesetzt werden und in Zukunft als Anhängesgeschütze verwendet werden sollen. Damit entspricht sie eher unseren Geländebedingungen und Bedürfnissen.

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

2527

Mayr

Um die Panzerabwehr der Infanterie weiterhin zu verstärken, ist vorgesehen, ein Granatgewehr zu beschaffen, das sowohl Hohlladungsgranaten als auch Sprenggranaten verschießen kann. Diese Mehrzweckwaffe, die gleichsam auch eine Art kleine tragbare Kanone des Jägers ist, bedeutet eine wesentliche Waffenverstärkung vor allem jener Truppen, die sich in schwierigem Gelände bewegen müssen.

Darüber hinaus ist im derzeitigen Ausrüstungsprogramm der Schwerpunkt auf die Pioniergeräteausstattung gelegt, nicht zuletzt deshalb, weil die Pioniermittel im Frieden — das haben wir jetzt wiederum bei den Katastropheneinsätzen festgestellt — einem hohen Verlust und Verbrauch unterliegen. Es werden vor allen Dingen laufend Bau-, Räum- und Bohrgeräte, Übersetzmittel und Werkzeuge in beträchtlichem Umfang beschafft. Sie haben im Budget, wenn Sie das Teilheft genauer studiert haben, hiefür allein 20 Millionen Schilling zusätzlich feststellen können. Im Budget 1967 wird außerdem ein besonderer Wert auf eine Verstärkung der Fährmittel gelegt.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! In diesem Zusammenhang darf ich kurz über den Katastropheneinsatz des Bundesheeres und die damit verbundenen großen Hilfemaßnahmen und großen Kosten, die dadurch natürlich dem Bundesheer entstanden sind, sprechen. Der Einsatz war wie im Vorjahr in vollem Umfang notwendig, und die Truppe hat im Interesse der schwergeschädigten Bevölkerung weder sich selbst noch ihre Ausrüstung geschont. Neuerlich hat sich gezeigt, daß die österreichische Bevölkerung das Bundesheer braucht und sich auf seine braven Offiziere und Soldaten verlassen kann.

Zwei Monate standen durchschnittlich 3000 Mann im großen Hilfseinsatz. Ende September waren es sogar 3400 Mann. Insgesamt wurden 1,8 Millionen Arbeitsstunden geleistet. Die Hubschrauber legten rund 500 Flugstunden zurück, die eingesetzten Kfz fuhren insgesamt 850.000 km. Die Pioniermaschinen waren 6000 Stunden in Betrieb, 149 Brücken mit einer Gesamtlänge von 2607 m wurden neu errichtet, 35 km Straßen und Wege instandgesetzt und rund 15.000 Kubikmeter Erde für Sicherungen und Uferbauten bewegt. Für diesen gigantischen Einsatz sind besonders die Betroffenen der vom Unwetter heimgesuchten Bevölkerungskreise dankbar.

Auf dem Gebiete der Erneuerung und der Komplettierung des Kraftfahrzeugparks ist ebenfalls einiges geschehen. Ich darf darauf verweisen, daß natürlich durch die Typisierung

Schwierigkeiten entstehen, aber es müssen auch die seinerzeitigen Geschenkfahrzeuge ausgewechselt werden. Nun stellen wir fest, daß jetzt Bestellungen bei den Steyr-Werken vorgenommen wurden und künftig das Bundesheer mit Standardlastkraftwagen des Typs 680 M der Steyr-LKW ausgerüstet wird. 100 solche Kfz sind bereits bei den Steyr-Werken in Erzeugung.

Auf dem Gebiet der Heeresmechanisierung arbeitet die Firma Saurer bereits erfolgreich an dem österreichischen Schützenpanzerwagen. Besondere Beachtung finden die Neuentwicklungen, wie der 1 t schwere Pinzgauer der Steyr-Daimler-Puch AG. und der 1½ t schwere „Husar“ der Österreichischen Automobil-Fabriks AG.

Mit dieser Umstellung im Kfz-Park des Heeres und der damit verbundenen Auftragserteilung an die heimische Industrie — und das möchte ich hier im besonderen betonen — ist eine Arbeitsplatzsicherung in den genannten Betrieben gewährleistet.

Der Schützenpanzerwagen hat sich entgegen zahlreichen Kritiken bestens bewährt und gehört zu jenen Ausstattungen der Infanterie, welche im modernen Gefecht unerlässlich geworden sind. Die Bestückung dieser Schützenpanzerwagen mit leichten Fla-Geschützen, überschweren Maschinengewehren, wie ich bereits ausgeführt habe, aber auch mit Granatwerfern ist im Gange und zum Teil bereits durchgeführt.

Auf dem Gebiet des ABC-Schutzes und der Nachkampfeignung des Bundesheeres sind zurzeit Versuche und Studien veranlaßt. Durch die beengte Budgetlage ist es leider auch im kommenden Jahr nicht möglich, größere Anschaffungen, die zweifelsohne notwendig wären, durchzuführen. Erfreulicherweise konnte wenigstens bei der Beschaffung von Gasmasken ein Fortschritt erzielt werden. Durch das außerordentliche Rüstungsprogramm wird es möglich sein, im Laufe der nächsten Jahre entsprechende Ausstattungen auf dem Gebiet des ABC-Schutzes nicht nur für den aktiv dienenden Soldaten, sondern auch für die Reservisten zu beschaffen.

Ein besonders schwieriges und für Österreich problematisches Kapitel bildet die Luftraumverteidigung, auf die ein neutraler Staat keinesfalls verzichten kann. Es muß zumindest eine kampfkraftige Überwachung unseres Luftraumes ermöglicht werden. Aber darüber hinaus, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Ausbau der territorialen Streitkräfte ein wichtiges Vorhaben des Bundesheeres. Der Aufstellung und Ausstattung solcher territorialer Kräfte, also einer Landwehr, wird in Zukunft besonderes Augenmerk

2528

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Mayr

zugewendet werden. Hiefür sind erhebliche Beschaffungsgrößen auf dem Bekleidungs- und Mannesausrüstungssektor notwendig, während die erforderliche Bewaffnung zum größten Teil schon vorhanden ist beziehungsweise beschafft wird.

Hohes Haus! Ich möchte nun einiges zu den Inspektionen und Instruktionen sagen. Diese Inspektionen beziehungsweise Instruktionen umfassen außer den Grenzschutzeinheiten auch Marscheinheiten, Mobilmachungs-ergänzungen der Ausbildungsverbände, Einheiten der Reservebrigaden und Reservebataillone. Insgesamt wurden im heurigen Jahr zirka 22.000 Reservisten in 120 Einheiten gegliedert zu diesen Übungen einberufen. 1967 ist beabsichtigt, neben den zitierten Einheiten erstmalig auch Sicherheits-einheiten zu Inspektionen und Instruktionen einzuberufen. Die Zahl der möglichen Aufstellung solcher Einheiten hängt vorwiegend von den materiellen Voraussetzungen ab, doch werden voraussichtlich zirka zehn Sicherungseinheiten aufgestellt und nach Genehmigung durch den Ministerrat erstmalig auch einige Landwehr-Regimentskommanden zusammengestellt werden. Im kommenden Jahr werden daher zirka 30.000 Reservisten mit ihrer Einberufung im Rahmen einer vier-tägigen Inspektion beziehungsweise Instruktion rechnen müssen. Vierzig deswegen, weil hiedurch eine intensivere Ausbildung und Betreuung gegeben erscheint. Abschließend darf ich zu diesem Kapitel noch feststellen, daß im gesamten Bundesgebiet verteilt bereits 65 Grenzschutzkompanien bestehen.

Neben dieser aufgezeigten materiellen Ver-besserung in der Ausrüstung und Ausstattung unseres Bundesheeres hat aber auch der Herr Bundesminister sein Hauptaugenmerk be-ziehungsweise seine ganze Arbeit auf Ver-besserungen auf sozialem Gebiet ausgerichtet. Ich darf darauf verweisen, daß im gestrigen Ministerrat die Heeresgebührengesetz-Novelle beschlossen wurde, wodurch mit Beginn des neuen Jahres die Taschengeldsätze, die Dienstgradzulagen und die Bemessungsgrundlagen für den Familienunterhalt erhöht und eine Reihe von Verbesserungen in Kraft treten werden. Einschließlich der Erhöhung der Verpflegskostensätze werden dadurch für diesen sozialen Aufwand im Budget rund 100 Millionen Schilling vorgesehen, und sie sind auch bedeckt. Besonderer Wert wird auch auf die Ver-besserung der Ausstattung der Kasernen gelegt und damit unseren jungen Bürgern und Soldaten eine echte Heimstätte geschaffen. Herr Minister Prader hat dadurch bewiesen, daß er nicht nur um eine bessere materielle Ausstattung des Heeres bemüht ist, sondern

sich auch um die ihm ressortmäßig unter-stellten Menschen entsprechend kümmert. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Gut aufgesetzt!*)

Zu diesen sozialen Bemühungen muß auch der Wohnungsbau für Heeresangehörige ge-zählt werden, welcher zweifelsohne auch einen Schwerpunkt im wehrpolitischen Programm bildet. (*Ruf bei der ÖVP: Das hört die Gewerk-schaft nicht gern!*) Seit 1963 befindet sich ein Wohnbauprogramm in Durchführung. Der-zeit verfügt das Ministerium über mehr als 3200 Wohnungen, wovon es sich in der Mehr-zahl um Ressortwohnungen und bei rund 750 Wohnungseinheiten um Genossenschafts-wohnungen handelt. Zurzeit sind über 300 Wohnungen in Fertigstellung, welche noch heuer übergeben werden, rund 850 Woh-nungen sind im Bau, über 300 Wohnungseinheiten sind in Planung. Durch Wiederaufbauvorhaben werden noch zusätzlich über 200 Wohnungen dazukommen. Der Bedarf an Naturalwohnungen für Offiziere, Unter-offiziere und Beamte der Heeresverwaltung beträgt zurzeit zirka 1900 Wohnungen, sodaß also nach Fertigstellung aller ange-führten und in Planung befindlichen Woh-nungen nur ein geringer Fehlbestand ver-blieben wird.

Die noch heuer zu vergebenden Wohnungen befinden sich schwerpunktmäßig in Wien, Bruck an der Leitha, Bruckneudorf, Ried im Innkreis, Klagenfurt, Neusiedl, Graz, Linz und St. Johann in Tirol.

Gleichlaufend mit dem Wohnbauprogramm läuft eine Aktion zur Freistellung von Natural-wohnungen, die durch Zivilmiete bewohnt sind. Durch diese Aktion dürften bis 1969 150 bis 200 Wohnungen freigestellt werden und somit dementsprechend eine Reserve er-gehen. Da aber der Wohnungsbedarf jedoch dauernd steigt, ist im gleichen Zeitpunkt mit einem Neubedarf von zirka 200 bis 300 Woh-nungen zu rechnen.

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einige Bemerkungen zu den getroffenen Werbungsmaßnahmen des Bundesheeres. Propaganda braucht das Bun-desheer meines Erachtens nicht (*Zwischenruf des Abg. Melter*), aber Werbung und Auf-klärung sind notwendig. (*Beifall bei der ÖVP.*) Die Meinungen hierüber gehen auseinander, und Abgeordneter Preußler hat sich über die Höhe der Ausgaben im besonderen schon im Finanz- und Budgetausschuß beschwert und hat diese für überflüssig gehalten. Aber blicken Sie doch auch in andere Staaten! Überall werden Sie feststellen, daß für das Heer geworben wird. Außerdem muß die Bevölkerung im Zuge der umfassenden Landes-

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

2529

Mayr

verteidigung — das hat auch der Abgeordnete Peter betont — informiert werden, und gerade in unserem neutralen Staat ist es notwendig, daß die Öffentlichkeit mit den Aufgaben und Problemen der Landesverteidigung in objektiver und sachlicher Hinsicht vertraut gemacht wird. Aber das kostet etwas, und dazu sind eben Budgetmittel notwendig.

Im Frühjahr 1965 wurde ein sogenanntes Vortragsteam konstituiert, heute gehören diesem Team bereits mehr als 400 aktive Offiziere beziehungsweise Reserveoffiziere an. Natürlich sind in diesem Team auch Informationsoffiziere eingeschlossen, welchen die Aufgabe zufällt, besonders an den Schulen über die Landesverteidigung und das Bundesheer zu referieren und bei der jungen Generation zu werben. Die Anzahl der gehaltenen Vorträge beweist, daß diese Methode gut ankommt. Im heurigen Jahr wurden bereits zirka 600 Vorträge gehalten und bisher mehr als 30.000 Personen über das Bundesheer informiert. Bei der Beteiligung des Bundesheeres an öffentlichen Großveranstaltungen, wie Messen, Volks- und Sommerfesten, wobei Waffen- und Geräteschauen, Flugvorführungen, Fallschirmabsprünge, aber auch Filmvorführungen und Platzkonzerte durchgeführt wurden, zeigte die österreichische Bevölkerung sehr erfreulicherweise ein außerordentlich großes Interesse, und es wurden zirka 500.000 Menschen über das Bundesheer informiert und aufgeklärt. Um zeitverpflichtete Soldaten zu gewinnen beziehungsweise die Maturanten für den Offiziersberuf zu interessieren, wurden auch verschiedene Broschüren mit einer Auflage von je 10.000 Stück ausgegeben. Aus diesen kurzen Ausführungen können Sie erkennen, daß das Geld für Werbung und Aufklärung zweckentsprechend verwendet wurde.

Als Mitglied der Beschwerde-Kommission in militärischen Angelegenheiten, welche erst vor acht Tagen, am 23. November 1966, ihren zehnjährigen Bestand gefeiert hatte, darf ich abschließend noch kurz darüber sprechen. Diese Beschwerde-Kommission ist eine typisch österreichische Einrichtung und hat sich zweifelsohne bewährt. Die Beschwerde-Kommission ist eine völlig neue Institution; sie ist ein kollegiales Organ und hat sich als geeignetes Instrument der Beschwerdeordnung erwiesen. An die Beschwerde-Kommission können sich sämtliche Soldaten sowie auch Reservisten, die an Instruktionen und Inspektionen teilnehmen, mit einer außerordentlichen Beschwerde direkt oder mittelbar über den Dienstweg wenden. Diese Einrichtung hat sich während ihres zehnjährigen

Bestandes bewährt und nicht nur die Anerkennung bei den Soldaten, sondern auch außerhalb des Bundesheeres gefunden. Seit dem Bestehen der Beschwerde-Kommission wurden insgesamt 770 Beschwerden eingereicht. Davon wurden 200 als berechtigt und 120 als teilweise berechtigt anerkannt; in 152 Fällen wurde der Beschwerde durch die Beschwerde-Kommission keine Berechtigung zuerkannt; 64 Beschwerden wurden während der Erhebung zurückgezogen; 187 wurden zurückgewiesen; 33 wurden als gegenstandslos festgestellt; 14 stehen derzeit noch in Bearbeitung.

Es ist interessant, festzustellen, daß nur in acht von diesen 770 Fällen eine Strafanzeige erstattet werden mußte, und es ist bei allen diesen Fällen nur eine gerichtliche Verurteilung erfolgt. In 32 Fällen wurden disziplinäre Maßnahmen ergriffen, in fünf Fällen Ordnungsstrafen verfügt und in 55 Fällen Rügen erteilt.

Ich darf dem derzeitigen Vorsitzenden der Beschwerde-Kommission, Herrn Kabinettsdirektor Dr. Toldt, und seinem Sekretariat sowie den leitenden Offizieren und Beamten des Ministeriums namens meiner Fraktion für die sehr gewissenhafte und objektive Beurteilung beziehungsweise Erhebung jedes einzelnen Beschwerdefalles recht herzlich danken. (*Beifall bei der ÖVP.*) Nur so war es uns Mitgliedern der Beschwerde-Kommission möglich, die Empfehlungen einstimmig zu beschließen. Nachdem bisher keinerlei Klagen über die Entscheidungen der Beschwerde-Kommission aufgetreten sind, darf ich abschließend noch einmal sagen, daß sich diese typisch österreichische Einrichtung sehr bewährt hat.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, darf ich namens der Österreichischen Volkspartei die Erklärung abgeben, daß wir die beiden Entschließungsanträge der Sozialistischen Partei ablehnen werden. (*Ruf bei der SPÖ: Ich habe geglaubt, unterstützen!*)

Bezüglich des Entschließungsantrages, betreffend den Herrn Oberst-Intendanten Tomeschitz, hat der Herr Bundesminister in der Anfragebeantwortung bereits ausführlich Stellung genommen (*Rufe bei der SPÖ: Gar nichts hat er!*), und es ist uns jetzt nicht möglich, auf Grund der sehr zynischen und mit einer sehr spitzen Zunge festgestellten Behauptungen des Herrn Abgeordneten Zeillinger nun eine richtige und korrekte Beurteilung zu geben.

Bezüglich des Entschließungsantrages, betreffend Novellierung des § 36 des Wehrgesetzes, darf ich sagen, daß wir die derzeitige Formu-

2530

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Mayr

lierung als ausreichend befinden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mondl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Mondl (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie der Herr Abgeordnete Tödling und der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser schon zum Ausdruck gebracht haben, ist die Grundlage für die umfassende Landesverteidigung in Österreich der Regierungsbeschuß vom 20. Februar 1962. Auch wir bekennen uns zu diesem Regierungsbeschuß, und obwohl sich die Sozialistische Partei in Opposition befindet, bekennen wir uns auch zu einer gemeinsamen Landesverteidigung. Ich kann dem Herrn Abgeordneten Peter aber nur beispielhaft: Die gemeinsame Landesverteidigung kann nicht nur in der Bejahung irgendwelcher jeweils dringender Erfordernisse oder Details bestehen. Die umfassende Landesverteidigung kann nicht in Stückwerken aufgebaut werden, sondern nur von einem Konzept ausgehend.

Nur ein gemeinsam erarbeitetes Wehr- und Verteidigungskonzept kann die Grundlage einer gemeinsamen Landesverteidigung sein. Dieses Wehr- und Verteidigungskonzept müßte ähnlich, wie ich es bei der Behandlung des Zivilschutzkomplexes zum Ausdruck gebracht habe, überschaubar, technisch realisierbar und vor allem wirtschaftlich tragbar sein; keine Kopie irgendeiner Großarmee, keine Anlehnung an irgendeinen anderen Block, sondern ein ausschließlich österreichisches Wehr- und Verteidigungskonzept. Ein solches Konzept würde, glaube ich, ohne Einsatz eines Millionen Schilling verschlingenden Propagandaufwandes auch popularisierbar sein.

Erst wenn man sich unter diesen Voraussetzungen über das Wehr- und Verteidigungskonzept im klaren ist, kann man daraus das Rüstungskonzept des Heeres entwickeln. Solange diese Konzepte nicht fertig ausgearbeitet und mit uns nicht abgesprochen werden, können wir wohl dauernd bei jeder sich bietenden Gelegenheit von einer gemeinsamen Landesverteidigung sprechen in der Praxis wird sie jedoch nie echt wirksam werden.

Herr Abgeordneter Tödling! Wir sind nicht an Schwerpunkten interessiert, sondern wir wollen ein klares, deutliches Konzept. Seit Jahren werden wir mit nicht überschaubaren Stückwerken konfrontiert, und der beste Fachmann wird kaum sinnvolle Zusammenhänge erklären können.

Zum Beispiel: Der Ankauf diverser Waffen und kostspieliger Geräte läßt den Schluß zu, daß ohne Vorliegen eines Verteidigungskon-

zeptes seit Bestehen des Bundesheeres wahllos, ohne Dringlichkeitsreihungen, Käufe durchgeführt wurden. Zum Teil geht dies auf Meinungsverschiedenheiten zwischen Generalstäblern und Wehrtechnikern zurück; klare Entscheidungen werden nicht getroffen, weil ein koordinierendes Organ im Bundesministerium für Landesverteidigung fehlt.

Dem Bericht über die umfassende Landesverteidigung aus dem Jahre 1964, der heute schon mehrmals angezogen wurde, ist unter anderem zu entnehmen, daß die Qualität und die Quantität der Ausrüstung für die Kampfkraft eines Heeres von höchster Bedeutung sind. Es wird darin weiters festgestellt, daß sich die materielle Kampfkraft nach den Faktoren der Stoßkraft, der Feuerkraft und der Beweglichkeit beurteilen läßt. Wie sieht es nun mit der Beurteilung der Feuerkraft aus?

Bei Aufstellung des Bundesheeres haben die ehemaligen Besatzungsmächte diesem unter anderem verschiedene Waffen überlassen: an Handfeuerwaffen, wie Pistolen, Maschinenpistolen, Karabinern und Gewehren, wurden dem Bundesheer rund 70.000 Stück mit rund 17 Millionen Schuß übergeben. Diese Anzahl reichte aus, um das Einsatz- und Mob-Heer auf Jahre auszurüsten. Diese Handfeuerwaffen sollen sich zum Teil sehr bald als überaltert erwiesen haben.

Sturmgewehre wurden beschafft; es sind bereits über 90.000 Stück im Bestand. Dagegen ist nichts einzuwenden. Man hat, wie wir gehört haben, österreichische Firmen mit Rüstungsaufträgen beteiligt. Nur hätte die Erprobung sorgfältiger durchgeführt werden müssen. Wie sollte man sich sonst die ewig auftretenden Mängel und Schäden erklären, die heute noch dazu führen, daß Verbesserungen vorgenommen werden?

Für die russischen Maschinenpistolen sind 8 Millionen Schuß vorhanden. Trotzdem sollen sie umkalibriert werden. Wir können es uns bei unserem Budget leisten, 8 Millionen Schuß wegzwerfen und neue Munition mit Kaliber 9 mm anzukaufen, denn ein Ankauf ist unumgänglich notwendig, weil von dieser Munitionsart nur knapp eine Million Schuß vorhanden sind und diese Munition auch für die Pistole Muster 38 vorgesehen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ähnlich verhält es sich mit den Maschinengewehren. Von den Besatzungsmächten wurden uns rund 5000 Stück überlassen. Das Ministerium hatte alte deutsche Maschinengewehre angekauft, zirka 2800 bis 3000 Stück. Wer aber meint, daß diese Maschinengewehre so verwendet werden, wie sie angekauft wurden, der irrt, denn auch diese Waffe wurde auf

Mondl

das Kaliber 7,62 umkalibriert. Auch hier stellten sich sofort schwerwiegende Fehler und Mängel ein. Das Amt für Wehrtechnik, welches mit der Behebung der Mängel beauftragt wurde, konnte bisher noch keine überzeugenden Erfolge nachweisen. Tatsache ist, daß die Schußentfernung maximal 800 m beträgt, und das ist, vor allem in unserer Gebirgsgegend, zu gering, um sie ebenfalls wie im Bericht zitiert, als moderne Waffe mit hoher Feuerkraft zu bezeichnen. Dem Vernehmen nach bemüht sich das Ministerium trotzdem nach wie vor, weitere Maschinengewehre alter deutscher Herkunft zu beschaffen, um sie in den Waffenzeuganstalten umbauen zu lassen.

Im übrigen soll der Zustand der Maschinengewehre sehr zu wünschen übriglassen. Von 1957 bis heute sind diese Maschinengewehre gleichzeitig Ausbildungsmaschinengewehre und sind ausgeleiert bis dort hinaus. Wer mit Jungmännern oder Berufssoldaten spricht, bekommt eine einheitliche Antwort: Durch das schlechte Funktionieren dieser Waffen wird das Vertrauen untergraben.

Weiters, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man im Bericht über die umfassende Landesverteidigung lesen: Als Ersatz für die veralteten schweren Granatwerfer ist die Produktion eines 12-cm-Granatwerfers angelaufen. Dazu ist zu bemerken, daß sich der neue 12-cm-Garantwerfer als schwere Waffe der Jägerbataillone, die über ein Viertel der Feuerkraft des Bundesheeres darstellen, inzwischen als nur wenig moderner und leistungsfähiger, wohl aber als wesentlich schwerer entpuppt hat als sein veralteter Vorgänger, und die Munition ist offenbar die alte geblieben.

Im Bericht heißt es weiter, daß die in der jetzigen Organisation vorgesehenen Geschütze zahlenmäßig vorhanden sind. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Artillerie im Bundesheer relativ schwach ist, eine spezielle Gebirgsartillerie steht nicht zur Verfügung. Wo ist der militärische Fachmann, der für ein Heer in einem Land mit einer Bodenstruktur wie Österreich empfehlen könnte, ohne Gebirgsartillerie auszukommen? Dazu kommt noch, daß weder 1964 noch heute die von den seinerzeitigen Besatzungsmächten überlassenen Geschütze in die Organisation des Bundesheeres — und sei es nur teilweise auch durch Mobilisierung — eingebaut sind und wertvolles Material wie die 15,15 cm schwere Feldkanone und der 13-cm-Raketenwerfer so gut wie brach lagen und liegen. Sie wurden zwar einmal kurzfristig hervorgeholt und in Einheiten aufgestellt oder umgerüstet. Auch dies, meine sehr geehrten

Damen und Herren, läßt die Konzeptlosigkeit der Planung erkennen.

Über die Panzerabwehr wird in dem immer wieder zitierten Bericht geschrieben: Die Panzerabwehrgranaten der Infanterie besitzen sehr gute Durchschlagsleistungen, sind aber noch nicht in ausreichender Menge vorhanden. Die Standardwaffe der Panzerabwehr, die rückstoßfreie Panzerabwehrkanone, ist nicht in ausreichender Zahl vorhanden. Zusätzlich ist aber eine weitreichende Panzerabwehrwaffe der Infanterie unerlässlich. Ich glaube, daß die völlig ungenügende Ausrüstung des Heeres mit Panzerabwehrwaffen in einem Konfliktfall schwer zum Tragen käme, am schwersten bei den Grenzschutzbataillonen.

Aufklärungsbedürftig, Herr Minister, erscheint mir auch, daß Sie uns im Verteidigungsausschuß keine Auskunft über das Ergebnis der Erprobung, ob das Saurer-Gerät auch als Jagdpanzer in Produktion gehen kann, geben konnten, jedoch dem französischen Verteidigungsminister diesen Saurer-Jagdpanzer bereits vorgeführt haben. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder ist die Erprobung abgeschlossen, dann hätte man uns vorher in Kenntnis setzen sollen, oder sie war noch nicht abgeschlossen, dann hätte die Waffe meiner Meinung nach einem Ausländer nicht vorgeführt werden dürfen.

Nun noch einige Worte zur Panzerwaffe. Panzerbrigaden ohne Luftschild, ohne ausreichenden Fliegerabwehrschutz und geeignete Panzerartillerie sind — das kann ich aus meiner eigenen Erfahrung beurteilen — im Ernstfall von vornherein verloren. Trotz Fehlens dieser Voraussetzung bemühen sich unsere Panzerleute, das Beste aus der gegenwärtigen Situation herauszuholen. Diese und andere Diskrepanzen sowie ein Feuerkraftvergleich mit anderen Armeen bestärken die Vermutung, daß der bisherigen Planung keine klare Vorstellung darüber zugrunde liegt, welcher Feuerkraft das Bundesheer und dessen Verbände bedürfen, um nur einigermaßen eine Chance zu haben, unser Land in einem Ernstfalle kräftesparend und erfolgreich verteidigen zu können.

Diese Auffassung fand ich auch in dem schon sehr oft zitierten Artikel des Herrn Oberstleutnant Sécur in der Zeitschrift „Truppendiffenz“ bestätigt. Leider muß ich mit großen Bedauern feststellen, daß der in diesem Artikel angekündigte Organisationsvorschlag, obwohl bereits im Aprilheft 1966 geschrieben wurde, daß er in einem der nächsten Hefte zur Debatte stehen wird, bis heute nicht erschienen ist. Herr Bundesminister, Sie werden doch hoffentlich nicht diese Ver-

2532

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Mondl

öffentliche und dadurch die Diskussion darüber untersagt haben!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir sagen lassen, die Inspektionen und Instruktionen zeigen immer wieder, daß die Präsenzdiener, die vor dem 1. Jänner 1963, also vor der Umgliederung, ausgebildet wurden, in Ausbildung und Haltung weit besser sind als die später ausgebildeten. Es zeigt sich, daß der Ausbildungsstand von Jahr zu Jahr schlechter wird und dadurch eine Art Lethargie bei den Offizieren und Unteroffizieren eintritt. Es wäre daher sehr angebracht, Herr Minister, etwas mehr für die Truppe zu tun und nicht für die Stäbe.

Und nun noch einige Worte zu der Frage des wirtschaftlichen Leistungswesens im Bereich des Bundesheeres. Ich habe mich mit dieser Frage schon im Verteidigungsausschuß beschäftigt. Seit der Errichtung des Bundesheeres vertritt die Sozialistische Partei die Ansicht, daß gesetzliche Maßnahmen zur personellen Mobilmachung nur dann sinnvoll sind, wenn gleichzeitig auch gesetzliche Bestimmungen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Leistungswesens in Kraft gesetzt werden. Es ist nämlich in Österreich rechtlich nicht unbestritten, ob das deutsche Leistungsgesetz für militärische Zwecke noch anwendbar ist. Außerdem erscheint es auch nicht opportun, gerade auf diesem Gebiet deutsche Vorschriften anzuwenden. Unsere Staatssekretäre im Verteidigungsministerium haben immer zu erreichen versucht, daß endlich ein österreichischer Vorschlag erstellt wird. Dies ist nun tatsächlich geschehen. Der Entwurf ist aber so gehalten, daß er praktisch für die Wirtschaft unannehmbar ist. Damit hätte man jedes Fahrzeug, inklusive Feuerwehr-, Rettungsfahrzeuge, Schiffe aller Art und so weiter, anfordern können. Inwieweit dies absichtlich gemacht wurde, um eine Gesetzesverordnung zu verzögern, weiß ich nicht. Der Verdacht jedoch liegt sehr nahe. Es erscheint auch notwendig, die gesetzliche Möglichkeit zu schaffen, im Einsatzfalle auch ohne Zustimmung des Grundstückseigentümers fremde Grundstücke betreten zu dürfen, und ähnliche Dinge mehr. Geschehen ist praktisch bisher nichts.

Die personelle Mobilmachung wird aber nach wie vor vorangetrieben, obwohl die Einsatzbereitschaft durch dieses Versäumnis gefährdet und der Soldat ständig der Rechtsunsicherheit vor allem im Rahmen von Katastropheneinsätzen und Truppenübungen ausgesetzt ist. Es wäre daher für gewisse Kreise zweckmäßiger, weniger vom Verteidigungsminister zu reden und weniger als Träger des Wehrgedankens in der Öffentlichkeit aufzu-

treten, dafür jedoch mehr echte Leistungsbereitschaft dort zu zeigen, wo sie zwar weniger sichtbar an den Tag tritt, aber für die Einsatzbereitschaft unseres Bundesheeres eine unbedingte Voraussetzung ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die drei Redner der Österreichischen Volkspartei, die heute gewiß niemand um ihre harte Aufgabe beneidet hat, haben sich bemüht, zwar in sachlicher Weise zu den Problemen des Bundesheeres Stellung zu nehmen, alle drei Kollegen haben es aber nicht verabsäumt beziehungsweise konnten es sich nicht verkneifen, zu Beginn ihrer Ausführungen die heute hier sehr massiv zutage getretene Kritik an der Amtsführung des Ressortchefs und Verteidigungsministers, vielleicht unabsichtlich, mit einer Kritik am österreichischen Bundesheer zu verwechseln, denn wenn das etwa Absicht gewesen sein sollte, so müßte man härtere Ausdrücke gebrauchen.

Ich stelle am Schlusse dieser Debatte noch einmal fest, daß kein Redner in der heutigen Landesverteidigungsdebatte irgendwelche Angriffe auf das Bundesheer, auf seine Angehörigen, seine Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten gerichtet hat. Ich stelle fest, daß im Gegenteil hohe Anerkennung den unter den schwierigsten Verhältnissen vollbrachten Leistungen des Bundesheeres gezollt wurde. Ich möchte also die drei Kollegen der ÖVP bitten, diese ihre Auffassung, die sie hier zum Ausdruck gebracht haben, bei sich selbst zu revidieren, denn sie stimmt nicht.

An der Führung des Verteidigungsressorts hingegen wurde massive Kritik geübt. Ich komme jetzt zurück auf eine Nationalratsitzung, die 23. Sitzung der gegenwärtigen Gesetzgebungsperiode vom 14. Juli 1966, in der eine sozialistische Dringlichkeitsanfrage behandelt wurde, zu deren einzelnen Punkten der Verteidigungsminister Dr. Prader Stellung genommen hat.

Gleich zur ersten Frage hat er geantwortet, es sei richtig, daß er bei seiner Berufung als Bundesminister für Landesverteidigung Herrn Oberrechnungsrat Bersch als Sekretär ins Ministerium mitgenommen habe. Der Herr Verteidigungsminister hat dem Hohen Haus allerdings nicht mitgeteilt, daß er auch noch andere Leute aus Niederösterreich beziehungsweise aus dem Bereich der Niederösterreichischen Landesregierung in das Bundesministerium für Landesverteidigung mitgenommen hat, darunter seinen eigenen Schwager, einen Mittelschullehrer namens Schlager, der für

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

2533

Dr. van Tongel

diese Beschäftigung und Betätigung keine wie immer geartete Vorbildung und Voraussetzung gehabt hat. Das nur so nebenbei.

Wesentlich schwieriger und kritischer ist schon seine Antwort auf die vierte Anfrage gewesen, nämlich auf die Frage nach der mehrfach erörterten politischen Kartei. Hier hat — siehe Seite 1760 des stenographischen Protokolls der Sitzung vom 14. Juli 1966 — der Verteidigungsminister geantwortet, eine derartige Kartei existiere nicht. Wir haben heute schon festgestellt, und wir bemühen uns, dafür den Beweis zu führen, daß diese Kartei tatsächlich vorhanden war, aber nach dem Auffliegen ihrer Existenz aus dem Gebäude des Landesverteidigungsministeriums weggeschafft wurde. Ich weiß nicht, welcher parlamentarische Ausdruck zulässig ist, wenn ein Minister in Beantwortung einer dringlichen Anfrage sagt, eine derartige Kartei existiere nicht, vielleicht aber gemeint hat, daß sie in dem Augenblick, als er das sagte, schon weggeschafft war. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*) Wir kennen Mentalreservationen, die sich aus gewissen Anschauungen ableiten lassen; vielleicht hat er das in diesem Sinn gemeint. Aber nach dem politischen Sinn war diese Antwort eine Verneinung der Existenz dieser Kartei, mithin das Gegen teil der Wahrheit.

Wenn Sie das bezweifeln, meine Kollegen von der Österreichischen Volkspartei, dann haben Sie Gelegenheit, durch Zeugenein nahmen festzustellen, wer die Wahrheit und wer die Unwahrheit gesprochen hat. (*Abg. Altenburger: Das machen wir beim Zeillinger auch! — Ruf: Bei den 80 Millionen!*) Machen Sie es ruhig, das ist nicht nur Ihr gutes Recht, Herr Altenburger, sondern ich möchte beinahe sagen, Ihre parlamentarische Pflicht gegenüber einem Abgeordneten, der die Unwahrheit behauptet. Machen Sie es nur, kein Mensch wird Siedaranhindern. Ich glaube, Herr Kollege Zeillinger selber wird eine weit größere Bereitschaft bekunden, die Wahrheit zu erforschen, als es von Seiten des Chefs des Verteidigungsressorts bisher festzustellen war. (*Abg. Altenburger: Er soll es vorher erforschen, bevor er etwas sagt!*) Das kann ich Ihnen versprechen; ich glaube, das ist doch eine gute, sachliche Antwort. Im übrigen können Sie sich ja mit dem Kollegen Zeillinger auseinandersetzen. Sie werden mich jetzt nicht vom Gegenstand ablenken. Ich habe gefordert, daß die Frage, ob diese Kartei existiere oder nicht, geklärt wird und daß festgestellt wird, wer hier die Unwahrheit gesprochen hat.

Wir haben sofort nach dieser Sitzung am 14. Juli 1966 — es war die vorletzte in der Frühjahrssession —, als die Abgeordneten in

die Ferien gefahren waren und das politische Leben zur Zeit der Sommerferien geruht hat, durch einige Wochen eine Propagandaoffensive des Herrn Verteidigungsministers über uns ergehen lassen müssen. Seine Presse- und Propagandaabteilung hat täglich über die ihr zugänglichen Presseorgane „Vertrauenskundgebungen“ höchst unbedeutender Organisationen losgelassen, offenbar in der Absicht, daß das genügen wird, um von den schweren Vorwürfen, die in der Sitzung vom 14. Juli erhoben wurden, abzulenken. Es kamen jeden Tag mindestens eine oder zwei solcher Ehrenerklärungen. Es hat sich unter anderem auch die Österreichische Offiziersgesellschaft, einige Wochen später auch die Unteroffiziersgesellschaft bemüht gesehen, solche Ehrenerklärungen für den Verteidigungs minister abzugeben. Ich bin sehr neugierig, was diese Vereinigungen tun werden, wenn die Wahrheit der Anschuldigungen bewiesen wird. Nun, daß der ÖAAB dabei auch nicht gefehlt hat, für seinen Lord-Protektor Prader mit einer Ehrenerklärung einzutreten, ist ja wohl selbstverständlich. Österreichisches Bundesheer, du stehst ja im Zeichen des ÖAAB. Wie könnte er da bei den bestellten Ehrenerklärungen fehlen, nachdem wir heute hier dokumentarisch gehört haben, welche Bemühungen erfolgen, um dem ÖAAB im Bundesheer... (*Abg. Gram: Das ist eine Verdächtigung gegen die Soldaten!*) Das ist keine Verdächtigung gegen die Soldaten, sondern es ist nur eine Verdächtigung, daß der ÖAAB Mißbrauch im Bundesheer treibt.

Ich möchte mir auch erlauben, an die Generalität und an das Offizierskorps unseres Bundesheeres die Frage zu richten, ob es ihnen gleichgültig ist, daß an ihrer Spitze ein Chef steht, gegen den — unwidersprochen und ohne Gegenbeweis — seit Monaten derartige schwere Vorwürfe erhoben werden. Ich habe schon heute nachmittag in einem Zwischenruf gesagt: Ich kann mir keinen Staat der Welt vorstellen, in dem es möglich ist, daß ein Minister, ob Heeresminister — bei einem Heeresminister ist es ja besonders kritisch — oder ein anderer Fachminister, auch nur eine Stunde länger im Amt bleiben kann, wenn solche Vorwürfe gegen ihn erhoben werden.

Das Fernsehen hat neulich eine Sendung über den Kaiser Franz Joseph gebracht. Ich unterscheide mich von der linken Seite des Hauses dadurch, daß ich mich über diese Sendung nicht aufrege. Aber in der Monarchie des Kaisers Franz Joseph — ich bin seit frühesten Jugend ein überzeugter Republikaner — durfte über einen Minister in der Öffentlichkeit nicht einmal etwas Nachteiliges auch nur gesagt werden; es brauchte gar nicht untersucht zu werden, und schon verschwand dieser Minister in

2534

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Dr. van Tongel

der Versenkung, und zwar für immer. Das möchte ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, da Sie hier diese Sendung so besonders verteidigt haben. (*Andauernde Rufe und Gegenrufe.—Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Es bleibt Ihnen gar nichts anderes übrig, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei... (Abg. Peter: *Beim Kaiser haben die Minister gewußt, wann sie gehen müssen!* — *Weitere Zwischenrufe.*) Sie haben gestern abend den Versuch gemacht, völlig unberechtigt meinen Fraktionskollegen Doktor Scrinzi niederzuschreien und am Reden zu hindern. Ich sage Ihnen: Probieren Sie das jetzt bei mir, probieren Sie das bitte. (Beifall des Abg. Hartl.) Ich danke Ihnen für Ihren Beifall, Herr Oberst Hartl. Probieren Sie es bitte bei mir, ich lade Sie ein. (Abg. Hartl: *Nein, ich möchte nur sagen, Herr Kollege: Man soll Sie reden lassen! Deshalb habe ich geklatscht!*) Ich werde warten, bis Sie Ihre geistvollen Zwischenrufe zu Ende gebracht haben. (Abg. Weikhart: *Hartl wird erst am Abend lebendig!*) Es wird Ihnen ja bald der Faden ausgehen, wie ich Sie kenne. (Heiterkeit.)

Es bleibt Ihnen also, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, gar nichts anderes übrig, wenn Sie nicht den Vorwurf vor aller Öffentlichkeit auf sich sitzen lassen wollen, daß Ihre Deklamationen zum Rechtsstaat, zum „Durchgreifen“ — wir haben es vor einigen Tagen bis zum Überdruß gehört, „ÖVP greift durch“, in verbindlichen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers — nur leere Worte sind, auch in diesem Falle zu untersuchen, was wahr und was unwahr ist. Wenn Sie sich weiter sträuben und weigern, diese Untersuchung durchzuführen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, so müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie die Untersuchung der Wahrheit verschleieren und verhindern, weil Sie die Wahrheit fürchten. Das müssen Sie sich dann gefallen lassen.

Um sich gegen diesen Vorwurf aber schützen zu können, lade ich Sie ein — was in jedem Rechtsstaat, der auf Sauberkeit drängt, selbstverständlich ist —, der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zuzustimmen. Ich möchte den Herrn Abgeordneten Probst, der der Vorsitzende des Verfassungsausschusses ist, bitten, diesen Ausschuß, in dem ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über diese Vorwürfe liegt, baldmöglichst einzubufen, damit dort darüber abgestimmt werden kann, ob dieser Untersuchungsausschuß eingesetzt beziehungsweise dem Hause die Einsetzung vorgeschlagen werden soll. Bei dieser Sitzung, meine Damen und Herren von der

Österreichischen Volkspartei, werden Sie Gelegenheit haben, zu bekunden, ob Sie eine Untersuchung scheuen oder ob Sie bereit sind, in diese Untersuchung einzutreten.

Im übrigen werden die freiheitlichen Abgeordneten für die beiden gestellten Entschließungsanträge stimmen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Haas. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Haas (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es bedarf keiner näheren Erläuterung der Feststellung, daß wir Sozialisten uns im Interesse des Staates und zur Sicherung seiner Unabhängigkeit und immerwährenden Neutralität vorbehaltlos zum österreichischen Bundesheer bekennen. Wir haben aber auch immer die Meinung vertreten, daß die Landesverteidigung eine gemeinsame Angelegenheit aller Österreicher sein muß. Wenn wir aber Kritik üben müssen, so richtet sich unsere Kritik nicht gegen die Einrichtung des Bundesheeres selbst, sondern nur immer gegen die politische Führung des Heeres, wenn diese mit allen Mitteln versucht, im Bereich der Landesverteidigung Parteipolitik zu betreiben, und so tut, als ob das Bundesheer Besitz einer einzigen Partei wäre, und darum parteipolitische Zielsetzungen wichtiger als staatspolitische Aufgaben betrachtet werden.

Gegen einen solchen Mißbrauch wehren wir uns mit Recht! Parteipolitik im Bundesheer geht auf Kosten des Staates, der mit nicht unerheblichen finanziellen Mitteln das Seine dazu beiträgt, die finanzielle Voraussetzung für eine wirksame Gestaltung der Landesverteidigung zu schaffen.

Mit Recht ist von dieser Stelle aus schon sehr oft davon gesprochen worden, daß neben der militärischen Ausbildung der Jungmänner in diesen auch der Wille zur geistigen Landesverteidigung geweckt werden muß. Mit Recht ist aber auch daran Kritik geübt worden, daß diesbezüglich vielfach zuwenig getan wird. Es heißt also auf diesem Gebiet in Zukunft etwas mehr tun. Wo denn anders wäre ein geeigneterer Platz für diese Erziehungsaufgabe als im Bundesheer selbst? Erziehung zur Republik, Demokratie und Neutralität, das ist eine Aufgabe, die das Bundesheer nicht als nebensächlich oder als gar nicht notwendig abtun darf. Im Gegenteil, auf die Erfüllung dieser Aufgabe müßte mehr Wert als bisher gelegt werden, wenn man erreichen will, daß der junge Mensch die feste Überzeugung bekommen soll, daß es aus vielen Gründen notwendig ist, im Ernstfall für die Heimat zum Kampfe anzutreten. Versagt hier das Bundesheer — bei der Erziehung zur Demokratie, zur Republik und Neutralität —, so wird viel ver-

Haas

säumt, was nicht mehr aufzuholen und gutzumachen ist.

Die positive Erziehungsarbeit in der Gemeinschaft des Bundesheeres ist deshalb im Interesse aller wünschenswert. Darum darf nichts getan werden, was diesem entgegenwirkt. Es darf im Bundesheer keine Protektion, keine einseitige politische Information und Intoleranz und schon gar nicht Gesinnungsterror geben, sondern nur richtunggebende Beispiele für die Einordnung in die Gemeinschaft, deren republikanische Gesinnung und deren demokratische Einrichtungen.

Wenn so im Bundesheer gearbeitet wird, dann werden die jungen Männer nach neun Monaten Präsenzdienst mit dem Gefühl nach Hause gehen, wirklich etwas gelernt zu haben, und wohl wissen und verstehen, warum sie dem Vaterland dienen müssen.

Es gibt nicht zu Unrecht sehr viele Kritiker aus allen politischen Lagern unseres Landes, die bemängeln, daß elf Jahre nach Abschluß des Staatsvertrages und Aufstellung des Bundesheeres in vielen Bereichen der Landesverteidigung noch sehr viel im luftleeren Raum experimentiert wird, also kein Konzept für diesen oder jenen Bereich der Landesverteidigung vorliegt. Die Folge ist, daß da und dort sinnlose Verschwendungen großer Steuermittel auftritt, die man bei etwas mehr Planung und besserem Erkennen der bei uns vorhandenen Gegebenheiten zweckvoller und sinnvoller hätte anwenden können.

Ich will dafür einige Beispiele anführen, unter anderem die Frage der Luftraumverteidigung. Wenn man sich mit diesem Komplex etwas näher beschäftigt, so muß man zunächst einmal feststellen, daß nach elf Jahren noch immer kein endgültiges Konzept dafür vorhanden ist. Die Aufbauergebnisse bei der gesamten Luftraumverteidigung in den letzten Jahren waren in keiner Weise zufriedenstellend. Ich gebe zu, daß die Erstellung eines solchen Konzeptes angesichts des vielschichtigen Problems eine sehr komplizierte Aufgabe ist. Trotzdem glaube ich aber, daß man nach so vielen Jahren hätte imstande sein müssen, die Problematik der österreichischen Luftraumverteidigung einer zufriedenstellenden Lösung zuzuführen. Es ist aber nichts geschehen!

Das Fehlen grundsätzlicher Überlegungen, gepaart mit einer gewissen Sorglosigkeit des Bundesministeriums für Landesverteidigung, hat so in den letzten Jahren zur nutzlosen Verwendung von Steuergeldern beim Ankauf von Flugzeugen geführt, die nicht den Erfordernissen einer wirksamen Luftraumverteidigung entsprachen.

Aus diesem Grunde haben wir in Österreich folgenden Zustand: Unseren Luftstreitkräften

fehlen vielfach die entsprechenden Einrichtungen zur Erfüllung der ihnen zukommenden Aufgaben. Wir haben Flugzeugtypen um teures Geld gekauft, die für ein Land wie Österreich wenig geeignet sind, und nun sind wir schon wieder daran, neue Flugzeuge zu kaufen, von denen heute noch niemand weiß, ob sie einmal in unser Luftraumverteidigungskonzept, das ja doch einmal erstellt werden muß, hineinpassen.

Die Verhältnisse bei der österreichischen Luftwaffe liegen aus den genannten Gründen im argen. Aber noch weniger erfreulich sind die Verhältnisse bei der Fliegerabwehrwaffe. Es fehlt nämlich hier bis heute jede ernst zu nehmende Waffe.

Das beste Beispiel dafür ist doch der Ankauf der Oerlikon-Kanonen um 350 Millionen Schilling, gerade zu einem Zeitpunkt, da man sich anderswo auf Grund der gemachten Erfahrung mit dieser Waffe, die rein nur für den Objektschutz geeignet ist und als Truppenfliegerschutz und aus transporttechnischen Gründen sich als ungenügend erwiesen hat, bereits um andere Waffen umgesehen hat.

Genau die gleiche Konzeptlosigkeit ist auf dem Gebiet der Radarüberwachung vorhanden, die ja ein wesentlicher Bestandteil einer wirklichen Luftraumverteidigung ist. Hier hat man zunächst teure Geräte gekauft und dann erst mit dem Bau der Stationen begonnen. Wie uns mitgeteilt wurde und bekannt ist, wird eine der Stationen in den nächsten Jahren fertig sein, aber die Geräte für diese Station sind zu diesem Zeitpunkt schon lange veraltet, und wahrscheinlich ist auch zuwenig Personal zur Bedienung der komplizierten Anlagen vorhanden. Ich meine daher, daß es nun wirklich an der Zeit ist, sich mit dem Problem der Luftraumverteidigung ernstlich zu beschäftigen. Der Zwischenfall mit dem italienischen Flugzeug vor einigen Tagen hat mit Recht die Frage aufkommen lassen, inwieweit unser Land für den Fall der Luftraumverteidigung gerüstet ist.

Zum Aufbau einer tiefgestaffelten territorialen Verteidigung erfolgt nun in nächster Zeit die Aufstellung von Sicherheitstruppen. Das ist, nachdem die Aufstellung der Grenzschutzverbände schon vor längerer Zeit erfolgt ist, ein weiterer erfreulicher Schritt in Richtung einer erfolgversprechenden Landesverteidigung.

Auch die ersten Ansätze zum Bau fester Anlagen und vorbereiteter Sperranlagen lassen erkennen, daß man nun doch darangeht, die sogenannten „weichen Flanken“ unseres Staates für eine im Ernstfall notwendigeVerteidigung entsprechend zu sichern.

Aber auch dazu muß man feststellen: Wir brauchen auch hier eine langfristige

2536

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Haas

Planung für den Bau dieser Befestigungsanlagen, wobei dieser Planung das operativ-taktische Konzept zugrunde liegen muß.

Beim Bau dieser Anlagen muß man bedenken, daß jedes Sparen falsch am Platz ist. Das gilt sowohl für das rein Bauliche wie auch für die waffenmäßige Ausrüstung und die Fernmelde-einrichtungen. Aus verschiedenen mir zugekommenen Berichten und Unterlagen ist leider ersichtlich, daß viele der bisher errichteten Anlagen des Festungsbaues unzulänglich sind und es vor allem an den unbedingt notwendigen Fernmeldeeinrichtungen und Fernmeldeverbindungen fehlt. So ist es denn kein Wunder, daß sich die Soldaten jetzt schon bei den Übungen im Bereich der Befestigungsanlagen infolge Fehlens jeglicher Verbindung zur Außenwelt „vereinsamt“ vorkommen. Mit Recht sagen sie, daß unter solchen Umständen und Bedingungen ihr Einsatz im Verteidigungsfalle zur Farce werden würde. Es muß deshalb angestrebt werden, daß bei allen Befestigungs-bauten — seien diese nun in den unmittelbaren Grenzgebieten oder im Inneren des Landes — alles so geplant wird, damit von dort aus im Verteidigungsfalle wirksamer Widerstand geleistet werden kann.

Es ist aber ebenfalls notwendig, der Schulung der für die Besetzung dieser Anlagen vorgesehenen Truppen größte Beachtung zu schenken. Sie sollten bei den fallweisen Instruktionen die Möglichkeit haben, die Anlagen genauestens kennenzulernen und sich mit den eingebauten Waffen auch wirklich vertraut zu machen.

Die volle Beachtung dieser von mir gemachten Feststellungen scheint mir unbedingt notwendig, um einer eventuellen Gefährdung und Bedrohung unseres Staates von außen her rechtzeitig und mit Erfolg entgegenwirken zu können. Es ist dies nicht nur im Interesse der Sicherheit unseres Landes gelegen, sondern würde auch in großem Maße dazu beitragen, die Bevölkerung Österreichs, vor allem aber jene Menschen, die in den strategisch „weichen Flanken“ leben, zu beruhigen. Diesen unseren Mitbürgern das Gefühl zu geben, daß seitens des Bundesheeres alles getan wurde, was ihrer Sicherheit dient, ist für uns alle bestimmt eine Verpflichtung, der wir uns nicht entziehen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Prader. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Landesverteidigung
Dr. Prader: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat in seiner Kritik erwähnt, daß ich diesem Haus noch kein Abwehrkonzept vorgelegt habe. Ich darf dem Herrn Abgeordneten

sagen — er ist leider nicht anwesend —: Ich kenne keinen Verteidigungsminister, der einem Parlament ein Abwehrkonzept, eine operative Planung vorgelegt hat.

Der Herr Abgeordnete hat auch bemängelt, daß ich mich zuwenig um das Luftstraßen-system kümmere. Er ist, soviel ich weiß, Jurist, und so wird ihm sicherlich auch die Kompetenzlage bezüglich der Anliegen der zivilen Luftfahrt — und dazu gehört dieser Bereich — bekannt sein.

Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat aber seine übrige Rede überdeckt mit unbestimmten Andeutungen, mit unbewiesenen Beschuldigungen und Verdrehungen meiner Erklärungen und meiner Aussagen. (Abg. Moser: Herr Minister, wenn Sie polemisieren wollen, dann gehen Sie herunter! Nicht von der Regierungsbank! — Weitere lebhafte Zwischenrufe und Lärm.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte sich zu beruhigen! (Abg. Dr. Kummer: Er muß sich verteidigen können! — Heftige Gegenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen.)

Hohes Haus! Vielleicht läßt man jetzt den Präsidenten zu Wort kommen. Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten ... (Anhaltende Unruhe.) Herr Bundesminister, jetzt spricht der Präsident. Ich ersuche die Abgeordneten, abzuwarten, welche Maßnahmen der Präsident ergreift. Ich bitte den Herrn Bundesminister, auf die verschiedenen Bemerkungen der Abgeordneten sachlich zu antworten und nicht in irgendeinem polemischen Ton. Und ich bitte die Damen und Herren, die Entscheidungen des Präsidenten abzuwarten.

Bundesminister Dr. Prader (fortsetzend): Herr Abgeordneter, die Aufgabe der Opposition ist meiner Meinung nach zweifellos Kritik. Aber auch der Kritik sind meines Erachtens gewisse Grenzen des Erlaubten gesetzt, und die Demokratie erfordert auch das politische „Fair play“ selbst dem politischen Gegner gegenüber. Herr Abgeordneter, es kann doch auch nicht so sein, daß der Minister Freiwild ist und seine Meinung zu Ihren Erklärungen hier nicht abgeben kann. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Sie kritisieren den Präsidenten!)

Präsident: Das Recht zur sachlichen Meinungsäußerung und Stellungnahme steht dem Regierungsmitglied zu, nicht aber in polemischer Ton. (Abg. Dr. van Tongel: Bravo! — Beifall bei der SPÖ.)

Bundesminister Dr. Prader (fortsetzend): Herr Abgeordneter, Sie haben erklärt, ich hätte in meiner Aussendung über die Darstellung der Personalfälle, die ich nach der Debatte im Juli in diesem Hause gegeben habe, der

Bundesminister Dr. Prader

Presse unwahre und unrichtige Informationen übermittelt. Herr Abgeordneter, Sie haben kein einziges Beispiel einer solchen unrichtigen Darstellung oder Information genannt, und ich muß mich daher schärfstens gegen diese Auffassung verwahren oder Sie bitten, mir eine solche Unrichtigkeit in dieser Darstellung nachzuweisen.

Herr Abgeordneter, Sie haben erklärt, ich hätte Sie aufgefordert, mir die Namen der Herren zu sagen, die Ihnen Mitteilungen gemacht haben. Herr Abgeordneter, ich habe das nicht getan. Ich habe Ihnen gesagt und Sie aufgefordert, Sie mögen mir die Namen bezüglich jener Fälle bekanntgeben (*Abg. Zeillinger: Hier im Hause haben Sie das gesagt! — der Präsident gibt das Glockenzeichen*), die nach Ihrer Meinung hier aus parteipolitischen Gründen bei Beförderungen oder in anderen dienstlichen Angelegenheiten zurückgesetzt worden sind. Diesen Brief, Herr Abgeordneter (*der Minister zeigt den Brief vor*), habe ich Ihnen geschrieben, in dem dies klar steht. Ich habe daher nie erklärt, Sie sollen mir die Namen der Informanten bekanntgeben, die Sie hier verdeckt angeführt haben.

Sie haben ferner auch gesagt, Herr Abgeordneter, Sie hätten hier keinen Namen eines Mannes genannt, der ungerecht behandelt worden ist. Herr Abgeordneter, Sie haben hier den Fall des Herrn Major 2. Klasse Fenez genannt. Zu diesem Fall habe ich in meiner Erklärung auch Stellung genommen.

Herr Abgeordneter, Sie haben hier weiter erklärt — ohne einen Beweis dafür erbringen zu können —, daß ich, wenige Tage nach Ihren Anschuldigungen hier, eine Kartei in die Laudongasse gebracht hätte. Herr Abgeordneter, ich stelle fest, daß das unrichtig ist und daß Sie hiefür keinen Beweis erbringen können.

Herr Abgeordneter, Sie haben ferner in Ihren Ausführungen erklärt, ich hätte anlässlich des Fernsehinterviews gesagt, daß ja für die Behandlung irgendwelcher Beschwerden die parlamentarische Beschwerdekommission vorhanden sei. Das stimmt. Man könne diese Dinge auch im Landesverteidigungsamt behandeln, das, Herr Abgeordneter, habe ich dort nie erklärt. Ich habe lediglich erklärt, daß ich entgegen anderen Aussagen entscheidend mitgewirkt habe, daß auch der Freiheitlichen Partei eine Mitwirkung in Sachen der Landesverteidigungspolitik ermöglicht wird, und zwar dadurch, daß ich in meiner Gesetzesvorlage vorgeschlagen habe, auch der Freiheitlichen Partei ein Mandat im Verteidigungsamt einzuräumen. (*Ruf bei der ÖVP: Na alsdann!*)

Sie haben ferner erklärt, Herr Abgeordneter, daß angeblich der Oberst Tomschitz Sprecher vieler Offiziere wäre. Ich kenne diese Offiziere nicht. Das ist nur eine Behauptung. Sie haben dann, Herr Abgeordneter Zeillinger, hier den Fall Tomschitz — wenn ich es so bezeichnen darf — in einer Weise behandelt, wie ich ihn vorher bereits in dieser Darstellung im „Express“ oder in einer anderen Zeitung gelesen habe. Sie haben bemängelt, Herr Abgeordneter, daß ich eine eingebrachte schriftliche Anfrage sehr rasch und umgehend beantwortet habe. Ich war betrübt, zu hören, daß Sie das stört. Herr Abgeordneter, ich habe deswegen, weil bereits falsche Darstellungen vorhanden waren, Ihnen sehr rasch diese Antwort gegeben, damit Sie eine sachgerechte und eine richtige Beantwortung dieser Frage erfahren und Ihnen auch eine sachgerechte und richtige Behandlung dieser Gegebenheit möglich ist. Darauf wurde aber nicht eingegangen. Sie haben bemängelt, daß in dieser Darstellung unter anderem ausgeführt ist, daß der Oberst Tomschitz geschieden ist. Ich kann ihn leider nicht als ledig bezeichnen. (*Abg. Dr. van Tongel: Sie haben ihn gar nicht zu bezeichnen!*) O ja, Herr Abgeordneter, denn es ist ja sehr wesentlich an dieser Darstellung, auch darzulegen, ob jemand Sorgepflicht für Angehörige hat, ob er Familie hat, wenn er versetzt wird, oder ob alle diese Schwierigkeiten nicht gegeben sind. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Daher war die Anführung dieser Gegebenheiten notwendig, um auch diese Sachlage völlig aufzuklären. (*Zwischenrufe bei der FPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. van Tongel: Man wird ja noch reden dürfen! — Ruf bei der ÖVP: Der Minister darf reden!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Es kann sich jeder zum Wort melden, aber für Zwischengespräche sind die Couloirs zur Verfügung.

Bundesminister Dr. Prader (fortsetzend): Was das für eine Beweisführung sein soll, daß ich dem Herrn Oberst Tomschitz zu seinem Geburtstag gute Wünsche übermittelt habe, das konnte ich aus dem Zusammenhang heraus nicht erkennen. Ich pflege das so zu tun und auch weiterhin so zu halten.

Ich möchte aber auch feststellen, Herr Abgeordneter, daß ein Minister doch auch erwarten darf, daß man sich bei der Beurteilung seiner Handlungsweise mit seinen Darstellungen und seinen, wie ich glaube, sachlich sehr fundierten und begründeten Darlegungen auseinandersetzt, um zu einer entsprechenden Beurteilung zu kommen. Das ist aber nicht geschehen. Meine Darstellung, meine Begründung, die wohl kaum an wirklicher Notwen-

2538

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Bundesminister Dr. Prader

digkeit etwas vermissen läßt, wurde überhaupt nicht behandelt. (*Abg. Czettel: Das ist ein Witz!*)

Herr Abgeordneter, darf ich darauf aufmerksam machen, daß in diesem Hause immer wieder beklagt wurde, daß angeblich ein zu starkes Abwandern in die Stäbe stattfindet. Darf ich Ihnen dazu sagen, daß ich dieser Tendenz sehr stark entgegenwirke. Wenn Sie die letzten Entwicklungen beobachten, werden Sie erkennen, daß es sich hier um einen ständigen Fluß von Personen handelt, die mit Truppenerfahrung und Außen Dienst in das Ministerium kommen, und Personen, die aus dem Ministerium wieder in den Truppendienst kommen, um so keine Erstarrung eintreten zu lassen, um ein pulsierendes Leben zu erhalten und dadurch den Intentio nen Rechnung zu tragen, die im Gegensatz dazu hier so oft kritisiert wurden. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Czernetz.*) Ich habe in dieser meiner Darstellung nichts bemerkt, was nur annähernd einer Diffamierung einer Person gleichkommen könnte.

Herr Abgeordneter Zeillinger, was die Beschwerdekommission und den Umstand, daß eine Beschwerde eingelangt ist, anbelangt, so hat sich die Beschwerdekommission mit dieser Beschwerde auseinanderzusetzen. Die Beschwerdekommission, die sich jetzt mit dem sogenannten Fall Tomschitz, nämlich mit der Beschwerde Tomschitz, zu beschäftigen hat, besteht ja aus Parlamentariern, und Sie haben daher dort die Möglichkeit, diese Angelegenheit durch Parlamentarier an Hand dieser eingebrachten Beschwerde zu überprüfen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Zeillinger, es ist auch nicht so, daß ich den Herrn Oberst Tomschitz abgezogen hätte, obwohl die Aufgabe des Arbeitsstabes noch nicht erfüllt sei. Sie ist nicht erfüllt worden, weil das leider im Unvermögen dessen, der diese Aufgabe hätte bewältigen sollen, gelegen ist. (*Ruf bei der SPÖ: Er wurde vorhin von Ihnen gelobt!*)

Ich habe die Verantwortung für die Geschäftsführung in meinem Ministerium zu tragen, und Sie müssen mir daher auch die Ausübung dieser Verantwortlichkeit zubilligen. Dazu gehört auch, daß ich die Personenauswahl nach meinem besten Wissen und Gewissen treffe und die Person auswähle, von der ich überzeugt bin, daß sie am besten geeignet ist, diese Aufgaben zu bewältigen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikart: Nach parteipolitischem Gewissen!*) Oder was glauben Sie sonst, was zu der Aufgabe eines Ministers gehört? (*Abg. Czettel: Das ist nötig! Gute Schule aus Niederösterreich! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident: Bitte keine Zwischengespräche! Das Wort hat der Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Prader (fortsetzend): Das waren allgemeine Behauptungen ohne konkreten Inhalt. Es wurde von Dokumentationen gesprochen, ohne zu sagen, was diese Dokumentationen beinhalten. Herr Abgeordneter, ich werde diese Aussage erst studieren können, wenn mir der genaue Text Ihrer Rede aus dem stenographischen Protokoll bekannt ist.

Eines darf ich aber auf Grund inzwischen angestellter Erkundigungen jetzt schon klarstellen. Es ist völlig unrichtig, daß ich jemals Herrn Oberst Tomschitz den Auftrag gegeben habe, eine Anzeige wegen angeblichen Abhörens, die er bei Gericht eingebracht hat oder einbringen wollte, zurückzuziehen. Sie haben erklärt, über Weisung der Adjutantur sei das geschehen. Eine solche Weisung der Adjutantur ist niemals erfolgt, auch niemals eine solche Weisung von mir. Ich darf daher diese Behauptung hier in aller Form als unrichtig zurückweisen.

Herr Abgeordneter, ich habe mir auch notiert, daß Sie ein ÖAAB-Rundschreiben genannt haben, auf dem vermerkt ist, daß die Besetzung aller wichtigen Posten mit ÖAAB-Leuten zu erfolgen hätte. Herr Abgeordneter, mir ist ein solches Rundschreiben nicht bekannt; ich wäre dankbar (*Zwischenrufe und Unruhe bei SPÖ und FPÖ*), wenn Sie mir — nicht in meiner Eigenschaft als Minister, sondern sonst — dieses Rundschreiben möglichst bald zur Verfügung stellen würden.

Der Herr Abgeordnete Preußler hat sich auch mit der Konzeptionsfrage beschäftigt und mit der Organisationsfrage des Heeres auseinandersetzt, und er ist zu der Auffassung gekommen, daß die Entwicklung seit einem Jahrzehnt stehengeblieben sei, daß wir uns heute praktisch noch auf der gleichen Stufe befinden wie seinerzeit bei der Errichtung des österreichischen Bundesheeres. Ich glaube, Herr Abgeordneter, ohne daß ich Details anzuführen brauche, daß diese Analyse doch etwas an der Wirklichkeit und der tatsächlichen Entwicklung vorbei geht. Sie haben auch erwähnt, daß sich bezüglich der Organisation nichts verändert habe. Darf ich daran erinnern, daß Ihre Partei — das war noch zu der Zeit der Koalitionsregierung — sehr maßgeblich an der Neuorganisation des österreichischen Bundesheeres, an der Aufgliederung in Einsatzverbände und Ausbildungsverbände mitgewirkt hat. Damit ist es in jene Kampfformation gekommen, in der es heute noch präsent ist und zur Verfügung steht. Auch was die Organisation und die Konzeption anbelangt, so haben wir selbstverständlich Konzepte, Herr Abgeordneter!

Bundesminister Dr. Prader

Sie haben später, glaube ich, die Frage an mich gestellt, was nun sei, was eigentlich noch von den Möglichkeiten gleichgeblieben wäre, die uns die Anlagen- und Aufwandskredite bieten, und was schon verpflastert wäre. Herr Abgeordneter Preußler! Selbstverständlich: Weil wir langfristige, ineinander greifende Konzepte haben, greifen sie auch in künftige Jahre hinein, weil ein Konzept nach dem anderen abgewickelt wird, je nach dem Leistungsvermögen, das uns zur Verfügung steht; ineinandergreifend nach der Dringlichkeitsstufe, die sehr wohl festgelegt und auch klargestellt ist.

Wir bemühen uns, haben Sie gemeint, und Sie haben als Sprecher der Sozialistischen Partei gesprochen, mehr Mittel herbeizuschaffen. Darf ich Ihnen sagen, daß ich diesen Eindruck in meiner bisherigen Amtsführung nicht gewinnen konnte. Darf ich Sie, Herr Abgeordneter, nochmais daran erinnern, daß bei den ersten Budgetverhandlungen, an denen ich teilgenommen habe, Ihre Partei bezüglich meines Budgets einen Antrag auf Kürzung um nicht weniger als 700 Millionen Schilling gestellt hat. So würde also das Verteidigungsbudget aussehen, wenn es nach Ihren Intentionen gegangen wäre. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß das praktisch die Funktionsunfähigkeit bedeutet hätte. (*Zwischenrufe. — Abg. Weikart: So geht das nicht, Herr Minister! Entweder halten Sie sich an die Disziplin, oder gehen Sie herunter!*)

Das ist eine Tatsachenfeststellung. Das habe ich zu der Frage des Herrn Abgeordneten Preußler zu sagen. Auch in den weiteren Jahren ... (*Abg. Weikart: Herr Präsident, das muß man sich nicht bieten lassen! — Stürmische Zwischenrufe und Lärm.*)

Präsident (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Hohes Haus! Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten, sich etwas zu beruhigen, und ich bitte den Herrn Minister, von seinem Gesichtspunkt aus sachliche Feststellungen zu treffen — das ist sein Recht —, aber ohne polemischen Ton. (*Abg. Weikart: Der Herr Minister weiß anscheinend nicht, was sachlich ist!*)

Bundesminister Dr. Prader (fortsetzend): Das war, glaube ich, eine sachliche Feststellung, weil der Herr Abgeordnete Preußler doch gesagt hat, daß das Budget nicht vorgekommen ist. Das hat der Herr Abgeordnete Preußler gesagt, und dazu habe ich Stellung genommen (*Ruf bei der SPÖ: Prader-Ritterspiele sind das!*), und ich muß die Dinge so beim Namen nennen, wie sie den tatsächlichen Gegebenheiten entsprochen haben.

Herr Abgeordneter Preußler! Sie haben gefragt, warum ich nichts dagegen sage, wo ich doch in Artikeln, angeblich in Aussendungen des Herrn Obersten Tomschitz, offiziell des

Amtsmissbrauches, der Gesetzesverletzung und der unwahren Information beschuldigt wurde. Ich kenne keine solche Aussendung. Sollte ich eine solche Aussendung noch ausfindig machen, werde ich die gesetzlichen Mittel in Anspruch nehmen, die mir zur Verfügung stehen, um dagegen aufzutreten.

Ich habe über den Fall Tomschitz schon gesprochen. Sie haben auch den sogenannten Bericht angeführt. Woher die Unterlagen darüber stammen, weiß ich nicht, denn wenn Sie von Gesetzen reden, muß ich sagen, daß die Gesetze für alle gelten. Das Dienstgeheimnis ist ein Gesetz, und Dienstaufträge, die erteilt werden, fallen unter das Dienstgeheimnis, wie man jederzeit in der Dienstpragmatik nachlesen kann. Es ist richtig, daß ein Bericht zu erstatten ist. Dieser Bericht hat aber mit dem Bericht, den Sie in diesem Zusammenhang gemeint haben, nämlich dem in Aussicht gestellten Bericht an den Herrn Bundeskanzler, und bei dem der Bundeskanzler empfohlen hat, ihn mir unmittelbar zu erstatten, aber schon gar nichts zu tun. Das sind zwei völlig getrennte Angelegenheiten.

Sie haben gemeint, daß der Herr Bundeskanzler als Oberinstanz hier doch einzuschreiten hätte. Der Herr Bundeskanzler hat schon in bezug auf die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit keine Oberinstanz; deswegen hat der Herr Bundeskanzler ja erklärt, daß er das weiterleitet oder daß es an den zuständigen Ressortminister weitergeleitet werden soll, in dessen alleinige und ausschließliche verfassungsmäßige Verantwortlichkeit diese Dinge fallen.

Nichts anderes ist in der Frage des sogenannten Bauskandals geschehen. Auch hier hat der Herr Bundeskanzler in gleicher Weise gehandelt und erklärt: Wenn ihm solche Unterlagen bekannt sind, wird ... (*Abg. Weikart: Das gehört auch nicht dazu! Das gehört nicht zu Ihrem Ressort!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Der Bauskandal hat damit (*Abg. Weikart: Polemisieren Sie nicht von oben!*) nichts zu tun, Herr Bundesminister. (*Bundesminister Dr. Prader: Das gehört zur Erläuterung einer verfassungsrechtlichen Frage! — Abg. Weikart: Jetzt polemisiert er noch gegen den Präsidenten! Das ist doch unerhört!*)

Herr Bundesminister! Wir sind jetzt beim Kapitel Landesverteidigung, nicht beim Bauskandal. Ich bitte, fortzufahren.

Bundesminister Dr. Prader (fortsetzend): Das gehört zur Erläuterung einer verfassungsrechtlichen Frage, die vom Herrn Abgeordneten Preußler angezogen wurde. (*Zwischenrufe.*)

Herr Abgeordneter! Ich habe auch nicht geschwiegen, Sie haben geschwiegen.

2540

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Bundesminister Dr. Prader

Der Herr Abgeordnete Preußler hat auch einen Entschließungsantrag zur Verlesung gebracht. Dieser Entschließungsantrag hat eine stärkere, bessere Formulierung des § 36 Wehrgesetz zum Gegenstand. Grundsätzlich ist dagegen von meiner Seite aus gar nichts einzuwenden; nur glaube ich, deckt der gegenwärtige Text des Gesetzes das, was Sie gedeckt wissen wollen. Sie müßten Tatbestände nennen, die nach Ihrer Auffassung durch die gegenwärtige Fassung des Paragraphen noch nicht gedeckt sind. Ich darf in diesem Zusammenhang — das sind ja zwei komplementäre Bestimmungen — auch § 43 der Wehrgesetznovelle anführen, der ja ein Korrelat zum § 36 ist.

Bezüglich des Budgets habe ich bereits geantwortet. Wir können sagen, daß wir nunmehr Anlagenkredite sowohl im ordentlichen wie im außerordentlichen Budget haben, eine Situation, die es bisher nicht gegeben hat.

Es ist richtig, daß wir einen großen Teil der Budgeterhöhung dazu verwendet haben, um jene Aufgaben zu meistern, die jetzt im Zuge der Novellierung des Heeresgebührengesetzes gemeistert werden sollen. Ich habe selbst vorgeschlagen, diesen Teil des Mehrbetrages für diese Aufgaben zu verwenden, weil ich die Lösung dieser Frage für mindestens genauso bedeutend wie die Lösung materieller Ausrüstungsfragen halte. Ich glaube daher, daß das ein Fortschritt ist, der sicherlich auch gewürdigt werden darf, und daß man nicht gerichtfertigerweise den Vorwurf erheben kann, daß der Minister vorgeschlagen hat, die erweiterten Mittel für diesen Zweck und nicht für einen anderen Zweck zu verwenden.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter, die Ziffern für den Werbeaufwand und den Aufwand für Truppenbetreuung einander gegenüberstellen, dann darf ich doch auch darauf hinweisen, daß aus dem Bereich Werbeaufwand bedeutende Mittel der Truppenbetreuung zugute kommen, weil aus diesem Kapitel ja auch die Herstellung aller Lehrfilme und Demonstrationsfilme erfolgt, die bei der Truppenausbildung und Truppenbetreuung eine sehr, sehr wesentliche Rolle spielen.

Herr Abgeordneter! Zu Ihren Sorgen um die Schießausbildung darf ich Ihnen sehr deutlich sagen, daß das auch meine Sorgen sind. Ich habe — Sie können die Erlässe nachlesen — Auftrag gegeben, gerade die Schießausbildung mit aller Kraft zu fördern. Ich möchte in Erinnerung rufen, daß starke Teile unseres Heeres nun seit vorigem Jahr und heuer weite Strecken des Jahres im Katastrophen-einsatz stehen, daß uns verhältnismäßig wenig Ausbildungsplätze für Gefechtschießen zur Verfügung stehen und nunmehr in ganz kurzen

Zeiträumen das Schießprogramm bewältigt werden soll. Daher kommt es dazu, daß die Schießausbildung tatsächlich vielfach ungenügend ist.

Auch die anderen Sorgen und Anliegen, die Sie genannt haben, sind mir bekannt. Es ist das ein 4-Punkte-Programm, das die Gewerkschaft übermittelt hat. Erst vor einigen Tagen hat mir der Erste Vorsitzende der Gewerkschaft, Oberstleutnant Schlauss, diese Wunschliste, die vor allem die Punkte 1 bis 4 enthält, darunter auch die, die Sie angeführt haben, übergeben. Es sind Anliegen angemeldet, die zum großen Teil auch meine Ressortanliegen sind. Wenn irgendwie Möglichkeiten bestehen, werde ich mich sehr bemühen, mitzuhelpen, daß sie verwirklicht werden können.

Zur Frage der Abfertigung der Unteroffiziere des ersten österreichischen Bundesheeres, die mit ihrer Dienstzeit in die Zeit hineingeraten sind, als es Österreich nicht mehr gegeben hat, und die daher um die ihnen vorher garantierten Abfertigungsbeträge umgefallen sind, habe ich bereits im Finanz- und Budgetausschuß sehr klar Stellung genommen. Ich habe erklärt, daß das eine Frage ist, die im Zusammenhang mit dem Zwischendienstzeitengesetz gelöst werden müsse. Ich darf Ihnen mitteilen — ich habe es damals bereits gesagt —, daß wir in unserer Stellungnahme zu dem versendeten Entwurf des Bundeskanzleramtes diesen Wunsch des Verteidigungsressorts angemeldet haben. Ich bin allerdings in dieser Frage nicht federführend, weil Dienstrechtsangelegenheiten in die Kompetenz des Bundeskanzleramtes fallen.

Was die Einsatzstärke anbelangt, haben Sie recht, daß sie noch vielfach nicht zufriedenstellend ist. Ich habe Auftrag gegeben, Überprüfungen anzustellen, wie hier am besten Abhilfe geschaffen werden kann. Ich pflichte Ihrer Auffassung völlig bei und habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß gerade die Ebene der Truppenführer in der richtigen Bewertung ihrer Dienstposten noch zurückhängt, weil man diese Positionen einfach nicht schlechthin auf die Vergleichsebene der sonstigen Verwaltungsorganisation — und das hat ja zu solchen Trugschlüssen geführt — bringen kann. Es ist meine Meinung, daß die Posten der Brigadekommandanten derzeit tatsächlich unterbewertet sind. Ich werde mein großes Bemühen dareinsetzen, hier zu einer besseren Situation zu kommen.

Es ist auch richtig, daß die Zivilbediensteten für ihr Essen um 2 S mehr zahlen als die Militärpersonen. Seit ich Minister bin, bemühe ich mich, das wegzubringen. Das wäre nur in der Form gelungen, daß man den Preis für Militärpersonen erhöht hätte, nicht aber in der mir erwünschten Weise, daß man den höheren

Bundesminister Dr. Prader

Betrag für die Zivilbediensteten auf das Niveau des Preises für Militärpersonen ermäßigt. Das hängt mit dem Truppendienst, der Uniform zusammen. Ich bin für jeden Lösungsvorschlag dankbar, aber bezüglich der Zivilbediensteten gelten auch für meinen Bereich die gleichen Normen, die auch in allen anderen Ministerien angewendet werden; darin liegt die tatsächliche und echte Schwierigkeit.

Was nun den Gnadenakt Schuster anlangt, darf ich sagen, Sie hätten, Herr Abgeordneter, doch auch korrekterweise dazusagen müssen, daß diese Frage zwei Personen betroffen hat, den Herrn Brigadier Schuster und den Herrn Major Degen, den Kommandanten der Kraftfahrzeuganstalt Wels. In der Kraftfahrzeuganstalt Wels war eine sehr ungute Situation, davon können Sie sich ja selbst überzeugen. Vor allem unter der Arbeiterschaft war eine gewisse Erregung vorhanden, das Betriebsklima war nicht sehr gut. Man hat behauptet, man würde die Großen laufen lassen und die Kleinen verfolgen. Ich habe in beiden Fällen — sie stimmen zufällig auch fraktionell — angeordnet, daß man vom Gnadenrecht nicht Gebrauch machen soll, auch deswegen nicht, weil das in dieser Angelegenheit auch nicht zum Vorteil der Betreffenden gewesen wäre, denn dann hätte es immer wieder im stillen geheißen, daß „da was war“. Man hat es nur auf diese Weise dann faktisch nicht zum Ausstragen gebracht. Ich persönlich habe das den Herren sehr klar und deutlich gesagt.

Der Abgeordnete Peter hat die Postenbesetzung angeschnitten und zunächst kritisiert, daß sie der Minister vornimmt. Das ist nach der Verfassung so, das ist eine seiner Aufgaben, die er zu erfüllen hat. Ich werde das auch weiterhin tun müssen, weil ich dazu berufen bin und sogar durch das Wehrgesetz dazu ausdrücklich verpflichtet bin. Ich kann mich daher, selbst wenn ich wollte, Herr Abgeordneter, von dieser Aufgabe gar nicht dispensieren, wie kein einziger der anderen Ressortminister das ebenfalls tun kann.

Mangelnde Konzeption: Dazu habe ich schon Stellung genommen. Welche Konzeption mangelt, Herr Abgeordneter? In welchem Bereich mangelt sie? Ich bin nicht in der Lage, Ihnen jetzt alle unsere Konzeptionen zu sagen. Glauben Sie mir, daß wir sehr klare Konzeptionen haben, daß wir aber mit der Ausarbeitung in manchen Bereichen noch nicht ganz fertig sind. Da gibt es sehr große Schwierigkeiten, das sind heikle Gebiete und sehr diffizile Angelegenheiten, die behandelt werden müssen. Man kann diese Dinge nicht übers Knie brechen. Aber ich kann Ihnen sagen, wenn Sie das beruhigt: Wir werden sehr bald zur Gänze fertig sein.

Herr Abgeordneter! Wenn irgendwo jemand sagt, ich sei von einer „Clique“ von Offizieren umgeben, dann muß ich das auf das entschiedenste zurückweisen. Die Offiziere, die mich auf diesem oder jenem Gebiet beraten, sind die verantwortlichen Abteilungs-, Gruppen- und Sektionsleiter. Die beraten mich. Diese Mitarbeiter als „Clique“ zu bezeichnen, ist, glaube ich, doch etwas, was der Minister nicht unwidersprochen hinnehmen kann. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Er hat es aber unwidersprochen hingenommen! Es ist nicht berichtet worden, Herr Minister!*) Herr Abgeordneter Peter! Wenn Sie gerade heute — der Herr Abgeordnete Zeillinger und Sie selbst haben darauf Bezug genommen — den Fall Tomschitz erwähnen und dabei, weil es vielleicht gerade ins Konzept paßt, erklären, er sei sogar ein ÖAAB-Mann, dem das nicht erträglich sei — er sagt es sogar —, und jetzt gleichzeitig sagen, daß keiner etwas werden kann, der nicht meiner Partei angehört, dann stimmt das doch nicht zusammen. (*Abg. Peter: Steht auch in der „Presse“ und ist nicht berichtet worden!*) Ich glaube, wenn Sie die Dinge richtig sehen und durchleuchten, wenn Sie eine wirklich objektive Beurteilung der Personal- und der Sachlage an Hand der wirklichen Gegebenheiten vornehmen, werden Sie daraufkommen, daß dem tatsächlich nicht so ist.

Herr Abgeordneter! Daß es Leute gibt, die in militärischen Angelegenheiten eine eigene Auffassung haben und damit nicht durchdringen, ist gar keine Spezifität. Ich würde Ihnen wünschen, einmal eine Besprechung zu haben, an der Artilleristen, Infanteristen, Pioniere und so weiter teilnehmen. Sie werden dort sehr große Schwierigkeiten haben, noch dazu, wenn auch operative Leute, wenn die Leute von der Wehrtechnik dabeisitzen und wenn viele andere Komponenten, beispielsweise von der Versorgungsseite, dazukommen. Hier gibt es selbstverständlich divergierende Auffassungen. Auch die Mediziner wenden für ein und dasselbe Leiden verschiedene Therapien an. Auch die Juristen kommen bei der Beurteilung einer Rechtsfrage zu verschiedenen Auffassungen. Warum sollte das im militärischen Geschehen nicht der Fall sein? Das verurteile ich absolut nicht. Nur: Einmal muß es aus der Vielfalt der Einzelüberlegungen, der Einzelgestalten doch zu einer einheitlichen Auffassung des Ministeriums kommen. Daran kann jeder mitarbeiten, gerade die Herren, die Sie genannt haben, weil sie in den Abteilungen sitzen, die diese Konzepte zu erstellen und mir vorzulegen haben. Aber den Weg, daß man, wenn man mit der eigenen Argumentation nicht durchdringt, auf Umwegen in die Öffentlichkeit geht, um seinen Argu-

2542

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Bundesminister Dr. Prader

menten zum Durchbruch zu verhelfen, halte ich persönlich für keine richtige Gangart. Bitte, das ist meine Meinung, die ich Ihnen dazu gerne gesagt hätte.

Was das Luftraumverteidigungskonzept anbelangt, Herr Abgeordneter, glaube ich, eröffnet schon die Diskussion der Fachleute in allen Staaten über diesen Bereich die gesamte Größe der Problematik und der Schwierigkeiten, die damit verbunden sind und bewältigt werden müssen. Es würde zu weit führen, jetzt dazu einige konkrete Aussagen zu machen. Aber, Herr Abgeordneter, deswegen, weil ich Ihre Auffassung unterstreiche, nämlich daß die Ausgabe einer jeden Million für dieses Anliegen besonders genau geprüft werden muß, deswegen unternehme ich ja so große Anstrengungen, um tatsächlich zu echten und wirklichen Entscheidungsgrundlagen zu kommen, um Fehlentscheidungen zu vermeiden, um die Erfahrungen aller zu sammeln, um sie uns bei unserer Disposition dann dienlich machen zu können.

Sicherlich haben wir noch zuwenig Hubschraubergeräte. Ich darf aber doch erwähnen, Herr Abgeordneter, daß während meiner Amtszeit die Hubschrauberflotte gerade bei den schweren Hubschraubern auf das Doppelte erhöht wurde. Und nächstes Jahr werden wir 24 Stück erreichen. Das ist eine Kapazität, die uns bisher nie zur Verfügung stand und die es zweifellos ermöglicht, diesen Bereich zu bewältigen; wozu noch 11 zusätzliche Hubschrauber der Type Alouette III kommen, so daß diese Sorge doch beruhigt werden kann.

Wegen der Amphibienfahrzeuge stellen wir gegenwärtig Untersuchungen an. Es werden Probeexemplare angekauft, weil man vor allem testen will, ob diese Fahrzeuge in unseren Gewässern der doch viel bedeutenderen und größeren Strömungsgeschwindigkeit, als es in den Hersteller- und Ursprungsländern bei der Beanspruchung der gleichen Sache der Fall ist, gewachsen sind.

Der Herr Abgeordnete Mondl hat nun gemeint: Entweder ist der Kanonen-Jagdpanzer noch nicht fertig, oder er ist schon fertig; wenn er noch nicht fertig wäre, dann hätte man ihn einem ausländischen Gast nicht zeigen sollen. Ich glaube, Herr Abgeordneter Mondl, Sie verstehen die Situation nicht richtig. Dieser ausländische Gast war der französische Verteidigungsminister Messmer, den wir sehr brauchen, um diese Kanonen-Jagdpanzer entwickeln zu können, weil uns die französischen Techniker bezüglich der AMX-Kanone, die dabei Verwendung findet, eine entscheidende Schützenhilfe geben müssen. Der Kanonen-Jagdpanzer ist noch nicht fertig, er ist in Entwicklung. Ein solches Gerät ist sehr

kompliziert. Und sosehr ich selbst dränge — Sie haben ja heute bekrittelt, daß die Überbrückungszeit bei manchen Geräten oft zu kurz war —, werden wir doch um eine gewisse Zeitdauer bei der Überprüfung und Entwicklung des Gerätes nicht herumkommen.

Der Herr Abgeordnete van Tongel hat gemeint, es wäre den Leistungen des Bundesheeres allgemein höchste Anerkennung gezollt worden. Herr Abgeordneter, ich bin dafür dankbar. Aber ich glaube: Wenn der Kopf gar nicht funktioniert, dann wird schwerlich auch das andere gut funktionieren können. (*Heiterkeit. — Abg. Probst: Das war ein Bonmot, Herr Minister!*)

Sie haben auch gemeint, daß ich außer meinem Sekretär Bersch auch andere Leute aus Niederösterreich mitgenommen habe, zum Beispiel meinen Schwager. Ich habe dem Herrn Abgeordneten Zeillinger im Unterausschuß schon gesagt, daß er erstens nicht ein Niederösterreicher ist, sondern ein Wiener. (*Abg. Weikhart: Aber der Schwager ist es!*) Zweitens ist er der Schwager meines Bruders. Er ist Hauptmann der Reserve und hat den schulischen Bereich zu betreuen, wozu er sich gemeldet hat. Mir ist diese Hilfe sehr erwünscht. Er steht mir drei Tage in der Woche zur Verfügung und hat sich um dieses wichtige Aufgabengebiet zu kümmern. (*Abg. Moser: Familienpolitik!*)

Meine Damen und Herren! Darf ich nun auch noch einige abschließende Bemerkungen machen. In der heutigen Debatte wurden für unser Bundesheer ebenso anerkennende Worte gefunden (*Abg. Dr. Pittermann: Für das Heer schon, aber für den Minister nicht!*) wie auch Schwächen aufgezeigt. Vor allem der Beseitigung dieser Schwächen will ich mein besonderes Augenmerk zuwenden, sofern diese Schwächen tatsächlich vorhanden sind.

Mit Befriedigung aber möchte ich vorerst vermerken, daß sich alle Sprecher neuerlich grundsätzlich zu unserer Landesverteidigung und zu der Notwendigkeit unseres österreichischen Bundesheeres bekannt haben. Die Soldaten werden als positives Ergebnis dieser Budgetdebatte in ihrer Überzeugung gefestigt werden, daß sie eine echte und für unseren gesamten Staat höchst bedeutungsvolle Aufgabe im Auftrag nicht nur unserer Volksvertretung, sondern unseres ganzen österreichischen Volkes zu erfüllen haben.

Die Verteidigungspolitik, die so lange Stieffkind war, ist nun auch in Österreich vom Randgeschehen ihrer Bedeutung gemäß in die Rangordnung einer höchst bedeutungsvollen Staatsaufgabe eingerückt. Die Diskussion über das Anliegen unserer Landesverteidigung ist breit in Fluß gekommen, und ich werde mich

Bundesminister Dr. Prader

bemühen, sie breit in Fluß zu halten. Immer mehr Kräfte stellen sich zur Verfügung, um uns bei der Bewältigung der gestellten Aufgabe zu unterstützen. Vielfach ist Skepsis inzwischen einem echten Vertrauen gewichen.

Ich habe stets einer vernünftigen, unpathetischen Wehrpolitik das Wort geredet.

Wir sollen für unsere Landesverteidigung nicht mehr tun, als notwendig ist, aber das Notwendige müssen auch wir tun, und dies mit aller Konsequenz. Wenn wir Geld für unsere Landesverteidigung ausgeben müssen, um dem Schutzbedürfnis unseres Volkes in einer unruhigen Welt und unserer freiwillig übernommenen Verpflichtung als neutraler Staat gerecht zu werden, sollen diese Mittel in immer stärkerem Ausmaß in direkter Form durch Aufträge und in der indirekten Form der Hilfe für unser ganzes Volk fruchtbar gemacht werden.

Es ist mein ständiges Bemühen, das Verteidigungsbudget immer mehr als wirksames Instrument der gesamten Konjunkturpolitik einzusetzen. Aus der Periode der Improvisation und des Aufbaues kommen wir nunmehr immer stärker in die erwünschte Situation einer konzeptiven Fortentwicklung nach klaren Konzepten, die den gegebenen wehrgeographischen, personellen, technischen und budgetären Möglichkeiten unseres Landes entsprechen, liegt die Hauptstoßrichtung des weiteren Ausbaus in jenen Bereichen, in denen wir auch in der Lage sind, eine echte und wirksame Effektivität zu erreichen.

Dieses Budget wird den Aufbau unserer Landesverteidigung wieder ein beachtliches Stück voranbringen. Immer wieder möchte ich aber, und so auch heute hier zum Schluß, betonen, daß die österreichische Landesverteidigung nur dann ihre Aufgabe erfüllen kann, wenn sie vom Vertrauen und der Unterstützung des ganzen österreichischen Volkes getragen ist. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Melter. Ich erteile es ihm. (*Abg. Glaser: Jetzt fangen wir von vorne wieder an!*)

Abgeordneter Melter (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Verteidigungsminister hat sich zum Abschluß seiner Ausführungen darauf berufen, daß für die Erfüllung der Aufgaben des Bundesheeres die Unterstützung des gesamten Volkes notwendig ist. Wenn er diese Erkenntnis gewonnen hat, daß die Unterstützung der Gesamtbevölkerung notwendig ist, so muß er auch erkannt haben, daß diese Unterstützung nur dann möglich ist, wenn er sich in diesem Ressort jeder parteipolitischen Tätigkeit enthält.

Wir freiheitlichen Abgeordneten — und offensichtlich auch die Abgeordneten der Sozialistischen Partei — sind, wie die Debatte heute nachmittag gezeigt hat, nicht zu der Überzeugung gelangt, daß der Herr Verteidigungsminister sich an diese grundsätzliche Voraussetzung für eine positive Erfüllung seiner Aufgaben hält. Er hat in seinem Ministerium Maßnahmen gesetzt, die geeignet sind, schwerste Zweifel an einer ordentlichen Amtsführung zu wecken.

Die Zweifel verstärken sich umso mehr, als sich der Herr Minister weigert, in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, also einer demokratischen Einrichtung, die bestehen kann und die nach der Geschäftsordnung vorgesehen ist, jene Nachweise und Zeugenaussagen zur Kenntnis zu nehmen, sich mit ihnen zu konfrontieren, um eine Klarstellung herbeizuführen. Warum hat er diese Angst vor dem Ausschuß? Wahrscheinlich deshalb, weil er doch befürchten muß, daß manche Ereignisse und Geschehnisse in seinem Ministerium nicht die sachliche Billigung des gesamten Hauses finden können. Er hat erklärt, daß Abgeordneter Zeillinger namens der Freiheitlichen Partei hier unbewiesene Beschuldigungen vorgebracht habe und Verdrehungen von Sachverhalten erfolgt seien. Abgeordneter Zeillinger hat hier ganz konkret und eindeutig erklärt, daß wir genauso wie im Falle Tomschitz bereit sind, in einem Untersuchungsausschuß Zeugen zu stellen, die bereit sind, zu bestätigen, was sie uns gegenüber erklärt haben.

Der Herr Verteidigungsminister will, daß ihm diese Zeugen vorher bekanntgegeben werden, damit er allenfalls Maßnahmen ergreifen kann wie im Falle Tomschitz, indem er die gefährlichen Zeugen in die Provinz abschiebt, diesen Zeugen es unmöglich macht, hier in der Zentrale tätig zu sein, dort ihre Aussagen zu machen, wo die Entscheidungen getroffen werden müssen, nämlich hier im österreichischen Nationalrat, im Parlament unter Verantwortung jedes einzelnen Abgeordneten. (*Abg. Guggenberger: Wir sind nicht zur Behandlung der Paranoia querulans da!* — *Abg. Dr. van Tongel: Ich verlange einen Ordnungsruf für den Herrn Abg. Guggenberger!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte keine Zwischenbemerkungen. Ich weiß nicht, welcher Abgeordnete diesen Zwischenruf hier gemacht hat, aber ich erteile dem Betreffenden den Ordnungsruf. (*Abg. Dr. van Tongel: Der Herr Guggenberger!*) Der Ordnungsruf ist bereits erteilt. Das Wort hat der Abgeordnete Melter!

Abgeordneter Melter (fortsetzend): Die Art, wie einzelne Abgeordnete der ÖVP versuchen, hier sachliche Ausführungen zu stören, um die

2544

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Melter

Wirkung zu schmälern, ist bezeichnend. Und man sieht, daß sogar ein ÖVP-Präsident in diesem Hohen Hause in sachlicher Anwendung der Geschäftsordnung gezwungen ist, den Leuten der ÖVP-Fraktion Ordnungsrufe zu erteilen.

Es ist hier festgestellt worden, daß eine beanstandete Kartei aus dem Bundesministerium in die Laudongasse überstellt worden ist. (Abg. Hartl: Waren Sie dabei?) Es wurden Zeugen angeboten, die bereit sind, im Untersuchungsausschuß dafür einzutreten, daß sie selbst gesehen haben, wie der Transport dieser Kartei vor sich gegangen ist. (Abg. Altenburger: Haben sie es gemeldet? Der Dienststelle solltet ihr es melden!) Herr Altenburger! Sie kennen doch die Praktiken des ÖAAB-Mannes Dr. Prader, Sie kennen sie doch! Sie sehen ja im Fall Tomschitz, was passiert. (Abg. Altenburger: Wer hat es gesehen? Nennen Sie einen Namen!) Es ist gar nicht nötig, ich nenne den Namen Tomschitz. (Abg. Altenburger: Nichts als Unterstellungen! Sonst können Sie nichts!) Herr Altenburger, ich nenne den Namen Tomschitz, und es ist offiziell hier festgestellt worden, daß er strafversetzt wurde nach Graz. Und dasselbe Schicksal... (Abg. Altenburger: Wo ist es festgestellt worden?) Und dasselbe Schicksal droht anderen Zeugen, wenn sie nicht den Schutz des Untersuchungsausschusses haben. (Abg. Glaser: Lächerlich! — Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte sich etwas zu beruhigen. Das Wort hat der Abgeordnete Melter. Es kann sich jeder zum Wort melden, der etwas zu erwideren hat.

Abgeordneter Melter (fortsetzend): Herr Altenburger ist immer bestrebt, hier mit seiner Stärke aufzutreten, um zu versuchen, hier Einfluß zu nehmen. Er soll vorkommen und bestreiten, was ihm persönlich auch bekannt ist, die Spenden zum Beispiel. (Abg. Altenburger: Wieder eine Unterstellung!) Die Spenden, Herr Abgeordneter Altenburger, die Sie erhalten haben, die mögen Sie doch klären. (Abg. Altenburger: Was ist mir bekannt? Sie können Verdächtigungen unterstellen, das ist Ihr System!) Die mögen Sie doch klären, dort kümmern Sie sich, das ist viel gescheiter. Herr Altenburger, Sie kommen ja wieder zur Systemzeit. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß dieses Wort „System“ ja schon in der Presse kritisiert wurde. (Abg. Altenburger: Ja, Sie sind der Systemler!)

Präsident: Ich habe das Gefühl, daß bald wieder ein paar Ordnungsrufe in der Luft liegen. (Heiterkeit. — Abg. Dr. Pittermann: Kollektivordnungsrufe, Herr Präsident! — Abg. Altenburger: Es dürfen nicht unter dem Schutz der Immunität solche Verdächtigungen

ausgesprochen werden! — Ruf bei der SPÖ: Altenburger zum Telephon!)

Abgeordneter Melter (fortsetzend): Ich darf jedenfalls feststellen, daß die Neugier des Herrn Verteidigungsministers, die Vorkommnisse in seinem Ministerium klarzustellen, nicht so groß ist, daß er die Möglichkeit der Klarstellung in einem Untersuchungsausschuß selber herbeiführen will. Er hat also offensichtlich Angst vor einer dort möglichen Beweisführung. Er weist darauf hin, daß er bestrebt sei, durch dauernden Wechsel in der Besetzung von Führungsstellen sowohl im Ministerium wie bei der Truppenführung dafür zu sorgen, daß keine Erstarrung eintritt. Erstaunlicherweise ist von einer Erstarrung im Falle des Oberst-Intendanten Tomschitz keinerlei Rede, denn ziemlich schnell nach seiner Bestellung zu einem Sonderauftrag wurde er wieder abgesetzt, obwohl er eine ausgezeichnete Qualifizierung hatte und das doch Voraussetzung gewesen sein sollte, daß er den Aufgaben, die ihm übertragen werden, gewachsen ist. Aber plötzlich, als bekannt wurde, daß derselbe Oberst-Intendant Tomschitz gewisse Vorkommnisse beanstanden will und er sich diesbezüglich vertrauensvoll an den Regierungschef wenden will, stellt sich seine Unfähigkeit heraus. Das ist typisch für das Verhalten der ÖVP, die immer — sobald ein Angriff von der Opposition kommt — sagt: Bringen Sie Beweise, bringen Sie Nachweise, zeigen Sie, welche Unterlagen Sie haben, nennen Sie die Zeugen, und wir werden sie dann schon so behandeln, daß sie entsprechend den Inquisitionszeugen unmöglich werden. (Abg. Dr. Haider: Das ist unanständig, was Sie hier sagen!) Herr Staatssekretär Dr. Haider! Was ist unanständig? Wenn etwas unanständig wäre, dann können Sie sich darauf verlassen... (Abg. Altenburger: Herr Präsident, es ist unmöglich, dauernd zu behaupten, was nicht gewesen ist!)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Staatssekretär, bitte sich etwas zurückzuhalten! (Abg. Dr. Pittermann: Der Altenburger gibt dem Präsidenten einen Ordnungsruf! — Abg. Altenburger: Er beschuldigt mich, daß ich Leute verfolge!)

Abgeordneter Melter (fortsetzend): Also, Herr Altenburger, der Herr Präsident hat festgestellt, Sie mögen sich etwas zurückhalten. (Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Der Ordnungsrufproporz wird gleich hergestellt sein nach der Rede des Herrn Abgeordneten. (Abg. Altenburger: Die Zeiten sind vorbei!)

Abgeordneter Melter (fortsetzend): Wir hoffen, daß wir sie bald überstanden haben, Herr Altenburger!

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

2545

Melter

Es wurde festgestellt, daß Klagen über die Amtsführung des Herrn Bundesministers für Landesverteidigung demselben Bundesminister unterbreitet werden müssen. Das ist zweifellos eine berechtigte Forderung. Wir haben diese Klagen und Beanstandungen auch hier in diesem Hohen Hause offiziell erhoben und vorgebracht. Wenn aber ein Untergebener desselben Ministers auf Grund seines Dienstes zur Überzeugung gelangt ist, daß er, um Abhilfe zu schaffen, einen anderen Weg gehen müsse, so ist es wohl richtig, daß er den Weg zum Chef der Bundesregierung, zum Herrn Bundeskanzler, geht. Wenn aber der Herr Bundeskanzler die Information ablehnt, so ist das etwas eigenartig. (Abg. Dr. Klaus: Wo habe ich denn das Recht dazu? Wo? Sagen Sie das, wo?)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir sind beim Kapitel Landesverteidigung, aber nicht in Wallensteins Lager. (Abg. Dr. Klaus: Wo habe ich das Recht dazu? Wo steht in der Verfassung das Recht? — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Unruhe. — Stürmische Zwischenrufe. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.) Ich bitte, sich etwas zu beruhigen, ich habe den Ausdruck nicht verstanden! Wenn man sich nicht beruhigt, werde ich die Sitzung wieder unterbrechen! (Zwischenruf des Abg. Altenburger. — Der Präsident gibt wieder das Glockenzeichen.) Ich bitte den Abgeordneten Altenburger, dem Präsidenten Gelegenheit zu geben, das zu hören, was hier gesagt wurde. Bei einem allgemeinen Lärm kann ich das nicht verstehen. (Abg. Altenburger: Er hat schon vorher die Beschuldigung erhoben!) Ich bin bereit, wenn eine Ungehörigkeit vorfällt, nach allen Seiten hin objektiv den Ordnungsruf zu erteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bitte, mir das mitzuteilen, was jetzt der Herr Abgeordnete Melter gesagt hat. Wenn es ungehörig war, werde ich ihm den Ordnungsruf erteilen. Ich habe es nicht verstanden in dem allgemeinen Tumult. (Abg. Gram: Aber wir müssen uns beleidigen lassen noch und noch! — Rufe bei der ÖVP: Den Ordnungsruf!)

Abgeordneter Melter (*fortsetzend*): Ich habe erklärt, daß die Vorsprache eines Bürgers dieser Republik beim Bundeskanzler wohl eine demokratische Möglichkeit darstellt und daß es an und für sich selbstverständlich ist, wenn ein Fachmann gewisse Vorkommnisse dem Chef der Bundesregierung zur Kenntnis bringen will. Es ist selbstverständlich, daß der Bundeskanzler die Möglichkeit erhalten soll, ohne Einfluß etwa eines angeschuldigten oder angegriffenen Mitgliedes der Bundesregierung sich sachliche Informationen zu

verschaffen, damit er auf Grund dieser Informationen selbst Erhebungen durchführen und feststellen kann, ob allenfalls die Qualität dieses Mitarbeiters im Rahmen der Bundesregierung zufriedenstellend ist.

Wir Freiheitlichen sind jedenfalls der Auffassung, daß von einer zufriedenstellenden Tätigkeit des Herrn Verteidigungsministers nicht die Rede sein kann. (Abg. Mayr: Von euch setzen wir nichts anderes voraus!) Herr Mayr! Sie sind ja vor lauter Schreien schon heiser, schonen Sie Ihre Stimme. (Heiterkeit. — Abg. Mayr: Bei euch muß man sich aufregen! — Abg. Dr. Pittermann: Aber 85 gegen 6!)

Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß insbesondere beim Bundesheer die Auswahl der leitenden Beamten und Offiziere grundsätzlich nach den Erfordernissen der Qualität und nicht nach den Wünschen einer einzelnen Partei (*andauernde Zwischenrufe* — *der Präsident gibt das Glockenzeichen*), und sei es auch eine Mehrheitspartei, zu erfolgen hat. Wir sind der Auffassung, daß manche Maßnahmen des Herrn Verteidigungsministers mehr nach ÖVP-Propaganda aussehen als nach sachlicher Arbeit im Interesse des Staates. Es gibt ein altes Wort, das besagt, daß insbesondere auf dem Gebiet der Landesverteidigung mehr Sein als Scheinen notwendig wäre. (Abg. Glaser: Bei euch ist es umgekehrt! Ihr scheint viel mehr, als ihr seid!) Natürlich, auf Grund der Qualität unserer Leistungen! (Stürmische Heiterkeit. — Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Glaser: Für den Gewerkschaftspräsidenten war das jetzt bezeichnend! — Abg. Dr. Pittermann: Wir staunen!)

Wir sind der Auffassung, daß es keineswegs angeht, daß sich gerade der Bundesminister für Landesverteidigung unbedingt der Verantwortung zu entziehen versucht, einer Verantwortung, die er auch vor seinen eigenen Leuten im Bundesheer zu tragen hat. Wenn er sich dem Untersuchungsausschuß nicht stellt, so stellt er sich auch nicht vor seine Beamenschaft! (*Andauernde Zwischenrufe*. — Abg. Glaser: Ob ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wird oder nicht, entscheidet das Parlament und nicht der Minister! Lernen Sie das!) Zweifellos, Herr Abgeordneter Glaser, haben Sie recht, aber wenn der Herr Verteidigungsminister wollte, würde auch die Mehrheit für den Ausschuß sein! Da er es aber scheinbar notwendig hat, ohne Ausschuß zu lavieren, also nicht vor dem Parlament, vor dem zuständigen Ausschuß Rechenschaft abzulegen, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, durch Zeugen desavouiert zu werden ... (Abg. Glaser: Von der ganzen Beschuldigung bleibt das Wort „scheinbar“ über! — Rufe

2546

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Melter

bei der SPÖ.) Lassen Sie den Schein platzen, Herr Glaser, lassen Sie es doch, wenn Sie der Auffassung sind, daß es nur Schein ist, dann kann der Untersuchungsausschuß für Sie keinerlei Gefahr darstellen! (Abg. Glaser: Das kann man nicht anhören! Gelt? — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Czettel: Seid gut zueinander! — Abg. Meißl: Recht auf Freiheit!)

Wir sind der Überzeugung, daß das Verhalten des Verteidigungsministers der Sache nicht dienlich ist, daß er insbesondere durch sein Verhalten dazu beiträgt, sehr starke Zweifel in die Qualität der Einrichtung zu setzen. Wenn wir mit den Einrichtungen in der Schweiz einen Vergleich ziehen, so sehen wir dort, daß jedenfalls das Heer außerhalb des Parteienstreites steht. Das ist leider in Österreich auf Grund des Verhaltens Ihres ÖAAB-Ministers nicht der Fall. Damit untergraben Sie aber die innere Stärke, untergraben Sie die Moral und untergraben Sie die Entschlossenheit, dieses Instrument so zu verwenden und einzusetzen, wie es den Notwendigkeiten dieser demokratischen Republik Österreich entsprechen würde. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Bevor ich das Wort weiter erteile ... (Zwischenruf des Abg. Kulhanek. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Jetzt spreche ich einmal, meine Damen und Herren! Bevor ich das Wort weiter erteile, habe ich zwei Ordnungsrufe zu erteilen. (Ruf bei der SPÖ: Nur?) Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß während der Rede des Abgeordneten Zeillinger der Abgeordnete Melter den Zwischenruf gemacht hat, Minister Prader sei ein Pharisäer. (Abg. Melter: Das stimmt nicht! — Ruf bei der ÖVP: Also unerhört! — Abg. Dr. Pittermann: Das weiß ich nicht! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Ich bitte, den Präsidenten nicht richtigzustellen! Für diesen Fall würde ich den Ordnungsruf erteilen.

Ebenso hat der Abgeordnete Horejs während der Zeillinger-Rede in einem Zwischenruf von einem „Prader-Skandal“ gesprochen. (Ruf bei der SPÖ: Wer?) Der Abgeordnete Horejs. (Abg. Weikhart: Der war gar nicht da!) Während der Rede des Abgeordneten Zeillinger! (Abg. Weikhart: Horejs war überhaupt nicht im Saal! — Andauernde Zwischenrufe und Unruhe.) Nicht jetzt! (Abg. Weikhart: Auch nicht! Er war nicht im Saal! Er war überhaupt nicht da! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Meine Damen und Herren! Ich bitte, sich etwas zu beruhigen! Wir sind zwar bei der Landesverteidigung, aber nicht in Wallensteins Lager. (Heiterkeit.) Dann werde ich die Ordnungsrufe erst dann erteilen,

wenn mir das Protokoll vorgelegt wird. (Ruf bei der SPÖ: Horejs war ja gar nicht da!) Nicht jetzt. Der Fall ist erledigt, ich werde das erst überprüfen an Hand des vorliegenden Protokolls, das mir jetzt noch nicht zur Verfügung steht.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm. (Ein großer Teil der Abgeordneten der ÖVP verläßt den Sitzungssaal. — Ruf bei der SPÖ: Das ist Demokratie!)

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß meine Wortmeldung vor allem vom Herrn Minister gewünscht worden ist, denn ich habe ihn von Haus aus darauf aufmerksam gemacht, daß ich mich im Falle einer polemischen Ministerantwort selbstverständlich noch einmal zum Wort melden würde. Ich glaube auch, der Präsident dieses Hauses hat mehrmals festgestellt, daß — zum Unterschied zur Tradition des Hauses — die Antwort des Verteidigungsministers mehrmals polemisch war und vom Präsidenten des Hauses berichtigt werden mußte. Ich möchte feststellen: Auch darin unterscheidet sich Herr Dr. Prader von der Tradition des österreichischen Parlaments und von seinen Vorgängern in diesem Amte.

Ich möchte die Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers — es tut mir leid, daß er eben hinausgegangen ist, er ist gerade noch hier gesessen —, ich wollte die Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers benützen, um ein Wort zu sagen, das zwar zuvor Ihre Erregung hervorgerufen hat, das ich aber am Nachmittag schon einmal hier gesagt habe und das ich jetzt hier wiederhole. Ich habe Sie gebeten, das dem Herrn Kanzler zu sagen. Ich verstehe nicht, warum Sie sich jetzt, wenn es der Kollege Melter sagt, plötzlich so aufregen. Es ist tatsächlich meine Überzeugung, daß die Diskussion heute überhaupt hätte vermieden, auf jeden Fall aber hätte entschärft werden können, wenn der Herr Bundeskanzler auf Grund des Briefes, den ihm der Leiter des Personalwesens geschrieben hat, bereit gewesen wäre, diesen hohen und verdienten Offizier zu einer kurzen Besprechung zu empfangen, wie es der Bundeskanzler selbstverständlich macht, wenn ihn irgendein Verein oder eine Abordnung um eine Unterredung, eine Aussprache bittet. In dem Augenblick, in dem der Herr Bundeskanzler es abgelehnt hat, einen verdienten und hohen Offizier zu empfangen, und ihm durch die Sekretärin mitteilen läßt, er soll das dem Minister Prader vorbringen, dem Minister Prader übergeben, in demselben Augenblick war doch klar, daß hier diese Diskussion im Parlament statt-

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

2547

Zeillinger

finden mußte, und in diesem Augenblick war auch klar, daß diese Verschärfung eintreten mußte. Ich kann dem Herrn Bundeskanzler — ich bedaure sehr, wenn er nicht anwesend ist — nicht den Vorwurf ersparen, daß es in seiner Hand gelegen wäre, heute die Verhandlungsdebatte weitgehend zu verschärfen, wenn er nicht zu dem ungewöhnlichen und ich glaube wohl einzig dastehenden Schritt in der österreichischen Geschichte gegriffen hätte, einem hohen Beamten, der ihn um eine Aussprache bittet, um ihm belastendes, zum Teil strafrechtliches Material gegen den Minister zu übergeben, durch die Sekretärin mitteilen zu lassen: Er empfängt ihn nicht, er soll das Material dem Minister übergeben. Damit war die Schärfe für die heutige Diskussion gegeben.

Der Herr Kollege Glaser hat in einem Zwischenruf gesagt: Von der ganzen Beschuldigung bleibt das Wort „scheinbar“ übrig. Meine Herren von der Regierungspartei! So leicht kann man so schwere Anschuldigungen, wie sie hier vorgebracht worden sind und vorgebracht werden, nicht abtun, und zwar dadurch, daß Sie jetzt einfach erklären: Es bleibt nichts übrig! Ich habe bereits in den Ausführungen gesagt: Nicht damit, daß der Minister dann aufsteht und erklärt: Das war alles nicht so!, kann man die schweren Vorwürfe, die letzten Endes gegen ihn erhoben worden sind, beseitigen, sondern einzig und allein dadurch, daß man eine Untersuchung durchführt. Und ich habe noch einmal erklärt: Ich gebe hier nicht persönliche Wahrnehmungen wieder, sondern ich gebe hier wieder, was mir Offiziere, Beamte und Heeresangehörige in den letzten Monaten mitgeteilt haben, die sich wiederholt und, ich betone es, gestern zum letztenmal bereit erklärt haben, vor einem Untersuchungsausschuß zu erscheinen und dort all das, was der Herr Minister bestreitet, unter Beweis zu stellen. Mißlingt der Beweis, dann ist der Minister rehabilitiert. Gelingt der Beweis, ich glaube, dann sind Sie sich selbst auf Grund der heutigen Debatte und des Verhaltens der Regierungspartei darüber im klaren, daß ein Minister, der andauernd dann, in diesem Fall natürlich auch nachweisbar, das Abgeordnetenhaus und auch seine Regierung belogen hat, nicht im Amt bleiben kann. Meine Herren von der Regierungspartei! Es liegt nur in Ihrer Hand, nun entweder den Minister zu rehabilitieren oder weiter den schweren Verdacht auf ihm liegen zu lassen.

Herr Minister! Sie haben hier heute wieder erklärt: Ich kenne diese Offiziere nicht! Ich habe Ihnen heute schon einmal gesagt, und ich darf es hier noch einmal wiederholen:

Ich kenne die Offiziere. Ich kannte auch jenen Offizier, den Sie bis vor wenigen Tagen nicht kannten. Aber wir haben in diesem einen Fall unsere Erfahrungen gemacht, und ich habe hier mehrmals gesagt: Das ist in unseren Augen ein Personalterror, Sie zeigen uns, daß man Ihnen keinen Namen sagen kann, solange Sie die Möglichkeit haben, gegen diesen Mann vorzugehen. Denn es ist kein Zufall, Herr Bundesminister, daß Sie sich monatelang bemüht haben, wenigstens den Sprecher dieser Gruppe herauszubekommen. In dem Augenblick, wo der Mann dem Bundeskanzler einen Brief schreibt und sich damit als zumindest zugehörig zu dem Kreis bekennt, versetzen Sie sofort den Mann von Wien nach Graz, und der Bundeskanzler lehnt es dann sofort ab, ihn zu empfangen. Herr Minister! Und das sollen sich vor allem einmal die Offiziere und Heeresangehörigen gut aufschreiben, wie Sie heute plötzlich auf die Feststellung eingehen. Dieser Offizier soll praktisch ja erst einen Offizier ersetzen, der in zwei Jahren in eine Funktion einrücken soll. Das geht aus Ihrer Anfragebeantwortung hervor, und wenn Sie gesagt haben, Ihre Anfragebeantwortung habe ich nicht beantwortet, dann darf ich nur bitten: Lesen Sie meine Ausführungen durch, wie ausführlich ich mich mit Ihrer Anfragebeantwortung befaßt habe, dann lesen Sie Ihre Feststellung durch, daß ich mich nicht damit befaßt habe, und Sie werden den Wahrheitsgehalt Ihrer Ausführungen selbst prüfen können, so wie wir es hier prüfen konnten.

Aber nun haben Sie plötzlich heute hier die Feststellung getroffen, daß dieser Offizier keineswegs ein so befähigter Mann ist, Sie haben plötzlich erklärt: Na ja, man mußte ihn ablösen, weil er die Aufgabe, die ihm gestellt war, nicht lösen könnte.

Herr Minister! Ich habe bis zur letzten Minute gehofft. Dieses letzte Mittel, einen Mann nur deswegen, weil er den Mut hat, offen gegen den Minister aufzutreten, auch abzuqualifizieren, ist in meinen Augen schäbig.

Ich darf Ihnen daher in Erinnerung rufen, was die Meinung seiner vorgesetzten Dienststelle, und das sind Sie, über seine dienstlichen Fähigkeiten bis vor wenigen Monaten — er ist am 1. Juli außerordentlich befördert worden — noch war. Die Qualifikation lautet „ausgezeichnet“, wobei insbesondere bei den für diese Qualifikation entscheidenden Umständen festgestellt wurde: Dieser Oberst Tomschitz „hat sich auf seinem Dienstposten laufend ausgezeichnet bewährt; sehr wertvoller Mitarbeiter bei der Vorbereitung legislativer Maßnahmen auf dem Personalsektor der Militärpersonen; umfassende aus-

2548

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Zeillinger

gezeichnete Kenntnisse des gesamten Wehr-, Dienst- und Besoldungsrechtes und äußerst wertvoller Mitarbeiter im allgemeinen Personalwesen“.

Das ist derselbe Mann, den Sie heute als mindertauglich oder als minderbefähigt ab-qualifizieren, weil Sie nun seit etwa 14 Tagen wissen, daß er der Sprecher jener Gruppe ist, die bereit ist, vor einem Untersuchungsausschuß zu erscheinen und das belastende Material gegen Ihre Amtstätigkeit vorzu-tragen. Ich habe diese Dienstbeschreibung nicht zuerst vorgelesen, sondern nur, nachdem Sie durch Ihre Wortmeldung, Herr Minister, diese Stellungnahme provoziert haben.

Sie haben weiters eine Einladung an mich gerichtet, der ich nicht nachkommen kann, weil die Sache zu dick ist. Ich habe von einem der Herren — übrigens von einem Zivilbeamten, möchte ich feststellen — jene Ausarbeitung des Obmannes der Landesfachgruppe Wien — Bundesheer im ÖAAB bekom-men, und daß Sie es nicht kennen, darüber bin ich erstaunt. Die Zumutung allerdings, daß ich Ihnen ein ÖAAB-Rundschreiben zur Ver-fügung stellen soll, muß ich zurückweisen. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Pittermann: Prader weiß ja nicht, was der ÖAAB ist! — Heiterkeit bei der SPÖ.*) Übrigens sind von einigen Herren handschriftliche Vermerke darauf, ich darf Ihnen aber doch vielleicht das eine oder andere vorlesen, damit wir ungefähr wissen, was sie sich vorstellen:

Zur Personalpolitik hat der ÖAAB die Aufgabe, schreibt er hier, der „Besetzung aller Schlüsselpositionen mit hochbefähigten ÖAAB-Mitarbeitern“. Das ist immerhin dasjenige, was ich zuvor zitiert habe und wo Sie gesagt haben, daß Sie es nicht kennen.

Es ist aber auch interessant, wie der Arbeiter- und Angestelltenbund die eigene Partei — das wird den Herrn Generalsekretär, entschuldigen Sie, wenn ich einen Moment störe, interessieren — beurteilt. Es heißt hier:

„Schwierigkeiten für die Parteiarbeit ergeben sich ..., da das Image der Volkspartei einerseits nicht wirklich ausgeprägt und überdies nicht gerade werbend erscheint.“ (*Lebhaf-teiterkeit bei SPÖ und FPÖ.*) Bitte, das sagen nicht wir! Das sagt die Landesfachgruppe Wien — Bundesheer des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes. (*Abg. Dr. Withalm: Kollege Zeillinger! Haupt-sache, daß die Wähler anderer Auffassung sind!*) Herr Generalsekretär! Ich darf hier wiederholen: Ich hätte ja gar nicht diese Dinge alle hier jetzt vorgetragen, wenn nicht der Herr Bundesminister so getan hätte, als ob er noch nie von solchen Dingen etwas gehört hätte, und mich nicht eingeladen

hätte, ihm das zu geben. Sie werden wohl einsehen, daß ich ihm das nicht geben kann, aber ich kann ihm immerhin das eine oder andere nun in Erinnerung rufen. Es ist ja nichts dabei. Es ist ja auch verständlich, Herr Generalsekretär, wenn beispielsweise der Arbeiter- und Angestelltenbund (*Zwischen-rufe*) schreibt: „Es ist auch nicht zu über-sehen, daß schon in unserer Fachgruppe Gegen-sätzlichkeiten persönlicher Art bestehen.“ (*Neuerliche Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.*) — Das haben wir eben jetzt herausgestellt.

„Das Image der Partei, des ÖAAB kann durch die Fachgruppe nicht verändert werden; es ist ein in Rechnung zu stellender Faktor.“ (*Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.*)

Es wird hier festgestellt: „Es muß getrachtet werden, die Problematik zu klären: Mitgliedschaft der Offiziere zum Akademikerbund — zum ÖAAB; ein Teilproblem ist die Bezahlung des Mitgliedsbeitrages.“ (*Abermalige Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm.*) — Offenbar ist das auch eine sehr materielle Angelegenheit.

Ich darf noch einmal sagen, daß ich es nicht vorlesen wollte, aber ich kann doch einer so freundlichen Einladung, wie sie der Herr Bundesminister an mich ergehen hat lassen, unmöglich nicht nachkommen, sonst würde es heißen, ich bin unhöflich.

Es steht auch weiters hier: „Durch geeignete Maßnahmen ist zu trachten, daß die Mitgliedschaft zur Partei und die Mitarbeit in der Partei nicht weiter suspekt bleiben.“ (*Neuerliche Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.*) Ich habe gar nicht gewußt, daß die Mitarbeit in der Österreichischen Volkspartei beziehungsweise im ÖAAB derart suspekt ist.

Herr Minister! Sie ersparen es mir hoffent-lich, daß ich Ihnen hier nun alles das vorlese. Es steht wirklich sehr viel Interessantes drinnen, und wenn Sie wirklich den ÖAAB noch nicht kennen sollten, kann ich Ihnen nur empfehlen, sich informieren zu lassen vom Herrn — warten Sie, ich kann Ihnen auch sagen, wer die Funktionäre sind — Obmann Johann Ellinger. Der ist Ihnen ja nicht unbekannt, der Herr Ellinger, nicht? (*Schallende Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.*) Das ist jener Herr, wenn ich Sie daran erinnern darf, der vor der Fernsehsendung am Donners-tag (*Ruf bei der SPÖ: Noch nie gehört!*) um 18 Uhr 30 jene Sprecher zu sich gerufen und instruiert hat im Dienstzimmer im Ver-teidigungsministerium, die sich dann draußen in Wiener Neustadt reihenweise zum Wort gemeldet haben. Und wenn er nicht erreichbar ist, dann wenden Sie sich an den Obmann-Stellvertreter Kropf. Das ist jener Herr, in bezug auf den ich Ihnen mitgeteilt habe, daß

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

2549

Zeillinger

er wegen Verstoßes gegen § 36 Wehrgesetz — nein, das war Knaus, glaube ich, das war nicht der Kropf, ich bitte um Entschuldigung, das war, glaube ich, Knaus, der die Flugzettel während der Dienstzeit verteilt hat, keine falschen Vorwürfe. Ich hoffe, Herr Minister, Sie werden mittlerweile sicherlich genauso schnell reagiert haben, wie Sie im Falle Tomschitz reagiert haben, bei der Untersuchung jenes Falles, der ja ein einwandfreier Verstoß gegen diesen § 36 ist.

Zeit scheinen Sie ja sehr viel zu haben, wenn Sie in der Lage sind, Anfragen einer Parlamentsfraktion innerhalb von zwei Stunden hier in diesem Hause zu behandeln.

Herr Minister! Sie haben hier noch einmal über die Versetzung jenes Oberst-Intendanten gesprochen. Ich darf jetzt die Anwesenheit des Generalsekretärs dazu benützen, noch einmal darüber zu sprechen, und zwar deswegen, Herr Generalsekretär, weil Sie den Oberst-Intendanten sicher sehr gut kennen. Sie haben ihn dem Herrn Minister wirklich in der kameradschaftlichsten Weise nicht nur empfohlen, sondern ihn auch in einer sehr positiven Weise beurteilt, Sie scheinen ihn also sehr gut zu kennen; das ist kein Vorwurf. Es wird Sie interessieren, wenn ich Ihnen sage, daß der Herr Minister ihn auch aus persönlichen Gründen nach Graz versetzt hat, weil er geschieden ist, keine Kinder hat und weil sein Vater, den er in letzter Zeit nachweislich durch persönliche Hilfeleistung unterstützt hat, in Graz lebt. Ich habe schon zuvor gesagt, Herr Minister: Über das Geschiedensein sind wir eben verschiedener Ansicht, ich habe vor wenigen Wochen meine persönlichen Erfahrungen gemacht. Ich stelle fest, daß der Geschiedene in Österreich neuerdings eine Sonderstellung genießt. Es ist kein Zufall, daß Sie das hineingenommen haben. Das könnte jemand anderem passieren, Herr Minister, bei Ihnen fehlt mir dazu der Glaube. Aber der Vater, den er in Graz unterstützen soll — vielleicht kennen Sie die familiären Verhältnisse — ist, nachdem er Witwer war, wiederverheiratet mit einer jüngeren Frau, die ihm den Haushalt führt. Er kann bei seinem Vater in Graz auch gar nicht wohnen, weil dort kein Platz ist. Aber Tomschitz ist in Wien, er hat hier seine Wohnung, ist verlobt und beabsichtigt, in Kürze zu heiraten.

Ich wollte das nur sagen, damit nicht vielleicht auch Sie aufs Glatteis geführt werden und glauben, es waren soziale Gefühle, die den Herrn Verteidigungsminister veranlaßt haben, Ihren Parteifreund Tomschitz nach Graz zu versetzen. Das war also die Begründung.

Ich glaube, Herr Minister, ich habe mich ausführlich damit befaßt. Sie haben gesagt, Sie hätten nichts bemerkt, was einer Diffamierung gleichkommen könnte. Herr Minister! Sehen Sie sich allein diese Versetzung an! Sie haben zwar das Wort Strafversetzung zurückgewiesen, ich möchte Sie hier nicht mit juristischen Ausführungen befassen, aber folgendes ist doch selbstverständlich, Ich persönlich möchte sagen: Ich glaube, es wird niemand in der Öffentlichkeit geben, der glaubt, daß das eine Beförderung ist. Befördert haben Sie ihn schon nach Graz, aber „hinausbefördert“ (*Heiterkeit*). Auch in seiner Eingabe sowohl an das Ministerium als auch an die Beschwerdekommission hat er dies ausdrücklich als eine Strafversetzung bezeichnet, zumal er in seiner Stellung ja postenmäßig abqualifiziert worden ist und auch in seiner Karriere dadurch behindert worden ist. Also hier liegt schon eine Behinderung vor.

Den Arbeitsstab „S“ haben Sie noch vor kurzer Zeit als unerhört wichtig angesehen. Sie sagen jetzt plötzlich, daß Sie den Mann weggegeben haben, weil er nicht geeignet war, die Probleme zu lösen. Es ist sehr interessant, daß Sie so lange brauchen. Sie haben doch, wenn ich mich richtig erinnere, den Bericht schon sehr lange. Ich weiß nicht, ob Sie ihn schon bearbeitet haben, aber ich hoffe, daß wir im Verteidigungsamt bald Gelegenheit bekommen, darüber etwas zu erfahren. Ich darf schon heute die Mitglieder des Verteidigungsrates einladen: Beschäftigen wir uns mit diesem Tagesordnungspunkt. Es gibt nämlich sehr viele Berichte, die dann immer in der Schreibtischlade des Herrn Ministers verschwinden. Ich glaube, Sie sind jetzt ungefähr ein Jahr auf diesem Bericht gesessen. Komisch, das sind eben Zufälle im Leben: In dem Augenblick, wo Sie erfahren, der Mann gehört zu jener Gruppe, die den Mut hat, gegen Sie aufzustehen und sich zu einer Aussage über Ihre Amtstätigkeit bereit zu erklären, erinnern Sie sich, daß er einen Bericht gemacht hat und daß er für seine weitere Tätigkeit ungeeignet ist. Ich glaube, Herr Minister, Sie dürfen es dann aber zumindest jenen, die eben nur diese Information haben, nicht übelnehmen, wenn sie in aller Offenheit von einem Personalterror, den Sie ausüben, sprechen.

Sie haben hier kritisiert, daß ich Dokumentationen erwähnte, ohne sie vorzulegen. Herr Minister! Ich habe Ihnen schon einmal gesagt und darf es wiederholen: Niemand hat Vertrauen. Der Fall Tomschitz hat das eindeutig bewiesen. Ich möchte, damit kein Irrtum entsteht, daran erinnern: Vor 14 Tagen

2550

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Zeillinger

hat der Minister im Ausschuß triumphierend gesagt: Jetzt weiß ich endlich, woher Sie Ihre Informationen haben. Jeder hat erkennen können, wie Sie einen Mann, der tadellos ist, selbst ohne Rücksicht darauf, daß er Ihrer Partei angehört, Widerstandskämpfer ist, behandeln, wenn Sie bemerken, daß er sich gegen Sie auflehnt.

In diesem Augenblick dürfen Sie doch nicht erwarten, daß wir Ihnen jetzt praktisch alle anderen Offiziere und Beamten ins Schußfeld liefern, damit Sie einen nach dem anderen versetzen und „abschießen“, bevor es noch zu einer Untersuchung kommt.

Herr Minister! Ich glaube daran, daß sich im Interesse unseres Heeres irgendwann die Gelegenheit ergeben wird, Ihre Amtsführung zu untersuchen. Es kann sich herausstellen, daß Sie völlig korrekt gehandelt haben. Herr Minister! Ich werde unter Umständen an das Rednerpult treten und werde als Freiheitlicher hier erklären, daß sich herausgestellt hat, daß Sie völlig korrekt gehandelt haben. Wenn sich aber herausstellen sollte, daß das, was diese Offiziere und Beamten behaupten, richtig ist, werden wir das von dieser Stelle aus feststellen und Ihren Rücktritt fordern.

Herr Minister! Zur Dokumentation: Ich darf Ihnen nur die Geschichte mit dem Karteikasten erzählen. Ich habe damals gesagt: Gehen wir auf der Stelle hinüber, und ich zeige Ihnen das Zimmer, wo die Kartei steht. Ich bringe Ihnen drei Zeugen, die beweisen, wann und wohin die Kartei verbracht worden ist, unmittelbar nachdem wir hier darüber gesprochen haben. Sogar ein vollkommen unverdächtiger Zeuge, der nichts damit zu tun hat, hat in einem Telephongespräch davon gehört, daß diese Kartei verbracht worden ist. Da glauben Sie, daß wir Ihnen weiter das Material an die Hand geben, damit Sie alles das, so nach der Methode der Italiener, beseitigen können. Wenn die Italiener in Südtirol die absolute Mehrheit haben, dann machen sie eine Volksabstimmung. Und hier nach der Methode: Wenn ich alles belastende Beweismaterial beseitigt habe, dann kann ein Untersuchungsausschuß kommen.

Herr Minister! Sie haben zuvor erwähnt, daß ich Jurist bin. Ich hoffe aber, daß Sie nicht annehmen, ich sei dummkopf. Denn an und für sich ist die Zumutung, die Sie mir hier stellen, daß ich Ihnen zuerst das Material, die Namen geben solle, nach den Erfahrungen, die wir jetzt nur mit einem Mann gemacht haben, doch wohl eine Zumutung, von der Sie nicht im Ernst annehmen, daß ihr nachgekommen werden kann.

Aber ich darf allgemein feststellen — ich habe Ihnen hier einen Punkt, auf den ich gleich kommen werde, vorgelesen —: Die Vorwürfe, die in der Presse erhoben worden sind und die ich letztes Mal am 14. Juli hier vertreten habe, werden in dieser Dokumentation von jenen Herren, die sich zur Verfügung gestellt haben, als richtig bezeichnet, das heißt, wenn die Herren das beweisen können, daß Sie das Haus und die Öffentlichkeit unrichtig informiert haben. Hier steht Aussage gegen Aussage. Das kann nur durch eine objektive Untersuchung geprüft werden, und nichts anderes fordern wir.

Ich habe Ihnen deswegen den einen Punkt vorgelesen, weil er mir als einem freiheitlichen Demokraten als besonders erschwerend kommt. Ich meine die Anzeige wegen des Abhörens eines Telephongespräches. Herr Minister! Ich muß Ihnen sagen, daß ich Ihnen auch mitgeteilt habe, wer mit der Anzeige einverstanden war und wer dann dem betreffenden Anzeiger gesagt hat, daß er nach Rücksprache mit der Adjutantur ihn aufforderte, die Anzeige zurückzuziehen. Ich kenne auch nur diese Berichte. Auch Sie kennen den Namen des Betreffenden, ich glaube, mittlerweile ist er Oberst geworden. Es gäbe doch nichts Einfacheres, als die Sache zu untersuchen, aber nicht im Verteidigungsministerium, denn sonst wird der arme Oberst nach Vorarlberg versetzt und hat dort vielleicht überhaupt keine Beziehungen, wenn sich herausstellen sollte, daß er irgend etwas sagt, was Ihnen nicht angenehm ist. Ich habe diesen Fall nur deswegen erwähnt, weil er mir besonders erschwerend erscheint und besonders charakteristisch ist.

Herr Minister! Wenn vor der Diskussion irgendwelche Zweifel bestanden hätten, ob sich in der Amtsführung etwas geändert hat, dann, glaube ich, ist dies durch die heutige Diskussion bewiesen worden: nicht durch meine Wortmeldung. Ich darf daran erinnern: Nicht bei meiner Wortmeldung war der Wirbel heute nachmittag, sondern bei der Wortmeldung des Herrn Ministers. Nicht bei mir mußte der Präsident die Glocke schwingen und mich zur Achtung der Ordnung in diesem Hause ermahnen, sondern bei der Wortmeldung des Herrn Ministers! Allein das ist ein Charakteristikum, welches zeigt, wie richtig so vieles ist, was hier vorgebracht wurde.

Herr Minister! Sie können jetzt sagen — Sie sagen es immer —, dieses und jenes sei nicht richtig. Ich erkläre: Hier sind Angehörige des Verteidigungsministeriums, der Truppe bereit, vor einem Untersuchungsaus-

Zeillinger

schuß zu erscheinen, um auszusagen. Nur durch einen solchen Untersuchungsausschuß kann dieser Fall geklärt werden!

Es wurde gesagt, die Opposition mache nur Kritik. Nein, meine Herren. Wir glauben, daß das eine notwendige und konstruktive Kritik ist. Wir meinen, daß wir sogar eine unverzeihliche Unterlassungssünde begehen würden, wenn wir Militärpersönchen, die sich an uns wenden, hier nicht Gehör verschaffen würden.

Ich darf noch einmal daran erinnern, daß wir Freiheitlichen weder beim Minister Graf noch beim Minister Schleinzer auch nur annähernd derartige Vorwürfe erheben mußten. Ich darf noch einmal an jene Versammlung erinnern — der Herr Minister kennt das ja genau —, an jene Versammlung des ÖAAB der Fachgruppe Heer, wo die Minister Schleinzer und Graf stark kritisiert worden sind, weil sie dem ÖAAB nicht die nötige Geltung verschafft haben, wo es scharfe Auseinandersetzungen innerhalb des ÖAAB gegeben hat und wo dann Minister Prader als „Motor des ÖAAB“ gefeiert worden ist.

Das ist eine typische Entwicklung, die eines Tages ihre Folgen zeigen muß. Ich muß sagen: Seien wir froh, daß sich in einer Stunde, die ich noch als rechtzeitig bezeichne, bevor es zu spät ist, Offiziere, Beamte, Heeresangehörige gefunden haben, die zuerst zur ÖVP gegangen sind. Nachdem sie dort nicht angehört worden sind, sind sie ins Parlament gekommen. Nachdem wir den Untersuchungsausschuß nicht durchsetzen konnten, wollten sie sich an den Herrn Bundeskanzler wenden. Erst nachdem auch der Herr Bundeskanzler gesagt hat, sie sollen das Material gegen den Minister dem Minister übergeben, sind sie wieder zu uns gekommen und haben gesagt: Hier stehen wir und sind zur Aussage bereit. Sie haben offen gesagt: Wenn es auch unsere Existenz kostet — wir glauben, das Interesse unseres Vaterlandes erfordert es, daß wir sprechen und handeln. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Ich sage Ihnen nochmals: Ich ziehe in Achtung den Hut vor jenen Beamten, die ihre Existenz aufs Spiel setzen und bereit sind auszusagen. (*Abg. Kostroun: Das sind Männer und keine Mamelucken!*) Aber ich kann den Hut nicht vor jenen ziehen, vor der Mehrheit, die eine Untersuchung derart skandalöser Vorfälle verhindert. Das, Herr Minister, mußte noch festgestellt werden. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Altenburger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Altenburger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil es für den Abgeordneten schwierig ist: Macht er einen Zwischenruf, stört er die Ordnung; hört er, was ihm hier vorgeworfen wird, und versucht er, dafür auch einen Beweis zu erhalten, bekommt er keinen. Ich habe mich zum Wort gemeldet, Herr Präsident, weil man in diesen Schwierigkeiten doch einmal einen Weg finden muß.

Der Herr Abgeordnete Melter hat auf meine Frage, wer verfolgt wird, und auf die Aufforderung, Namen bekanntzugeben, gesagt, er könne dies nicht, denn wenn er Namen nenne, würden die Betreffenden von mir verfolgt. Ja, Herr Präsident, was soll das bedeuten? Wer mutet mir zu, daß ich jemanden verfolge, wenn er die Wahrheit sagt beziehungsweise eine Angabe macht? Wohin kommen wir denn, wenn diese Meinung in die Bevölkerung dringt, daß jemand verfolgt wird, wenn seine Meldungen einem Abgeordneten bekannt werden. (*Abg. Moser: Wie Tomschitz zeigt!*) Mich wundert es sehr, daß sich die Sozialistische Partei mit den Freiheitlichen so einig zeigte. (*Abg. Pansi: Sie haben uns keine Vorhalte zu machen!*) Das wundert mich sehr, Herr Kollege Pansi, denn ich erinnere mich an die Zeit, in der ein Minister Ihrer Partei Versetzungen durchgeführt hat, in der ein Minister Ihrer Partei personelle Maßnahmen getroffen hat. (*Abg. Pay: Wir reden heute über die Landesverteidigung, nicht über Inneres!*) Wir sprachen nämlich von der Personalpolitik. (*Abg. Weikhart: Den haben wir mit Schimpf und Schande hinausgeworfen! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident: Bitte, sich etwas zu beruhigen.

Abgeordneter **Altenburger** (*fortsetzend*): Zu dieser Zeit haben Sie ihn nicht hinausgeworfen, denn zu dieser Zeit war er aktiver Minister. Ich werde Ihnen morgen die „Arbeiter-Zeitung“ bringen, das Organ Ihrer Partei, wo Sie Ihre Haltung begründet, den Minister unterstützt und behauptet haben, daß seine Maßnahmen personell und dienstlich begründet waren und die Versetzungen aus dienstlichen Gründen durchgeführt werden mußten. (*Abg. Gertrude Wondrack: Suchen Sie jetzt einen Blitzableiter für den Prader?*) Ich stelle fest, daß Sie diese Personalpolitik und die Maßnahmen Ihres Ministers im Rahmen seiner Ministerverantwortlichkeit verteidigt haben. (*Abg. Weikhart: Wir haben durchgesetzt, daß er zurücklegte, und wir haben ihn aus der Partei ausgeschlossen!*) Zu dieser Zeit haben Sie nichts durchgesetzt, sondern zu dieser Zeit haben Sie sich zum Herrn Minister hinge-setzt. (*Unruhe und Zwischenrufe.*)

2552

- Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Präsident: Meine Damen und Herren! Am Wort ist der Abgeordnete Altenburger. (*Abg. Horr: Aber zur Sache!*)

Abgeordneter Altenburger (*fortsetzend*): Ich habe den Eindruck, daß Sie die Freiheitliche Partei deswegen benötigen, damit sie für die Sozialistische Partei spricht. Das, was Sie hier vielleicht schwer vertreten können, weil es Folgeerscheinungen der Vergangenheit sind, überlassen Sie der Freiheitlichen Partei. Tun Sie das als Opposition und gehen Sie den Weg, den Sie für richtig finden! Sie müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß wir als Österreichische Volkspartei, gleich in welcher Form, die Ministerverantwortlichkeit mit demselben Recht vertreten, wie Sie es früher bei Ihrem Minister getan haben. Halten Sie es für demokratisch, die Regierung, gleich wie immer sie zusammengesetzt sein mag, so zu behandeln, daß Sie einem Minister in allen seinen Handlungen Parteilichkeit und generell jeder seiner Maßnahmen irgend etwas unterstellen?

Gerade vor mir hat Herr Abgeordneter Zeillinger „Beweise“ gebracht. (*Abg. Libal: Er hat Beweise gebracht, er hat nur keine Namen genannt!*) Ja, Herr Kollege Libal, das war Ihrer Auffassung nach ein Beweis. Diesen Beweis hat er hier heute vorgebracht. Der Herr Minister hat vorher, weil dieser „Beweis“ anscheinend schon in der Presse gestanden ist, erklärt, daß er wegen dienstlicher Gründe und dienstlicher Notwendigkeiten die betreffenden Maßnahmen durchgeführt hat. Sie behaupten, das waren keine dienstlichen Gründe, das sei nicht im Rahmen der Ministerverantwortlichkeit, sondern aus parteipolitischen Gründen durchgeführt worden. (*Abg. Ing. Kunst: Wir sind der Meinung: im Sinne des AAB-Rundschreibens!*) Auch wenn eine gerechte Maßnahme mitunter im Sinne des ÖAAB erfolgte, muß sie noch lange nicht schlecht gewesen sein. Sie sind aus Ihren Reihen anscheinend zu sehr daran gewöhnt, daß ein Minister nichts anderes ist als ein Vollzugsorgan Ihrer Partei, und können sich gar nicht vorstellen, daß die anderen eine andere Auffassung haben. (*Abg. Ulbrich: Der Minister Prader ist Vollzugsorgan der Republik und nicht der ÖVP!*) Wollen wir darüber nicht richten. Ich möchte mit aller meiner Verantwortung erklären, daß mancher der von Ihnen Parteiorganisationsformen Beeinflußten im Grabe liegt, und zwar nicht deswegen, weil er seine Pflicht verletzt hat, sondern weil er Maßnahmen und Anordnungen seines Ressortministers als ungerecht bezeichnet hat und damit in Mißgunst geraten ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wenn Sie einen Beweis dafür haben wollen — ich kann ihn nicht erbringen, denn er ist tot, aber Sie

kennen die Wahrheit. Wenn Sie wollen, fragen Sie den jetzigen Sektionschef im Sozialministerium. (*Zwischenrufe.*)

Präsident: Wegen des Ausdrückes „Sklavenhalter“ muß ich einen Ordnungsruf erteilen.

Abgeordneter Altenburger (*fortsetzend*): Mir wird ein Ordnungsruf erteilt, weil ich Tatsachen feststelle? (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Sie müßten dauernd Ordnungsrufe bekommen, weil Sie ja nicht einmal Tatsachen feststellen können.

Nach seiner Auffassung hat der Herr Abgeordnete Zeillinger einen Beweis vorgelegt. Er hat gleichzeitig gesagt, er könne den Beweis nicht weitergeben, weil sonst das Beweismaterial weggeräumt würde, weil in diesem Ministerium jede Angabe dazu benutzt werde, um das Beweismaterial wegzubringen und abzuschwächen. Ich weiß nicht, ob Sie auf diese Art und Weise, generell gesehen, der Demokratie nützen. Ich weiß es nicht. Aber ich möchte doch zu überlegen geben, ob es der Demokratie nützt, wenn die Sozialisten in dieser Art und Weise gemeinsam mit der Freiheitlichen Partei die Autorität untergraben, wenn Sie hier gemeinsam den Versuch unternehmen, die Demokratie anzusägen (*Abg. Dr. van Tongel: Unerhörte Lüge!* — *Abg. Ulbrich: Wer hat denn die Demokratie untergraben, wir oder Sie?*), sie dort anzusägen, wo sie bereits einmal, oder, wenn Sie wollen, zweimal gefallen ist. (*Abg. Probst: Wenn man Sie kritisiert, ist die Demokratie in Gefahr!*) In der Herabwürdigung der Autorität ... (*Abg. Lanc: Wessen Autorität?*) Der Autorität des Staates, der Autorität der Regierung, der Autorität des Parlaments und auch der Demokratie. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihls: Und von dem Minister reden Sie nichts!* — *Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Hohes Haus! Ich bitte, sich etwas zu beruhigen! Es ist doch nicht die Lautstärke entscheidend!

Abgeordneter Altenburger (*fortsetzend*): Die Demokratie kann ohne Regierung nicht sein. Ich habe noch keine Demokratie gesehen ohne Regierung! (*Abg. Dr. Pittermann: Aber die Regierung ist verantwortlich, Herr Altenburger!*) Die Regierung ist verantwortlich. Die Frage ist aber, wie man diese Verantwortung prüft und ob man im Zusammenhang mit der Frage nach der Verantwortung nicht ein anderes Ziel verfolgt. (*Abg. Ulbrich: Dann stimmen Sie dem Unterausschuß zu!*)

Hier erleben wir es in den letzten Tagen, daß systematisch unter dem Schutz der Immunität Behauptungen aufgestellt, in der verschiedenartigsten Form von diesem Pult

Altenburger

aus ausgesprochen werden (*Abg. Wielandner: Stimmen Sie doch der Untersuchung zu!*), daß aber, wenn man einen Beweis dafür haben will, dieser Beweis nicht erbracht wird.

Diese Methode, die ich zum Ausdruck gebracht habe, Herr Präsident, ist es, die in dem Rahmen der Verdächtigungen in der Öffentlichkeit den Anschein erwecken will, daß in diesem Hause die Abgeordneten letzten Endes nicht in der Lage sind, jene Form der Verantwortung zu tragen, die sie als Abgeordnete zu tragen haben. Ich erinnere daran — ich weiß nicht, warum Sie deswegen Widerspruch erheben —, daß wir alle, ob in dieser oder in anderer Form, je nachdem, welchen Zeitpunkt Sie nehmen wollen, die Erfahrung gemacht haben: Mit der Verdächtigung der Abgeordneten hat es begonnen ... (*Abg. Rosa Jochmann: Ja, die Erfahrung haben wir gemacht!* — *Abg. Dr. Pittermann: Na, Altenburger, da haben wir auch Erfahrungen gemacht!*) Es hat damit begonnen ... (*Abg. Dr. Pittermann: Die antisemitischen Flugzettel im Wahlkampf!*) Ja, auch; auch das gehört dazu. Man weiß ja nicht, wo es anfängt und wo es endet. Heute sind es die Abgeordneten, die verdächtigt werden, morgen werden es andere sein.

Wenn ich unter dem Schutz der Immunität (*Abg. Dr. Pittermann: Der Anonymität!*) alles aussprechen kann und wenn diese Immunität vor jeder Verfolgungshandlung schützt, dann ist diese Immunität unter Umständen ein Mißbrauch. Dann müssen wir prüfen, ob diese Immunität in dieser Auswirkung auch gehalten werden kann. Denn wenn unter der Immunität eines Teiles letzten Endes das Ganze geschädigt wird, dann muß man sich zur Wehr setzen. Daher glaube ich, daß es zweckmäßig wäre ... (*Abg. Libal: Was habt ihr vor dem 6. März über die von unserer Partei gestellten Verantwortlichen gesagt?* — *Abg. Lanz: Ohne den Schatten eines Beweises anzubieten!*) Ich glaube, Herr Kollege Libal, es ist ein kleiner Unterschied, ob einer in Zeiten einer Wahl ... (*Abg. Libal: Da ist gar kein Unterschied!* — *Abg. Herta Winkler: Rufmord ist Rufmord!*) Es ist ein kleiner Unterschied, ob man im Wahlkampf ... (*Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte einen Moment, Kollege Altenburger! — Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Stärke und der Wahrheitsgehalt von Argumenten und Gegenargumenten hängen doch nicht von der Lautstärke ab! Jeder kann sich zum Wort melden. (*Abg. Steininger: Sonst versteht man es doch nicht!*) Wollen wir uns doch an diese demokratische Spielregel halten.

Abgeordneter Altenburger (fortsetzend): Ich glaube nicht, daß das im Zeitpunkt einer Wahl genau dasselbe Argument ist. (*Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Libal: Jetzt wissen wir es!*) In Zeiten einer Wahl ist die Freiheit der Propaganda nicht eingeschränkt. (*Abg. Eberhard: Das werden wir uns vom Protokoll herausschreiben! Auf das haben wir gewartet!*) Aber wenn Sie gar so sehr ... (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Guggenberger: Was hat die SPÖ über unsere Mandatare erzählt?*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte, sich etwas zu beruhigen! Das Wort hat der Abgeordnete Altenburger. Es können doch nicht alle gleichzeitig sprechen!

Abgeordneter Altenburger (fortsetzend): Ich erinnere mich an Plakate mit dem schwarzen Vogel und der Drohung mit der Arbeitslosigkeit. Ich erinnere an den „Rentenklau“. Und jetzt frage ich Sie, welchen Wahrheitsgehalt Sie dieser Ihrer damaligen Propaganda letzten Endes nachweisen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Pittermann: Wir haben aber 300.000 Arbeitslose gehabt!* — *Abg. Gratz: Zur Debatte steht der Verteidigungsminister!*)

Ich glaube daher, daß es ein Unterschied ist, ob ich im Zeitpunkt einer Wahl eine Wahlpropaganda betreibe oder ob ich im Schutze der Immunität hier als Abgeordneter, gleich welcher Partei, eine Behauptung aufstelle, deren Beweis ich schuldig bleibe. (*Abg. Hartl: „Kronen-Zeitung“ beschlagnahmt!* — *Abg. Herta Winkler: Untersuchen wir im Untersuchungsausschuß!*) Ich glaube, es ist ein Unterschied, ob ich hier im Hause ein System einführe, durch das — was meiner Meinung nach richtig und nachweisbar ist — in der Vergangenheit der Demokratie schwere Schäden erwachsen sind. Sie können es bezweifeln. Mich wundert es nur sehr, daß Sie heute ... (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter Altenburger!

Abgeordneter Altenburger (fortsetzend): ... Ihren Vorkämpfern, einem Staatskanzler Renner und vielen anderen Ihrer eigenen Funktionäre ihre damaligen Warnungen scheinbar umdrehen und nicht wissen, was auch in dieser Zeit festgestellt wurde und wie händerringend — mancher Ihrer Kollegen und Minister ist Zeuge — der Herr Bundespräsident Renner gebeten hat, dieses Parlament nicht mehr zu dem herabzuwürdigen, was es einmal gewesen ist. (*Abg. Troll: Wer provoziert denn? Sie!* — *Abg. Glaser: Sie sagen nichts als Frechheiten und Provokationen und schieben es dann den anderen zu!*)

2554

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Altenburger

Ich trage daher in diesem Zusammenhang an die Klubobmänner und an den Präsidenten die Bitte heran, Sorge dafür zu tragen, daß für Behauptungen, die aufgestellt werden, auch die Beweise in diesem Hause erbracht werden. (*Abg. Dr. Pittermann: Wurde angeboten! — Rufe bei der SPÖ: Untersuchungsausschuß!*)

Hohes Haus! Es ist dies ja kein Einzelfall. Wir haben General- und Spezialdebatte in einem, wir können darauf zurückgreifen, aber ich will gar nicht dieses Recht in Anspruch nehmen. Aber ich bitte, dafür Sorge zu tragen, daß das Ansehen dieses Hauses, von dem Sie so viel gesprochen und weswegen Sie mir manchen Vorwurf gemacht haben, nicht in einer ganz anderen Form geschädigt wird. Und ich bitte, auch darüber nachzudenken, ob nicht doch irgendeine Begründung für diese Vorfälle darin liegt, daß eine kleine Gruppe versucht, immer wieder vorzustoßen, Unruhe in das Haus zu bringen und zu provozieren, denn anders kann man manche Ausdrucksformen, die hier von der Freiheitlichen Partei gebraucht werden, nicht nennen. Sie sind vielleicht unbeabsichtigt; aber wenn ich das als „unbeabsichtigt“ bezeichne, drücke ich mich schon sehr milde aus. Ich glaube, sie sind manchmal beabsichtigt. Wenn man dann hier den Kollegen van Tongel, den Kollegen Zeillinger oder den Kollegen Dr. Scrinzi beobachtet und sieht, wie sich die freuen, welche diebische Schadenfreude — Sie können es selbst beobachten — diese kleine Gruppe im Hause hat, wenn es ihr gelungen ist, einen Wirbel herbeizuführen, dann soll man auch darüber nachdenken, ob wir, die vielleicht eine größere Verantwortung in manchen Dingen aus der Vergangenheit und für die Zukunft zu tragen haben, einer kleinen Gruppe des Hauses eine solche Freude bereiten sollen. (*Abg. Dr. van Tongel: So eine „gescheite“ Rede haben wir schon lange nicht gehört!*)

Wenn Sie, meine Herren von der Sozialistischen Partei, da mittun wollen, wenn Sie mit solcher Freude eine Nachvorstellung mit dem Dr. Zeillinger geben wollen, so ist das Ihre Sache. Ich möchte nur festgestellt haben: Schön ist es nicht, und das Ansehen des Parlaments fördert es nicht. Ich möchte vorschlagen, auch hierüber etwas nachzudenken — vielleicht denkt auch manch einer von der Sozialistischen Partei nach, wenn er zurückblickt, wenn die da oben sich die Hände reiben und sich darüber freuen, daß es ihnen gelungen ist, das auseinanderzutreiben, und sich darüber freuen, daß sie, die eine kleine Gruppe im Parlament sind, letzten Endes imstande sind, solche Auswirkungen zu erzeugen.

Herr Präsident! Ich möchte abschließend gebeten haben, diesen Appell zu beherzigen: Der Abgeordnete hat das Recht, im Rahmen seiner Immunität hier im Hohen Haus auch geschützt zu werden. (*Abg. Wodica: Das haben wir schon gehört!*) Wenn der Schutz im Rahmen der Immunität ausbleibt, wenn es möglich wird, daß man einem Minister jedes Wort auf die Waagschale legt und juristisch untersucht, ob es — berechtigte — Polemik sein mag oder nicht, wenn man so genau vorgeht und den Begriff der Immunität so weitmaschig auslegt, so muß man überlegen, ob nicht auch hier die Klubobmänner eine gewisse Ordnung herbeiführen können. Sie können überzeugt sein, und Sie haben das in der letzten Zeit, glaube ich, verfolgen können ... (*Abg. Probst: Reden Sie nur dem Kollegen Withalm ins Gewissen!*) O nein, nicht dem Kollegen Withalm. Von Ihrer Seite kommt ja dauernd die Schreierei. Von da kommt immer so ein steirischer Wind daher und überdröhnt mit seiner Lautstärke das ganze Haus. (*Abg. Weikhart: Sie haben es notwendig! Ausgerechnet Sie!*)

Präsident: Bitte jetzt nicht schreien, wer der größere Schreier ist!

Abgeordneter Altenburger (*fortsetzend*): Ich möchte also sehr gebeten haben, daß wir gerade auch in dieser Beziehung mehr Ordnung halten lassen. Wir werden uns gegen die Angriffe der Freiheitlichen Partei mit dieser Zielsetzung zur Wehr setzen. Ob Sie als Sozialisten das auch tun, wird Ihre Sache sein. Aber ich persönlich werde dafür kämpfen, daß in diesem Hause letzten Endes auch jene Ordnung aufrecht bleibt, durch die wir das Vertrauen der Öffentlichkeit erwerben können, und nicht eine Lage geschaffen wird, die dazu führen kann, daß in dieses Haus wieder jener Ungeist einzieht, an dem die Demokratie zugrunde geht (*Abg. Ing. Kunst: Die Demokratie ist an etwas anderem zugrunde gegangen!*), jener Ungeist, der Österreich seine Freiheit genommen hat, und jener Ungeist, gleich in welcher Form, der dort und da in unserer Umwelt heute noch immer vorhanden ist. (*Abg. Ing. Kunst: Herr Abgeordneter Altenburger! Die Demokratie der Ersten Republik ging dadurch zugrunde, daß man Polizei, Gendarmerie und Militär verpolitisirt und dann gegen das Volk eingesetzt hat! Daran ist die Demokratie zugrunde gegangen! Das wollen wir nie wieder! Polizei, Gendarmerie und Militär haben politisch neutral zu sein, zum Schutze des Volkes! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Aber, meine Damen und Herren!

Präsident

Wir sind jetzt glücklicherweise in der Zweiten Republik!

Abgeordneter **Altenburger** (*fortsetzend*): Es wird gut sein, einmal von der Arbeiterkammer aus einen Schulungskurs zu machen, damit man eventuell lernt, daß es auch noch andere Dinge gegeben hat. Ich möchte den Herrn Professor Klimpt dringend ersuchen, sich für seine geschichtlichen Erklärungen bei seinem Lehramt in der Schule einen größeren Horizont zurechtzulegen, statt nur auf die ganz kleinen Teilabschnitte einzugehen. (*Abg. Dr. Pittermann: Ganz so klein waren sie nicht! — Abg. Probst: Mich hat der „Teilabschnitt“ zwei Jahre gekostet!*) Ganz so klein waren sie nicht, aber die Ursachen, die liegen ja in der Zeit vorher. (*Heftiger Widerspruch und lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Pölz: Sie können provozieren, wie Sie wollen, Sie Dummkopf, Sie!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich erteile dem Abgeordneten Pölz wegen des Ausrufes „Sie Dummkopf“ den Ordnungsruf! (*Neuerliche lebhafte Zwischenrufe. — Abg. Pölz: So einen kleinen Horizont! Was haben Sie für einen Horizont! — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.*) Hohes Haus! Ich bitte, doch etwas der Würde ... (*Abg. Altenburger will seine Rede fortsetzen.*) Herr Abgeordneter Altenburger, ich möchte jetzt hier etwas sagen. Ich richte an alle Damen und Herren die Bitte, doch der Würde des Hauses eingedenk zu sein und sich etwas zurückzuhalten, auf allen Seiten. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Neuerliche lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Abgeordneter **Altenburger** (*fortsetzend*): Es wird Ihnen nicht gelingen, heute, im Jahre 1966, nicht die Verhältnisse zu sehen und nicht daran zu denken, was nächstes und übernächstes Jahr sein kann. Wenn Sie in Ihrer Zeitung selbst auf manche nicht allzuferne Entwicklung und auf Gefahren aufmerksam gemacht haben, so wäre es auch zweckmäßig, nachzudenken, wie man ihnen zeitgerecht begegnen kann.

In diesem Sinn, Herr Präsident, bitte ich, dafür zu sorgen, daß der Abgeordnete hier in diesem Hause nicht von einzelnen Abgeordneten der Freiheitlichen Partei als Freiwild betrachtet werden darf. In diesem Sinn glaube ich auch, daß wir dieses Haus aus der letzten Debatte, die wir gehabt haben, herausheben und zu einem Verantwortungsbewußtsein, zu einer Haltung kommen müssen, die unser als Abgeordnete würdig ist. Nur damit können wir uns ersparen, daß in der Öffentlichkeit die Meinung entsteht, daß in diesem Haus nichts anderes geschieht als ein

Aufeinanderprallen von Gegensätzen in einer rüden und nicht der Demokratie dienenden Weise. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß kein Abgeordneter dieses Hohen Hauses in einer so ernsten Stunde von dem Bestreben erfüllt sein könnte, den Ungeist der Vergangenheit heraufzubeschwören. Ich glaube, daß es die Pflicht und das Bestreben eines jeden Abgeordneten ist, ein so schwerwiegendes Problem, wie es heute zur Diskussion gestanden ist und noch steht, nach bestem Wissen und Gewissen zu beurteilen. Das gilt für die Vertreter der Mehrheitspartei ebenso wie für die Angehörigen der Oppositionsfaktion, nach dem Grundsatz, der in der österreichischen Bundesverfassung verankert ist, daß wir Bürger mit gleichen Rechten und mit gleichen Pflichten sind. Und dieses Gleichheitsprinzip sollte und müßte auch im Hohen Hause Gültigkeit haben.

Niemand von der freiheitlichen Fraktion, Herr Abgeordneter Altenburger, hat die Absicht, Sie zum Freiwild zu stempeln. Es kann sein, daß die Polemik das eine oder andere Mal hohe Wogen schlägt. Das ist möglich. Es kann sein, daß das Temperament überschäumt. Sollte so etwas eintreten, wird jeder von uns bereit sein, die notwendigen menschlichen Schritte in die Wege zu leiten, um so etwas auszugleichen. Ich bin aber nicht der Meinung, daß derartiges im Rahmen der heutigen Debatte passiert ist.

Es erfüllt uns Freiheitliche auch keine Schadenfreude, und wir reiben uns auch nicht die Hände, wenn es einmal zu Gegensätzen zwischen den früheren Regierungspartnern kommt. Und es erfüllt uns keine diebische Schadenfreude, wie Sie, Herr Abgeordneter Altenburger, vielleicht annehmen könnten. Sie haben heute das Argument gewählt, das da lautet: Im Zeitpunkt der Wahl gelten andere Argumente als nach Wahlzeiten. Weil wir uns in einer Nachwahlzeit befinden, will ich eine Argumentation, wie sie etwa in Wahlzeiten Gültigkeit haben könnte, unbedingt vermeiden.

Niemand von uns denkt daran, die Autorität des Staates oder das Ansehen der Demokratie zu untergraben. Es ging heute um ein wesentlich anderes Problem, meine Damen und Herren, nämlich — lassen Sie mich das Kind beim Namen nennen — um die Strafversetzung eines hohen Offiziers im Range eines Oberst-Intendanten. Es kann sein, daß ich einer Fehlbeurteilung unterliege; vorerst halte ich

2556

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Peter

an dieser Auffassung fest. Ein Offizier des österreichischen Bundesheeres hat — und ich muß das noch einmal wiederholen — unter Berufung auf seinen Dienstgrad, den er gegenüber der Republik geleistet hat, dem Herrn Bundesminister für Landesverteidigung unerbittlich harte Dinge unterstellt, Dinge, die nicht ungeklärt im Raum stehen können und die einer Klärung bedürfen.

Nach Ansicht der freiheitlichen Fraktion sind jene Wege, die der Herr Bundesminister für Landesverteidigung genannt hat, zur Klärung dieses Problems nicht zielführend. Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß der Fall Tomschitz mit allen anderen Fällen, die zur Diskussion stehen, im Rahmen eines Untersuchungsausschusses des Nationalrates geklärt werden muß. Wir sind heute gar nicht in der Lage, darüber zu befinden, welche der beiden Seiten im Recht ist. Aber hier steht Behauptung gegen Behauptung.

Hier wird von seiten eines Offiziers im Range eines Oberst-Intendanten Beweismaterial angeboten, und die Mehrheitspartei ist nicht bereit, dieses Beweismaterial einer Überprüfung zu unterziehen. Die Aufrechterhaltung der Offiziersehre — meine Damen und Herren, ich darf auch das wiederholen — ist im Rahmen einer demokratischen Armee unerlässlich. Und diese Offiziersehre des genannten Oberst-Intendanten ist in Frage gestellt, wenn die Mehrheit dieses Hohen Hauses die Klärung des Sachverhaltes verhindert.

Der Abgeordnete Zeillinger hat das Material dem Hohen Haus und damit dem Herrn Minister mit der Unterschrift des Oberst-Intendanten Tomschitz zur Kenntnis gebracht. Kommen Sie uns als Mehrheitspartei doch wenigstens den kleinen Weg entgegen und ermöglichen Sie die Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses! Niemand von uns denkt daran, seine parlamentarische Immunität zum Zwecke der Verdächtigung eines Bundesministers zu missbrauchen! (*Ruf bei der ÖVP: Die Gerichtssitzung hat ja heute stattgefunden!*)

Ich bitte also die Mehrheitspartei, wirklich aus Gründen des Verantwortungsbewußtseins dieses hier zur Diskussion stehende Problem nicht vom Aspekt der Polemik beurteilen zu wollen, sondern von dem Standpunkt aus, daß hier das Ansehen eines sehr wesentlichen Berufsstandes in unserem Staat mit zur Diskussion steht. Denn wenn es keinen Weg gibt, den Fall Tomschitz zu untersuchen und einwandfrei zu klären, dann dürfen Sie uns nicht verwehren, wenn wir den Eindruck aufrechterhalten, daß das, was Tomschitz heute passiert ist, morgen jedem anderen

Offizier des österreichischen Bundesheeres widerfahren kann, ich wiederhole es noch einmal: vom Generaltruppeninspektor bis zum letzten Leutnant. Aber gerade weil dieser Eindruck nicht aufrechterhalten werden darf und weil auch sicherlich die Ansicht der Österreichischen Volkspartei die ist, daß das nicht sein kann, bitte ich Sie, sich unserem Begehr, den parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, nicht zu verschließen.

Ich darf vielleicht mit Genehmigung des Herrn Präsidenten an das Schlußwort des Herrn Bundeskanzlers im Bautenskandal erinnern. Der Herr Bundeskanzler hat mit großem Ernst und großem Verantwortungsbewußtsein die Erklärung vor dem Hause abgegeben, daß er als Regierungschef alle Vorkehrungen treffen wird, daß alle diese und ähnlich gelagerten Fälle eine vollkommene und vollgültige sachliche Aufklärung erfahren werden. Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, diese Ansicht auch in dem in Diskussion stehenden Fall aufrechtzuerhalten, weil mit der von den zwei Oppositionsfaktionen angestrebten Lösung und Klärung der Frage mit Hilfe eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses einzig und allein dem Ansehen des österreichischen Bundesheeres, seiner Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten gedient wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Hohes Haus! Einige der Abgeordneten dieses Hohen Hauses haben im Zusammenhang mit einem Schreiben, das der Oberst-Intendant Alfons Tomschitz am 15. November an mich gerichtet hat, meine Verhaltensweise kritisiert. Ich bitte das Hohe Haus, mir so weit Gehör zu schenken, daß ich die Sache von meinem Standpunkt aus darstelle und mich gleichzeitig gegen die erfolgten Angriffe verteidige.

Der Wortlaut des Schreibens des Oberst-Intendanten Tomschitz war folgender:

„Als ersuchter Sprecher österreichisch denkender, auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit und der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung stehender Berufsoffiziere bitte ich noch vor der Budgetdebatte im Nationalrat über das Kapitel Landesverteidigung um eine private, aber offene Aussprache über die Amtsführung des Herrn Bundesministers für Landesverteidigung Dr. Georg Prader. Meine Darlegungen würden etwa 45 Minuten in Anspruch nehmen.“

In Ergebenheit:
Alfons Tomschitz“

Bundeskanzler Dr. Klaus

Ich bitte Sie, sehr verehrte Abgeordnete, mir Glauben zu schenken, wenn ich Ihnen nun sage, was ich auf Grund dieses Schreibens veranlaßt habe. Ich habe erstens feststellen müssen, daß sich ein Beamter an mich wendet, um mir in den Fragen der Amtsführung seines Chefs einen Bericht zu geben und mit mir eine Aussprache abzuführen. Nun kenne ich die Dienstpragmatik und weiß, was in dem § 27 der Dienstpragmatik, an die jeder Beamte gebunden ist — denn das ist ein Gesetz —, steht: Er hat solche Vorbringen dienstlicher Natur — und das ist auch ein Vorbringen dienstlicher Natur — ausschließlich seiner Zentralstelle vorzutragen. Ich bin in dieser Sache absolut unzuständig, und es ist ein Irrtum, zu meinen, daß der Vorsitzende der Bundesregierung eine Art personalpolitische Überinstanz ist. Ich habe in die Ministerverantwortlichkeit überhaupt nichts dreinzureden. Daher habe ich den Erledigungsvermerk „Zu Landesverteidigungsminister“ gemacht.

Ich persönlich kenne den Herrn Oberst Tomschitz nicht, und sein Anliegen ist mir nur aus diesem Fall bekanntgeworden; ich habe keine Ahnung gehabt, daß er sich in irgendwelchen Schwierigkeiten mit seiner obersten Behörde befindet. Ich habe den Oberst Tomschitz hiermit kennengelernt und habe mir gesagt: Hier bin ich nicht zuständig, da habe ich mich nicht einzumischen; ich würde mich sogar einer Gesetzesverletzung schuldig machen, wenn ich hier eine Art Untersuchung oder sonst etwas auf mich nehmen würde.

Nun aber hat Herr Oberst Tomschitz noch etwas gemacht. Er hat gesagt, das würde ungefähr 45 Minuten dauern. Ich bitte, mir zu glauben, ich habe einen Tag, der sehr früh beginnt, sehr spät endet und lauter Ein teilungen hat. Ich konnte in der Woche, als wir den hohen Besuch aus der Sowjetunion hatten, mit bestem Willen nicht 45 Minuten herausbringen, und in den folgenden Tagen, nachdem sich der Besuch von uns verabschiedet hatte, ebenfalls nicht. Darum habe ich ihm durch das Sekretariat mitteilen lassen, er möge sich an den Landesverteidigungsminister wenden.

Und nun bitte ich Sie, mir noch etwas zu glauben: Ich habe an den Herrn Landesverteidigungsminister weder schriftlich noch telephonisch noch mündlich irgendeine Mitteilung davon gemacht, sondern nur Oberst Tomschitz hat von mir erfahren, er möge sich an den Herrn Landesverteidigungsminister wenden. Er ist also durch meine Verhaltensweise nicht zu Schaden gekommen, und durch meine Verhaltensweise bin ich im Rahmen der

mir durch Verfassung und Gesetz vorgeschriebenen Pflichten geblieben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Prader. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader: Hohes Haus! Ich darf abschließend noch einige Bemerkungen anfügen. Ich habe von diesem Brief aus der Zeitung erfahren. Das war lange nach der getroffenen Versetzungsverfügung. Es ist daher schon aus dieser Tatsache heraus unmöglich, einen Zusammenhang des einen mit dem anderen zu konstruieren.

Zweitens: Der Abgeordnete Zeillinger hat mir gesagt, daß ich der Presse eine falsche Darstellung über die Personalfälle gegeben habe, wobei behauptet wurde, diese Personen seien ungerecht befördert worden.

Herr Abgeordneter, ich habe Sie gebeten, mir zu sagen, was ich falsch dargestellt habe. Sie haben hier eine konkrete Behauptung aufgestellt, und ich darf um konkrete Angaben bitten, weil es in einer Demokratie letzten Endes auch dem Minister möglich sein muß, zu konkreten Aussagen auch konkret Stellung zu nehmen.

Ich habe drittens nie gebeten, mir Zeugen oder das, was sie gesagt haben, bekanntzugeben. Ich habe lediglich darum gebeten — und das habe ich durch meinen Brief belegt —, daß Sie mir die Namen jener Personen bekanntgeben, von denen Sie behauptet haben, sie seien dienstrechlich geschädigt worden.

Wenn ein Minister den Vorwurf erhält, er habe aus parteipolitischen Gründen gewisse Bedienstete dienstrechlich geschädigt, dann darf der Minister doch auch zu dieser Anklage Stellung nehmen; das ist ihm aber nur dann möglich, wenn ihm die Fälle auch bekanntgegeben werden.

Herr Abgeordneter, Sie haben außerdem eingangs Ihrer Rede an mich den Appell gerichtet, der Minister solle nicht polemisieren. Das ist sicherlich richtig, Herr Abgeordneter, aber auch ein Minister darf sich gegen Angriffe verteidigen, und besonders ein Verteidigungs minister darf dieses Recht für sich in Anspruch nehmen. (*Zwischenrufe.*)

Herr Abgeordneter! Sie haben ferner hier gesagt, ich hätte den Oberst Tomschitz hier als minderbefähigt abqualifiziert, und das sei schäbig. Herr Abgeordneter, ich stelle fest, daß ich folgendes gesagt habe: Ich habe Herrn Oberst Tomschitz einen Sonderauftrag gegeben, und diesen Sonderauftrag hat er nicht erfüllt. (*Ruf: Was ist das?*) Das ist

2558

Nationalrat XI. GP. — 33. Sitzung — 30. November 1966

Präsident

keine Abqualifizierung bezüglich jener Werte, die Sie angeführt haben. (*Abg. Zeillinger: Weiterzitieren, was Sie noch gesagt haben! Sie haben noch etwas gesagt!*) „Nicht erfüllt“, das habe ich erklärt, und ich darf Ihnen auch sagen, Herr Abgeordneter, daß die Darstellung nicht richtig ist, nämlich daß diese meine Feststellung erst jetzt erfolgt sei, sondern bereits im Juni habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß dort die Aufgabe nicht so geführt wird, wie ich es zur Lösung des Problems für notwendig halte. (*Ruf: Er lügt!*) Ich darf letztlich erklären, Herr Abgeordneter, daß Sie hier gesagt haben, der Bundesminister ... Herr Präsident, ich habe hier gehört: daß „der Minister lügt“. Das wurde hier eben ausgesprochen. (*Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Nein, Herr Abgeordneter, das habe ich nicht behauptet, aber Sie haben gesagt, der Bundesminister habe so getan, als ob er das nicht wüßte im Zusammenhang damit, was ebenfalls schon wieder einen Vorwurf in einer bestimmten Richtung miteinschließt. Ich stelle fest, ich habe nicht so getan, ich habe diese Dinge nicht gekannt und habe daher diese Feststellung getroffen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Gorbach. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Gorbach: Hohes Haus! Wenn ich zu so spätnächtlicher Stunde noch das Wort ergreife, so tue ich es aufrichtig aus einem besorgten Herzen. Mir hat der heutige Tag nicht gefallen. Ich gehöre zu denen, die den Weg eines schweren Opfers gehen mußten, um zu erkennen, daß die Demokratie jene Staatsform ist, die am ehesten die Freiheit des Staatsbürgers verbürgt. Darum ist es mir immer ehrlich zu tun gewesen, ausgleichend zu wirken und für diese Demokratie aufrichtig zu kämpfen.

Kritik in allen Ehren! Eine Demokratie ohne Kritik ist so wie ein Brot ohne Salz. Aber was ich halt gerne wünschen würde, wäre, daß sich diese Kritik im Rahmen des Sachlichen abspielt. Wie viele menschliche Beziehungen können, wenn wir so fortfahren, draufgehen, Beziehungen, die immer noch bestehen aus einer mehr als zehnjährigen Zusammenarbeit der beiden großen Parteien. Vielleicht brauchen wir diese menschlichen Beziehungen, und vielleicht brauchen wir vor allem auch später einmal das Bewußtsein, daß uns doch mehr eint als trennt.

Ich möchte mich auf diese paar kurzen Sätze beschränken mit der Bitte, sich das vielleicht doch ein bißchen zu überlegen, und ich wäre morgen beglückt, wenn ich fest-

stellen könnte, daß bei aller Schärfe der Auseinandersetzungen noch immer ein Stück Menschlichkeit im Ton mitklingt. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Damit ist die Aussprache über die Gruppe XII beendet.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Budgetgruppe XII.

Diese umfaßt Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Ange nommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den zu dieser Gruppe eingebrauchten Entschließungsantrag der Abgeordneten Preußler und Genossen, betreffend die Vorlage eines Berichtes an den Nationalrat über die Gründe des jüngsten Revirements von hohen Offizieren im Bundesministerium für Landesverteidigung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag die Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den zu dieser Gruppe eingebrauchten Entschließungsantrag der Abgeordneten Preußler und Genossen, betreffend politische Betätigung im Bundesheer.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich breche die Verhandlungen a b.

Der Unterrichtsausschuß ist natürlich auf Grund der fortgeschrittenen Stunde abgesagt. Die nächste Sitzung wird noch rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Die nächste Sitzung des Hauses berufe ich für morgen, den 1. Dezember, 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (204 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 der Beilagen). Spezial debatte Beratungsgruppe VII: Kapitel 15: Soziales, Kapitel 16: Sozialversicherung, Kapitel 72: Bundesapotheke.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 24 Uhr